

PROJEKTABSCHLUSSBERICHT

„Aktivität und Teilhabe – Akzeptanz Erneuerbarer Energien durch Beteiligung steigern“

FKZ: 0325052

Laufzeit: 01.07.2008 – 30.06.2010

Projektkoordination:

Forschungsgruppe Umweltpsychologie (FG-UPSY)

Prof. Dr. Petra Schweizer-Ries

Juniorprofessorin für Umweltpsychologie an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Kooptiert in der Nachhaltigkeitswissenschaft an der Universität des Saarlandes

Projektbearbeitung

Irina Rau; irina.rau@fg-upsy.com

Jan Zoellner; jan.zoellner@fg-upsy.com

Tel: 0391 – 811 01-53

Projektpartner

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT)

Katrin Nolting; k.nolting@izt.de

Johannes Rupp; j.rupp@izt.de

Tel: 030 – 80 30 88-35

Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin (ZTG)

Dorothee Keppler; keppler@ztg.de

Tel: 030 – 314 237-96

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autor.

I. Zusammenfassung

Ziel des Projektes war die Untersuchung von Beteiligungsmöglichkeiten bei Einführungsprozessen Erneuerbarer Energien (EE) auf unterschiedlichen Handlungsebenen (lokal-anlagenbezogen, regional, finanziell), deren Zusammenhang mit der Akzeptanz von EE-Projekten sowie die Erarbeitung diesbezüglicher Gestaltungsempfehlungen.

Anhand der Kombination von standardisierten Befragungen, qualitativen Interviews, Fokusgruppen und Workshops wurden die akzeptanzfördernden Wirkungen der verschiedenen Beteiligungsansätze und -strategien dargestellt und auf ihre Wirksamkeit hin untersucht. Die betrachteten Energieträger waren Windkraftanlagen, Biogasanlagen sowie PV-Freiflächenanlagen.

Unter Beteiligung wird gleichermaßen die partizipative Beteiligung von Anwohnenden an der Planung und Gestaltung des Technologieeinführungsprozesses durch Information, Konsultation und Mitgestaltung verstanden, wie auch konkret die finanzielle Beteiligung regionaler Akteure an EE-Anlagen auf lokaler Ebene.

Die Projektergebnisse betonen die Relevanz von umfassenden Beteiligungsmöglichkeiten für die Akzeptanz Erneuerbarer Energien, insbesondere hinsichtlich der Aktivierung von Akteursgruppen im Sinne einer aktiven Akzeptanz: Zahlreiche Praxisbeispiele belegen die positiven Effekte von öffentlicher Planungsbeteiligung sowie finanzieller Teilhabemöglichkeiten für den weiteren Ausbau von EE.

Wichtige relevante Faktoren für erfolgreiche Planungs- und Beteiligungsprozesse sind das Gerechtigkeitserleben im Beteiligungsverfahren sowie das Vertrauen in die Kompetenz und Glaubwürdigkeit der Planungsverantwortlichen, zentraler Faktor in diesem Kontext ist die Transparenz des Verfahrens.

Ebenso zeigt sich die Bedeutung der Etablierung von institutionalisierten Beteiligungsstrukturen für die nachhaltige und dauerhafte Umsetzung von Beteiligungsprozessen.

Auf der anderen Seite wird in der Planungspraxis oftmals noch auf umfassende Beteiligungsstrategien verzichtet, wobei u.a. mangelndes Wissen und fehlendes Know-How über die Durchführung sowie der wahrgenommene Aufwand bzw. befürchtete Mehrkosten die wesentlichen Gründe sind.

Auf Basis der Untersuchungsergebnisse wurden Handlungsempfehlungen für die verschiedenen Beteiligungsebenen und -formen sowie für die unterschiedlichen Akteursgruppen abgeleitet und Möglichkeiten und Grenzen von Beteiligungsprozessen dargelegt. Außerdem wurden Ansätze für Umsetzungsstrategien entwickelt, welche das aktive Engagement für EE-Anlagen durch lokale Akteure fördern und regionale Koordinierungs- und Abstimmungsprozesse erleichtern.

In diesem Zusammenhang wurde ein Praxisfoliensatz zu finanziellen Beteiligungsformen erarbeitet, welcher für kommunale Akteure und interessierte BürgerInnen nutzbar ist.

Inhaltsverzeichnis

I. Zusammenfassung	1
II. Konzeptioneller Rahmen und Methoden des Forschungsvorhabens	5
1. Der gemeinsame konzeptionelle Rahmen	5
1.1 Problem- und Aufgabenstellung	5
1.1.1 Lokale/ anlagenbezogene Ebene	6
1.1.2 Finanzielle Ebene	7
1.1.3 Regionale Ebene	7
1.2 Darstellung der Definitionen von Beteiligung und Akzeptanz	10
1.2.1 Akzeptanzverständnis	11
1.2.2 Partizipationsverständnis	13
1.3 Darstellung der Handlungs- bzw. Untersuchungsebenen	19
1.3.1 Lokale / anlagenbezogene Ebene (FG-UPSY)	20
1.3.2 Finanzielle Ebene (IZT)	20
1.3.3 Regionale Ebene (ZTG)	21
2. Methodenteil	26
2.1 Beschreibung der verwendeten Methoden	27
2.1.1 Literaturanalyse und Leitfaden-Interviews	27
2.1.2 Fragebogenerhebungen - quantitative Forschung	31
2.1.3 Fokusgruppen und Akteursworkshops	37
III. Untersuchungsergebnisse	44
1. Ergebnisse der Teilprojekte	45
1.1 Akzeptanz und Beteiligung im Rahmen von Einführungsprozessen Erneuer- barer Energien auf der lokalen / anlagenbezogenen Ebene (FG-UPSY)	45
1.1.1 Ergebnisse der Untersuchung in Schwanebeck	45
1.1.2 Ergebnisse der Untersuchung in Derenburg	54
1.1.3 Ergebnisse der Untersuchung in Roßla	63
1.1.4 Ergebnisse der Untersuchung in Halberstadt	72
1.1.5 Ergebnisse der Untersuchung in Steinfurt	81
1.1.6 Zusammenfassung	91
1.2 Beteiligung an Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien auf der finanziellen Ebene (IZT)	97
1.2.1 Fokusgruppe Bürgerschaftliche Akteure	98
1.2.2 Fokusgruppe Projektierer/ Investoren	104
1.2.3 Fokusgruppe Politik/ Verwaltung	109
1.2.4 Zusammenfassung	114
1.3 Beteiligung im Rahmen regionaler Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien (ZTG)	130
1.3.1 Zur Bedeutung von Partizipation für die regionale Handlungsebene	130
1.3.2 Hypothesen und Fragestellungen für die empirische Untersuchung	135

1.3.3 Ergebnisse der empirischen Untersuchung	137
1.3.4 Zusammenfassung	155
2. Zusammenfassung: Ebenenübergreifende Ergebnisse und Handlungsempfehlungen	166
IV. Voraussichtlicher Nutzen und Verwertbarkeit der Ergebnisse	167
V. Identifizierung weiterer Forschungsbedarfe.....	168
VI. Während der Durchführung des Vorhabens bekannt gewordene Fortschritte im Forschungsgebiet	170
VII. Erfolgte und geplante Veröffentlichungen der Ergebnisse	171
VIII. Anlagenverzeichnis.....	173
Quellennachweise	173

II. Konzeptioneller Rahmen und Methoden des Forschungsvorhabens

1. Der gemeinsame konzeptionelle Rahmen

1.1 Problem- und Aufgabenstellung

Die Realisierung einer nachhaltigen Energieversorgung ist ein zentrales umweltpolitisches Ziel der Bundesregierung. Einen wesentlichen Erfolgsfaktor für die Erreichung dieses Ziels stellt die Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien an der Gesamtenergieversorgung dar. Für diesen weiteren zügigen Ausbau Erneuerbarer Energien (EE) zur Primärenergie- und Stromversorgung sowie für die umfassende und breitenwirksame Anwendung von Erneuerbaren Energietechnologien ist nach wie vor die Akzeptanz breiter Bevölkerungs- und Akteursschichten dringend erforderlich.

Bisherige Forschungsarbeiten der an diesem Projekt beteiligten Institute (FG-UPSY, IZT, ZTG) zeigten, dass lokale und regionale Beteiligung und Teilhabe, sowohl in Form von Mitsprache an EE-relevanten Planungs- und Entscheidungsprozessen, als auch in Form von finanzieller Beteiligung an lokalen EE-Anlagen und dem durch sie entstehenden Gewinn, einen Schlüsselfaktor für die Akzeptanz von Erneuerbaren Energien vor Ort darstellen (vgl. Projekt „Akzeptanz Erneuerbarer Energien und sozialwissenschaftliche Fragen“; FKZ 0327505¹). Es wurden signifikante Zusammenhänge zwischen der frühzeitigen Einbeziehung der Anwohnenden und der Akzeptanz von EE-Anlagen deutlich. Weiterhin konnte anhand konkreter Beispiele gezeigt werden, dass der Ausbau von Erneuerbaren Energien besonders in denjenigen Orten und Regionen mit großem Engagement vorangetrieben wird, in denen die lokale Bevölkerung dann auch wirtschaftlich im Sinne einer regionalen Wertschöpfung profitiert. Hierfür müssen sowohl auf Akteursseite das entsprechende Interesse bestehen als auch auf struktureller Ebene adäquate Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden.

Trotz dieser Erkenntnisse sind in der Praxis vielerorts noch keine dementsprechenden Aktivitäten und Strategien erkennbar, daher stand in dem vorliegenden Projekt folgende Fragestellung im Zentrum:

Was hindert aktives, regionales Handeln und wie können Beteiligung und Teilhabe auf lokaler und regionaler Ebene mit Blick auf die Akzeptanzsteigerung von Erneuerbaren Energien gezielt unterstützt und gefördert werden?

¹ Zoellner, Jan, Irina Rau & Petra Schweizer-Ries. 2009. *Akzeptanz Erneuerbarer Energien und sozialwissenschaftliche Fragen*. Universität Magdeburg: Projektendbericht.

Übergeordnete Ziele des Forschungsprojektes waren

- die **Gestaltung von Beteiligungsprozessen** auf verschiedenen Ebenen zu untersuchen,
- **Beteiligungsansätze** in Form von Möglichkeiten und Ansatzpunkten für eine Beteiligung unterschiedlicher Akteure und Akteursgruppen auf der lokalen (anlagenbezogenen) und der regionalen Handlungsebene zu identifizieren und zu systematisieren,
- **Wechselwirkungen** zwischen der Beteiligungsförderung und der Akzeptanz und Aktivität auf unterschiedlichen Ebenen zu untersuchen und zu beschreiben,
- **Handlungswissen für die Praxis zu generieren** und darauf aufbauend
- konkrete und **differenzierte Handlungsempfehlungen** für die verschiedenen Beteiligungsebenen abzuleiten.

Die Fragestellungen wurden am Beispiel der Energieträger Biomasse, Windenergie und Photovoltaik-Freiflächenanlagen sowie in verschiedenen Schwerpunktregionen in Deutschland untersucht.

Eine besondere Stärke des Forschungsprojektes liegt darin, dass die untersuchten „Beteiligungsmöglichkeiten und -prozesse“ *gleichzeitig* aus drei unterschiedlichen, *einander ergänzenden* Perspektiven betrachtet wurden, nämlich auf der anlagenbezogen/ lokale Ebene, auf der finanziellen sowie auf der regionalen Beteiligungsebene. Die zudem durch die Forschungspartner repräsentierte Kombination von Grundlagenforschung und Praxisorientierung ermöglichte dabei ein umfassendes und ganzheitliches Verständnis der untersuchten Fragestellungen bzgl. der verschiedenen Beteiligungsmethoden und -formen.

1.1.1 Lokale/ anlagenbezogene Ebene

Eine für die öffentliche Akzeptanz zentrale Wechselwirkung mit verschiedenen Beteiligungsstrategien findet auf lokaler Ebene statt, d.h. projektbezogen dort, wo EE-Projekte in der Planung sind bzw. realisiert werden sollen und entsprechend von den anwohnenden Bürgerinnen und Bürgern wahrgenommen und bewertet werden.

Die Beteiligung der Anwohnenden ist eine übergeordnete Dimension. Beteiligung kann auf allen Ebenen der Planung und Implementierung stattfinden und unterschiedliche Ausprägungsgrade erreichen (z.B. bei der Wahl des Standorts, Größe und Gestaltung der Anlage, Aufbau und Einweihung, etc.). Intransparente Planungsverfahren bzw. nicht-beteiligende Prozesse werden häufig als ungerecht empfunden und dieses Werturteil mit der Anlage verknüpft; die Akzeptanz der Anlage sinkt entsprechend. Die frühzeitige und umfassende Information bildet dabei die erste Stufe der Beteiligung und stellt die Basis weiterer partizipativer Schritte dar. Mitsprache- und Entscheidungsmöglichkeiten, die dem Kontrollbedürfnis der beteiligten Menschen entsprechen, sollten gegeben sein.

Die Beteiligungsmöglichkeiten sind individuell variabel, nicht überfordernd, institutionell handhabbar zu gestalten und idealerweise sollte die Möglichkeit einer individuellen finanziellen Teilhabe vorhanden sein. Diese über das gesetzlich vorgeschriebene

Maß hinaus zugelassene Partizipation hat positive Effekte auf die Wahrnehmung der Betreiberfirma durch die Anwohnenden bzw. begünstigt die Einstellung gegenüber den geplanten Anlagen. Möglichen Frontenbildungen kann durch gute Informationspolitik und das Miteinbeziehen der beteiligten Akteure vorgebeugt werden. Wichtig dabei ist, dass es sich um „echte“, d.h. tatsächlich im Ergebnis noch offene Beteiligungsprozesse handelt. Eingebachten Vorschlägen muss Offenheit entgegengebracht werden - im Idealfall findet tatsächlich eine gemeinsame Planung statt.

In dem von der FG-UPSY bearbeiteten Teilprojekt sollte vor allem untersucht werden, inwiefern akzeptanzrelevante Faktoren mit Beteiligungsmöglichkeiten auf lokaler Ebene zusammenhängen, welche Beteiligungsformen gewünscht und bisherige Angebote wahrgenommen und bewertet werden. Zudem wurde der Zusammenhang mit der Verhaltensebene, d.h. Einflüsse auf die aktive Akzeptanz, abgebildet. Als Ergebnis lassen sich Empfehlungen über die Auswahl und Gestaltung von Beteiligungsmöglichkeiten und -prozessen ableiten.

1.1.2 Finanzielle Ebene

Erneuerbare Energien bieten eine Reihe an lokalen und regionalen Handlungsmöglichkeiten – vor allem zur Schaffung einer dezentralen Energieversorgung und Generierung von Wertschöpfung vor Ort. Ökonomische Teilhabe und finanzielle Beteiligungsansätze für lokale EE-Anlagen können hierbei einen wichtigen Beitrag leisten. Eine breite Einbindung der Anwohner allein ist allerdings noch kein Garant für den Erfolg und eine hohe Akzeptanz von Windrädern oder Biomasseanlagen vor der eigenen Haustür. Was für Partizipationsprozesse generell gilt, ist auch bei finanziellen Beteiligungsmodellen im Zuge der Einführung von Erneuerbaren Energietechnologien ausschlaggebend: es kommt auf die Ausgestaltung von Beteiligungsprozessen und -modellen unter Berücksichtigung der vorherrschenden lokalen Rahmenbedingungen an.

In dem vom IZT bearbeiteten Teilprojekt *„Akzeptanzförderung durch finanzielle Teilhabe – Entwicklung von praxistauglichen Beteiligungskonzepten“* sollte untersucht werden, welche Kriterien für eine erfolgreiche Umsetzung von finanziellen Beteiligungsprozessen einen zentralen Stellenwert besitzen und wie finanzielle Beteiligungsprozesse auf lokaler und regionaler gestaltet werden müssen, damit diese zur Akzeptanzsteigerung von erneuerbaren Energien vor Ort beitragen helfen.

1.1.3 Regionale Ebene

Bürgerinnen und Bürger können den Ausbau erneuerbarer Energien in ihrer Region auf vielfältige Art und Weise beeinflussen und aktiv unterstützen. Sie können sich in regionalen Erneuerbare-Energien-Initiativen und Projekten engagieren und diese maßgeblich mit voran treiben. Sie können sich finanziell an Bürgerwind- oder –solaranlagen der Region beteiligen oder sich bewusst für ein Energieversorgungsunternehmen entscheiden, das auf „grünen“ Strom setzt. Wenn sie eine private Solar- oder Photovoltaikanlage besitzen, produzieren sie selber regenerativ erzeugte Ener-

gie in der Region. Engagieren sie sich in entsprechenden Netzwerken, können Bürgerinnen und Bürger auch politische, institutionelle und organisatorische Veränderungen mitgestalten, indem sie beispielsweise mitdefinieren, was in ihrer Region unter nachhaltiger Energieversorgung verstanden werden soll. Auch als Wähler und Wählerinnen beeinflussen sie die politischen Weichenstellungen in ihrer Region. Möglicherweise sind sie im beruflichen Kontext an energierelevanten Entscheidungen und Aktivitäten beteiligt. Nicht zuletzt prägen sie als Eltern die zukünftigen Akteurspotenziale. (vgl. hierzu etwa Walker & Cass 2007, 464-465²; Rohrer 2005, 27) Das Spektrum ihres möglichen Beitrags ist also sehr breit. Im Rahmen der hier behandelten Fragestellung sind besonders die Rollen von Bürgerinnen und Bürger als (potenzielle) Mitgestaltende regionaler energiepolitischer Entscheidungen sowie als InitiatorInnen³, UnterstützerInnen und Teilnehmende an regionalen Erneuerbare-Energien-Initiativen und regionalen Projekten wichtig.

Im Rahmen von Konferenzen und Vorträgen sowie von einschlägigen Veröffentlichungen verlautet regelmäßig, dass es wichtig sei, „den Bürger“ oder „die regionale Bevölkerung“ beim Ausbau erneuerbarer Energien „mitzunehmen“. Begründet wird dies zum einen damit, dass eine Umsetzung regionaler erneuerbare Energien-Strategien anders nicht möglich sei. Auch Bürgerinnen und Bürger müssten regionale Prozesse mittragen. Zum anderen sei eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung wichtig, um den Ausbau erneuerbarer Energien erfolgreich voranzutreiben. Widerstände gegen geplante Erneuerbare Energien-Anlagen könnten durch regionale Beteiligungsmöglichkeiten zumindest verringert werden. Außerdem sei eine (regionale) Energiewende sei nur dann möglich, wenn alle Akteursgruppen ihre jeweiligen Handlungsmöglichkeiten nutzen. Die Dezentralität einer regenerativen Energieversorgung erfordere es, dass alle, auch die Bürgerinnen und Bürger sich engagieren und ihre Handlungsmöglichkeiten nutzen.

Trotz dieser Appelle ist die breite und systematische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler Initiativen oder Aktivitäten, die den Ausbau erneuerbarer Energien fördern sollen, bisher nur ein randständiges Thema. Bisherige Forschungsarbeiten mit regionalwissenschaftlichem Fokus streifen das Thema Beteiligung/Partizipation nur am Rande. Handlungsempfehlungen für regionale EE-Akteure beziehen sich im Wesentlichen auf eine breite Öffentlichkeitsarbeit und zielgruppenspezifische Kommunikationsstrategien, also auf die unterste Stufe von Partizipation („Information“) (vgl. z.B. deENet, 2010; Tischer et al., 2006). Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sind zwar wichtige Bausteine einer breiten Beteiligungsstrategie, erfassen aber nur einen Ausschnitt des Themenfelds Beteiligung.

² Walker und Cass nennen zehn verschiedene Rollen „der Öffentlichkeit“, die sich unter anderem hinsichtlich des Grads unterscheiden, in dem sie Bewusstsein und aktives Engagement beinhalten. Neben den traditionellen Rollen als passive KonsumentIn (captive consumer), der/die von der Energieversorgung durch das eine vor Ort anbietende Versorgungsunternehmen abhängig ist, und der bereits erwähnten Rolle als Protestierende (project protestor) können Bürgerinnen und Bürger auch die Rollen „financial investor“, „project supporter“, „project participant“ oder „energy producer“ einnehmen (Walker & Cass 2007, 464-465). Rohrer identifiziert außerdem die Rollen als Innovateure und Mitgestaltende politischer, institutioneller und organisatorischer Veränderungen etwa durch die Mitwirkung an Entscheidungen für eine nachhaltige Energieversorgung (Rohrer 2005, 27).

³ Im Rahmen der so genannten „bottom-up-Prozesse“.

Der geringe praktische Stellenwert von Beteiligung ist umso erstaunlicher, als dass hinreichend bekannt ist, dass einzelne Bürgerinnen und Bürger wie auch bürgerschaftliche Initiativen schon heute vielerorts als InitiatorInnen, UnterstützerInnen und Teilnehmende regionaler Erneuerbare-Energien-Initiativen und -Projekte sehr aktiv sind. Die Bereitschaft, sich einzubringen und aktiv zu beteiligen, ist also nicht nur bei einem Teil der Bevölkerung vorhanden, sondern ist vielerorts ein wesentlicher Baustein, teilweise sogar die Basis regionaler EE-Prozesse.

Die Potenziale, die in einer breiten Beteiligung liegen, sind bislang bei weitem nicht ausgeschöpft. So zeigten etwa die Untersuchungen des ZTG im Rahmen des Forschungsvorhabens „Energieresion Lausitz – neue Impulse für die Akzeptanz und Nutzung erneuerbarer Energien“, dass der Region zwar einerseits eine breite Akteursbasis fehlte und eine viel zu geringe Engagementbereitschaft in der Region beklagt wurde, andererseits aber große Vorbehalte gegenüber einer akteursübergreifenden, beteiligungsorientierten regionalen Zusammenarbeit bestanden und die vorhandenen Initiativen „von unten“ kaum Unterstützung erfuhren (Keppler, 2009). Dieser Befund ist durchaus kein Einzelfall. Auch die Berichte von aus der Bevölkerung heraus initiierten regionalen Initiativen zeigen, dass die bereits engagierten Bürgerinnen und Bürger längst nicht immer mit der Unterstützung anderer regionaler Akteursgruppen, sei es aus der Politik und Verwaltung, sei es aus der Wirtschaft, rechnen können. Nicht zuletzt zeigen auch immer wieder auftretende Proteste, dass noch lange nicht davon ausgegangen werden kann, dass der Ausbau erneuerbarer Energien in den Regionen von allen Teilen der Bevölkerung ideell oder gar aktiv unterstützt wird.

Gleichzeitig legen die Beteiligungserfahrungen in anderen regionalen Handlungsfeldern und die einschlägige Fachliteratur nahe, dass eine breite, systematisch organisierte, integrierte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wesentlich zur Identifikation und Steigerung der Engagementbereitschaft beitragen könnte. Übertragen auf den Bereich erneuerbare Energien kann man erwarten, dass Beteiligungsangebote im Rahmen regionaler Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien dazu beitragen könnten, dass Bürgerinnen und Bürgern

- ihre Interessen, Zielvorstellungen und Gestaltungsideen in die Konzeptentwicklung einbringen und damit zu deren praxisnahen Konzeption beitragen,
- die vorhandenen Bedenken und Befürchtungen gegen den Ausbau erneuerbarer Energien überdenken und überwinden,
- sich (stärker) mit regionalen Leitbildern und Zielvorstellungen identifizieren oder die Region überhaupt erst als Erneuerbare Energien-Region wahr und ernst nehmen,
- motiviert werden, an der Umsetzung regionaler Initiativen und Ziele mitzuwirken, etwa, indem sie sich in gesamtregionalen Aktivitäten wie Arbeitskreisen, Initiativen, Netzwerken oder auch in kommunalen, lokalen etc. Projekten engagieren und/oder
- eigene Handlungsmöglichkeiten im Bereich EE zu entdecken und diese eigenen Handlungsmöglichkeiten im „Lebensalltag“ umzusetzen, seien es private Nutzungsmöglichkeiten, seien es eigene Projektinitiativen.

Es scheint daher sinnvoll, sich ausführlicher mit den Möglichkeiten und Grenzen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger im Rahmen regionaler EE-Prozesse zu befassen.

Aufgrund des generell relativ geringen rechtlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten der Regionalebene sind die Möglichkeiten bzw. Pflichten der *formellen* Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern begrenzt. §7 Abs. 6 ROG schreibt zwar vor, dass der Öffentlichkeit⁴ bei der Aufstellung von Regionalplänen eine frühzeitige und effektive Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden muss. Dies betrifft jedoch nur die Vorranggebiete für Windenergieanlagen und ist zudem ein Instrument, das nur den politisch-administrativen Instanzen der regionalen Planungsgemeinschaften⁵ zur Verfügung steht. Wenn man sich mit Beteiligung auf der Regionalebene befasst, spielt daher die *informelle* Beteiligung eine wichtige Rolle.

Für die Beschäftigung mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler EE-Prozesse stellten sich daher die folgenden Fragen:

- Welche Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen regionaler Initiativen und Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien können dazu beitragen, die „aktive Akzeptanz“ der regionalen Bevölkerung fördern?
- Wie sollten diese gestaltet sein?

Das vom ZTG bearbeitete Teilprojekt widmete sich der Bearbeitung der folgenden Fragen:

- Wie können und müssen anlagenbezogene Beteiligungsstrategien an unterschiedliche regionale Rahmenbedingungen angepasst bzw. aufgrund dieser modifiziert werden?
 - Welche Formen/Möglichkeiten der Beteiligung gibt es bereits?
 - Welche Rahmenbedingungen begünstigen oder hemmen Beteiligung?
 - Welche Erkenntnisse gibt es hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit?
- Wie können Beteiligungsmöglichkeiten an regionalen Aktivitäten zum Ausbau Erneuerbarer Energien optimiert werden (mit Blick auf deren Wirksamkeit)?
 - Welche Akteure haben welchen Einfluss auf die Beteiligungsmöglichkeiten?
 - Welche Akteure werden wie und von wem ausgewählt?

⁴ Zur „Öffentlichkeit“ zählt hier jede natürliche oder juristische Person, die in ihren Belangen betroffen sein kann oder ein sonstiges Interesse an der Planung zeigt, dies schließt auch Zusammenschlüsse in Verbänden, Vereinigungen, Nichtregierungsorganisationen usw. ein. In diesem Sinne umfasst Öffentlichkeit Personen des Privatrechts nach § 4 ROG als unmittelbar Betroffene, Unternehmen bzw. Wirtschaftspartner, die mittelbar, d. h. in nachfolgenden Planungen, betroffen sein können, Bürgerinnen und Bürger als in der Regel mittelbar Betroffene sowie Vereine, Verbände und sonstige Organisationen, die als Interessenvertretungen verschiedener gesellschaftlicher oder berufsständischer Gruppierungen auftreten. (Danielzyk, 2005, 2)

⁵ synonym: Regierungsbezirke

1.2 Darstellung der Definitionen von Beteiligung und Akzeptanz

1.2.1 Akzeptanzverständnis

Innerhalb des Projektes fand die im Projekt „Akzeptanz Erneuerbarer Energien und sozialwissenschaftliche Fragen“ (FKZ: 0327505) erarbeitete Akzeptanzdefinition Anwendung, wobei der Schwerpunkt vor allem auf der differenzierten und präzisen Verwendung des Akzeptanzbegriffs lag.

Die Bezeichnung „Akzeptanz“ wird häufig verwendet und von unterschiedlichen Akteuren in zahlreichen Handlungsbereichen eingesetzt. Bei einer genaueren Betrachtung zeigt sich, dass das jeweilige Verständnis von Akzeptanz auf verschiedenen Akteursebenen durchaus variiert und eine gewisse Breite bzw. Unschärfe des Begriffs festzustellen ist. So reicht das Spektrum der Akzeptanzbezeichnungen im Kontext Erneuerbarer Energietechnologien von z.B. „solange kein Widerstand wahrzunehmen ist, wird die Anlage akzeptiert“, was oftmals eine BetreiberInnenperspektive darstellt, bis hin zu „erst wenn die Anwohnenden die Anlage explizit befürworten und aktiv unterstützen, kann von Akzeptanz gesprochen werden“, was in Diskussionen als Standpunkt von Bürgerinitiativen vorgebracht wird.

Akzeptanz lässt sich durch die zwei Ebenen „Bewertung (positiv bis negativ)“ und „Handlung (aktiv bis passiv)“ darstellen – die verschiedenen Kombinationen der unterschiedlichen Ausprägungsmöglichkeiten dieser beiden Komponenten ergeben die Dimensionen des Akzeptanz-Begriffs, wie es in folgender Abbildung visualisiert ist (Abb. 1).

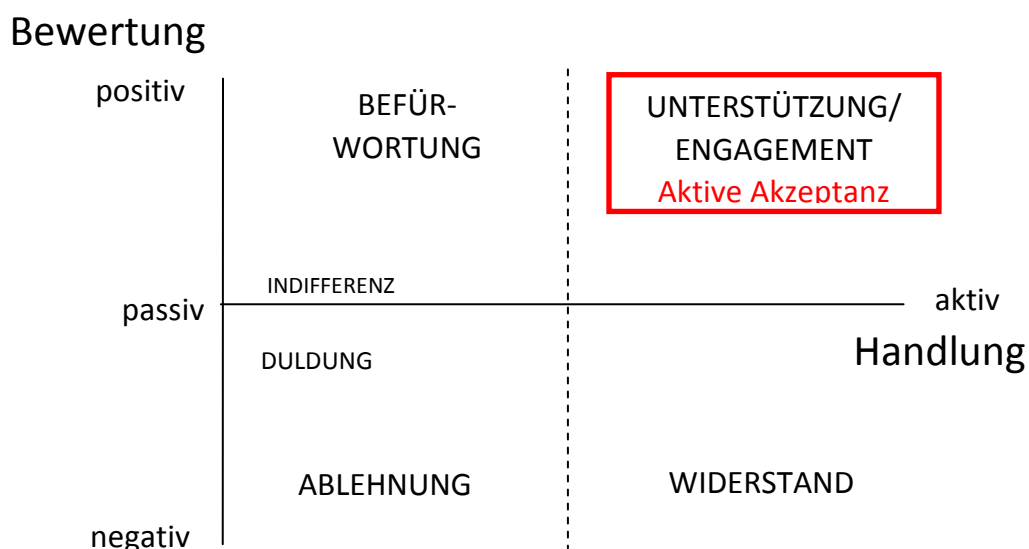


Abbildung 1: Dimensionen des Akzeptanzbegriffs
(aus Zoellner, Rau & Schweizer-Ries, 2009; angelehnt an Dethloff, 2004)

Die von der Forschungsgruppe Umweltpsychologie verwendete Definition wird folgend vorgestellt, sie bildet die theoretische Grundlage des weiteren Forschungsprozesses.

Die Akzeptanz eines Akzeptanzobjektes (z.B. Sachverhalt, Gegenstand, Handlung) stellt das positive, zeitlich relativ konstante Ergebnis eines an bestimmte Rahmenbedingungen (Kontextfaktoren) geknüpften Bewertungsprozesses durch ein Akzeptanzsubjekt (z. B. Person, Organisation) dar (= **Bewertungsebene**).

Diese positive Bewertung kann zudem mit einem Bewertungsurteil und dem wahrgenommenen Handlungsrahmen (-möglichkeiten) entsprechenden Handlungsabsicht bis hin zu konkreten unterstützenden Handlungen einhergehen

(= **Handlungsebene**). In dieser Akzeptanzdefinition werden die beiden oberen Quadranten (Befürwortung und aktive Unterstützung/Engagement) als Akzeptanz verstanden. Das entscheidende Kriterium ist „Positive Bewertung“; Aktivität kann, muss aber nicht sein. Duldung fällt in dieser Definition nicht in das Akzeptanzspektrum bzw. ist Übergangsgrad zur Nicht-Akzeptanz = Ablehnung und Widerstand (untere Quadranten).

udem lassen sich innerhalb des Akzeptanzspektrums folglich eine „**Bewertungsakzeptanz**“ und eine „**aktive Akzeptanz**“ unterscheiden.

Übertragung auf Erneuerbare Energien

Die Akzeptanz Erneuerbarer Energietechnologien (Akzeptanzobjekt) stellt das positive, zeitlich relativ konstante Ergebnis eines an bestimmte Rahmenbedingungen (Einflussfaktoren) geknüpften Bewertungsprozesses der jeweiligen Technologie durch ein Akzeptanzsubjekt (z. B. Person, Institution) dar (= Bewertungsebene).

Diese positive Bewertung kann zudem mit einem Bewertungsurteil und dem wahrgenommenen Handlungsrahmen (-möglichkeiten) entsprechenden Handlungsabsicht einhergehen (= Handlungsebene).

Um die oben genannte Definition angemessen auf den Gegenstandsbereich EE anwenden zu können, muss exakt spezifiziert werden: Um welches Akzeptanzobjekt geht es ganz konkret (z.B. Windenergienutzung allgemein, Anlagenbau vor Ort)? Ebenso muss klar sein, wer die bewertende Entität ist (z.B. Anwohnende, Naturschutzorganisation, InvestorIn?) und wo bzw. in welchem Rahmen der Bewertungsprozess stattfindet, d.h. auf welche Bedingungen sich die Bewertung bezieht (z.B. gesetzlich, Standort).

Zudem muss expliziert werden, welche Handlungsmöglichkeiten den Anwohnenden bei existierender Handlungsabsicht gegeben sind und welche sie davon letztendlich in die Tat umsetzen (z.B. die Teilnahme an einer Unterschriftenaktion).

Ziel des Projektes „Aktivität und Teilhabe“ war es dementsprechend, vor allem die Bedingungsfaktoren für die aktive Akzeptanz zu eruieren und Strategien und Empfehlungen herauszuarbeiten, wie diese anhand des Einsatzes verschiedener Beteiligungsformen gesteigert werden kann.

1.2.2 Partizipationsverständnis⁶

Mit Partizipation beziehungsweise der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auf der Regionalebene befassen sich die Planungs- und Regionalwissenschaften, deren Beteiligungsdiskussionen ihrerseits stark durch politikwissenschaftliche Perspektiven gespeist werden. Wie nicht anders zu erwarten, gibt es ein breites Spektrum an Definitionen des Begriffes Beteiligung. Die Definitionen sind nicht immer speziell auf die Regionalebene bezogen, aber werden auch auf diesen Kontext übertragen. Hier einige Beispiele:

Die breiteste der im Folgenden angeführten Definitionen bietet *Behringer* (2002, 32), die unter den Begriff der Partizipation „grundsätzlich jede Art von Beteiligung von Personen an sie betreffenden Entscheidungen“ einschließlich Wahlen oder Beteiligung an illegalen Protestformen subsumiert. Nach *Fürst et al.* (2001) bezieht sich Beteiligung/Partizipation auf die breite Öffentlichkeit bzw. die von einer politischen, sozialen oder planerischen Entscheidung Betroffenen (im Sinne von sich betroffen Fühlenden). Sie definieren Partizipation daher als Teilnahme oder Teilhabe an solchen Planungs- und Entscheidungsvorgängen. Partizipation im engeren Sinne setze jedoch voraus, dass es sich um Organisationsformen handelt, die zweiseitige oder rückgekoppelte Kommunikation zwischen Beteiligten und Beteiligten zulassen. Demnach umfasse sie einseitige Willensäußerungen wie Wahlen, Bürgerantrag, Bürgerentscheid ebenso wenig wie einseitige Informationsakte wie der Verwaltung oder verbesserte Zugänge zu Informationen. Auch die Definition von *Lüttringhaus* (2003) bezieht Beteiligung / Partizipation auf die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen. Die Unterscheidung zwischen Teilhabe Gewährenden (EntscheidungssträgerInnen) und Teilnehmenden (interessierten Personenkreisen) ist Teil ihrer Definition. EntscheidungssträgerInnen können beispielsweise Unternehmen, Verwaltungen, informelle regionale Gremien/Foren sein. Interessierte Personenkreise sind Bürgerinnen und Bürger aber auch kollektive Akteure wie kommunale Verwaltungen und Vereine/Verbände). *Selle* (2000) definiert Partizipation im Kontext seiner Unterscheidung zwischen Information, Dialog, Partizipation, Koordination und Kooperation als unterschiedlichen Formen der Kommunikation zwischen BürgerInnen und Verwaltung. Der Begriff Partizipation beschreibe die Beteiligung an von Dritten gestalteten Planungsprozessen. Selle grenzt Beteiligung explizit ab von Koordination als Abstimmung zwischen voneinander abhängigen Akteuren und Kooperation als Zusammenarbeit selbständiger Akteure. *Zschocke* (2007, 37–38) bezieht den Begriff Partizipation nicht nur auf die unterschiedlichen Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für die Beteiligung der breiten Öffentlichkeit. Zur Öffentlichkeit gehörten dabei sowohl die organisierte (Gewerkschaften, Unternehmen, Vereine) als auch die unorganisierte Öffentlichkeit (=von Bürgerinnen und Bürgern). Zschocke versteht Bürgerbeteiligung also als „Teilmenge“ der Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern umfasst nach ihrem Verständnis „sowohl Angebotsbe-

⁶ Die ausführliche Darstellung des Gegenstandsbereiches findet sich bei Keppler, D. 2010. Forschungs- und Diskussionsstand „Regionale Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen“. Theoretische Vorüberlegungen zu einer Untersuchung regionaler Beteiligungsprozesse im Bereich erneuerbare Energien. [http://www.tu-berlin.de/fileadmin/f27/PDFs/Sonstiges/Keppler_2010_Beteiligung_EE.pdf.]

teiligung als auch Formen der aufsuchenden und aktivierenden Beteiligung“ und in diesem Sinne die verschiedenen Aktivitäten der Planungskommunikation (vgl. Selle) vom Informieren bis zum Kooperieren. Als letztes sei die Definition von *Grotefels und Schoen* (2005, 86) zitiert, die Beteiligung im juristischen Sinne als die Beteiligung Dritter an einem legislativen oder exekutiven Entscheidungsprozess definieren. Beteiligung kann nach ihrem Verständnis unterschiedlich intensiv sein und umfasst daher „von der bloßen Unterrichtung oder Anhörung bis hin zum Einvernehmen als eine Beteiligungsvariante, bei der der zu Beteiligende durch sein Veto die beabsichtigte Entscheidung gänzlich verhindern kann“ (ebd.).

Wesentlich ist erstens, dass unterschieden wird zwischen Beteiligenden auf der einen und Beteiligten auf der anderen Seite. Entsprechend der politik- und planungswissenschaftlichen Hintergründe der Beteiligungsdefinitionen werden in der Regel Politik und Planung als Beteiligende eingeordnet und Bürger und Bürgerinnen oder auch die breite Öffentlichkeit als Beteiligte beziehungsweise zu Beteiligende.

Zweitens wird Beteiligung in diesen Definitionen in erster Linie auf politische und planerische Entscheidungsprozesse bezogen. Hierbei wird auch zwischen formeller und informeller Beteiligung unterschieden⁷. Mit *formeller* Beteiligung werden die gesetzlich geregelten Pflichten zur Beteiligung im Rahmen von Planungsprozessen bezeichnet, mit *informeller* Beteiligung generell jede nicht rechtlich geregelte (und damit nicht einklagbare) Beteiligung. Unter anderem aufgrund der zunehmenden Bedeutung informeller Formen der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen unterschiedlicher Formen von Governance hat die informelle Beteiligung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung.

Drittens lassen sich wesentliche Unterschiede in den Begriffsverständnissen daran festmachen, ob auch *ein- oder nur zweiseitige Kommunikationsformen* Beteiligung bedeuten können. Einseitig ist Kommunikation,

wenn die planende Verwaltung als einseitige Senderin auftritt, d.h. die Betroffenen ausschließlich informiert, wenn sie Kommunikationsempfängerin entweder nur passive Empfangsbereitschaft aufbaut (z.B. Umwelttelefon) oder sich etwa durch Umfragen Information über Betroffene beschafft, aber auch,

wenn die Betroffenen eine einseitige Kommunikation in Gang setzen, z.B. Protest-Resolutionen abgeben, demonstrieren oder mit Eingaben agieren.

Von zweiseitiger Kommunikation ist hingegen dann die Rede,

wenn ein organisierter oder institutionalisierter Austausch zwischen planender Verwaltung und Betroffenen stattfindet. (Fürst et al., 2001)

Generell dominiert die Auffassung, dass nur dann von Beteiligung die Rede sein kann, wenn es sich um eine zweiseitige Kommunikation handelt bzw. Mitentscheidungsrechte vorhanden sind. Informieren und andere einseitige Kommunikationsformen stellen demnach *keine* echte Beteiligung dar, sondern erfüllen lediglich eine Alibifunktion. Alles andere sei „Scheinpartizipation“, etwa, wenn durch Politik und Verwaltung gefasste Beschlüsse abgesegnet werden sollen

⁷ Analog: Obligatorische und fakultative Beteiligung (vgl. Grotefels & Schoen, 2005, 86)

wenn die Verwaltung Veranstaltungen als lästigen „Dienst nach Vorschrift“ betreibt und nur Äußerungen entgegennimmt, ohne sie zu diskutieren und aus ihnen zu lernen oder

wenn Planer nur Informationen erhalten, aber keine Spielräume für Mitentscheidung einräumen wollen. (Fürst et al., 2001; vgl. auch Zschocke, 2007, 52–53).

Selle spricht in diesem Zusammenhang auch von „Beteiligung ohne Wirkung“ durch „verschiedensten Formen der Irrelevanz“, die im Übrigen nicht nur dann vorliege, wenn es bei einer Pro-forma-Teilhabe bleibt, obwohl im Prinzip schon alles entschieden ist, sondern auch dann, wenn das Beteiligungsangebot zwar offen ist, aber die Ergebnisse nicht weiter berücksichtigt werden (Selle, 2007, 66).

Vielleicht noch aussagekräftiger ist die Unterscheidung zwischen *Mitwirkungs- und Entscheidungsrechten* (vgl. Stange o.J., 7-8). Mitwirkungsrechte sind das Recht, informiert zu werden (Informationsrecht), das Recht, von der entscheidenden Instanz angehört zu werden (Anhörungsrecht) und das Recht, „eine Angelegenheit auf die Tagesordnung zu setzen“ (Initiativrecht). In jedem Falle ist offen, inwiefern die hierbei zur Sprache kommenden Themen und Informationen von den Entscheidenden berücksichtigt werden. *Entscheidungsrechte* haben die sich Beteiligenden / Beteiligten dann, wenn sie an den Entscheidungen selber mitwirken können, etwa, indem sie in Gremien mitarbeiten oder wenn eine Entscheidung gar durch die Basis statt durch politische Instanzen gefällt werden kann, etwa im Rahmen eines Bürgerentscheids.

Viertens werden sehr häufig unterschiedlichen *Grade oder Ausmaße der Einflussnahme* durch die Beteiligten unterschieden. Hieraus werden verschiedene Stufen oder Intensitäten der Beteiligung abgeleitet. Auch hinsichtlich der Frage, ab welchem und bis zu welchem Grad der Einflussnahme durch die Beteiligten es sich um Partizipation (oder um eine andere Form der Kommunikation) handelt, scheiden sich die Geister.

Eine, um nicht zu sagen DIE klassische Klassifizierung, stammt von *Sherry Arnstein* aus dem Jahre 1969, die ihr Verständnis von Beteiligung und Nicht-Beteiligung in einer bis heute viel zitierten „Beteiligungsleiter“ (ladder of participation) visualisiert hat (Arnstein, 2006; vgl. auch Urban, 2005, 1-2; vgl. Abb. 2). Auch für Arnstein ist das wesentliche Kriterium für Partizipation als Beteiligung an Entscheidungsmacht; ist diese nicht vorhanden, handelt es sich um Nichtbeteiligung (nonparticipation) oder Alibiaktionen (tokenism). Alibiaktionen oder Scheinbeteiligung unterscheiden sich von Nichtbeteiligung dadurch, dass den Beteiligten zwar scheinbar die Möglichkeit gegeben wird, Entscheidungen zu beeinflussen, indem sie ihre Meinung äußern können, diese tatsächlich aber keine Möglichkeit haben zu beeinflussen, ob und in welcher Form ihre Meinung bei der Entscheidungsfindung tatsächlich berücksichtigt wird. Nach diesem Verständnis sind nicht nur Anhörungen nur Scheinbeteiligung, sondern auch Beschwichtigung (placation), worunter Arnstein die alibimäßige Beteiligung einzelner Betroffener, etwa RepräsentantInnen benachteiligter Bevölkerungsgruppen an Beratungs- oder Planungsgremien etc. versteht. Dies mag auf den ersten Blick eine „fortgeschrittenere“ Interaktionsform sein, ist aber immer noch nur scheinbar Beteiligung, da die Beteiligten allein schon aufgrund der Mehrheits- und Machtverhältnisse innerhalb solcher Gremien keine reale Einflussmöglichkeit hätten.

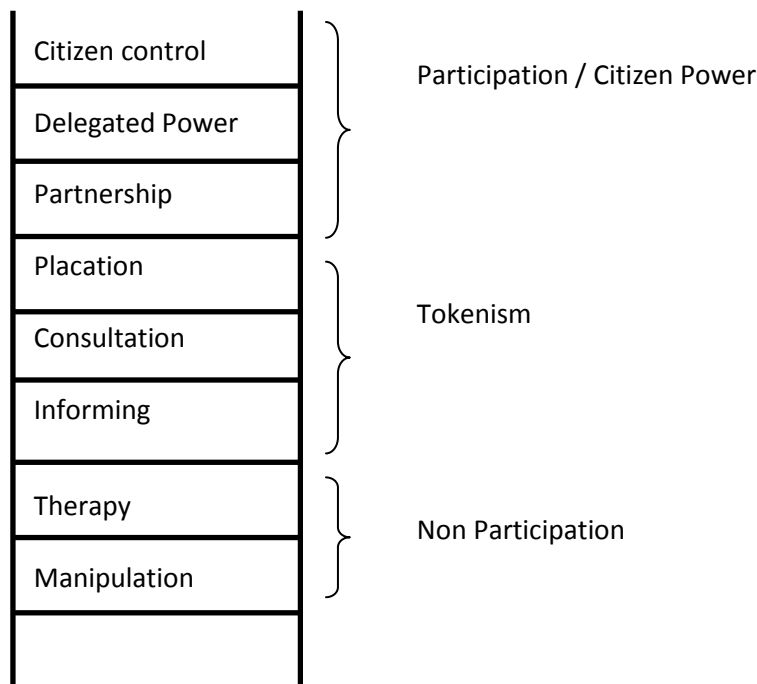


Abbildung 2: Sherry Arnsteins „Ladder of Participation“⁸ (Quelle: Arnstein, 2006)

Eng an diese Differenzierung angelehnt ist etwa die Unterscheidung zwischen unverbindlicher und verbindlicher bzw. echter Partizipation: Unverbindliche Partizipation beinhaltet Informations- und Beratungsrechte, während verbindliche oder echte Partizipation immer eine zumindest teilweise Einschränkung der Entscheidungsmacht von Seiten der Dirigierenden bedeute. Eine dritte Kategorie, die gewissermaßen noch einmal in Arnsteins Kategorie des Citizen Power differenziert, ist die Selbstverwaltung, die eine vollständige Aufhebung der Entscheidungsmacht der Dirigierenden bedeute. (Stange o.J., 4) Echte Partizipation bedeute daher immer auch das Delegieren bzw. Teilen von Macht (ebd., 11). Als „Niveau-Stufen der Einflussnahme“ ergeben sich daraus

Fehlformen, die dann vorliegen, wenn „Fremdbestimmung vorherrscht und Partizipation allenfalls in Form von Alibi-Aktionen auftritt oder der bloßen [...] Zierde eines Machträgers dient, ohne dass etwas Weiteres nachfolgt“

(„echte“) *Beteiligung*, bei der die Betroffenen mitentscheiden und *Selbstbestimmung*, wenn die Betroffenen allein entscheiden. (ebd.)

Auch das Stufenmodell der Partizipation von Maria Lüttringhaus (2003) entstand aus der Differenzierung zwischen verschiedenen Graden an Einflussnahme durch die Beteiligten (Abb. 3). Anders als die beiden eben genannten Beispiele nimmt sie aber keine weitere Bewertung oder Abgrenzung zwischen echter und scheinbarer Beteili-

⁸ tokenism = Schein-Beteiligung / Alibi-Aktion; consultation: Anhörung/Beratung; placation = Beschwichtigung; partnership = Partnerschaftliche Beteiligung an Aushandlungssystemen; delegated power: Übertragung von Entscheidungskompetenzen (Macht) an die BürgerInnen; citizen control: Kontrolle durch BürgerInnen (BürgerInnen besitzen volle Entscheidungskompetenz)

gung vor, sondern betont lediglich, dass die Beteiligten auf den verschiedenen Beteiligungsstufen sehr unterschiedliche Einflussmöglichkeiten haben. Lüttringhaus unterscheidet zwischen vier Beteiligungsstufen sowie Eigenständigkeit als fünfte Stufe, auf der – wie die Bezeichnung schon sagt – die Beteiligten nicht mehr im eigentlichen Sinne beteiligt werden, sondern eben eigenständig agieren (können) (analog zu Selbstverwaltung oder Citizen power in den vorigen Beispielen).

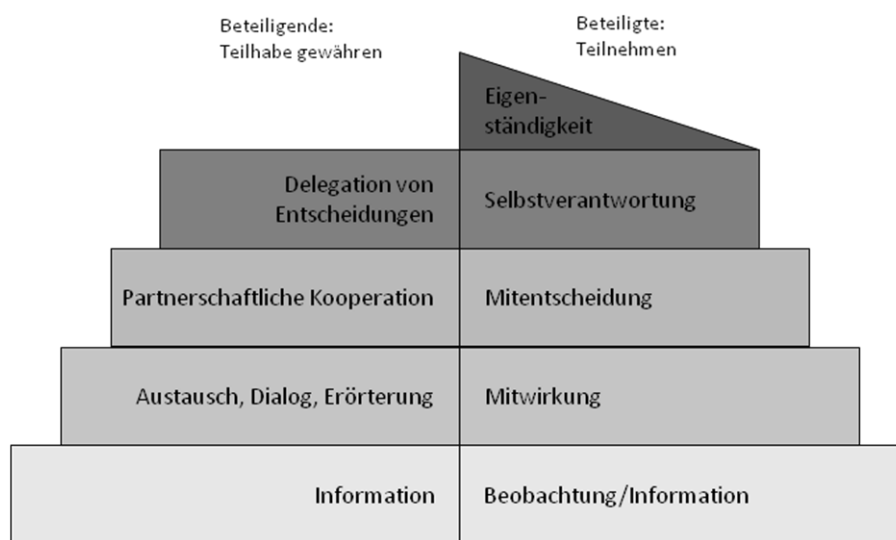


Abbildung 3: Stufenmodell der Partizipation (Quelle: Lüttringhaus, 2003)

Zuletzt genannt sei noch eine recht pragmatische, auf drei Stufen reduzierte Differenzierung von Zschocke (2007, 50-51), unterscheidet zwischen

Information als das Erkunden der Interessen und Meinungen von Betroffenen, Information und Meinungsbildung. Neben einseitiger Kommunikation etwa durch klassische Öffentlichkeitsarbeit zählt sie hierzu auch dialogische Kommunikation im Rahmen von Veranstaltungen;

Beteiligung als intensiverer Kommunikationsprozess zwischen den Betroffenen, der Mitwirken, also aktive Teilhabe einschließt, und

Kooperation im Sinne von Aushandlungsprozessen zwischen Akteuren aus den Sphären Staat/Kommunen, Markt und Zivilgesellschaft.

Eine solche dreischrittige Differenzierung findet sich auch an anderen Stellen, etwa im Praxisleitfaden Öffentlichkeitsbeteiligung des Österreichischen Lebensministeriums (Lebensministerium, 2009) sowie im Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung (Arbter et al., 2005).

Die bisher genannten Definitionen befassten sich mit der Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen. Fünftens ist jedoch zu berücksichtigen, dass seit einigen Jahren unter dem Begriff Beteiligung neben der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen öffentlicher Akteure auch die Wohlfahrtsproduktion durch bürgerliche Akteure diskutiert wird (Selle, 2007, 64; Bogumil, 2001). Neben die *Entscheidungs-beteiligung* tritt die so genannte

(Dienst-)Leistungsbeteiligung. Das Wortungetüm (Dienst-)Leistungsbeteiligung kann man schlicht mit bürgerschaftlichem Engagement übersetzen, zielt es doch darauf, „alle Formen des selbstorganisierten und –verwalteten bürgerschaftlichen Engagements“ (Bogumil, 2001, 1-2) als Form von Beteiligung zu berücksichtigen. Während die klassische BürgerInnenbeteiligung im Rahmen von Planungs- und Entscheidungsphasen stattfindet, findet man die Leistungsbeteiligung von BürgerInnen im Sinne bürgerschaftlichen Engagements ganz überwiegend in Phasen der Implementation statt (ebd., 2), also bei der Umsetzung ganz konkreter Projekte und Aktivitäten. Beispiele sind etwa Vereine, die ehemals öffentliche Einrichtungen übernehmen oder Bürgerstiftungen, die Projekte und Aktionen ins Leben rufen (Selle, 2000; Rösener & Selle, 2005).

Nicht zuletzt ist sechstens unbedingt zu erwähnen, dass auch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Governance-Prozessen sich nicht ohne Weiteres in das klassische Beteiligungsdenken einordnen lässt. Zum einen ist das traditionelle Begriffspaar Beteiligende = Politik/Verwaltung auf der einen, Beteiligte = BürgerInnen auf der anderen Seite in einem Handlungskontext, in dem unterschiedliche Akteure gemeinsam regionale Prozesse und Entwicklungen beeinflussen (Selle, 2000; Rösener & Selle, 2005), immer weniger sinnvoll. Zum anderen ist die Bürgerschaft auch im Rahmen von Governance als aktive Mitgestalterin gefragt und neben der Wirtschaft der zweite potenzielle private Partner der öffentlichen Akteure (vgl. Sinning, 2006, 88), geht es also nicht nur um eine Entscheidungs- sondern auch um Leistungsbeteiligung. Faktisch steht letztere sogar im Vordergrund und wird politischer Steuerung durch Formen von Regional Governance die Gefahr attestiert, bestehende Demokratiedefizite zu verstärken, da in diesem Rahmen neue Eliten entstehen können, die weder demokratisch legitimiert noch der öffentlichen Kontrolle zugänglich sind.

Da die Beteiligungsdiskussion sich unverändert nahezu ausschließlich mit dem klassischen Verständnis von Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen befasst, konzentrieren sich die Ausführungen in den folgenden Abschnitten wieder schwerpunktmäßig mit dieser Art der Beteiligung. Auch wenn sicherlich viele der Aussagen auch für bürgerschaftliches Engagement und vermutlich mehr noch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Governance-Prozessen gelten dürften, müsste noch genauer überprüft werden, inwiefern eine Übertragbarkeit gegeben ist. Eine solche Prüfung kann aber im Rahmen dieses Textes nicht geleistet werden.

In das vom Forschungsprojekt entwickelte Verständnis von Partizipation sind vor allem die Systematisierungsvorschläge von Arnstein und Lüttringhaus eingeflossen. Da es im Projekt *nicht* darum ging, etwa angemessene Möglichkeiten der Einflussnahme durch BürgerInnen im demokratischen Sinne zu definieren, konnten wir darauf verzichten, die Frage zu klären, was echte Partizipation ist und was nicht. Es ging vielmehr darum, die im Rahmen des Projektes zu berücksichtigende Beteiligung zu präzisieren. Das Verständnis von Beteiligung sollte es daher ermöglichen, die verschiedenen Forschungsperspektiven der Projektpartner zu integrieren und

möglichst alle verschiedenen Kommunikations- und Interaktionsformen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, auf die wir möglicherweise im Bereich erneuerbare Energien treffen würden, zu berücksichtigen.

Das gemeinsame Beteiligungsverständnis im Projekt ist genau aus diesen Gründen sehr breit angelegt (Abb. 4). Es schließt sowohl zwei- als auch einseitige Kommunikation ein, also auch das, was viele der eben zitierten AutorInnen als „Scheinbeteiligung“ oder „Alibiaktivität“ bezeichnen würden. Zwar ähnelt das Schema mit seiner Differenzierung zwischen Beteiligenden und Beteiligten auf den ersten Blick stark den traditionelleren Ansätzen, aber es ist offen genug, um auch die neueren Formen etwa bürgerschaftlichen Engagements berücksichtigen zu können. Diese neueren Entwicklungen können durch eine entsprechende Anpassung der einzelnen Stufen einbezogen werden, wie dies in Abschnitt II; 1.3.3 für die regionale Beteiligung ausgeführt wird.

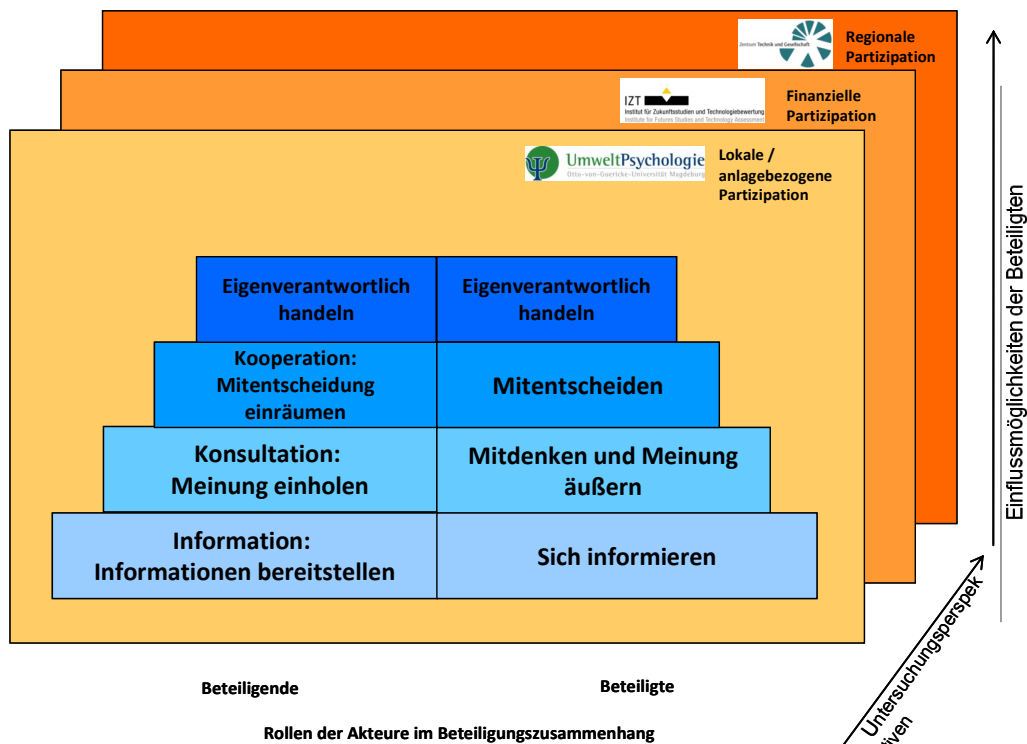


Abbildung 4: Gemeinsames Beteiligungsverständnis des Forschungsprojekts „Aktivität und Teilhabe“

1.3 Darstellung der Handlungs- bzw. Untersuchungsebenen

Das Forschungsprojekt Aktivität und Teilhabe zeichnete sich durch einen interdisziplinären Ansatz aus, der Beteiligungsprozesse im Rahmen des Ausbaus von EE auf unterschiedlichen Ebenen untersuchte. Die Kombination der verschiedenen Perspektiven, d.h. die der lokal Anwohnenden, im weiter gefassten Bezugsrahmen die der Regionalebene sowie der besondere Aspekt finanzieller Teilhabe, geben eine ganzheitliche Betrachtung des immer wichtiger werdenden Komplexes „Bürger-Beteiligung“ möglich.

Folgend werden für die einzelnen Untersuchungsebenen die Forschungsfragen der jeweiligen Projektpartner dargestellt.

1.3.1 Lokale / anlagenbezogene Ebene (FG-UPSY)

Die Akzeptanz von EE-Anlagen auf der lokalen Ebene, d.h. aus der Sicht der anwohnenden bzw. in der Kommune lebenden Personen, ist ganz wesentlich dadurch beeinflusst, wie der Planungs- und Entscheidungsprozesse der Anlagen gestaltet wurde (vgl. Zoellner, Rau und Schweizer-Ries, 2009). Zentrale Merkmale in diesem Zusammenhang sind die wahrgenommene Transparenz und Fairness des Planungsverfahrens, hierbei spielen der Umfang und die angemessene Aufbereitung von benötigten Informationen für die Anwohnenden eine Rolle, aber auch das Ausmaß der Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Mitgestaltung.

Hinsichtlich des komplexen Zusammenhangs von Akzeptanz und Beteiligungsmöglichkeiten wurde im Teilprojekt folgenden Forschungsfragen nachgegangen:

- Wie beeinflussen existierende Beteiligungsmöglichkeiten und deren Nutzung die Akzeptanz von EE?
- Wie beeinflusst tatsächliche Beteiligung die Akzeptanz?
- Welchen Effekt haben Beteiligungsmöglichkeiten sowohl auf die allgemeine Akzeptanz gegenüber EE-Nutzung als auch auf die lokale (anlagenbezogene) Akzeptanz?
- Welcher Effekt lässt sich auf die aktive (Handlungs-) Akzeptanz feststellen?
- Welchen Effekt hat Beteiligung auf die Personen, die sich nicht beteiligt haben?

Zudem wurden verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten hinsichtlich ihrer Wahrnehmung und Bewertung durch die beteiligten Akteure als auch auf ihre Praxistauglichkeit hin untersucht:

- Welche Formen/Möglichkeiten der Beteiligung gibt es bereits?
- Wie werden die Beteiligungsmöglichkeiten von den unterschiedlichen Akteuren wahrgenommen und bewertet?
- Welche Erkenntnisse über Beteiligung gibt es hinsichtlich der praktischen Umsetzbarkeit?
- Welche Akteure werden wie und von wem ausgewählt? Welche Beteiligungsmöglichkeiten werden von den unterschiedlichen Akteuren gewünscht / erwartet?

1.3.2 Finanzielle Ebene (IZT)

Ein besondere Form der Beteiligungsmöglichkeiten für BürgerInnen auf lokaler oder regionaler Ebene, die andere Charakteristika als die „normalerweise“ angewendeten Informations- oder Mitbestimmungsmöglichkeiten aufweist, ist die finanzielle Beteiligung an konkreten EE-Projekten.

Das IZT untersuchte in seinem Teil-Projekt spezifische Strategien zur Akzeptanzsteigerung anhand finanzieller Beteiligungen von regional ansässigen Akteuren an EE-Anlagen. Dabei wurden Konzepte für besonders effiziente finanzielle Beteiligungsmodelle mit vertretbaren Transaktionskosten und guter Einbettung in existierende Planungsabläufe erarbeitet und gemeinsam mit aktiven Stakeholdern aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands validiert. Der Schwerpunkt lag dabei auf finanziellen Beteiligungskonzepten für Biomasseanlagen. Für eine Region wurden anschließend gemeinsamen mit relevanten Akteuren konkrete Umsetzungsschritte für ein besonders erfolgversprechendes finanzielles Beteiligungskonzept erarbeitet.

Im Verlauf des Forschungsvorhabens lag der Fokus für dieses Teilprojekt auf folgenden Forschungsschritten:

- Identifizierung und Systematisierung von finanziellen Beteiligungsansätzen zielgruppenspezifisch für unterschiedliche Akteure und Akteursgruppen auf der lokalen und der regionalen Handlungsebene,
- Identifizierung von Strategien zur Akzeptanzsteigerung anhand finanzieller Beteiligungen,
- Erarbeitung von konzeptionellen Ansätzen für besonders effiziente Beteiligungsmodelle sowie
- Validierung der Praxistauglichkeit und Zukunftsfähigkeit unterschiedlicher Beteiligungsansätze gemeinsam mit aktiven Stakeholdern aus unterschiedlichen Regionen Deutschlands.

1.3.3 Regionale Ebene (ZTG)

„Regionen“ im Bereich erneuerbare Energien

Anders als bei Kommunen, Landkreisen, Bundesländern oder Nationen etc., wird der Begriff Region nicht nur für administrative Einheiten verwendet, sondern wesentlich vielfältiger. Gemeinhin werden mit dem Begriff der Region Räume „mittlerer Größenordnung“ (Blotevogel 1996, 56) charakterisiert, die von ihrer geografischen Ausbreitung her unterhalb der Ebene der Bundesländer und oberhalb der Kommunalebene „irgendwo zwischen dem Örtlichen, Lokalen oder Punktuellen und dem Überregionalen, Kontinentalen oder gar Globalen“ (Weichhart 1996, 27) anzusiedeln sind⁹. Eine weitere maßstäbliche Festlegung gibt es nicht, weshalb der Regionsbegriff auch als „offener Begriff“ bezeichnet wird. Es ginge an dieser Stelle zu weit, ausführlicher auf

⁹ Eine Ausnahme bildet die Definition von Regionen in der Europäischen Union. Im „Europa der Regionen“ sind Regionen Körperschaften, die unmittelbar unterhalb des Zentralstaats angesiedelt sind (Tauras 1997, 22), in Deutschland also die Bundesländer.

die zahlreichen Systematisierungen unterschiedlicher Typen von Regionen einzugehen, die in der Literatur zu finden sind¹⁰, zumal diese teilweise recht abstrakt bleiben und daher für unsere Zwecke nur begrenzt weiterführend sind. Wichtig ist, sich zunächst klarzumachen, dass nicht jede Region eine politisch-administrative Einheit darstellt. Das gilt auch für die Regionen, mit denen wir es im Bereich erneuerbare Energien zu tun haben.

Für unseren Zweck reicht im Weiteren die Unterscheidung zwischen politisch-administrativ verfassten Gebietseinheiten und informellen regionalen Zusammenschlüssen aus. Bei letzteren handelt es sich um regionale Verbünde, die durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteursgruppen eines von diesen definierten Raumes konstituiert und nicht notwendigerweise von der Verwaltung initiiert oder koordiniert werden.

Bei jenen Regionen, die sich im Bereich erneuerbare Energien profilieren, handelt es sich zwar größtenteils um Regionen, deren Grenzen entlang politisch-administrativer Grenzen verlaufen und/oder nach politisch-administrativen Gebietseinheiten benannt sind. Die eigentlichen Planungsregionen sind jedoch eher unterrepräsentiert. Als Region bezeichnen sich im Bereich erneuerbare Energien auch andere politisch-administrative Einheiten. Typen politisch-administrativ verfasster Regionen, auf die wir im Bereich erneuerbare Energien stoßen, sind etwa Regionale Planungsverbände (synonym: Planungsregionen, Regierungsbezirke) wie Barnim-Uckermark, der Harz oder die Altmark. Darüber sollen hierzu aber auch Landkreise gezählt werden, Gebietseinheiten unterhalb der Ebene der Planungsregionen, als (Erneuerbare-Energien-)Regionen, so etwa die „Klimaschutzregion“ Elbe-Elster oder der Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Die informellen oder weichen Formen regionaler Zusammenarbeit umfassen generell alle Formen der regionalen Kooperation, „die nicht zum Regelungsbereich des öffentlichen Rechts gehören und damit auch keine planungsrechtlich verbindlichen Festlegungen treffen können“ (Danielzyk 2002, 37). Als Oberbegriff für den Großteil¹¹ dieser Formen regionaler Zusammenarbeit hat inzwischen der Begriff *Regional Governance* weite Verbreitung gefunden. Organisationsformen regionaler Steuerung, die unter diesen Begriff fallen, sind zu charakterisieren durch

- eine Zusammenarbeit von Akteuren aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsystemen, neben den politisch-administrativen Funktionsträgern vor auch Interessenvertretungen wie Naturschutzverbände oder bürgerschaftliche Gruppen und privatwirtschaftliche Akteure;
- einen teilsystemübergreifenden / integrativen Steuerungsanspruch, der sich auf den gesamten Regionalraum bezieht;
- eine Kombination der drei Grundformen gesellschaftlicher Steuerung (Markt, Hierarchie und Netzwerke), wobei die dominante Interaktionsform das Verhandeln ist;

¹⁰ Typisierungsansätze finden sich etwa bei Weichhart (1996, 29-38), Blotevogel (2000), Tauras (1997, 20–21) oder Narodoslawsky (2005).

¹¹ Ausgenommen ist rein sektorale informelle Zusammenarbeit, etwa im Bereich der Kulturförderung.

nicht verfasste (informelle) Formen der Organisation und Koordination. Die Akteure arbeiten in selbst organisierten Netzwerken zusammen. (vgl. etwa Fürst 2007; Narodslawsky 2007)

Städtenetze oder Regionalforen gehören hierzu ebenso wie Regionale Entwicklungsagenturen. Für Deutschland typische Basismodelle oder Grundformen sind Regional Governance unter der Führung der institutionalisierten Planungsinstanzen, Regionalkonferenzen, die durch eine Regionalisierung staatlicher Regionalpolitik entstanden und Regionale Entwicklungsagenturen, die von lokalen Gebietskörperschaften organisiert und kontrolliert werden und die als „regionale Unternehmer“ agieren (Fürst 2007, 24). Die Akteurskonstellationen und Steuerungsformen in diesen Regionen sind entsprechend unterschiedlich. Da viele dieser Regionen die Namen der beteiligten Gebietskörperschaften tragen und teilweise eben auch Administrationen die koordinierende Instanz sind (siehe die erste Grundform von regional governance), ist es auf den ersten Blick nicht immer möglich, eindeutig zu sagen, ob es sich um Regional Governance handelt oder nicht. Beispiele aus dem Bereich erneuerbare Energien, die man hierzu rechnen kann sind die (Bio-) Energieregion Oberland mit der Bürgerstiftung Energiewende Oberland als Koordinatorin, die von einer akteursgruppenübergreifend besetzten „Projektgruppe“ koordinierte Energieregion Aller-Leine-Tal, die „100 Prozent regenerativ versorgte Region Lübow-Krassow“ oder die aktuellen Leader-Regionen „Barnim“ und „Energieregion im Lausitzer Seenland“.

Aus den unterschiedlichen regionalen Konstrukten ergeben sich Konsequenzen für die Möglichkeiten der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Möglichkeiten beziehungsweise die Pflicht der formellen Beteiligung haben nur die politisch-administrativen Regionen. Im Rahmen informeller (Planungs-)Instrumente, zu dem etwa regionale Energiekonzepte wie auch alle anderen Arten von Beschlüssen, Planungen und Konzepten zum Ausbau erneuerbarer Energien gehören, besteht eine solche Verpflichtung nicht.

„Beteiligung“ im Bereich erneuerbare Energien

Im Rahmen des Forschungsvorhabens „Aktivität und Teilhabe“ sollten auch unter „Beteiligung im Rahmen regionaler EE-Aktivitäten“ sowohl mit politische(n) Beteiligungsmöglichkeiten (klassische Angebotsbeteiligung) als auch bürgerschaftliches Engagement im Bereich erneuerbare Energien und den Möglichkeiten subsumiert werden, dieses zu fördern und zu unterstützen, sei es im Rahmen regionaler und kommunaler (Bottom-Up-) Initiativen und Steuerungsgremien, sei es im Rahmen regionaler oder kommunaler Projekte, Vereine, etc. die den Ausbau in ihrer Region vorantreiben wollen und ihrerseits Teil der regionalen oder kommunalen EE-Initiative sind. Aufgrund des engen Bezugs zu den Planungswissenschaften stehen in der raumbezogenen Forschung tendenziell die Beteiligten / Beteiligung ermöglichenden und unterstützenden Akteure im Vordergrund und weniger die Beteiligten / Sich Beteiligten. Fragen zielen etwa darauf,

- welche Beteiligungsformen und –angebote am ehesten dazu beitragen, die Akzeptanz für regionale und kommunale EE-Initiativen und –Prozesse zu steigern und

damit eine breite Unterstützung für und zügige Umsetzung von Planungen und Konzepten zu ermöglichen,

- warum regionale EE-Akteure bestimmte Beteiligungsangebote schaffen oder einer breiten Beteiligung eher skeptisch gegenüberstehen oder
- durch welche Beteiligungsangebote und –möglichkeiten das vorhandene Engagementpotenzial in Region erfolgreich mobilisiert werden kann.

Konkretisierung des Beteiligungsgegenstandes: Phasen regionaler Erneuerbare-Energien-Prozesse

Um zu klären, woran Bürger und Bürgerinnen in Rahmen des Ausbaus erneuerbarer Energien in Regionen beteiligt werden könnten, kann man verschiedene Phasen regionaler Erneuerbare-Energien-Prozesse unterscheiden, die im Folgenden vorgestellt werden. Diese Phasen folgen nicht immer nicht streng aufeinander; vielmehr sind unterschiedliche Abfolgen oder auch Überschneidungen möglich. Sie charakterisieren in erster Linie unterschiedliche Arten von Aktivitäten, in deren Rahmen unterschiedliche Beteiligungsansätze möglich sind.

I. Beteiligung im Rahmen der Entstehung und Etablierung von Entscheidungs- und Steuerungsstrukturen (Institutionalisierung) einer regionalen Erneuerbare-Energien-Initiative

Wenn wir von der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien reden, kann man *erstens* fragen, wie Bürgerinnen und Bürger respektive bürgerschaftliche Akteure sich in die Etablierung regionaler EE-Strukturen einbringen können beziehungsweise hierbei berücksichtigt werden. Je nachdem, ob die Initiative aus der Wirtschaft, Verwaltung oder bürgerschaftlichen Initiativen ausgeht, dürfte es hier große Unterschiede geben.

Im Bereich erneuerbare Energien haben wir es mit einem Handlungsfeld zu tun, das nur sehr begrenzt auf vorhandene Akteurs- und Organisationsstrukturen aufbauen kann, teilweise (und häufiger) aber eine Neubildung von Strukturen, Etablierung von Verfahrensabläufen etc. stattfindet. In dieser Phase, die man auch als Gründungsphase bezeichnen könnte, finden sich die Akteure zusammen, die gemeinsam den Ausbau erneuerbarer Energien in ihrer Region vorantreiben wollen, findet eine Mobilisierung regionaler (Schlüssel-)Akteure statt und werden erste Arbeits- und Entscheidungsstrukturen geschaffen.

Obwohl gerade in dieser Phase Regeln und Strukturen geschaffen werden, die auch längerfristig die Beteiligungsmöglichkeiten beeinflussen dürften, war sie im Rahmen der Untersuchungen nur am Rande Thema.

II. Beteiligung im Rahmen der Erarbeitung von und Beschlussfassung über regionale Leitbilder, Ziele und Umsetzungskonzepte und -strategien für den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region

Zweitens kann man fragen, wie Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler, für den Ausbau erneuerbarer Energien bedeutsamer Entscheidungen beteiligt werden.

In dieser zweiten Phase einigen sich regionale Akteure auf gemeinsam zu verfolgende Ziele, konkretisieren diese durch die entsprechenden Umsetzungsstrategien im Rahmen eines Regionalen Energie- oder Entwicklungskonzepts, einer regionalen Energie- oder Klimaschutzstrategie oder Ähnlichem. Auch die Festlegung formeller Rahmenbedingungen im Rahmen der Regionalplanung (Ausweisung von Windvorangebieten) gehört hierher. Beteiligung heißt in dieser Phase *Entscheidungsbeteiligung*. Geht man davon aus, dass die Akteure, die die Rolle der Beteiligten übernehmen können, dieselben sind, die den Prozess steuern bzw. koordinieren, können unterschiedlichste Institutionen und Organisationen die Rolle der (potenziellen) „Beteiligten“ inne haben, von bürgerschaftlichen Akteursgruppen bis hin zu Unternehmen. Die potenziellen Beteiligten sind folglich mit sehr unterschiedlichen Befugnissen, Kompetenzen sowie finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet und haben unterschiedliche formelle und informelle Handlungs- und Einflussmöglichkeiten. Damit sind auch ihre Möglichkeiten, die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern zu organisieren und durchzuführen, aller Wahrscheinlichkeit nach unterschiedlich. Zudem ist zu vermuten, dass Beteiligungsangebote könnten je nach beteiligender Institution auf unterschiedliche Resonanz stoßen werden. Hiervon ausgenommen ist die formelle Beteiligung im Rahmen der Raum-/Regionalplanung, die allein den politisch-administrativen Akteuren obliegt.

III. Beteiligung im Rahmen der Umsetzung (Implementierung) regionaler EE-Leitbilder und -Strategien

Drittens kann man fragen, wie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen der Umsetzung (Implementierung) regionaler Erneuerbare-Energien-Strategien und -Leitbilder aussieht.

Die praktische Umsetzung oder Realisierung des Ausbaus erneuerbarer Energien in der Region geschieht durch zahlreiche größere und kleinere Projekte und andere Einzelaktivitäten. Hierzu gehören nicht nur die einzelnen größeren und kleineren Anlagen zur regenerativen Energieerzeugung, sondern auch alle anderen Aktivitäten von der Ausbildungsoffensive über die Etablierung regionaler Arbeitsgruppen bis hin zur Beratungseinrichtung. Beteiligende sind hier vor allem jene Akteure und Institutionen, die bürgerschaftliche Aktivitäten und Engagement („Leistungsbeteiligung“) fördern und unterstützen. Um die Untersuchung einigermaßen überschaubar zu halten, sollten im Rahmen der Erhebungen nur solche Akteure als Beteiligende betrachtet werden, die explizit mit einem regionalen Bezug bzw. regionsweit agieren.

Konkretisierung der Fragestellung

Die endgültige Präzisierung der Teilfragestellungen für das TP Regionale Beteiligung erfolgte im Rahmen der Projektarbeit auf der Basis einer ausführlichen Literaturrecherche und Auswertung der Beteiligungspraxis und -erfahrungen in anderen regionalen Handlungsfeldern (vgl. Abschnitt III; 1.3). Sie werden daher in der Darstellung der Ergebnisse ausführlicher hergeleitet. Für die Präzisierung der Fragestellung ergaben sich unter anderem Fragen danach,

- welche Gründe das Zustandekommen oder Ausbleiben einer systematischen und umfassenden Beteiligung erklären;
- welche Aspekte die Konzeptionen und Qualität der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern beeinflussen;
- welchen Stellenwert die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in unterschiedlichen regionalen EE-Prozessen hat und wie sich das auf die Konzeption und Durchführung der Beteiligungsangebote auswirkt;
- inwieweit die Förderung „aktiver Akzeptanz“ ein Ziel der Beteiligten ist beziehungsweise überhaupt als mögliches Ziel wahrgenommen wird;
- welche Effekte tatsächlich beobachtet werden konnten;
- welche Formen oder Strategien der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sich als besonders erfolgversprechend erwiesen haben, um deren aktive Akzeptanz zu fördern;
- inwieweit sich Organisationsformen, Verfahrensweisen für Beteiligung etc. identifizieren lassen, die sich im EE-Bereich bewährt haben und
- inwiefern akteursspezifische beziehungsweise für unterschiedliche Formen regionaler Steuerung / Governance differenzierte Empfehlungen sinnvoll und möglich sind.

2. Methodenteil

2.1 Beschreibung der verwendeten Methoden

Eine besondere Stärke des durchgeführten Projektes lag in der Kombination verschiedener Datenerhebungs- bzw. Forschungsmethoden. Hierzu zählten sowohl qualitative Leitfadeninterviews als auch quantitative Fragebogenerhebungen sowie die Durchführung von Fokusgruppen und Akteursworkshops. Die Methoden wurden dabei nicht unverbunden nebeneinander verwendet, sondern in enger Abstimmung mit Forschungs- und Praxispartnern und unter laufender Berücksichtigung von Ergebnissen der jeweiligen Teilprojekte gemeinsam weiterentwickelt, wodurch das Gesamtprojekt zu einem ganzheitlichen Entwicklungsprozess wurde.

Der kontinuierliche Austausch und Abgleich der Erkenntnisse der Forschungspartner, der über regelmäßige Arbeitstreffen über die gesamte Projektlaufzeit gewährleistet war, ermöglichte eine systematische Identifizierung der spezifischen Voraussetzungen und Merkmale von unterschiedlichen Beteiligungsansätzen und -prozessen.

Die gemeinsame Auswertung und wissenschaftliche Aufbereitung der Ergebnisse fand innerhalb des Projektteams statt, die Präsentation der bis Sommer 2010 vorliegenden Ergebnisse erfolgte anschließend im Rahmen der Fachtagung zum Gesamtforschungsvorhaben „Erneuerbare Energien – Akzeptanz durch Beteiligung?“. Die Fachtagung fand am 8. Juli 2010 in Berlin statt und bildete zugleich die Abschlussveranstaltung des Gesamtforschungsprojektes (Dokumentation der Veranstaltung im Anhang K; alle Präsentationen sind frei downloadbar unter <http://www.fg-umwelt.de/index.php?id=97>).

Folgend werden die verwendeten Methoden hinsichtlich ihrer Anwendungskontexte beschrieben

2.1.1 Literaturanalyse und Leitfaden-Interviews

Für die Untersuchung der regionalen Beteiligungsprozesse war als erster Arbeitsschritt eine *Literaturanalyse* vorgesehen, um den *Forschungs- und Diskussionsstand* zum Thema regionale Beteiligung aufzuarbeiten und bei der Analyse und Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Beteiligung im Rahmen regionaler EE-Prozesse vorhandene Erfahrungen und Erkenntnisse aus anderen Handlungsfeldern berücksichtigen zu können. Spezielles Augenmerk sollte darauf liegen, dokumentierte regionale Beteiligungserfahrungen und Wissen über Möglichkeiten, Widerstände und Hemmnisse regionaler Partizipationsprozesse einzubeziehen.

Im zweiten Arbeitsschritt sollten konkrete Beteiligungserfahrungen im Rahmen regionaler EE-Prozesse analysiert werden. Hierzu waren Interviews mit regionalen Akteuren aus den unterschiedlichen Regionen vorgesehen.

Da sich im Verlauf der Datenerhebung und Auswertung oft weitere Fragen ergeben, die im Rahmen einer anfänglichen Recherche noch nicht berücksichtigt werden können, sollten im Anschluss an die empirische Phase gegebenenfalls vorhandenes

Wissen zu spezifischeren Beteiligungsfragen nachrecherchiert werden, sei es in der Fachliteratur, sei es durch ExpertInneninterviews.

Aus der Zusammenschau von empirischem und theoretischem Datenmaterial sollten anschließend Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler EE-Prozesse abgeleitet, im Rahmen eines Workshops mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und Praxis diskutiert und anschließend ggf. überarbeitet werden.

Praktisch wurde im Rahmen der *Literatur- und Dokumentenanalyse* insbesondere Fachliteratur aus dem planungswissenschaftlichen Bereich (Raumplanung) berücksichtigt, die eng mit politikwissenschaftlichen Theorien und Erkenntnissen verknüpft ist. In der Regel handelt es sich um Literatur mit einem starken Praxisbezug, insbesondere aus dem Planungs- und Regionalentwicklungskontext, etwa aus Praxisprojekten und Förderprogrammen zur Regionalentwicklung. Ergebnis dieses Schrittes war ein knapp 40-seitiges Arbeitspapier (ZTG), in dem der Stand der Diskussionen zum Thema regionale Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sowie vorhandene Erkenntnisse zu Einflussfaktoren und Erfolgsbedingungen regionaler Beteiligung zusammengefasst und reflektiert werden. Auf dieser Basis wird die gemeinsame Systematisierung von Beteiligung für den Bereich der regionalen Beteiligung weiter ausdifferenziert und werden zentrale Thesen und Fragestellungen für die empirische Untersuchung abgeleitet. Dieses Paper wurde, wie vorgesehen, sukzessive weiter ausgearbeitet und ergänzt.

Zur Analyse konkreter Beteiligungsaktivitäten und -erfahrungen im Rahmen regionaler EE-Prozesse wurden Interviews mit regionalen Akteuren geführt. Befragt wurden „Beteiligende“, Vertreterinnen und Vertreter regionsweit agierender Institutionen und Organisationen, die Beteiligung anbieten beziehungsweise ermöglichen und unterstützen können. Oft handelte es sich dabei um die Akteure, die den regionalen EE-Prozess koordinieren. Ergänzend wurden Personen aus einzelnen Einrichtungen befragt, deren Beteiligungsangebote mindestens einen regionsweiten Aktionsradius umfassten.

Berücksichtigt wurden vorwiegend Personen aus Regionen, die anhand ihrer öffentlichen Darstellung erkennen ließen, dass auf die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern Wert gelegt wird. Um eine Kontrastierungsmöglichkeit zu haben, wurde außerdem eine Region berücksichtigt, in der eine explizite Beteiligungsorientierung nicht erkennbar war. Anders als ursprünglich geplant wurden Personen aus einem relativ breit gestreuten Spektrum an unterschiedlichen Regionen berücksichtigt (Abb. 5; Tab. 1). Dies geschah, um die sehr unterschiedlichen regionalen Akteurskonstellationen und Zuständigkeiten (und damit der potenziellen „Beteiligenden“) sowie eine Bandbreite an regionalen Kontexten und Konzepten und Herangehensweisen berücksichtigen zu können.

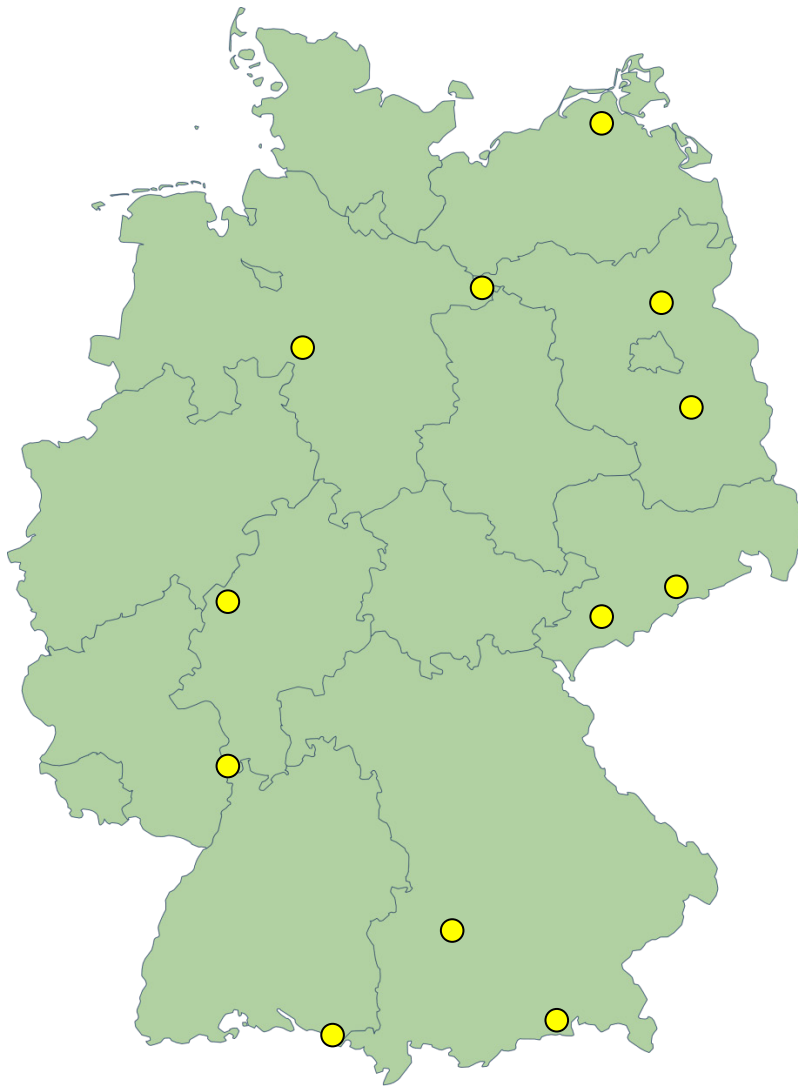


Abbildung 5: Räumliche Darstellung der Interview-Akteure zur regionalen Teilhabe (ZTG)

Insgesamt wurden 21 Leitfaden-Interviews mit Akteuren aus 13 Regionen durchgeführt.

Der Interviewleitfaden umfasste Fragen zu den folgenden Aspekten:

- Beteiligungsverständnis der Praxisakteure
- Implementierung: angebotene und/oder unterstützte Beteiligungsmöglichkeiten in Rahmen regionaler Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse zum Ausbau erneuerbarer Energien (Phasen 2 & 3; vgl. Abschnitt II; 1.3.3)
- Gründe für/gegen Beteiligung allgemein sowie für/gegen bestimmte Beteiligungsangebote und –formen
- mit der Beteiligung verbundene Erwartungen und Ziele
- Resonanz auf die Beteiligungsaktivitäten
- Ergebnisse; Einschätzung der Wirksamkeit der Angebote im Hinblick auf Akzeptanz
- Einflussfaktoren auf die Qualität der Beteiligung(sangebote) -ergebnisse
- Lerneffekte; aus den eigenen Beteiligungserfahrungen abgeleitete Empfehlungen

Die Interviews wurden digital aufgezeichnet und anschließend verschriftlicht. Der größere Teil der Interviews wurde vollständig transkribiert und anschließend einer ersten Auswertung unterzogen. Die Auswertung erfolgte mit Hilfe des Programms Atlas.ti. Auf der Basis der Ergebnisse, die bereits einen guten Eindruck der zu erwartenden Ergebnisse vermittelte, wurde die Verschriftlichung auf eine ausführliche Abschrift unter Auslassung der inhaltlich unwesentlichen Stellen reduziert. Das Augenmerk wurde schrittweise immer stärker darauf gelegt, vor allem neue Aspekte ermitteln, die vorab nicht erwähnt worden waren.

Aus den Interviewergebnissen wurden Handlungsempfehlungen für regionale Akteure abgeleitet. In diesen Arbeitsschritt wurden auch die Ergebnisse der Literaturanalyse hinzugezogen. In die endgültigen Ergebnisse sind ferner die Ergebnisse der Abschlussveranstaltung eingeflossen, insbesondere des Workshops zum Thema regionale Beteiligung.

Tabelle 1: Übersicht der interviewten Praxisakteure (ZTG)

Region	Institution
Metropolregion Rhein-Neckar	Regionalverband Rhein-Neckar
	Metropolsolar Rhein-Neckar e.V.
Energieregion Oberland	BürgerstiftungEnergiewende Oberland
Bioenergieregion Bodensee	solarcomplex AG
	Bodenseestiftung
	Solarverein Fensol
Landkreis Barnim	Regionalbüro Barnim
	Eberswalder Informations-Centrum Holz und Erneuerbare Energien "Eiche e.V."
Planungsregion Uckermark-Barnim	Regionale Planungsstelle
100%-Region Lübbow-Krassow	Solarinitiative Mecklenburg-Vorpommern e.V.
LK Marburg-Biedenkopf	Landratsamt
LK Fürstenfeldbruck	ZIEL 21 e.V.
Aller-Leine-Tal	Projektgruppe „Erneuerbare Energien“
Wendland	Landkreis Lüchow-Dannenberg
	Amt für Wirtschaftsförderung
	Emma e.V. - Energiemanagementagentur
Energieregion Erzgebirge (vormals Annaberger Land)	Ernergie-Ressourcen-Netzwerk (ERN)
Sächsische Schweiz	Landschaf(f)t Zukunft e.V. (LAG)
Energievision Murau/Steiermark	Energieagentur Murau
Planungsregion Lausitz-Spreewald	CEBra und IBA
	Regionale Planungsstelle

2.1.2 Fragebogenerhebungen - quantitative Forschung

Die Forschungsgruppe Umweltpsychologie führte im Rahmen ihres Forschungsschwerpunktes ebenfalls Interviews mit zentralen Akteuren zur Unterstützung der Fragebogenerhebungen (s.u.) durch. Die Interviews wurden leitfadengestützt durchgeführt. In den Interviews wurden Personen adressiert, die in Planungs- und Entscheidungsprozesse involviert waren und deren Perspektive zu einem Verständnis der Gesamtsituation beitragen kann. Es handelte sich dabei um Akteure aus Verwaltung, um die Betreiberseite, regionale Experten und Planer sowie Betroffene. Die offene Herangehensweise der Interviews kam dieser Zielgruppe entgegen – Versuche, von ihnen mittels eines Fragebogens Informationen zu erhalten waren nicht zielführend. Mit Hilfe der Interviews wurde die subjektive Rekonstruktion des bisherigen Planungs- und Entscheidungsprozesses erfasst. Mit einer offenen diesbezüglichen Einstiegsfrage wurde die Erzählung angestoßen. Je nach Verlauf des Interviews wurde dann durch Fragen das Thema auf die Beteiligung der Bevölkerung und hierfür mögliche Motive gelenkt. Die Interviewpartner wurden telefonisch zur Vereinbarung eines Interviews kontaktiert. Die Interviews wurden dann entweder ebenfalls telefonisch oder in direktem Kontakt durchgeführt.

Der von der Forschungsgruppe Umweltpsychologie eingesetzte Fragebogen stellte als quantitativer Forschungsanteil die Hauptmethode des Projektes dar.

Wie eingangs beschrieben ergänzen sich qualitative und quantitative Methodik im Projekt - die quantitative Methodik ermöglicht es dabei, verschiedene, bei Einführungsprozessen erneuerbarer Energien relevante Aspekte aus der Perspektive der Bevölkerung zu konkretisieren, zu quantifizieren und messbar zu machen.

Diese Methode trägt neben der Messung von Akzeptanz wesentlich zum Verständnis der Einführungsprozesse bei – es wird erfasst, welche Beteiligungsmöglichkeiten gewünscht werden, wie die bisherigen Prozesse wahrgenommen und bewertet werden und welche Gesichtspunkte dabei eine Rolle spielen. Dadurch wird besser nachvollziehbar, inwiefern und auf welche Art und Weise die Akzeptanz erneuerbarer Energien und Partizipation miteinander in Zusammenhang stehen und wie zukünftig möglicherweise Prozesse derart gestaltet werden können, dass diese positiv bewertet werden und sich dementsprechend auf die Realisierung neuer Anlagen erneuerbarer Energien auswirken. Es lassen sich demnach Handlungsempfehlungen von den Messergebnissen ableiten; gleichzeitig kann mithilfe des Fragebogens künftig festgestellt werden, inwiefern ggf. umgesetzte Maßnahmen wirksam sind.

Fragebogenkonstruktion

Das standardisierte Erhebungsinstrument wurde eigens für das Forschungsvorhaben entwickelt. Zur Erfassung der Akzeptanz erneuerbarer Energien und der im Planungs- und Entscheidungsprozess als relevant erachteten Faktoren werden über verschiedene Bewertungs- und Einschätzungsskalen erfasst. Dabei wurden die verwendeten Skalen mit Ausnahme der interpersonellen Gerechtigkeit theoriegeleitet, auf Grundlage vorheriger Forschungsergebnisse und im Austausch mit Wissenschaft und Praxis, für den genutzten Fragebogen konstruiert. Zu den verschiedenen The-

menbereichen, welche in diesem Zusammenhang Berücksichtigung finden sollten, wie Vertrauen, Gerechtigkeit, Ortsidentität etc. wurden jeweils mehrere Aussagen (Items) generiert, die diese Themenbereiche repräsentieren sollen. Die Versuchspersonen konnten dann diese Aussagen ihrer Meinung bzw. Selbsteinschätzung entsprechend beantworten.

Beispiele für den Bereich Vertrauen sind „Auf die Aussagen der Entscheidungsträger kann ich mich verlassen.“, „ Die Verantwortlichen halten sich an Absprachen.“. Für den Bereich der prozeduralen Gerechtigkeit wurde beispielsweise über die Aussagen „Das Ergebnis des Planungsprozesses kann durch die Bevölkerung beeinflusst werden.“ und „ Der Planungsprozess der Anlage läuft fair ab.“ erfasst.

Durchführung von Pre-Tests

In der Altmark wurden in den Orten Tangeln und Neuferchau Vorerhebungen zur Optimierung des Erhebungsinstrumentes durchgeführt. Über statistische Berechnungen (Iteminterkorrelationen, Reliabilitätsanalysen) konnte die Güte der gebildeten Skala gemessen werden und daraufhin der Fragebogen durch Entfernen ungeeigneter Items und Umformulierungen verbessert werden. Die verwendeten Skalen beinhalten in ihrer Endform zwischen zwei und acht Items. Die Fragebogenversionen für die drei untersuchten Energietechnologien unterscheiden sich dabei lediglich in der Energieform; alle Items sind ansonsten identisch.

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die zentralen Skalen, welche im Fragebogen enthalten sind (zur besseren Verständlichkeit beziehen sich die in der Tabelle angeführten Skalen in diesem Fall immer auf den Bereich Biomasse/-gasanlagen; für PV-Freiflächenanlagen sowie Windkraftanlagen sind die Fragebogeninhalte entsprechend; vgl. hierzu Abschnitt III; 1.1).

Tabelle 2: Übersicht der inhaltlichen Skalen des standardisierten Fragebogens zur Wahrnehmung und Bewertung von Beteiligungsmöglichkeiten (FG-UPSY)

Skala	Konzept	Beispiel-Item
Akzeptanz allgemein EE	Prinzipielle Unterstützung von EE allgemein	Prinzipiell bin ich ein Befürworter von erneuerbaren Energien.
Akzeptanz konkrete Technologie	Prinzipielle Unterstützung der konkreten EE-Technologie (z.B. Biomasseanlagen)	Alles in allem bin ich ein Gegner von Biogasanlagen.
aktive Akzeptanz	Engagementbereitschaft für eine konkrete EE-Anlage	Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine erneuerbare Energieanlage vor Ort einzusetzen.
Ortsidentität	gefühlte Verbundenheit mit dem Ort	Ich bin stolz, ein Teil dieser Stadt/Gemeinde zu sein.
Selbstwirksamkeit	Überzeugung, kritische Anforder-	Wenn ich mir etwas vor-

	lungssituationen aus eigener Kraft erfolgreich bewältigen zu können	nehme, finde ich Wege dies erfolgreich umzusetzen.
Energiebewusstsein	eigene energierelevante, ressourcenschonende Einstellungen und Verhaltensweisen	Beim Kauf neuer Haushalts- und Elektrogeräte achte ich auf einen niedrigen Stromverbrauch.
Kompetenz	Fähigkeiten und Fertigung zur Bewältigung von Aufgaben	Ich kann meine Gedanken, Gefühle und Einstellungen anderen gut mitteilen.
Ökonomie/Wertschöpfung	Eingeschätzte Wirkung von EE auf Ökonomie/Wertschöpfung	Erneuerbare Energieanlagen leisten einen Beitrag zur Entwicklung der Region (regionale Wertschöpfung).
Vertrauen	Annahme, dass Entwicklungen einen positiven oder erwarteten Verlauf nehmen	Auf die Aussagen der Entscheidungsträger kann ich mich verlassen.
Rahmenbedingungen	Bedingungen des Umfelds/Kontextbedingungen	Ich habe keine Zeit, mich in den Planungsprozess einer erneuerbaren Energieanlage einzubringen.
prozedurale Gerechtigkeit	Wahrgenommene verfahrensbezogene Gerechtigkeit während eines Planungsverfahrens	Das Ergebnis des Planungsprozesses kann durch die Bevölkerung beeinflusst werden.
distributive Gerechtigkeit	Wahrgenommene verteilungsbezogene Gerechtigkeit während eines Planungsverfahrens	Von der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage profitieren am Schluss alle.
interpersonale Gerechtigkeit	empfundene Gerechtigkeit auf persönlicher Ebene	Folgende Personengruppen behandeln mich mit Respekt
Partizipation_Information	Wunsch nach Information	Mir ist es wichtig, frühzeitig über geplante erneuerbare Energieanlagen informiert zu werden.
Partizipation_Konsultation	Wunsch nach Einholen der Meinung der Bevölkerung	Bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte die Meinung der Bevölkerung eingeholt werden.
Partizipation_Kooperation	Wunsch nach Mitentscheiden der Bevölkerung	Die Bevölkerung sollte bei Einführungsprozessen von

		erneuerbaren Energieanlagen mitentscheiden.
Partizipation_Verantwortungsübernahme	Wunsch nach eigenverantwortlichem Handeln der Bevölkerung	Die Bevölkerung sollte große Teile von Planungsprozessen selbst gestalten.
Bewertung Partizipation	Bewertung der Partizipationsmöglichkeiten	Es stehen ausreichend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage zur Verfügung.

Hauptgütekriterien quantitativer Forschung

In der quantitativen Forschung werden vor allem drei Gütekriterien eingesetzt, um die Qualität eines Fragebogens (oder Tests) zu bestimmen: Objektivität, Reliabilität und Validität. Für Objektivität und Reliabilität sind die erforderlichen Gütewerte jetzt schon erreicht, für eine vollständige Validitätsuntersuchung müssen noch Vergleichsstudien durchgeführt werden (s.u.).

Die Objektivität eines Messinstruments gibt an, inwiefern die Ergebnisse vom Untersucher unabhängig sind. Es werden drei Arten der Objektivität unterschieden. Eine hohe Durchführungsobjektivität wird erreicht, indem genau definiert wird unter welchen Bedingungen das Messinstrument einzusetzen ist. Standardisierte, schriftliche Instruktionen in einem Fragebogen sind demnach sinnvoll. Die Auswertungsobjektivität wird gewährleistet, wenn die Vergabe von Testpunkten für bestimmte Antworten aufgrund genauer Auswertungsvorschriften immer einheitlich ist. Schließlich ist es für die Interpretationsobjektivität erforderlich, individuelle Deutungen außen vor zu lassen und sich stattdessen an vorgegebenen Normen zu orientieren.

Mit der Reliabilität wird die Zuverlässigkeit eines Messinstruments erfasst, also die Genauigkeit mit der ein Test bzw. Fragebogen das Merkmal misst, was es misst. Eine optimale Reliabilität würde demnach erreicht, wenn das Messinstrument den wahren Wert fehlerfrei erfasst. Auch dieser Begriff wird weiter differenziert. Die Retest-Reliabilität gibt an, in welchem Ausmaß zwei Testergebnisse derselben Person übereinstimmen, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten ermittelt wurden. Bei der Halbierungsreliabilität füllt jede Person nur einen Fragebogen aus, der dann für die Ermittlung der Übereinstimmung in zwei Hälften geteilt wird. Die interne Konsistenz führt diesen Ansatz noch weiter, indem sie den Fragebogen in so viele Teile teilt, wie dieser Items hat. Ein Maß für die interne Konsistenz ist die Berechnung von Cronbachs Alpha.

Die Validität eines Messinstruments gibt an, inwiefern dieses genau das misst, was es zu messen vorgibt. Grundsätzlich werden drei Validitätsarten unterschieden: Inhalts-, Kriteriums- und Konstruktvalidität. Inhaltsvalidität wird erreicht, wenn der Inhalt der einzelnen Items das Konstrukt erschöpfend erfasst. Diese Beurteilung erfolgt jedoch in erster Linie per Augenschein und ist nicht statistisch prüfbar. Deshalb wird häufig die Kriteriumsvalidität eingesetzt. Die Validierung erfolgt in diesem Fall anhand

verschiedener Kriterien, die aufgrund des Inhalts des Messinstruments mit dem Ergebnis zusammenhängen sollten. So kann z.B. das Ergebnis eines Eignungstests für Auszubildende mit der Abschlussnote der Ausbildung korreliert werden (prognostische Validität). Schließlich ist ein Messinstrument konstruktvalid, wenn die aus dem zugrunde liegenden Konstrukt abgeleiteten Hypothesen anhand der Testwerte bestätigt werden können. Zur Ermittlung der Konstruktvalidität wird häufig die konvergente bzw. divergente Validität

bestimmt. Dazu werden Korrelationen zwischen dem Ergebnis des relevanten Messinstruments und den Ergebnissen anderer etablierter Messinstrumente gebildet, die entweder einen gleichen (konvergent: möglichst hohe Korrelation) oder einem explizit anderen Gültigkeitsbereich haben (divergent: möglichst geringe Korrelation). Zudem ist eines für die Umweltpsychologie besonders relevantes Gültigkeitskriterium das der ökologischen Validität. Diese bezeichnet das Ausmaß, in dem der wissenschaftliche Untersuchungsaufbau und dessen Ergebnisse die Eigenschaften aufweisen, welche die an der jeweiligen Studie teilnehmenden Versuchspersonen in ihrer Umwelt erleben. Eine hohe ökologische Validität stellt eine wichtige Voraussetzung für die Übertragbarkeit von Forschungsergebnissen auf konkrete Lebensumstände dar.

Fragebogenformat

Im größten Teil des Fragebogens (die Bewertungsfragen und Einschätzungen zu verschiedenen Aspekten sowie Wünsche bzgl. der Prozesse) wurde eine fünfstufige Antwortskala zur Einordnung/Einschätzung der gegebenen Aussagen verwendet. Die Antwortmöglichkeiten sind „trifft voll zu“, „trifft teilweise zu“, „bin unentschieden“, „trifft eher nicht zu“ und „trifft überhaupt nicht zu“. Trotz der oftmals geübten Kritik an der „bequemen Mitte“ wurde bewusst eine fünfstufige Skala mit „mittiger“ Antwortmöglichkeit gewählt, da insbesondere im Bereich der Bewertung von Prozessen und für den Bereich der Erneuerbaren Energien angenommen wurde, dass möglicherweise Unsicherheiten bezüglich der Informations- und Faktenlage bestehen und daher keine eindeutige Aussage getroffen werden kann. Weiterhin sollte eine reelle Bewertungsmöglichkeit für diejenigen gegeben sein, die trotz gründlicher Abwägung keine Bewertungstendenz abgeben wollen. Für die zweite Erhebungsrunde, welche im Kreis Steinfurt durchgeführt wurde, wurde zudem noch die Möglichkeit zur „Weiß nicht“ – Antwort hinzugefügt, um zwischen „bin unentschieden“ (divergierende Informationen) und tatsächlichem Nichtwissen differenzieren zu können. Dies hatte sich bereits in einem anderen Projekt als hilfreich erwiesen und schien nun auch in diesem Kontext sinnvoll – in der ersten Erhebungsrunde wurden gerade im Bereich der Prozessbewertung viele „bin unentschieden“-Antworten gegeben, deren Hintergrund nun genauer nachgegangen werden sollte.

Im anschließenden Teil sollten konkrete Beteiligungsformen bewertet und ihre Relevanz für zukünftige Prozesse eingestuft werden. Hierfür wurden ebenfalls fünfstufige Antwortskalen vorgegeben; einmal einem Kontinuum von „gut“ bis „schlecht“ und einmal von „sehr wichtig“ bis „unwichtig“. Nach diesen gebundenen Antwortformaten folgte eine offene Frage die Raum für ergänzende Anmerkungen z.B. zu zukünftigen Beteiligungsmöglichkeiten bot. Zum Abschluss des Fragebogens wurden einige An-

gaben zur Person (soziodemographische Variablen wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand etc.) erbeten, die jedoch die Anonymität weiterhin gewährleisten.

Für die Erhebungen im Kreis Steinfurt wurde der Fragebogen aufgrund der Anfrage des Kooperationspartners vor Ort, des Agenda 21-Büros des Kreis Steinfurt, erweitert. Das Agenda 21-Büro erarbeitete im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (IKSK) ein integriertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Steinfurt. Dies beinhaltet auch die Erstellung einer CO₂-Bilanz für den Kreis Steinfurt und für drei ausgewählte Pilotkommunen. Da für die spätere Umsetzung des Konzeptes die Wünsche der Bevölkerung als relevant erachtet werden, war der Kreis Steinfurt besonders an den Befragungen der Forschungsgruppe Umweltpsychologie interessiert. Daher realisierte die Forschungsgruppe ihre Erhebungen in den drei Pilotkommunen. Aufgrund des starken Interesses des Kreises Steinfurt an den Technologien Biogasanlagen und Windkraftanlagen wurden beide Energieformen im Fragebogen integriert und der Fragebogen um Einflussfaktoren auf die Akzeptanz der Technologien ergänzt.

Insgesamt enthält der Fragebogen 100 Fragen (im Kreis Steinfurt 130), 92 (116) im gebundenen Antwortformat sowie eine (sechs) offene Frage und sieben (acht) Fragen zur Person. Ein Exemplar der Fragebogenversion „Biomasse/-gas“ ist im Anhang E aufgeführt.

Prozedur der Fragebogenerhebungen

Im Verlauf der Datenerhebung wurden in den verschiedenen Orten in den Untersuchungsregionen jeweils zwischen 300 und 500 Fragebögen in ausgewählten Haushalten verteilt. Bei kleineren Orten wurde versucht, in möglichst allen verschiedenen Ortsteilen Haushalte zu befragen. Bei größeren Gemeinden wurden die Ortsteile und Straßenzüge derart ausgesucht, dass verschiedene Bevölkerungsstrukturen abgebildet werden konnten, d.h. sowohl Gegenden mit Einfamilienhäusern als auch mit Mehrfamilienhäusern oder Wohnblocks, neue und ältere Wohngebiete sowie jüngere und ältere Anwohnende vertreten waren. Die Auswahl der einzelnen Haushalte erfolgte dabei nach dem Zufallsprinzip, d.h. es wurden innerhalb der Ortsteile zufällig Straßenzüge ausgewählt.

Die Fragebögen wurden von MitarbeiterInnen der Forschungsgruppe Umweltpsychologie zwischen 16 und 20 Uhr verteilt; d. h. wurden die Anwohnende persönlich angetroffen so wurde der Fragebogen anhand einer standardisierten Instruktion vorgestellt, Fragen geklärt und erklärt, dass der Fragebogen eine Woche später wieder eingesammelt würde. Die Teilnahme an den Erhebungen war prinzipiell freiwillig, d.h. es wurden bei eventuell auftretender Skepsis keine Überredungsversuche unternommen. In einem vorher festgelegten Umfang wurden, bei nicht Antreffen der Anwohnenden, Fragebögen in deren Briefkästen eingeworfen. In diesem Fall und wenn beim Abholungstermin eine Woche später die Anwohnenden nicht angetroffen wurden bestand die Möglichkeit, mit einem frankiertem Rückumschlag die fehlenden Fragebögen kostenfrei und direkt an die Forschungsgruppe zurückzusenden.

Dieses Vorgehen sollte einerseits das gründliche Ausfüllen des Fragebogens durch genügend Zeit gewährleisten, andererseits keine Mehrkosten außer dem Faktor Zeit für die Teilnehmenden verursachen, um auf diese Weise eine erhöhte Teilnahmebe-

reitschaft zu bewirken. Durch den persönlichen Kontakt kann erfahrungsgemäß die Rücklaufquote erhöht werden. Der Anteil an Fragebögen, der in Briefkästen eingeworfen wurde sollte Verzerrungen der Ergebnisse vermeiden, die dadurch entstehen könnten, dass nur Personen, die zu den Erhebungszeiten anzutreffen waren teilnehmen konnten.

Diese Form der Befragung stellt eine wichtige Informationsquelle dar, da sowohl die befragten Personen an der Tür noch wichtige Details wie lokales Wissen mitteilen (dieses wird in sog. Feldtagebüchern festgehalten und steht für die qualitative Analyse zur Verfügung), als auch die Untersuchenden und damit das Forschungsteam die Orte auf diese Weise direkt kennenlernen.

2.1.3 Fokusgruppen und Akteursworkshops

Für die Bearbeitung der oben aufgeführten Fragestellungen im Teilforschungsvorhaben „Akzeptanzförderung durch finanzielle Teilhabe – Entwicklung von praxistauglichen Beteiligungskonzepten“ wurde ein passgerechtes Forschungsdesign entwickelt und mit den Forschungspartnern OvGU und ZTG abgestimmt.

Literaturrecherchen und Interviews

Im ersten Schritt konnten mit Hilfe von Literaturrecherchen sowie Telefoninterviews mit Experten und Schlüsselakteuren aussagekräftige Hintergrundinformationen und Rahmenbedingungen für finanzielle Beteiligungsmodelle an EE-Anlagen auf lokaler und regionaler Ebene zusammengetragen sowie erste relevante Praxisbeispiele identifiziert werden. Eine weitere Zielstellung bestand darin, erste Erfolgsfaktoren und Hemmnisse zu identifizieren sowie finanzielle EE-Beteiligungsansätze auf ihre Übertragbarkeit hin einzuschätzen. Die Zusammentragung und Aufbereitung der Ergebnisse dieses ersten Arbeitsschrittes erfolgte in Form eines internen Basispapiers.

Fokusgruppen

Im nächsten Forschungsschritt wurden auf Basis der analysierten und aufbereiteten Informationen konkrete Fragestellungen und Thesen entwickelt. Diese dienten als Input für die Diskussion mit drei spezifischen Akteursgruppen im Rahmen von drei Fokusgruppen. Mit Hilfe der spezifischen Methodik und Diskussionsform „Fokusgruppe“ konnten mit der jeweils anwesenden Akteursgruppe auf sehr konzentrierte und effiziente Weise Erfolgsfaktoren und Hemmnisse sowie die daraus abgeleiteten Thesen für eine idealtypische Organisationsform lokaler und regionaler finanzieller Beteiligungsmodelle erörtert und weiter spezifiziert werden. Als besonders relevante Akteursgruppen bei der Initiierung und Umsetzung finanzieller EE-Beteiligungen vor Ort kristallisierten sich folgende Akteursgruppen heraus:

- Bürgerschaftliche Akteure/ Netzwerkakteure (Fokusgruppe am 7. Mai 2009 in Stuttgart)
- Planer und Investoren (Fokusgruppe am 18. Juni 2009 in Hannover)
- Politik und Verwaltung (Fokusgruppe am 25. November 2009 in Hamburg)

Mit diesen Akteursgruppen wurde unter dem Titel „Erneuerbare Energien durch finanzielle Teilhabe fördern“ je eine separate Diskussionsrunde in Stuttgart, Hannover und Hamburg durchgeführt. Abschließend erfolgte eine Querschnittsauswertung der Ergebnisse aus den Arbeitspaketen 1 und 2., in deren Rahmen eine Systematisierung von lokalen finanziellen EE-Beteiligungsansätzen vorgenommen wurde sowie themenhafte Handlungsempfehlungen für die Umsetzung abgeleitet wurden.

Akteursworkshop

Ziel des nächsten Arbeitsschrittes war es, diese Handlungsempfehlungen in der Praxis zu testen, auf ihre konkrete Relevanz und Umsetzbarkeit hin zu überprüfen und gemeinsam mit den anwesenden Akteuren weiterzuentwickeln. Hierzu wurde in einer exemplarischen Region ein ganztägiger Akteursworkshop mit einem realen Spektrum lokaler Energieakteure durchgeführt. Nach umfangreichen Recherchen und Vorgesprächen fiel die Entscheidung auf den Zukunftskreis Steinfurt, da hier seit Jahren zahlreiche Bemühungen unternommen werden, Erneuerbare Energien maßgeblich in der Region zu verankern und dabei auch Beteiligungsaspekte zu berücksichtigen und die lokale Bevölkerung stark einzubinden.

Der Landkreis (LK) Steinfurt liegt im nördlichen NRW. Der LK hat sich das Label „Zukunftskreis Steinfurt“ gegeben und sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2050 rechnerisch energieautark zu werden. In diesem Zusammenhang wird eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien angestrebt. Ein zentraler Akteur ist neben dem Landkreis selbst das beim LK angesiedelte Agenda-21-Büro. Hierüber werden zahlreiche Energieprojekte initiiert und koordiniert, so u.a. auch die Erarbeitung eines kreisweiten integrierten Klimaschutzkonzeptes. Aktuell wird gemeinsam mit ortsansässigen Stadtwerken ein Konzept für eine regionale Strommarke erarbeitet.

Das LA-21-Büro sorgt als starker Partner ebenfalls für eine breite Vernetzung zwischen den Akteuren (v.a. Industrie, Kommunen, Vereinen, Wissenschaft). Im Zuge zahlreicher initiiertener energierelevanter Projekte und Aktivitäten wird angestrebt, die regionale Wertschöpfung zu erhöhen und so auch landwirtschaftliche Potenziale auszuschöpfen. Zentrale übergreifende Themen sind der Ausbau zur Bioenergieregion sowie ein Repowering bestehender Windkraftanlagen. Der Zukunftskreis Steinfurt wurde als Untersuchungsregion ausgewählt, da der Einsatz erneuerbarer Energien auf politisch-strategischer Ebene vorangetrieben wird und diesbezüglich ein starkes Interesse an Akzeptanzfragen und partizipativen Ansätzen besteht.

Im Zuge der Workshopvorbereitung zu finanziellen Beteiligungsansätzen im Kreis Steinfurt wurde gezielt das Agenda21-Büro als zentraler regionaler Netzwerkakteur im Energiebereich angesprochen und um Kooperation angefragt. Das Feedback war positiv und das Angebot, einen zukunftsgerichteten Workshop mit Hilfe externer wissenschaftlicher Unterstützung durchzuführen wurde dankend angenommen.

Der Workshop „Erneuerbare Energien“ durch finanzielle Teilhabe fördern“ fand am 16. März 2010 mit rund 25 Personen im Transferzentrum für angepasste Technologien (TAT) in Rheine statt. Der Teilnehmerkreis setzte sich aus folgenden regionalen Akteuren zusammen: zentrale Netzwerk- und bürgerschaftlich orientierte Akteuren, Investoren und Planer für EE-Anlagen, lokale Finanzinstitute und Energieversorger

sowie Mitarbeiter der Verwaltung des Landkreises und Wissenschaftler. Mit Hilfe des Kooperationspartners konnten interessierte und gleichermaßen relevante Energieakteure der Region für die Veranstaltungen gewonnen werden.

Ziel war es, die bislang erarbeiteten Ergebnisse zu finanziellen Beteiligungsansätzen an EE-Anlagen mit den anwesenden Praxisakteuren zu diskutieren und im weiteren Verlauf basierend auf den Ideen und Anregungen der Teilnehmer drei Beteiligungsvorhaben für die Region weiter auszuformulieren.

Die Ergebnisse des Akteursworkshops wurden in einer ausführlichen Dokumentation (siehe Anhang F) festgehalten und den Teilnehmern zeitnah für ihre weitere Arbeit zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig bildet die Zusammenführung der Ergebnisse im Rahmen der Workshopdokumentation einen wichtigen Baustein zur letztendlichen Ausformulierung finanzieller Beteiligungsansätze für EE-Anlagen.

Ergebnisaufbereitung

Neben dem vorliegenden **Endbericht** sind die Ergebnisse des Teilforschungsvorhabens in anschaulicher Form aufbereitet und als **praxisorientierte Foliensatz** im Frühjahr 2011 veröffentlicht worden. Begleitend hierzu wurde ein Dokument erarbeitet, das die spezifischen, im Foliensatz dargestellten Beteiligungsaspekte ausführlicher erläutert. Der **Foliensatz und das Arbeitspapier** stehen als Download auf der IZT-Homepage zur Verfügung.

Der Endbericht richtet sich in erster Linie an die wissenschaftliche Community. Hingegen sind Foliensatz und Begleitpapier unmittelbar für Praxisakteure, insbesondere für „Netzwerker“ vorgesehen, die diese Materialien bei der Umsetzung von finanziellen Beteiligungsansätzen an EE-Anlagen als Argumentationshilfe nutzen können.

Exkurs Methodik Fokusgruppen

Fokusgruppen sind ein qualitatives Erhebungsinstrument, bei dem mit jeweils nur einer spezifischen Akteursgruppe eine gezielte Diskussion um relevante Problemlagen und Fragestellungen geführt wird. Die Diskussionsgruppen werden anhand bestimmter Kriterien (z.B. milieu- oder akteursspezifisch) zusammengestellt. Die Diskussion der Akteure zu einem bestimmten Thema wird dabei durch einen Informationsinput (in diesem Fall Forschung) angeregt.

Die Ergebnisse der Diskussionen spiegeln nicht nur Einzelmeinungen der Befragten wieder, sondern schließen ebenso den Austausch- und Diskussionsprozess der Teilnehmerinnen und Teilnehmer untereinander mit ein und erhalten dadurch eine besondere Qualität. Zudem kann eine vergleichsweise hohe Informationsdichte und Informationstiefe in relativ kurzer Zeit gewonnen werden. Die Methode Fokusgruppe bietet sich besonders dann an, wenn es in kurzer Zeit eine Vielfalt an Informationen aufzubereiten und zu vertiefen gilt.

Den methodischen Vorgaben Rechnung tragend, wurden für die Diskussionsrunden in diesem Forschungsvorhaben bundesweit jeweils max. 10 Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Akteursgruppe eingeladen.

Als Ergebnis dieses Arbeitsschrittes lagen verifizierte Thesen zu Hemmnissen und Erfolgsfaktoren zur Implementierung finanzieller Beteiligungsansätze an lokalen und regionalen EE-Anlagen vor, so wie sie von jeder spezifischen Akteursgruppe wahrgenommen werden.

Exkurs Methodik Praxisorientierter Akteursworkshop

Das spezifische Format „wissenschaftsgeleiteter regionaler Akteursworkshop“ wurde innerhalb des vorherigen BMU-Forschungsvorhabens „SKEP – Entwicklung einer Strategischen Kommunalen Energiepolitik“ gezielt entwickelt und konnte im laufenden Teilforschungsvorhaben „Akzeptanzförderung durch finanzielle Teilhabe – Entwicklung von praxistauglichen Beteiligungskonzepten“ passgerecht modifiziert und zielführend angewandt werden.

Ausgangspunkt stellten die vielfältigen methodischen Erfahrungen und Hintergründe der am IZT tätigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsprojekten dar, so vor allem mit Zukunftswerkstätten, Fokusgruppen, Szenarioworkshops und Roadmapprozessen. Zentrale Erfahrungen im Zuge der Mitarbeit, Moderation und Begleitung unterschiedlicher Prozesse in der Praxis bestehen darin, sowohl die Bandbreite relevanter Akteure in einen Prozess einzubinden als auch an der intrinsischen Motivation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine Mitarbeit an bestimmten Themen anzuknüpfen.

Vor diesem Hintergrund war es bedeutsam, ein Workshopformat mit verschiedenen inhaltlichen und methodischen Elementen zu konzipieren, das sowohl der Zielstellung gerecht wird, energiebezogene wissenschaftliche Forschungsergebnisse in die Region zu tragen und mit Praxisakteuren vor Ort zu diskutieren und zu validieren als auch gemeinsam mit zentralen regionalen Akteuren energiepolitisch zielführende Ansätze für den Ausbau Erneuerbarer Energien vor Ort zu eruieren und weiterzuentwickeln.

Die folgende Darstellung enthält Kernelemente sowie den exemplarischen Ablauf des entwickelten Workshopformates:

Workshopformat „wissenschaftsgeleiteter Akteursworkshop“:

Der Workshop ist als ganztägige Veranstaltung für rund 25 Personen konzipiert. Der Teilnehmerkreis setzt sich dabei aus relevanten Energieakteuren der Kommune/ Region zusammen. In methodisch-didaktischer Hinsicht ist der Workshop von einem Wechsel zwischen Theorie- und Praxisbestandteilen und somit zwischen passiven und aktiven Workshopphasen bestimmt. Für die Gestaltung der Workshopphasen werden ausgewählte Kreativelemente herangezogen.

Das Konzept weist eine Kernstruktur auf und ist inhaltlich und in Bezug auf einzelner methodische Elemente auf Flexibilität ausgerichtet. Es lässt sich als eine Art „Baukastensystem“ denken, das aus Kernelementen und Zusatzelementen besteht, die entsprechend dem Zweck und dem Ziel der Veranstaltung zusammengestellt werden.

Das Workshopformat ist auf eine aktive Einbindung und Mitarbeit der Teilnehmer

ausgerichtet. Anhand von gemeinsamen Arbeitsphasen kommen Energieakteuren aus ganz unterschiedlichen Bereichen, so z.B. Stadtwerke, bürgerschaftliche Akteure, kommunale Energiemanager etc. miteinander ins Gespräch und können zielführende Ansätze auf Sachebene entwickeln.

Das Format „wissenschaftsgeleiteter Akteursworkshop“ enthält folgende Kernelemente:

Vormittag

- Begrüßung und Einführung in das Thema durch Moderatoren (Wissenschaft) und Kooperationspartner (Netzwerkakteur) vor Ort,
- Moderierte Vorstellungsrunde der Teilnehmer mit gleichzeitigem Bezug zum Thema,
- Fachvortrag zu Forschungsinhalten, (Zwischen-)ergebnissen, vorläufigen Thesen bzw. Handlungsempfehlungen als Diskussionsgrundlage,
- Ca. 30min Plenumsdiskussion zu vorgestellten Thesen/ Handlungsempfehlungen und Ergebnissen,
- Erste Kreativphase: Arbeit in drei Kleingruppen (Brainstormingcharakter). Ziel ist hierbei das Zusammentragen von bereits umgesetzten lokalen/ regionalen EE-Maßnahmen und die Benennung von Erfolgsfaktoren und Hemmnissen (Visualisierung auf Flipchart oder Moderationswand)
- Vorstellung der Ergebnisse im Plenum.

Nachmittag

- Gemeinsame Benennung interessanter EE-Themen/ Maßnahmen für die Weiterarbeit am Nachmittag (Themen auf Moderationskärtchen, Visualisierung auf Moderationswand)
- Auswahl (Bepunktung) der Themen und Bildung dreier thematischer Arbeitsgruppen,
- Zweite, ausführliche Kreativphase, mit Entwicklung von regionalspezifischen konzeptionellen Ansätzen bzw. konkreten Maßnahmen für die jeweilige energie-spezifische Fragestellung. Hierbei wird den Teilnehmern die Struktur der zu erarbeiteten Inhalte vorgegeben: (Benennung der Maßnahme, was soll konkret umgesetzt werden, wer ist Initiator, welche Schlüsselakteure müssen eingebunden werden, wie kann die Finanzierung sichergestellt werden, wie sehen die nächsten Schritte aus, Zeit und Maßnahmeplan für die Umsetzung). (Visualisierung der Ergebnisse auf Flipchart) Die Kleingruppen am Nachmittag werden durch die Wissenschaftler moderiert.
- Vorstellung der Arbeitsgruppenergebnisse und Ergänzungen im Plenum.
- Abschlussrunde mit der Möglichkeit für die Teilnehmer, eine kurze Einschätzung des Workshoptages zu geben.

Folgende Zusatzelemente haben sich bewährt und können wahlweise im Workshop eingesetzt werden:

- Rotation der Arbeitsgruppen zu jeweils nächsten AG anstelle einer abschließenden „starren“ Vorstellung der jeweiligen Arbeitsgruppenergebnisse im Plenum (Hintergrund: Bei nachlassender Konzentration am Nachmittag oder auch nach einem langen Theorieteil geeignet.).
- Aufstellung der Teilnehmer zu einer zukunftsorientierten Fragestellung im EE-Bereich (z.B. Wie hoch wird Ihrer Meinung nach der EE-Anteil in Ihrer Region im Jahre 2020 liegen?). (Hintergrund: Visualisierung impliziter Meinungen, Möglichkeit von Kurzstatements und Auflockerung)
- Bepunktung von Vorschlägen, Ideen, Maßnahmen, Arbeitsthemen etc. (Hintergrund: Visualisierung und schnelle Auswahl von Themen für die Weiterarbeit oder aber um bestimmte Tendenzen und Meinungen der Teilnehmer aufzuzeigen).
- Anfertigung einer Scala auf der die Kärtchen mit Themen/ Maßnahmen etc. anhand ihrer Punkte nach ihrer Wichtigkeit bzw. dem Schwierigkeitsgrad der Umsetzung eingeordnet werden (Hintergrund: sinnvolle Methode um implizit vorherrschende Meinungen/ Widerstände vor Augen zu führen und aufzuzeigen, welche Themen/ Maßnahmen notwendig sind und ob sie relativ einfach oder eher unter größeren Schwierigkeiten zur Umsetzung gebracht werden können.)
- Kopfstandmethode/ Umkehrtechnik: Bei dieser Methode werden die Teilnehmer zunächst gebeten, benannte Probleme zu verschärfen und zuzuspitzen, bevor anhand der nunmehr vertieften Problemdarstellung konstruktive Lösungsvorschläge erarbeitet werden (Hintergrund: Die explizite Verschärfung von Problemen legt implizite vorhandene Befürchtungen offen: „Es wird ja doch alles schlechter“ und öffnet den Blick für detailliertere Lösungen.)

Exemplarischer Ablauf:

Der ganztägige Akteursworkshop beginnt mit der Begrüßung durch die Organisatoren sowie den regionalen Kooperationspartner. Um die Teilnehmer von Anfang an entsprechend einzubinden, werden diese im Rahmen der Vorstellungsrunde gebeten, kurz positive energierelevante Entwicklungen der Region zu benennen sowie ihre Erwartungen an den Workshop zu formulieren. Je eine Kernaussage wird auf einer Moderationskarte festgehalten und auf der Moderationswand visualisiert.

Im Anschluss erhalten die Teilnehmer mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation kurze Informationen zu den Inhalten und Zielen des Forschungsvorhabens sowie eine ausführliche Darstellung der Zwischenergebnisse und zu diskutierenden Thesen bzw. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen. Ebenso erhält der regionale Kooperationspartner bzw. nach Absprache ein anderer zentraler EE-Akteur der Region die Möglichkeit, punktuell seine Arbeit vor Ort vorzustellen und ausgewählte inhaltliche Schwerpunkte in Bezug zum konkreten Workshopthema detaillierter darzulegen. Im Anschluss folgt jeweils die Diskussion im Plenum.

Nach diesem theoriezentrierten Teil folgt in der Regel die erste Kreativarbeitsphase, für die drei Kleingruppen gebildet werden. Hier besteht die Aufgabe für die Teilnehmer darin, sich innerhalb der AG EE-Projekte der Region vorzustellen, zwei Beispiele

auszuwählen und diese anhand von vorgegebenen Fragestellungen tiefergehend zu diskutieren. Die erste Arbeitsgruppenphase endete mit einer Kurzpräsentation AG-Ergebnisse im Plenum.

Wahlweise kann an Stelle der AGs auch eine Rotation von drei Gruppen zu drei Pinnwänden mit bestimmten Fragestellungen (z.B. Hemmnisse, Erfolgsfaktoren, Chancen, Risiken etc.) zu EE-Fragestellungen (wie in diesem Fall zu finanziellen EE-Beteiligungsmodellen) erfolgen.

Nach der Mittagspause folgte eine kurze Auflockerung, in Form einer Aufstellung der Teilnehmer zu einer energiebezogenen zukunftsgerichteten Fragestellung.

Mit dem am Vormittag erarbeiteten Hintergrundwissen gehen die Teilnehmer in eine zweite Arbeitsgruppenphase. Anhand vorab benannter interessanter regionaler Projekte bzw. energiespezifischer Problemlagen ordnen sich die Teilnehmer entsprechend ihren Interessen einer von drei Arbeitsgruppen zu. Diese zweite etwa einstündige Arbeitsgruppenphase ist explizit dazu angelegt, die ausgewählten regionalen EE-Vorhaben entsprechend der wissenschaftlichen Handlungsempfehlungen weiter zu qualifizieren und konkrete nächste Umsetzungsschritte zu erarbeiten. Auch hier werden abschließend die Ergebnisse durch die Teilnehmer im Plenum vorgestellt.

Der Workshop endet mit einer Abschlussrunde, in der die Teilnehmer die Möglichkeit einer kurzen Einschätzung des Tages sowie der Workshopergebnisse erhalten.

Nachfolgend wird durch die wissenschaftliche Institution eine ausführliche Dokumentation des Workshops angefertigt und den Teilnehmern zeitnah zur Verfügung gestellt. Dies dient den Akteuren zur weiteren Arbeit im jeweiligen Prozess.

Neben explizit anvisierten Forschungsergebnissen der Diskussion und Evaluierung praxisrelevanter Handlungsempfehlungen sowie der Weiterentwicklung regionalspezifischer EE-Ansätze zeigt die Erfahrung, dass mit dieser Art wissenschaftsgeleiteter Akteursworkshops zugleich positive „Nebeneffekte“ für die Praxis erzielt werden können.

So zeigen sich folgende Effekte:

- Durch externe und damit neutrale Organisation, Einladung und Moderation des Workshops lassen sich neue Energieakteure der Region einbinden und miteinander in Kontakt bringen.
- Durch die Form der externen Organisation und Durchführung der Workshops beteiligten sich auch Energieakteure an der Veranstaltung, die z.T. der Einladung durch den Netzwerkpartner vor Ort zu regulären Netzwerktreffen nicht mehr unbedingt Folge leisten.
- Auf den Workshops wird die Weiterarbeit an konkreten energierelevanten Problemstellungen in der Region ermöglicht. Hierbei kommt es partiell auch zu strategisch wichtigen Vereinbarungen für Weiterarbeit der Akteure, die im Rahmen der weiteren kommunalen Arbeit genutzt werden können.

Daraus lässt sich ableiten, dass unter bestimmten Bedingungen und Beachtung wichtiger Faktoren, wie Transparenz und Absprache mit lokalen Schlüsselakteuren, externe wissenschaftsgeleitete Workshops einen wichtigen Impuls für die Weiterarbeit vor Ort setzen und zum Teil Blockaden überwinden helfen können.

III. Untersuchungsergebnisse

1. Ergebnisse der Teilprojekte

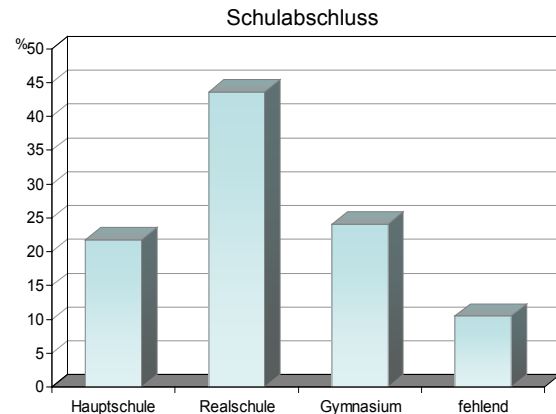
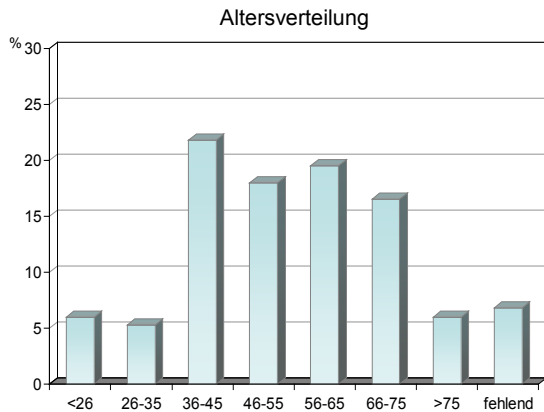
1.1 Akzeptanz und Beteiligung im Rahmen von Einführungsprozessen Erneuerbarer Energien auf der lokalen / anlagenbezogenen Ebene(FG-UPSY)

Innerhalb des von der FG-UPSY bearbeiteten Teilprojekts wurden Anwohnende verschiedener Kommunen anhand eines standardisierten Fragebogens und qualitativer Interviews hinsichtlich der Wahrnehmung und Bewertung von Beteiligungsprozessen im Rahmen der Einführung Erneuerbarer Energien befragt. Dabei wurde sowohl eine spezielle räumliche Auswahl der Regionen als auch die Unterscheidung verschiedener Energieträger vorgenommen; Schwerpunktregionen bildeten die Region Harz mit vier Kommunen sowie der Zukunftskreis Steinfurt, welcher gemeinsam mit dem IZT bearbeitet wurde (vgl. Ergebnisse im Abschnitt III; 1.2). In Schwanebeck (III; 1.1.1) lag der Fokus auf dem Energieträger Windenergie, in Derenburg und Roßla (III; 1.1.2 und 1.1.3) auf Biomasse und in Halberstadt auf PV-Freiflächen (III; 1.1.4). Im Zukunftskreis Steinfurt (III; 1.1.5) wurden sowohl Einstellungen gegenüber Windenergie als auch Biomasse abgefragt. Folgend werden die Ergebnisse für die einzelnen Kommunen dargestellt.

1.1.1 Ergebnisse der Untersuchung in Schwanebeck

Insgesamt wurden in Schwanebeck 500 Fragebögen verteilt. Davon wurden 133 ausgefüllt zurückgegeben und konnten ausgewertet werden. Die Rücklaufquote betrug somit 26,6%, wobei 72 Fragebögen von den MitarbeiterInnen der Forschungsgruppe eingesammelt und 61 Fragebögen mit der Post zurückgesendet wurden. Das Geschlechterverhältnis der Antwortenden ist nahezu ausgeglichen.

Den größten Anteil der Antwortenden machen Personen mittleren Alters zwischen 36 und 45 Jahren aus (21,8%) sowie Personen zwischen 46 und 75 Jahren (54%). So befinden sich über 51% der Antwortenden zwischen 46 und 75 Jahren. Der Großteil der Befragten hat als höchsten erreichten Schulabschluss einen Realschulabschluss angegeben (43,6%). Weitere 21,8% verfügen über einen Hauptschulabschluss und 24,1% über ein (Fach)-Abitur. 10,5% der Befragten machten dazu keine Angaben.



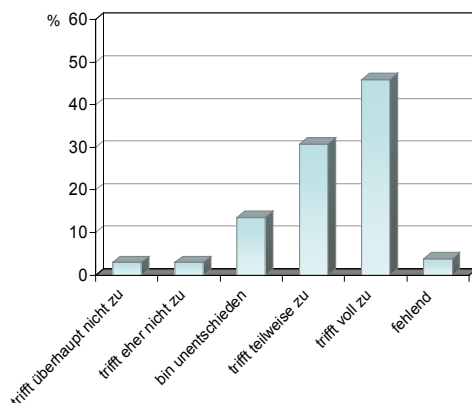
Die Aussagen sind unterschiedlichen Themenbereichen zugeordnet, die im Folgenden auszugswise dargestellt werden:

Akzeptanz bezüglich erneuerbarer Energien im Allgemeinen

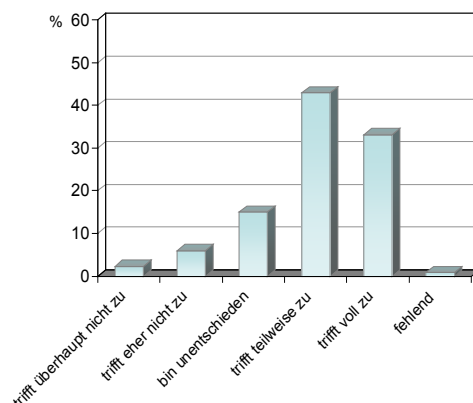
Die Akzeptanz hinsichtlich erneuerbarer Energien im Allgemeinen wurde mithilfe folgender Aussagen erfasst:

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von erneuerbaren Energien.“, *„Grundsätzlich lehne ich erneuerbare Energien ab.“*, *„Alles in allem befürworte ich erneuerbare Energieanlagen hier vor Ort.“* und *„Grundsätzlich bin ich gegen erneuerbare Energieanlagen in meiner Stadt/Gemeinde.“*

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von erneuerbaren Energien.“



„Alles in allem befürworte ich erneuerbare Energieanlagen hier vor Ort.“



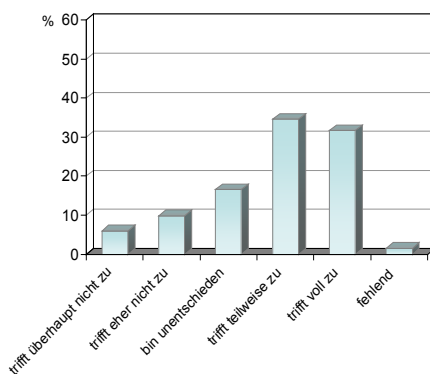
Die Einwohner aus Schwanebeck befürworteten deutlich erneuerbare Energien (76,7% = Summe aus „Trifft voll zu“ und „Trifft teilweise zu“ – Antworten). Nur ein geringer Teil (6% = Summe aus „Trifft eher nicht zu“ und „Trifft überhaupt nicht zu“ - Antworten) lehnt diese generell ab. Weiterhin wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie erneuerbare Energieanlagen in ihrer Gemeinde befürworten würde. Dies wurde ebenfalls von den meisten der befragten Bürger (76%) bejaht. Ein etwas größerer Pro-

zentsatz (8,3%) macht bei dieser Frage deutlich - im Gegensatz zur vorherigen allgemeinen Frage -, dass sie erneuerbare Energien vor Ort nicht bzw. eher nicht befürworten würden. Auch sagen tendenziell weniger Personen (nur noch 33%), dass sie erneuerbare Energien im eigenen Wohnort absolut befürworten würden. Bei der vorherigen Frage, sagten 45% der Befragten absolut zu, erneuerbare Energien im Allgemeinen zu befürworten. Dies deutet darauf hin, dass erneuerbare Energien im Allgemeinen positiver bewertet werden als erneuerbare Energien im direkten Lebensumfeld.

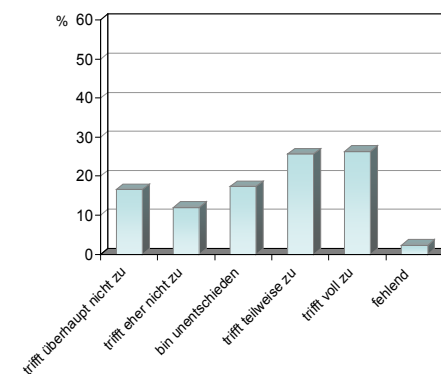
Akzeptanz bezüglich Windkraftanlagen

Die Akzeptanz bezüglich Windkraftanlagen wurde mit folgenden Aussagen erfasst: „Prinzipiell bin ich ein Befürworter von Windkraftanlagen.“, „Alles in allem bin ich ein Gegner von Windkraftanlagen.“, „Grundsätzlich lehne ich Windkraftanlagen ab.“ und „Grundsätzlich bin ich gegen Windkraftanlagen hier vor Ort.“

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von Windkraftanlagen.“



„Grundsätzlich bin ich gegen Windkraftanlagen hier vor Ort.“



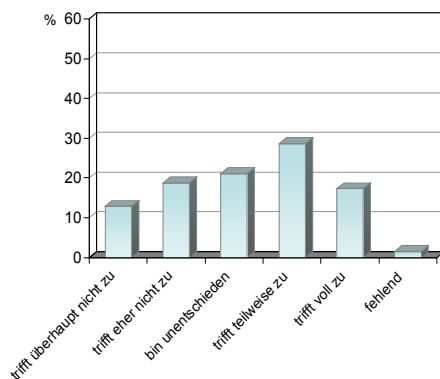
Betrachtet man die Antworten zur Akzeptanz von Windkraftanlagen, so finden sich ähnliche Tendenzen wie bei den Fragen zu erneuerbaren Energien im Allgemeinen. Knapp 66,2% der Befragten sagen, dass sie Windkraftanlagen prinzipiell befürworten. 15,8% lehnen Windkraftanlagen größtenteils ab. Die restlichen befragten Einwohner (ca. 18%) äußern sich bezüglich der Frage als unentschieden bzw. antworten gar nicht. Bei der allgemeinen Frage sprechen sich deutlich mehr Personen als Befürworter für Windkraftanlagen aus. Bezieht sich die Frage aber speziell auf die Befürwortung einer Windkraftanlage im direkten Lebensumfeld, sinkt die Befürwortung. Es zeigt sich ein sehr unentschiedenes Meinungsbild der Schwanebecker Bevölkerung. Ein Anteil der Befragten (28,5%) spricht sich zwar positiv für Windkraftanlagen vor Ort aus, aber der überwiegende Teil (51,9%) lehnt Windkraftanlagen im näheren Umfeld ab. 19,6% enthalten sich bzw. sind unentschieden.

Engagement für erneuerbare Energien vor Ort

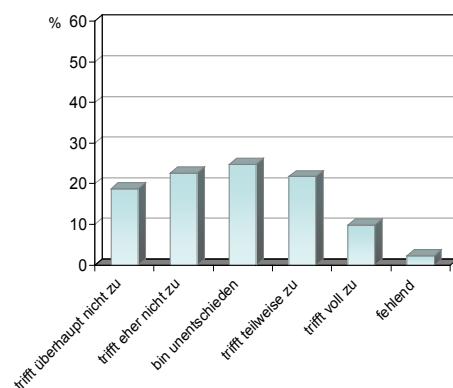
Die Bereitschaft, sich aktiv für die Nutzung erneuerbarer Energien vor Ort einzusetzen, wurde mit folgenden Aussagen erhoben:

„Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine erneuerbare Energieanlage vor Ort einzusetzen.“, „Ich engagiere mich für die Windkraftanlage hier vor Ort.“ und „Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine Windkraftanlage vor Ort einzusetzen.“.

„Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine erneuerbare Energieanlagen vor Ort einzusetzen.“



„Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine Windkraftanlagen vor Ort einzusetzen.“



45,9% der Befragten aus Schwanebeck zeigen die Bereitschaft, sich aktiv für eine erneuerbare Energieanlage vor Ort einzusetzen. 31,6% lehnen dies ab und 22,5% sind unentschieden bzw. enthalten sich.

In Bezug auf eine Windkraftanlage vor Ort, würden sich nur noch knapp zwei Drittel der vorher positiv gestimmten Personen aktiv einsetzen, nämlich 31,6% der Befragten. Die Mehrheit (41,4%) der Befragten geben jetzt sogar an, dass sie sich nicht aktiv für eine Windkraftanlage vor Ort einsetzen würden. 27% der Befragten sind diesbezüglich unentschieden bzw. enthalten sich.

Hier zeigt sich sehr deutlich, dass die Bewohner aus Schwanebeck überwiegend positiv gegenüber erneuerbaren Energien eingestellt sind bzw. erneuerbare Energien auch aktiv vor Ort befürwortet werden. Aber die erneuerbare Energieform Windkraft wenig akzeptiert wird, insbesondere im eigenen Lebensumfeld. Der Großteil der Bevölkerung würde diese Anlagen vor Ort nicht unterstützen.

Bei beiden Fragen enthält sich ein knappes Viertel der Befragten, d. h. ein nicht zu vernachlässigender Teil der befragten Bewohner in Schwanebeck möchte hierzu keine Angabe machen bzw. sich nicht positionieren.

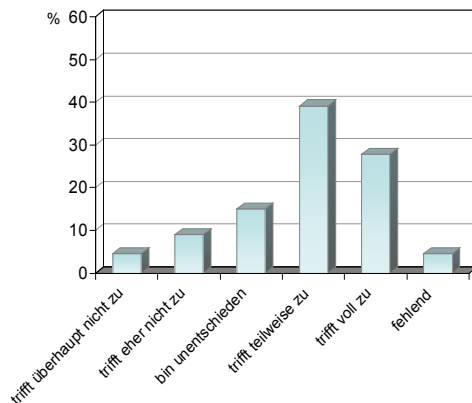
Einschätzung erneuerbarer Energien hinsichtlich Ökonomie und regionaler Wertschöpfung

Die Bewertung erneuerbarer Energien hinsichtlich ökonomischer Gesichtspunkte und einer möglichen regionalen Wertschöpfung wurde anhand folgender Aussagen vorgenommen:

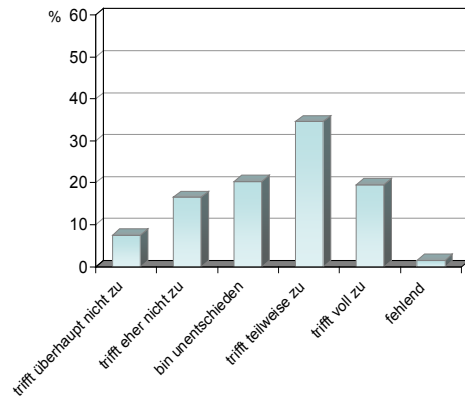
„Stromerzeugung durch erneuerbare Energieanlagen ist auf lange Sicht finanziell

günstiger als andere Arten der Stromerzeugung.“, „Erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv auf unsere Stadt/Gemeinde als Wirtschaftsstandort aus.“ und „Erneuerbare Energieanlagen leisten einen Beitrag zur Entwicklung der Region (regionale Wertschöpfung).“

„Erneuerbare Energieanlagen leisten einen Beitrag zur Entwicklung der Region (regionale Wertschöpfung).“



„Erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv auf unsere Stadt/Gemeinde als Wirtschaftsstandort aus.“



Zwei Drittel (66,9%) der befragten Schwanebecker stimmen der Aussage zu, erneuerbare Energieanlagen könnten einen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten. Nur 13,5% der Befragten sagen, dies trifft eher nicht bzw. überhaupt nicht zu. Ein knappes Fünftel (19,6%) enthält sich oder ist diesbezüglich unentschieden. Bezogen auf die Auswirkungen für die Gemeinde als Wirtschaftsstandort, sieht die Verteilung etwas aus. Demzufolge sagen nur noch 54,1% der Befragten, erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv aus. Ein Viertel der Befragten (24%) sieht das Gegenteil; demzufolge werden von ihnen keine positiven wirtschaftlichen Auswirkungen durch erneuerbare Energieanlagen in Schwanebeck erwartet. 21,9% äußern sich als unentschieden bzw. enthalten sich.

Ortsidentität in Schwanebeck

Die Ortsidentität wurde mithilfe folgender Aussagen erfasst:

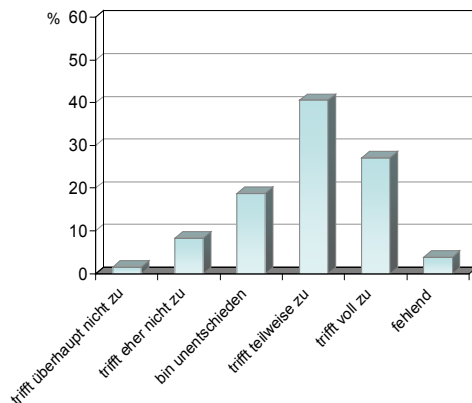
„Ich fühle mich in meiner Stadt/Gemeinde zu Hause.“, „Ich bin stolz, ein Teil dieser Stadt/Gemeinde zu sein.“, „Gemeinsam können wir in unserer Stadt/Gemeinde viel bewegen.“ und „Unsere Stadt/Gemeinde soll zu einem Vorbild für andere werden.“

Zwei Drittel der befragten Bewohner aus Schwanebeck (67,7%) sind stolz ein Teil ihrer Gemeinde zu sein. 9,8% geben an, darauf nicht stolz zu sein und 22,5% sind unentschieden bzw. äußern sich nicht zur Frage.

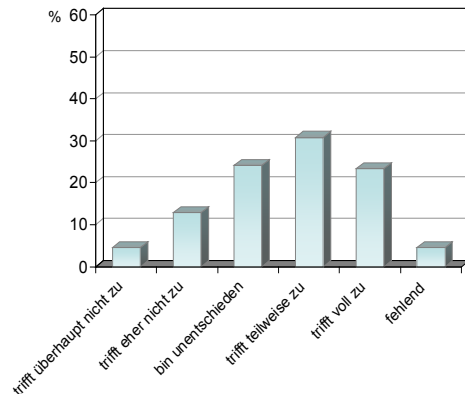
In Hinblick auf die Aussage, Schwanebeck soll sich zu einer Vorbildgemeinde für andere entwickeln, stimmt dem über die Hälfte der Befragten (54,1%) zu. 17,3% stimmen der Aussage nicht zu und 28,6% sind unentschieden bzw. enthalten sich.

Insgesamt wird deutlich, dass die Einwohner von Schwanebeck überwiegend stolz auf ihre Gemeinde sind, obwohl sich ein nicht zu vernachlässigender Anteil der Frage enthielt.

„Ich bin stolz, ein Teil dieser Stadt/Gemeinde zu sein.“



„Unsere Stadt/Gemeinde soll zu einem Vorbild für andere werden.“

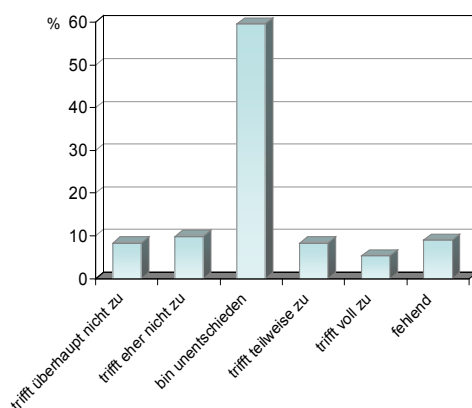


Wahrgenommene Gerechtigkeit beim Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage

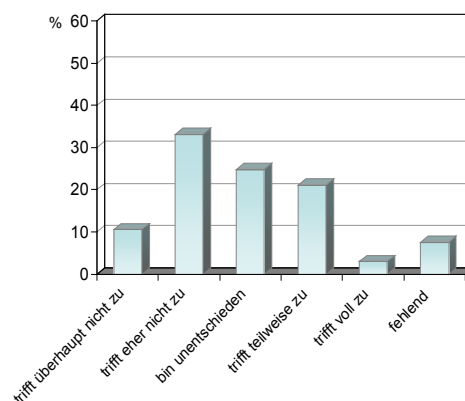
Die wahrgenommene Gerechtigkeit wurde hier unterschieden hinsichtlich der Gerechtigkeit bezogen auf das Verfahren des Einführungsprozesses (Fairness), bezogen auf die Verteilung (Kosten-Nutzen der erneuerbaren Energieanlage) und bezogen auf eine gerechte Behandlung durch wichtige Personen im Einführungsprozess (Betreiber/Unternehmer der Anlage, Verwaltung, Politiker).

Die Verfahrensgerechtigkeit wurde u.a. mit folgenden Aussagen untersucht: „Alle Interessierten wissen, an wen sie sich im Beteiligungsprozess wenden können.“ und „Der Planungsprozess der Anlage läuft fair ab.“

„Der Planungsprozess der Anlage läuft fair ab.“



„Alle Interessierten wissen, an wen sie sich im Beteiligungsprozess wenden können.“



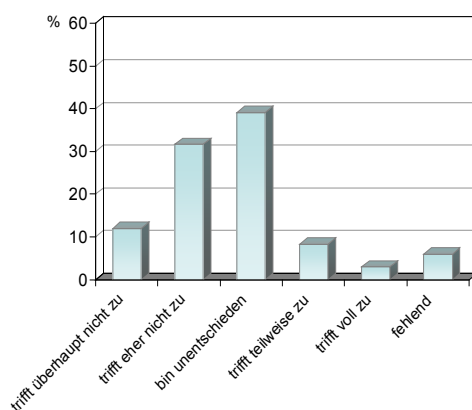
Auf die Frage, ob der Anlagenbau fair abläuft, antwortet über zwei Drittel der Befragten (68,3%) „Bin unentschieden“. Nur 13,6% der Befragten geben an, der Planungsprozess der Anlage würde fair ablaufen und 18,1% sagen gegenteilig, der Planungsprozess würde nicht fair ablaufen. Dieser hohe Anteil an „unentschiedenen“ Meinun-

gen lässt vermuten, dass sich der Großteil der Befragten bisher kaum mit dem Thema beschäftigt oder keine Informationen über den Planungsprozess erhalten hatte. Zudem fällt auf, dass die Fairness des Planungsprozesses von mehr Personen negativ bewertet wird als positiv.

Hinsichtlich der Frage, ob alle Interessierten am Beteiligungsprozess mitwirken können, sieht das Meinungsbild wie folgt aus: Nur ein knappes Viertel (24,1%) der Befragten gibt an zu wissen, an wen sie sich im Beteiligungsprozess wenden können. Die Mehrheit (43,6%) gibt an, nicht zu wissen, an wen sie sich wenden könne und ein Drittel der Befragten (32,3%) ist diesbezüglich unentschieden bzw. enthält sich.

Die Verteilungsgerechtigkeit wurde beispielsweise mit folgender Aussage untersucht: *„Das Verhältnis von Kosten (z.B. landschaftliche Veränderung, Geruchsbelästigung) und Nutzen (z.B. Wärme-/Stromnutzung, finanzieller Gewinn) der erneuerbaren Energieanlage ist fair verteilt.“*

„Das Verhältnis von Kosten (z.B. landschaftliche Veränderung, Geruchsbelästigung) und Nutzen (z.B. Wärme-/Stromnutzung, finanzieller Gewinn) der erneuerbaren Energieanlage ist fair verteilt.“



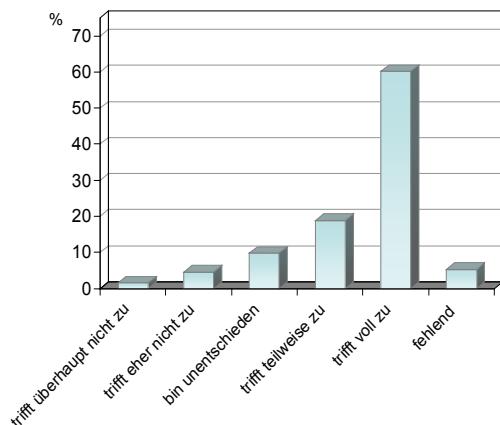
Nur 11,3% der Befragten finden, dass Kosten und Nutzen der erneuerbaren Energieanlage fair verteilt sind, aber deutlich mehr Personen sehen dies gegenteilig. So sagen 43,6% der befragten Einwohner, das Kosten-Nutzen-Verhältnis der erneuerbaren Energieanlage sei nicht fair verteilt. Über ein Drittel (37,6%) äußert sich als unentschieden oder gar nicht zur Frage.

Wünsche über Beteiligungsmöglichkeiten (Partizipation) der Bevölkerung am Anlagenbau

Die gewünschte Einbeziehung der Anwohnenden in den Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage wird hinsichtlich Information, Konsultation, Kooperation und eigenverantwortliches Handeln unterschieden.

Eine beispielhafte Aussage für die konsultative Mitgestaltung des Prozesses war: *„Bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte die Meinung der Bevölkerung eingeholt werden.“*

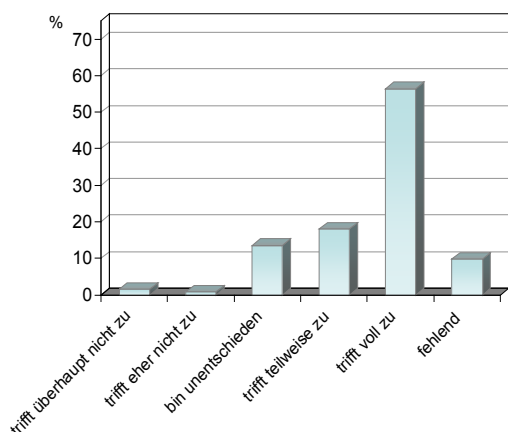
„Bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte die Meinung der Bevölkerung eingeholt werden.“



79% der Befragten geben an, die Meinung der Bevölkerung bei der Realisierung sollte eingeholt werden. 6% geben an, die Meinung der Bevölkerung brauche nicht eingeholt werden und 15% äußern sich nicht zur Frage.

Die Einbeziehung der Bevölkerung durch die Bereitstellung von Information wurde beispielsweise mit folgender Aussage untersucht: *„Bei der Realisierung von erneuerbaren Energieanlagen ist die Transparenz des Planungsprozesses sehr wichtig.“*

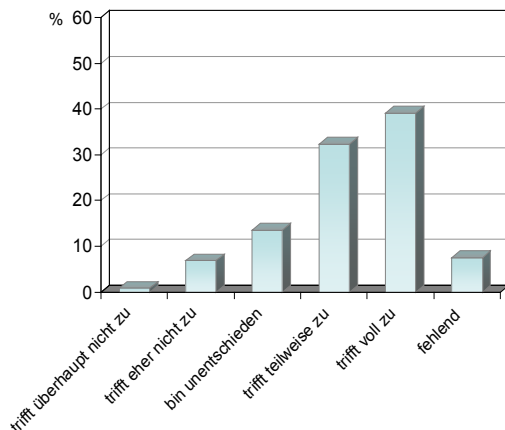
„Bei der Realisierung von erneuerbaren Energieanlagen ist die Transparenz des Planungsprozesses sehr wichtig.“



74,4% der Befragten beurteilen die Transparenz im Planungsprozess als sehr wichtig. Nur 2,3% finden, Transparenz sei diesbezüglich unwichtig und 23,3% sind zur Frage unentschieden.

Das Einbeziehen der betroffenen Bürger in den Einführungsprozess durch Mitentscheiden (Kooperation) wurde u. a. erfasst durch: *„Die Bevölkerung sollte bei Einführungsprozessen von erneuerbaren Energieanlagen mitentscheiden.“*

„Die Bevölkerung sollte bei Einführungsprozessen von erneuerbaren Energieanlagen mitentscheiden.“

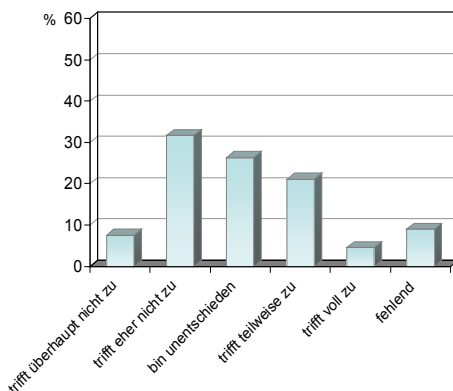


Der Großteil der Befragten (71,4%) gibt an, dass die Bevölkerung bei Einführungsprozessen Entscheidungen mit treffen solle. Nur 7,6% lehnen dies ab und 21% sind unentschieden.

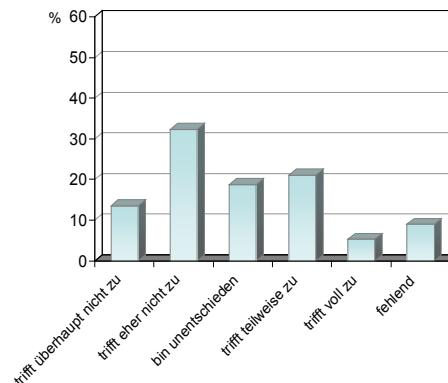
Beurteilung der Beteiligungsmöglichkeiten

Die Bewertung der angebotenen Beteiligungsformen zum Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage durch die Bevölkerung wurde u. a. durch folgende Aussagen erfasst: „Es stehen ausreichend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage zur Verfügung.“ und „Die Meinung der Bevölkerung zur erneuerbaren Energieanlage wird eingeholt.“

„Es stehen ausreichend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage zur Verfügung.“



„Die Meinung der Bevölkerung zur erneuerbaren Energieanlage wird eingeholt.“



Die Mehrheit (39,1%) der befragten Einwohner fühlt sich in Bezug auf die erneuerbare Energieanlage nicht ausreichend informiert. Gegensätzlich sagt ein Viertel der Befragten (25,6%), es stünden ausreichend Informationen zur Verfügung und ein großer Teil (35,3%) ist diesbezüglich unentschieden oder beantwortet die Frage nicht. Auch die Frage, ob die Meinung der Bevölkerung zum Anlagenbau eingeholt wird, unterstreicht das vorher entstandene Bild. So gibt die Mehrheit der befragten Einwohner (45,8%) an, die Meinung der Bevölkerung werde nicht bzw. unzureichend eingeholt. Wiederum ein knappes Viertel (26,4%) entgegnet, die Meinung würde berücksichtigt und weitere 27,8% sind diesbezüglich unentschieden bzw. äußern sich nicht zur Frage.

Zusammengefasst wird auch bei diesen Fragen deutlich, dass der Einführungsprozess von der befragten Bevölkerung sehr unterschiedlich bewertet wird. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Informationsflüsse nicht alle Einwohner erreichen.

Die zusammenfassende Betrachtung der Ergebnisse zeigt, dass die befragten Bürger aus Schwanebeck im Allgemeinen erneuerbare Energien und auch speziell Windkraftanlagen sehr stark befürworten.

Bezogen auf die Frage nach erneuerbaren Anlagen vor Ort also im direkten Lebensumfeld der Befragten, ist auch immer noch eine sehr hohe Befürwortung zu erkennen. Hingegen werden Windkraftanlagen im Lebensumfeld deutlich schlechter bewertet, so lehnen über die Hälfte der Befragten Windkraftanlagen im näheren Umfeld ab. Die Tendenz zeigt sich auch bei der Frage nach dem persönlichen Engagement für erneuerbare Energien vor Ort. Es würden sich deutlich mehr Personen für erneuerbare Energien im Allgemeinen im Ort engagieren als für Windkraftanlagen speziell; wohingegen deutlich mehr Personen ein Engagement ablehnen würden. Insgesamt spiegelt dieses Antwortverhalten ein oft zu beobachtendes Phänomen wider, dass erneuerbare Energien im Allgemeinen deutlich positiv bewertet werden, die Akzeptanz jedoch sinkt, wenn es um die Errichtung im direkten Lebensumfeld der Personen geht, also eine direkte Betroffenheit gegeben ist.

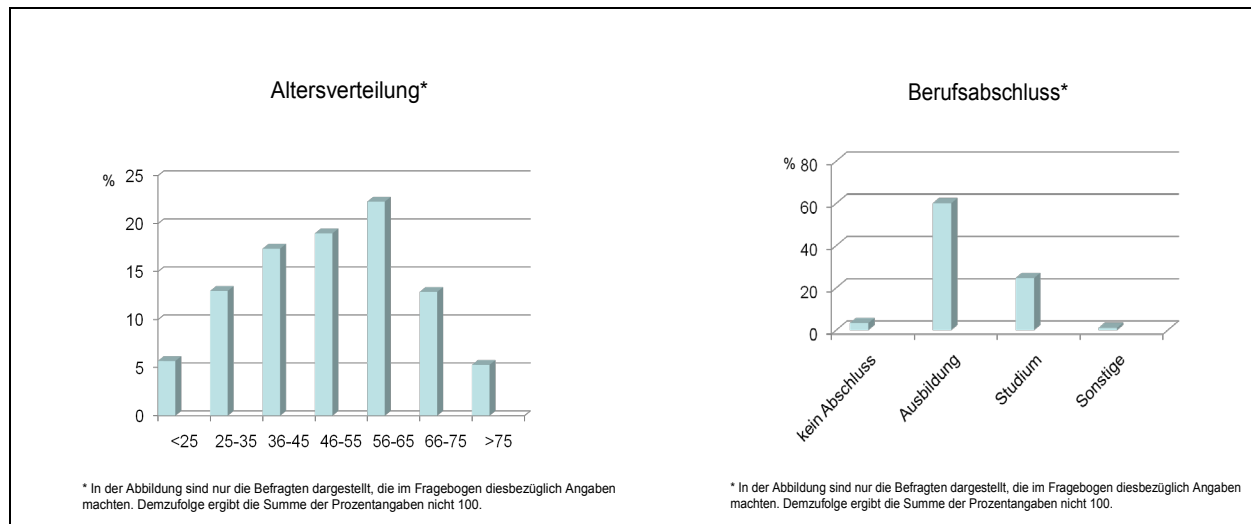
Die befragte Bevölkerung in Schwanebeck findet, dass erneuerbare Energien zur regionalen Wertschöpfung beitragen können und erneuerbare Energien einen positiven Einfluss für die Gemeinde als Wirtschaftsstandort haben. Zur Bewertung der Fairness des Planungsprozesses konnte sich der Großteil der Befragten nicht festlegen. Außerdem gaben die meisten Personen an, nicht zu wissen, an wen sie sich im Beteiligungsprozess wenden könnten. Ähnlich wurde auch die Fairness hinsichtlich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses der Anlage eingeschätzt; die meisten Befragten gaben hierzu ein „unentschieden“ ab bzw. bewerteten sie das Kosten-Nutzen-Verhältnis als unfair.

Hinsichtlich der Wünsche nach Beteiligungsmöglichkeiten zeigte die Bevölkerung in Schwanebeck, wie wichtig es ihnen ist, dass ihre Meinung eingeholt und der Planungsprozess transparent gestaltet wird. Das Mitentscheiden und Einbeziehen im Prozess wird ebenfalls von den meisten Befragten als wichtig eingeschätzt.

Die aktuellen Beteiligungsmöglichkeiten werden von der befragten Bevölkerung insgesamt als schlecht beurteilt. So stünden nicht ausreichend Informationen und es würde die Meinung der Bevölkerung im Prozess zu wenig eingeholt werden.

1.1.2 Ergebnisse der Untersuchung in Derenburg

In Derenburg wurden insgesamt 500 Fragebögen verteilt. Davon wurden 178 ausgefüllt zurückgegeben und konnten ausgewertet werden. Die Rücklaufquote betrug 35,6%, wobei 122 Fragebögen von den MitarbeiterInnen der Forschungsgruppe eingesammelt und 56 Fragebögen mit der Post zurückgesendet wurden.



Das Geschlechterverhältnis der Antwortenden ist ausgeglichen, wobei den größten Anteil die 56-65-jährigen ausmachen. Der größte Teil der Befragten hat eine Ausbildung absolviert. Ein Viertel hat ein Hochschulstudium abgeschlossen, 3,4% gaben an, keinen Abschluss zu haben. 10,7% machten keine Angaben zum Berufsabschluss.

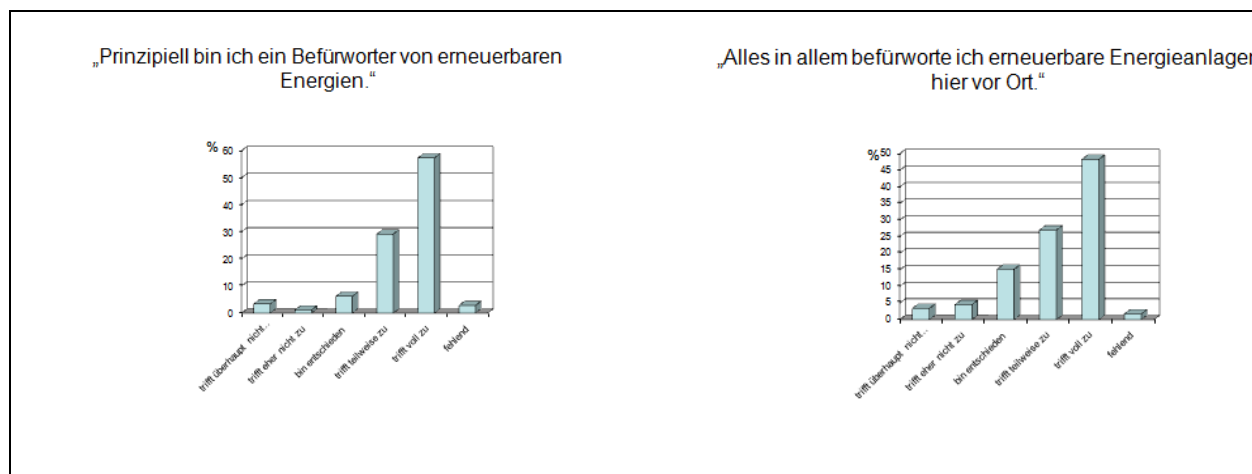
Akzeptanz bezüglich erneuerbarer Energien im Allgemeinen

Die Akzeptanz hinsichtlich erneuerbarer Energien im Allgemeinen wurde mithilfe folgender Aussagen erfasst:

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von erneuerbaren Energien.“, „Grundsätzlich lehne ich erneuerbare Energien ab.“, „Alles in allem befürworte ich erneuerbare Energieanlagen hier vor Ort.“ und „Grundsätzlich bin ich gegen erneuerbare Energieanlagen in meiner Stadt/Gemeinde.“

Die Einwohner Derenburgs befürworten deutlich erneuerbare Energien (86,5% = Summe aus „Trifft voll zu“ und „Trifft teilweise zu“ – Antworten). Nur ein geringer Teil (4,5%) lehnt diese generell ab. Weiterhin wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie erneuerbare Energieanlagen in ihrer Gemeinde befürworten würde. Auch dies wurde von den meisten (71,3%) der befragten Bürger bejaht.

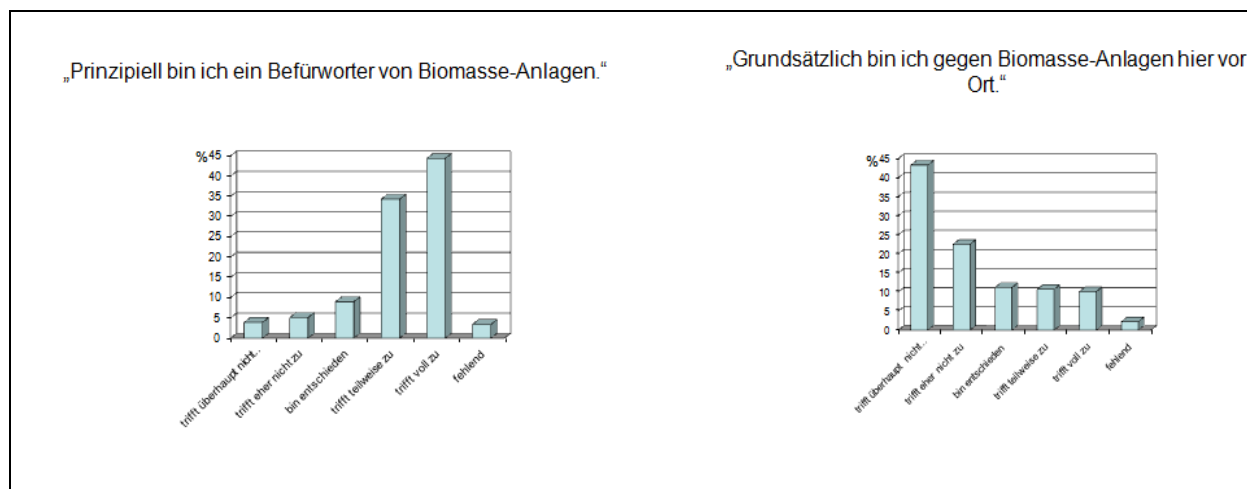
Die Diskrepanz von rund 15% zwischen diesen beiden Antworten deutet darauf hin, dass erneuerbare Energien im Allgemeinen positiver bewertet werden als erneuerbare Energien im direkten Lebensumfeld.



Akzeptanz bezüglich Biomasse-/Biogas-Anlagen

Die Akzeptanz bezüglich Biomasse-/Biogas-Anlagen wurde mit folgenden Aussagen erfasst:

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von Biomasse-/Biogas-Anlagen.“, „Alles in allem bin ich ein Gegner von Biomasse-/Biogas-Anlagen.“, „Grundsätzlich lehne ich Biomasse-/Biogas-Anlagen ab.“ und „Grundsätzlich bin ich gegen Biomasse-/Biogas-Anlagen hier vor Ort.“



Betrachtet man die Antworten zur Akzeptanz von Biomasse-/Biogas-Anlagen, so finden sich ähnliche Tendenzen wie bei den Fragen zu erneuerbaren Energien allgemein.

Knapp 79% der Befragten sagen, dass sie Biomasse-/Biogas-Anlagen prinzipiell befürworten. 9% lehnen Biomasse-/Biogas-Anlagen größtenteils ab. Die restlichen befragten Einwohner (ca. 12%) äußern sich bezüglich der Frage als unentschieden bzw. antworten gar nicht.

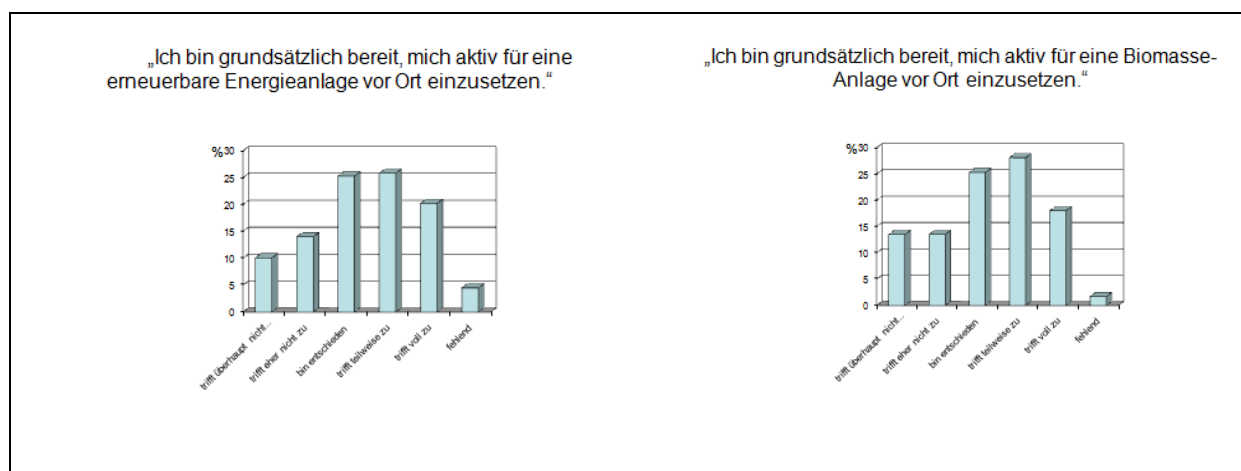
Hinsichtlich der konkreten Beurteilung von Biomasse-/Biogas-Anlagen vor Ort zeigt sich, dass sie vor Ort tendenziell weniger positiv bewertet werden als Biomasse-/Biogas-Anlagen im Allgemeinen. So lehnen 1/5 (20,8%) der Befragten Biomasse-/Biogas-Anlagen vor Ort ab. Zwar befürworten 2/3 (65,8%) der Befragten Biomasse-

/Biogas-Anlagen im Ort, dies sind allerdings 13,2% weniger Befürworter als zuvor bei der Frage bezüglich Biomasse-/Biogas-Anlagen im Allgemeinen.

Engagement für erneuerbare Energien vor Ort

Die Bereitschaft, sich aktiv für die Nutzung erneuerbarer Energien vor Ort einzusetzen, wurde mit folgenden Aussagen erhoben:

„Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine erneuerbare Energieanlage vor Ort einzusetzen.“, „Ich engagiere mich für die Biomasse-/Biogas-Anlage hier vor Ort.“ und „Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine Biomasse-/Biogas-Anlage vor Ort einzusetzen.“



46% der befragten Derenburger zeigen die Bereitschaft, sich aktiv für eine erneuerbare Energieanlage vor Ort einzusetzen. 24,1% lehnen dies ab und 29,8% sind unentschieden. Ein großer Teil der Befragten kann bzw. möchte sich nicht festlegen, ob er eine erneuerbare Energieanlage in Derenburg aktiv unterstützen würde oder nicht.

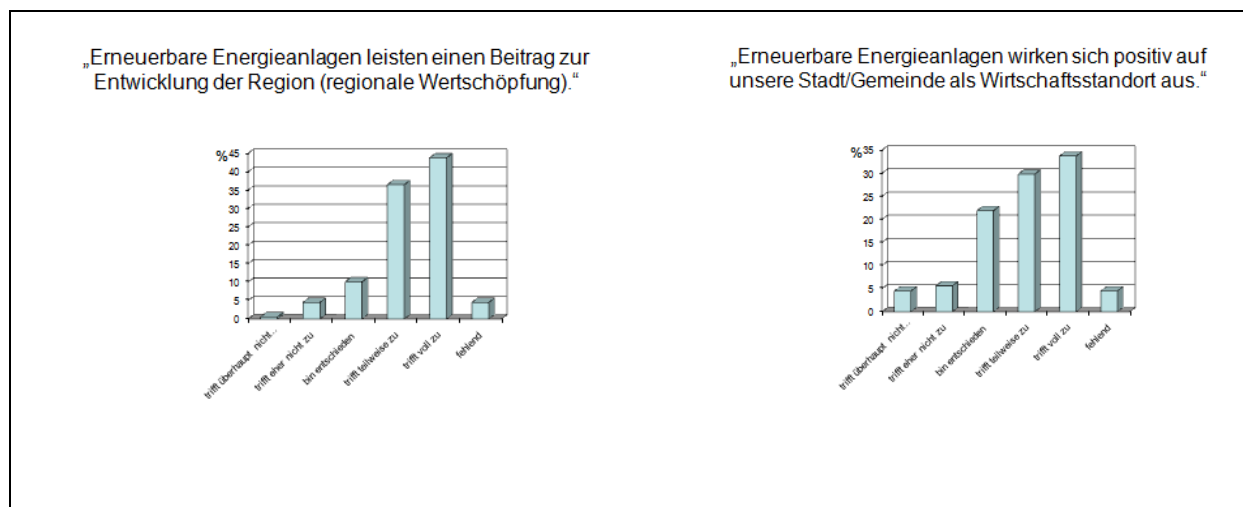
In Bezug auf eine Biomasse-/Biogas-Anlagen vor Ort, würden sich ebenfalls 46,1% der Befragten aktiv einsetzen. Insgesamt fällt jedoch auf, dass sich mehr der befragten Bürger zu dieser konkreten Aussage positionieren, die nach einer speziellen erneuerbare-Energien-Technologie fragt, als zuvor wenn es um erneuerbare Energien in Allgemeinen geht. 27,5% der Befragten geben an, dass sie sich nicht aktiv für eine Biomasse-/Biogas-Anlagen vor Ort einsetzen würden und nur noch 27% geben an, sie sind diesbezüglich unentschieden.

Einschätzung erneuerbarer Energien hinsichtlich Ökonomie und regionaler Wertschöpfung

Die Bewertung erneuerbarer Energien hinsichtlich ökonomischer Gesichtspunkte und einer möglichen regionalen Wertschöpfung wurde anhand folgender Aussagen vorgenommen:

„Stromerzeugung durch erneuerbare Energieanlagen ist auf lange Sicht finanziell günstiger als andere Arten der Stromerzeugung.“, „Erneuerbare Energieanlagen wir-

ken sich positiv auf unsere Stadt/Gemeinde als Wirtschaftsstandort aus.“ und „Erneuerbare Energieanlagen leisten einen Beitrag zur Entwicklung der Region (regionale Wertschöpfung).“.

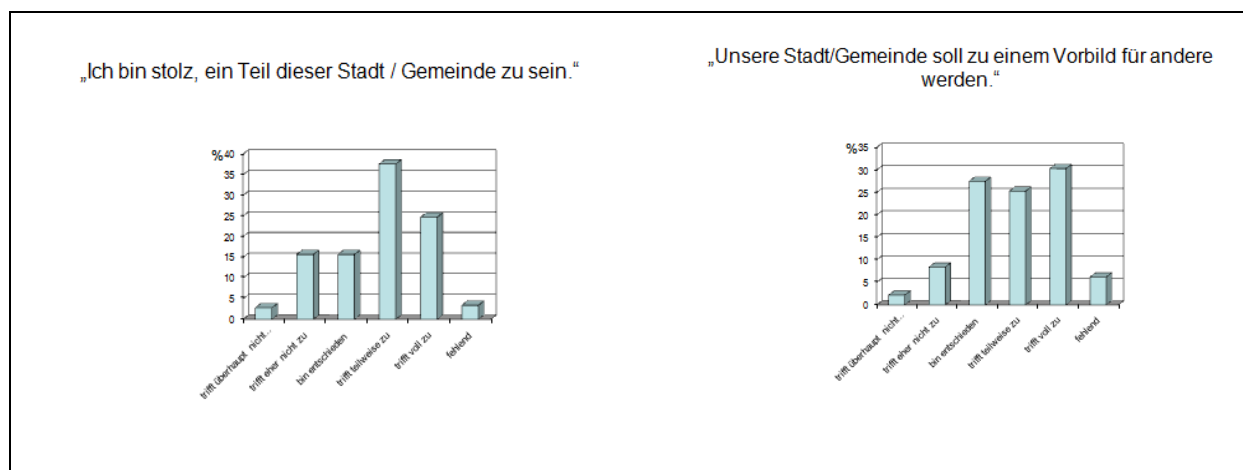


Der Großteil (80,3%) der befragten Derenburger stimmt der Aussage zu, erneuerbare Energieanlagen könnten einen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten. Nur 5,1% der Befragten sagen, dies trifft eher nicht bzw. überhaupt nicht zu. 14,6% enthalten sich oder sind unentschieden. Bezogen auf die Auswirkungen für die Gemeinde als Wirtschaftsstandort, sagen 63,5% der Befragten, erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv aus. 10,1% sehen das gegenteilig; sie erwarten keine positiven wirtschaftlichen Auswirkungen durch erneuerbare Energieanlagen für Derenburg; 26,4% äußern sich als unentschieden.

Ortsidentität in Derenburg

Die Ortsidentität wurde mithilfe folgender Aussagen erfasst:

„Ich fühle mich in meiner Stadt/Gemeinde zu Hause.“, „Ich bin stolz, ein Teil dieser Stadt/Gemeinde zu sein.“, „Gemeinsam können wir in unserer Stadt/Gemeinde viel bewegen.“ und „Unsere Stadt/Gemeinde soll zu einem Vorbild für andere werden.“.



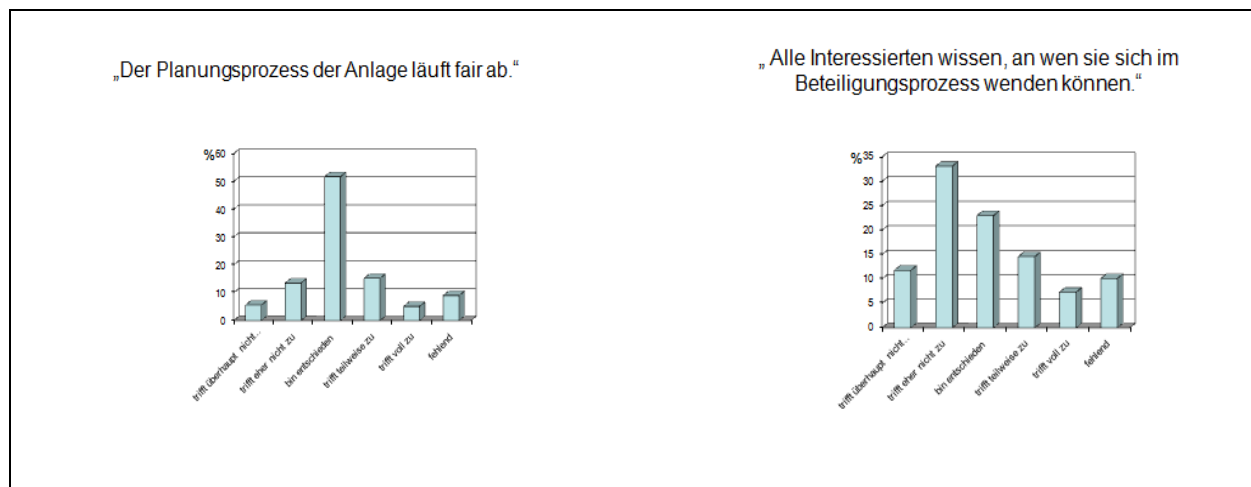
62,3% der befragten Derenburger sind stolz, ein Teil dieser Gemeinde zu sein. 18,5% geben an, darauf nicht stolz zu sein und 19,1% sind unentschieden bzw. äußern sich nicht zur Frage.

In Hinblick auf die Aussage, Derenburg soll sich zu einer Vorbildgemeinde für andere entwickeln, stimmt dem über die Hälfte (55,6%) der Befragten zu. 10,6% stimmen der Aussage nicht zu und 33,7% sind unentschieden.

Wahrgenommene Gerechtigkeit beim Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage

Die wahrgenommene Gerechtigkeit wurde hier unterschieden hinsichtlich der Gerechtigkeit bezogen auf das Verfahren des Einführungsprozesses (Fairness), bezogen auf die Verteilung (Kosten-Nutzen der erneuerbare Energieanlage) und bezogen auf eine gerechte Behandlung durch wichtige Personen im Einführungsprozess (Betreiber/Unternehmer der Anlage, Verwaltung, Politiker).

Die Verfahrensgerechtigkeit wurde u.a. mit folgenden Aussagen untersucht: „*Alle Interessierten wissen, an wen sie sich im Beteiligungsprozess wenden können* und „*Der Planungsprozess der Anlage läuft fair ab.*“

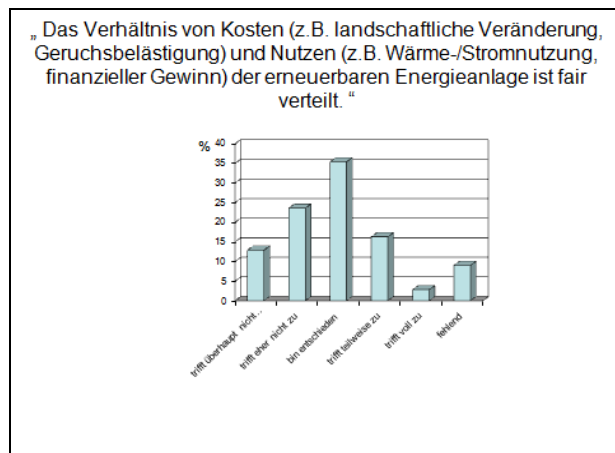


Auf die Frage, ob der Anlagenbau fair abläuft, antwortete der Großteil (60,7%) der Befragten, „Bin unentschieden“. Ein Fünftel (20,3%) der Befragten gibt an, der Planungsprozess der Anlage würde fair ablaufen und ein weiteres Fünftel (19,1%) sagt gegenteilig, der Planungsprozess würde nicht fair ablaufen. Diese Verteilung deutet darauf hin, dass der Prozess bei den befragten Derenburgern als sehr unterschiedlich wahrgenommen wurde bzw. der hohe Anteil an Unentschiedenen lässt vermuten, dass sich viele Befragte kaum mit dem Thema beschäftigt oder keine Informationen über den Planungsprozess erhalten haben.

Nur knapp ein Fünftel (21,9%) der Befragten gibt an zu wissen, an wen sie sich im Beteiligungsprozess wenden können. Die Mehrheit (44,9%) weiß nicht, an wen sie sich wenden könnte und ein Drittel (33,1%) der Befragten ist unentschieden bzw. enthält sich diesbezüglich.

Auch diese Frage deutet an, dass ein Großteil der Befragten kaum in den Beteiligungsprozess involviert ist.

Die Verteilungsgerechtigkeit wurde beispielsweise mit folgender Aussage untersucht: *„Das Verhältnis von Kosten (z.B. landschaftliche Veränderung, Geruchsbelästigung) und Nutzen (z.B. Wärme-/Stromnutzung, finanzieller Gewinn) der erneuerbaren Energieanlage ist fair verteilt.“*

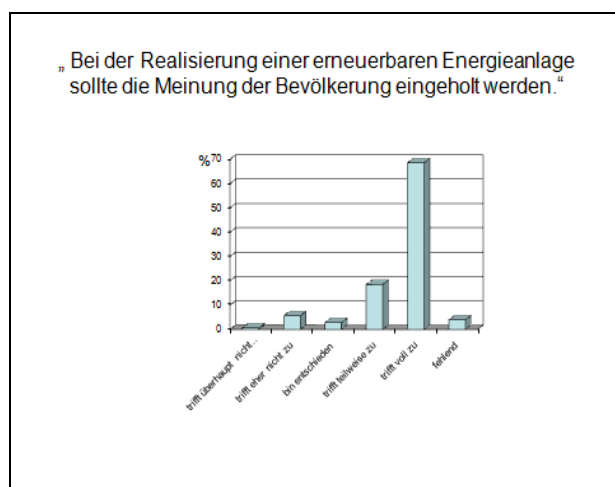


19,1% der Befragten finden, dass Kosten und Nutzen der erneuerbaren Energieanlage fair verteilt sind, deutlich mehr Personen sehen dies allerdings entgegengesetzt. So sagen 36,5% der befragten Einwohner, das Kosten-Nutzen-Verhältnis der erneuerbaren Energieanlage ist nicht fair verteilt. Weiterhin äußern sich 44,4% der Befragten als unentschieden oder gar nicht zur Frage.

Wünsche über Beteiligungsmöglichkeiten (Partizipation) der Bevölkerung am Anlagenbau

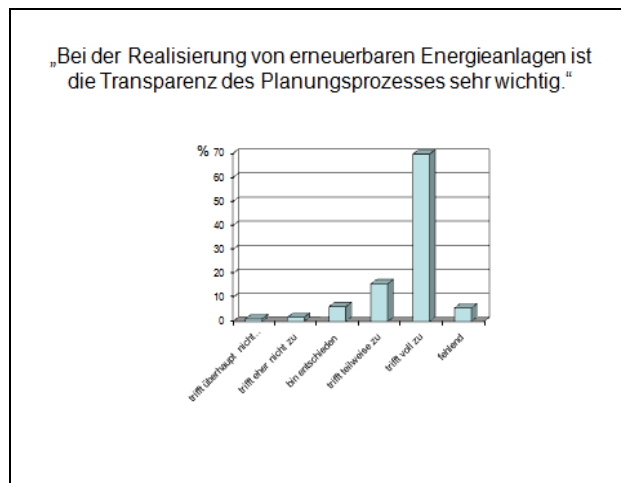
Die gewünschte Einbeziehung der Anwohnenden in den Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage wird hinsichtlich Information, Konsultation, Kooperation und eigenverantwortliches Handeln unterschieden.

Eine beispielhafte Aussage für die konsultative Mitgestaltung des Prozesses war: *„Bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte die Meinung der Bevölkerung eingeholt werden.“*



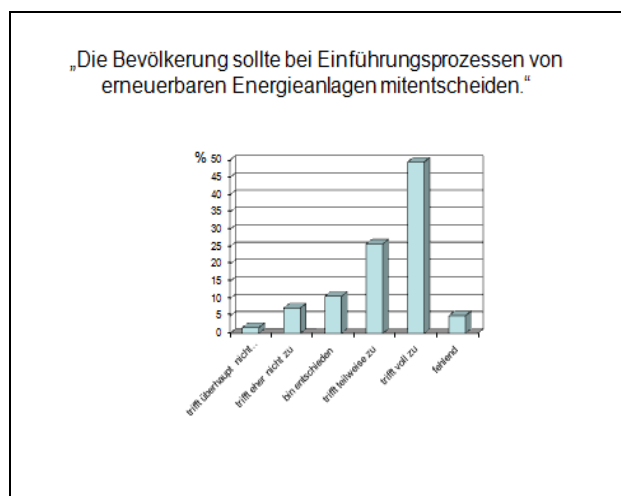
87% der Befragten geben an, die Meinung der Bevölkerung bei der Realisierung sollte eingeholt werden. Lediglich 6,2% geben an, die Meinung der Bevölkerung brauche nicht eingeholt werden und 6,7% äußern sich nicht zur Frage.

Die Einbeziehung der Bevölkerung durch die Bereitstellung von Information wurde beispielsweise mit folgender Aussage untersucht: *„Bei der Realisierung von erneuerbaren Energieanlagen ist die Transparenz der Planungsprozesse sehr wichtig.“*



85,4% der Befragten beurteilen die Transparenz im Planungsprozess als sehr wichtig. Nur 2,8% finden, Transparenz sei diesbezüglich unwichtig und 12,3% sind zur Frage unentschieden.

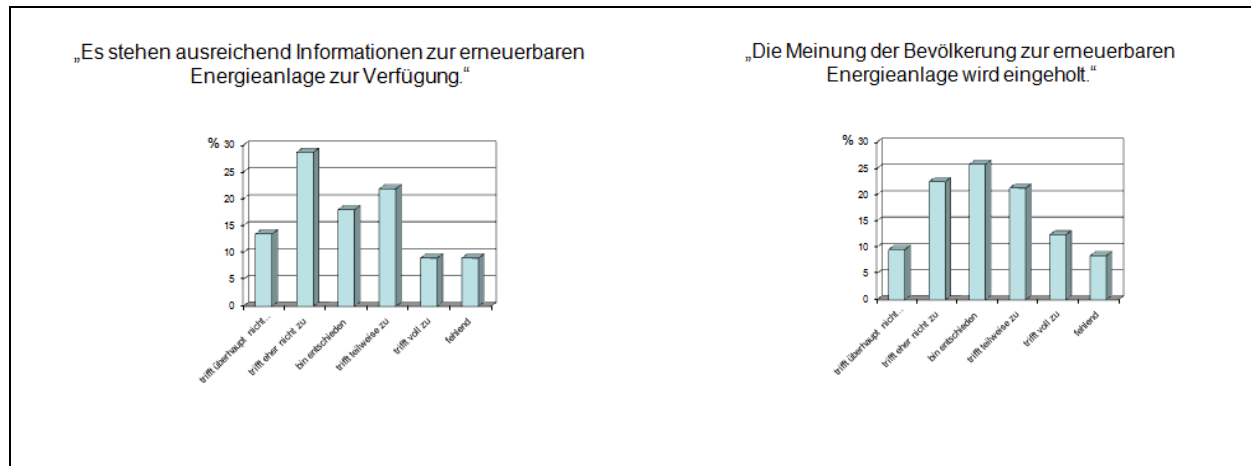
Das Einbeziehen der betroffenen Bürger in den Einführungsprozess durch Mitentscheiden (Kooperation) wurde u. a. erfasst durch: *„Die Bevölkerung sollte bei Einführungsprozessen von erneuerbaren Energieanlagen mitentscheiden.“*



75,2% der Befragten geben an, die Bevölkerung solle bei Einführungsprozessen Entscheidungen mit treffen. Nur 9% lehnen dies ab und 15,8% sind unentschieden.

Beurteilung der Beteiligungsmöglichkeiten

Die Bewertung der angebotenen Beteiligungsformen zum Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage durch die Bevölkerung wurde u. a. durch folgende Aussagen erfasst: *„Es stehen ausreichend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage zur Verfügung.“* und *„Die Meinung der Bevölkerung zur erneuerbaren Energieanlage wird eingeholt.“*



Die Mehrheit (42,2%) der befragten Einwohner fühlte sich in Bezug auf die erneuerbare Energieanlage nicht ausreichend informiert. Gegenteilig sagen 30,9%, es stehen ausreichend Informationen zur Verfügung und 27% der Befragten sind dahingehend unentschieden oder beantworteten die Frage nicht. In Bezug auf diese Aussage sind sich die Betroffenen uneinig.

Auch hinsichtlich der Frage, ob die Meinung der Bevölkerung zum Anlagenbau eingeholt wird, antworten die Befragten sehr unterschiedlich. Ein Drittel (33,7%) der Befragten gibt an, dass die Meinung berücksichtigt wird, ein anderes Drittel sieht das gegenteilig (32,1%) und ein weiteres Drittel (34,2%) ist unentschieden bzw. äußert sich nicht zur Frage.

Zusammengefasst wird auch bei diesen Fragen deutlich, dass der Einführungsprozess von der befragten Bevölkerung sehr unterschiedlich bewertet wird. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Informationsflüsse nicht alle Einwohner erreichen.

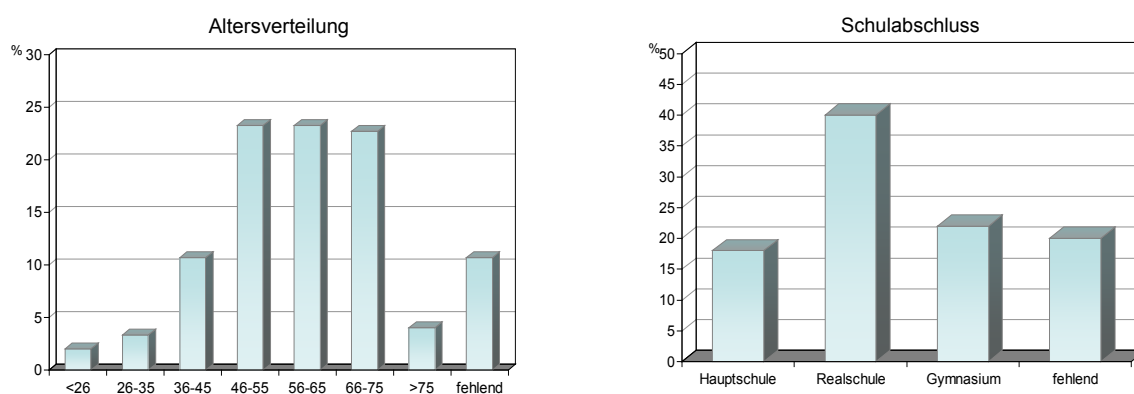
Die zusammenfassende Betrachtung der Ergebnisse zeigt, dass die befragten Derenburger erneuerbare Energien allgemein und im speziellen auch Biomasse-/Biogas-Anlagen insgesamt als sehr positiv bewerten. Ein wesentlicher Punkt scheint dabei die Überzeugung zu sein, dass die Nutzung erneuerbarer Energien zur regionalen Wertschöpfung beitragen kann. Bezogen auf die Frage nach Anlagen vor Ort in dem direkten Lebensumfeld der Befragten, fällt die Befürwortung zwar geringer aus als die allgemeine Zustimmung, ist dennoch tendenziell hoch. Dieses Antwortverhalten spiegelt ein oft zu beobachtendes Phänomen wider, dass erneuerbare Energien im Allgemeinen deutlich positiv bewertet werden, die Akzeptanz jedoch sinkt, wenn es um die Errichtung im direkten Lebensumfeld der Personen geht, also eine direkte Betroffenheit gegeben ist.

Die Bewertung des Planungsprozesses in Derenburg fiel sehr unterschiedlich aus. Es gab sowohl Befragte, die sich genügend informiert fühlten, als auch Personen, die dies verneinten sowie einen großen Anteil, der unentschieden war und demzufolge vermutlich wenig vom Prozess mitbekommen hatte bzw. kein Interesse zeigte. Die meisten der Befragten gaben an, dass sie sich wünschen, mehr in Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden, d.h. sowohl stärker und umfassend informiert zu werden, als auch selbst mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu bekommen.

1.1.3 Ergebnisse der Untersuchung in Roßla

Insgesamt wurden in Roßla 500 Fragebögen verteilt. Davon wurden 150 ausgefüllt zurückgegeben und konnten ausgewertet werden. Die Rücklaufquote betrug somit 30%, wobei 94 Fragebögen von den MitarbeiterInnen der Forschungsgruppe eingesammelt und 56 Fragebögen mit der Post zurückgesendet wurden.

Das Geschlechterverhältnis der Antwortenden ist nahezu ausgeglichen. Den größten Anteil der Antwortenden machen Personen mittleren bis höheren Alters aus. So befinden sich über 51% der Antwortenden zwischen 46 und 75 Jahren. Der größte Teil der Befragten hat als höchsten erreichten Schulabschluss einen Realschulabschluss erhalten. 18% verfügen über einen Hauptschulabschluss und 22% über ein (Fach)-Abitur. 20% der Befragten machten keine Angaben.



Akzeptanz bezüglich erneuerbarer Energien im Allgemeinen

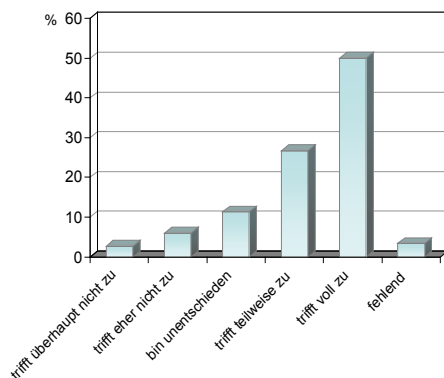
Die Akzeptanz hinsichtlich erneuerbarer Energien im Allgemeinen wurde mithilfe folgender Aussagen erfasst:

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von erneuerbaren Energien.“, „Grundsätzlich lehne ich erneuerbare Energien ab.“, „Alles in allem befürworte ich erneuerbare Energieanlagen hier vor Ort.“ und „Grundsätzlich bin ich gegen erneuerbare Energieanlagen in meiner Stadt/Gemeinde.“

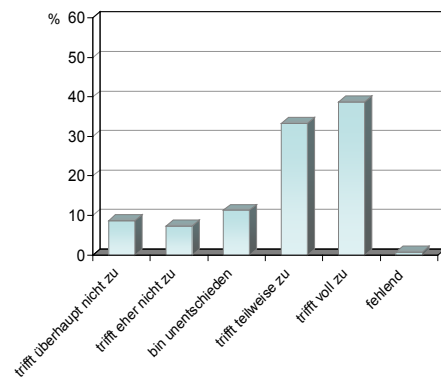
Die Einwohner aus Roßla befürworten deutlich erneuerbare Energien (76,7% = Summe aus „Trifft voll zu“ und „Trifft teilweise zu“ – Antworten). Nur ein geringer Teil (6,7% = Summe aus „Trifft eher nicht zu“ und „Trifft überhaupt nicht zu“ - Antworten) lehnt diese generell ab. Weiterhin wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie erneuerbare Energieanlagen in ihrer Gemeinde befürworten würde. Auch dies wurde von den meisten (72%) der befragten Bürger bejaht. Allerdings machen bei dieser Frage mehr als doppelt so viele Personen (16%) deutlich, dass sie erneuerbare Energien vor Ort nicht bzw. eher nicht befürworten würden, im Gegensatz zur vorherigen allgemeinen Frage. Außerdem ist zu erkennen, dass 50% der Befragten prinzipiell angaben, erneuerbare Energien absolut zu befürworten, bei der konkreteren Formulierung vor Ort, gaben aber nur noch 38,7% an, erneuerbare Energien absolut zu befürworten. Dies deutet darauf hin, dass erneuerbare Energien im Allgemeinen positiver bewertet

werden als erneuerbare Energien im direkten Lebensumfeld.

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von erneuerbaren Energien.“



„Alles in allem befürworte ich erneuerbare Energieanlagen hier vor Ort.“

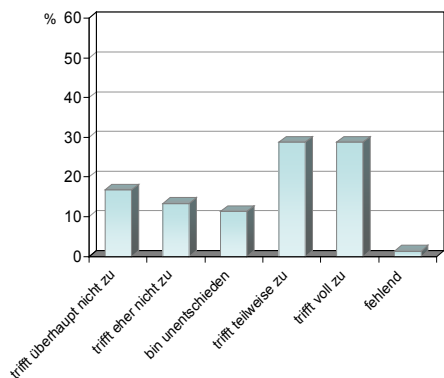


Akzeptanz bezüglich Biomasse-/Biogas-Anlagen

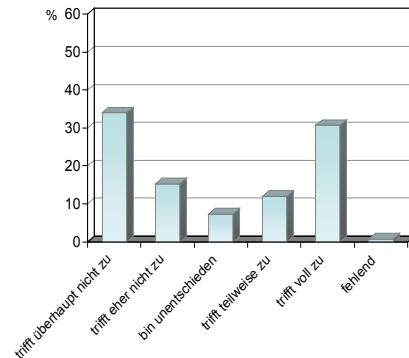
Die Akzeptanz bezüglich Biomasse-/Biogas-Anlagen wurde mit folgenden Aussagen erfasst:

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von Biomasse-/Biogas-Anlagen.“, „Alles in allem bin ich ein Gegner von Biomasse-/Biogas-Anlagen.“, „Grundsätzlich lehne ich Biomasse-/Biogas-Anlagen ab.“ und „Grundsätzlich bin ich gegen Biomasse-/Biogas-Anlagen hier vor Ort.“

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von Biomasse-/Biogas -Anlagen.“



„Grundsätzlich bin ich gegen Biomasse-/Biogas -Anlagen hier vor Ort.“



Betrachtet man die Antworten zur Akzeptanz von Biomasse-/Biogas-Anlagen, so finden sich ähnliche Tendenzen wie bei den Fragen zu erneuerbaren Energien allgemein.

Knapp 57,4% der Befragten sagen, dass sie Biomasse-/Biogas-Anlagen prinzipiell befürworten. 30% lehnen Biomasse-/Biogas-Anlagen größtenteils ab. Die restlichen befragten Einwohner (ca. 12,6%) äußern sich bezüglich der Frage als unentschieden bzw. antworten gar nicht. Bei der allgemeinen Frage sprechen sich deutlich mehr Personen als Befürworter für Biomasse-/Biogas-Anlagen aus. Zielt die Frage aber

genauer nach Befürwortung einer Biomasse-/Biogas-Anlage im direkten Lebensumfeld ab, sinkt diese deutlich.

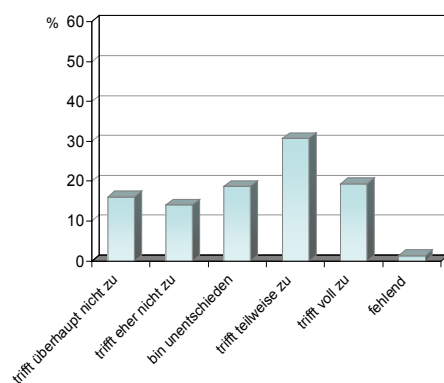
Hier zeigt sich ein sehr unentschiedenes Meinungsbild der Roßlaer Bevölkerung. Ein etwas größerer Anteil der Befragten (49,3%) spricht sich positiv für Biomasse-/Biogas-Anlagen vor Ort aus, aber ebenso lehnen 42,7% diese ab. Hier herrscht diesbezüglich Uneinigkeit.

Engagement für erneuerbare Energien vor Ort

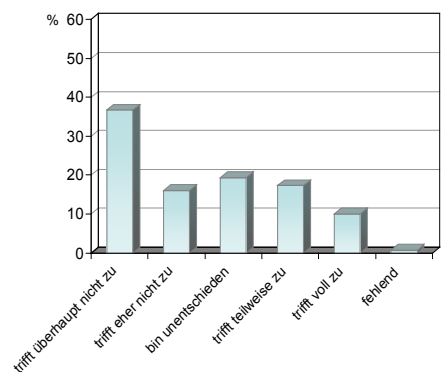
Die Bereitschaft, sich aktiv für die Nutzung erneuerbarer Energien vor Ort einzusetzen, wurde mit folgenden Aussagen erhoben:

„Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine erneuerbare Energieanlage vor Ort einzusetzen.“, „Ich engagiere mich für die Biomasse-/Biogas-Anlage hier vor Ort.“ und „Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine Biomasse-/Biogas-Anlage vor Ort einzusetzen.“

„Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine erneuerbare Energieanlagen vor Ort einzusetzen.“



„Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine Biomasse-/Biogas-Anlage vor Ort einzusetzen.“



50% der befragten Roßlaer zeigen die Bereitschaft, sich aktiv für eine erneuerbare Energieanlage vor Ort einzusetzen. 30% lehnen dies ab und 20% sind unentschieden bzw. enthalten sich.

In Bezug auf eine Biomasse-/Biogas-Anlage vor Ort, würden sich nur noch knapp die Hälfte der vorher positiv gestimmten Personen aktiv einsetzen, nämlich 27,3% der Befragten. 52,7% der Befragten geben sogar an, dass sie sich nicht aktiv für eine Biomasse-/Biogas-Anlage vor Ort einsetzen würden, wobei über 36% dieser Personen sich „überhaupt“ nicht einsetzen würde. 20% der Befragten sind diesbezüglich unentschieden bzw. enthalten sich.

Hier zeigt sich sehr deutlich, dass die Bewohner aus Roßla überwiegend positiv gegenüber erneuerbaren Energien eingestellt sind bzw. erneuerbare Energien auch aktiv vor Ort befürwortet werden. Aber die erneuerbare Energieform Biomasse/ Biogas wenig akzeptiert wird, insbesondere vor Ort. Der Großteil der Bevölkerung würde diese Anlagen vor Ort nicht unterstützen.

Bei beiden Fragen enthalten sich ein Fünftel der Befragten, d. h. ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bewohner in Roßla möchte sich zu dieser Aussage nicht

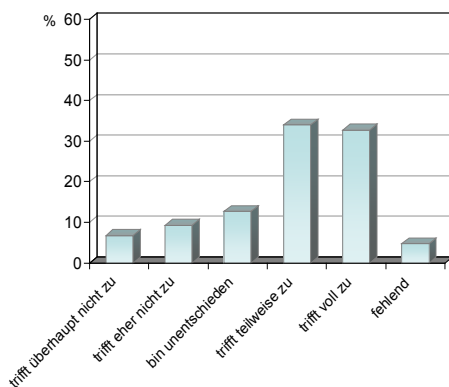
positionieren.

Einschätzung erneuerbarer Energien hinsichtlich Ökonomie und regionaler Wertschöpfung

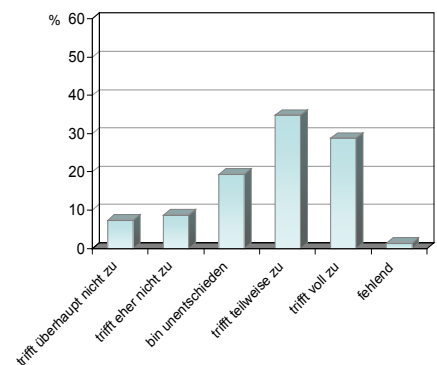
Die Bewertung erneuerbarer Energien hinsichtlich ökonomischer Gesichtspunkte und einer möglichen regionalen Wertschöpfung wurde anhand folgender Aussagen vorgenommen:

„Stromerzeugung durch erneuerbare Energieanlagen ist auf lange Sicht finanziell günstiger als andere Arten der Stromerzeugung.“, „Erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv auf unsere Stadt/Gemeinde als Wirtschaftsstandort aus.“ und „Erneuerbare Energieanlagen leisten einen Beitrag zur Entwicklung der Region (regionale Wertschöpfung).“

„Erneuerbare Energieanlagen leisten einen Beitrag zur Entwicklung der Region (regionale Wertschöpfung).“



„Erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv auf unsere Stadt/Gemeinde als Wirtschaftsstandort aus.“

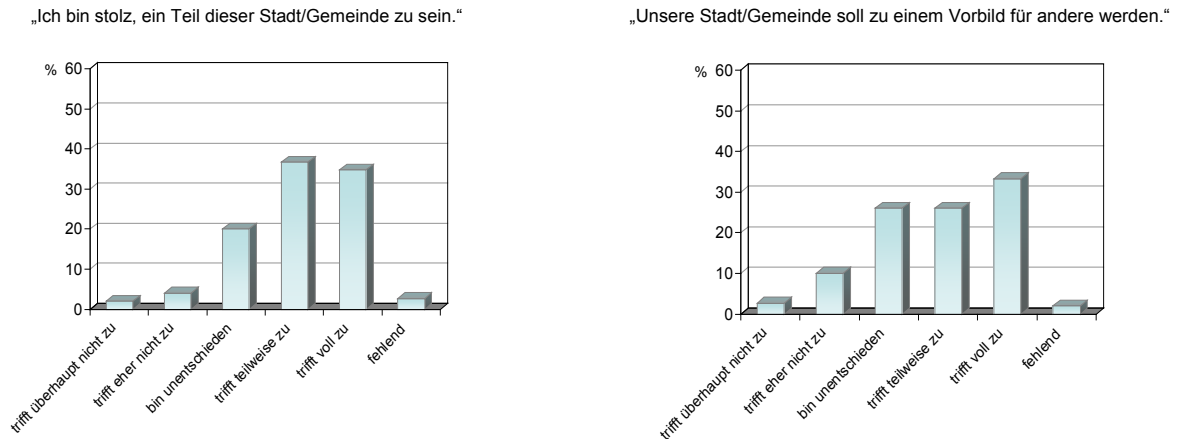


Zwei Drittel (66,7%) der befragten Roßlaer stimmt der Aussage zu, erneuerbare Energieanlagen könnten einen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten. Nur 16% der Befragten sagen, dies trifft eher nicht bzw. überhaupt nicht zu. 17,4% enthalten sich oder sind unentschieden. Bezogen auf die Auswirkungen für die Gemeinde als Wirtschaftsstandort, sieht die Verteilung ähnlich aus. Demzufolge sagen 63,4% der Befragten, erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv aus. 16% sehen das gegenteilig; sie erwarten keine positiven wirtschaftlichen Auswirkungen durch erneuerbare Energieanlagen für Roßla und 20,6% äußern sich als unentschieden bzw. enthalten sich.

Ortsidentität in Roßla

Die Ortsidentität wurde mithilfe folgender Aussagen erfasst:

„Ich fühle mich in meiner Stadt/Gemeinde zu Hause.“, „Ich bin stolz, ein Teil dieser Stadt/Gemeinde zu sein.“, „Gemeinsam können wir in unserer Stadt/Gemeinde viel bewegen.“ und „Unsere Stadt/Gemeinde soll zu einem Vorbild für andere werden.“



71,4% der befragten Roßlaer sind stolz, ein Teil dieser Gemeinde zu sein. Nur 6% geben an, darauf nicht stolz zu sein und 22,7% sind unentschieden bzw. äußern sich nicht zur Frage.

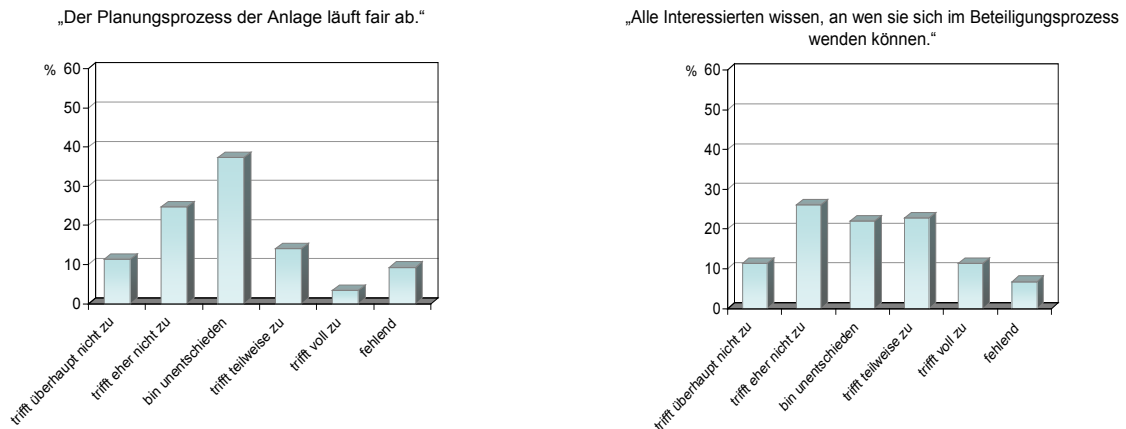
In Hinblick auf die Aussage, Roßla soll sich zu einer Vorbildgemeinde für andere entwickeln, stimmt dem über die Hälfte (59,3%) der Befragten zu. 12,7% stimmen der Aussage nicht zu und 28% sind unentschieden bzw. enthalten sich.

Insgesamt wird deutlich, dass die Einwohner von Roßla sehr stolz auf ihre Gemeinde sind.

Wahrgenommene Gerechtigkeit beim Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage

Die wahrgenommene Gerechtigkeit wurde hier unterschieden hinsichtlich der Gerechtigkeit bezogen auf das Verfahren des Einführungsprozesses (Fairness), bezogen auf die Verteilung (Kosten-Nutzen der erneuerbare Energieanlage) und bezogen auf eine gerechte Behandlung durch wichtige Personen im Einführungsprozess (Betreiber/Unternehmer der Anlage, Verwaltung, Politiker).

Die Verfahrensgerechtigkeit wurde u.a. mit folgenden Aussagen untersucht: „*Alle Interessierten wissen, an wen sie sich im Beteiligungsprozess wenden können.*“ und „*Der Planungsprozess der Anlage läuft fair ab.*“

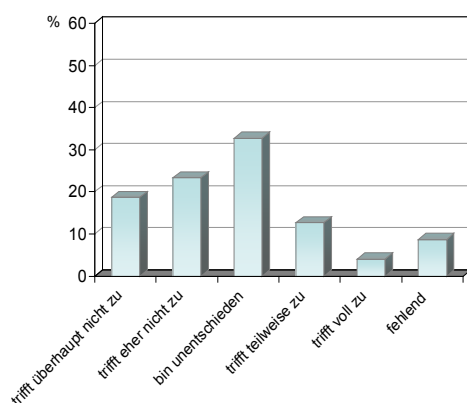


Auf die Frage, ob der Anlagenbau fair abläuft, antwortete der Großteil (46,6%) der Befragten, „Bin unentschieden“. Nur 17,3% der Befragten geben an, der Planungsprozess der Anlage würde fair ablaufen und über ein Drittel (36%) sagt gegenteilig, der Planungsprozess würde nicht fair ablaufen. Diese Verteilung deutet darauf hin, dass der Prozess zum Anlagenbau bei einigen Roßlaern negativ wahrgenommen wurde. Weiterhin lässt der hohe Anteil an Unentschiedenen vermuten, dass sich der Großteil der Befragten bisher kaum mit dem Thema beschäftigt oder keine Informationen über den Planungsprozess erhalten hatte.

Ein Drittel (33%) der Befragten gibt an, zu wissen, an wen sie sich im Beteiligungsprozess wenden können. Die leichte Mehrheit (37,3%) sagt jedoch, nicht zu wissen, an wen sie sich wenden könne und 28,7% der Befragten sind diesbezüglich unentschieden bzw. enthalten sich.

Die Verteilungsgerechtigkeit wurde beispielsweise mit folgender Aussage untersucht: *„Das Verhältnis von Kosten (z.B. landschaftliche Veränderung, Geruchsbelästigung) und Nutzen (z.B. Wärme-/Stromnutzung, finanzieller Gewinn) der erneuerbaren Energieanlage ist fair verteilt.“*

„Das Verhältnis von Kosten (z.B. landschaftliche Veränderung, Geruchsbelästigung) und Nutzen (z.B. Wärme-/Stromnutzung, finanzieller Gewinn) der erneuerbaren Energieanlage ist fair verteilt.“



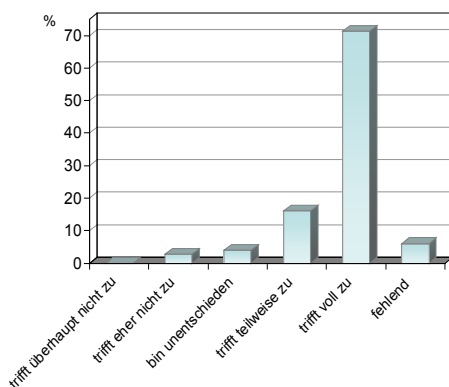
Nur 16,7% der Befragten finden, dass Kosten und Nutzen der erneuerbaren Energieanlage fair verteilt sind, deutlich mehr Personen sehen dies gegenteilig. So sagen 42% der befragten Einwohner, das Kosten-Nutzen-Verhältnis der erneuerbaren Energieanlage sei nicht fair verteilt. Nahezu gleich viele Personen (41,4%) äußern sich als unentschieden oder gar nicht zur Frage.

Wünsche über Beteiligungsmöglichkeiten (Partizipation) der Bevölkerung am Anlagenbau

Die gewünschte Einbeziehung der Anwohnenden in den Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage wird hinsichtlich Information, Konsultation, Kooperation und eigenverantwortliches Handeln unterschieden.

Eine beispielhafte Aussage für die konsultative Mitgestaltung des Prozesses war: *„Bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte die Meinung der Bevölkerung eingeholt werden.“*

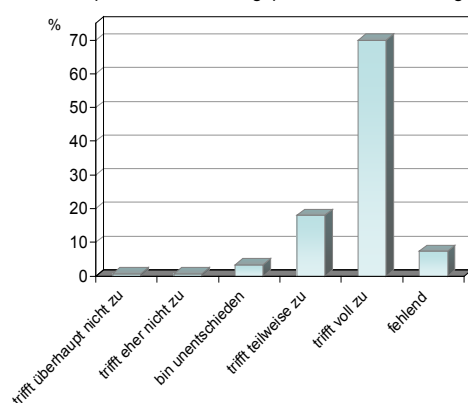
„Bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte die Meinung der Bevölkerung eingeholt werden.“



87,3% der Befragten geben an, die Meinung der Bevölkerung bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte eingeholt werden. Lediglich 2,7% geben an, die Meinung der Bevölkerung brauche nicht eingeholt werden und 6% äußern sich nicht zur Frage.

Die Einbeziehung der Bevölkerung durch die Bereitstellung von Information wurde beispielsweise mit folgender Aussage untersucht: *„Bei der Realisierung von erneuerbaren Energieanlagen ist die Transparenz der Planungsprozesse sehr wichtig.“*

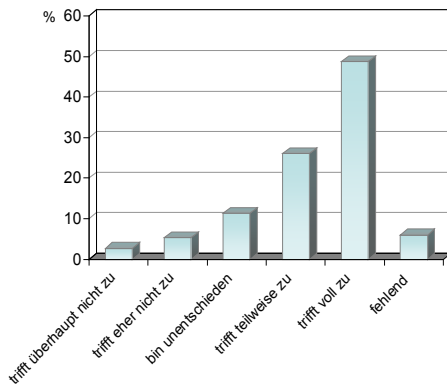
„Bei der Realisierung von erneuerbaren Energieanlagen ist die Transparenz des Planungsprozesses sehr wichtig.“



88% der Befragten beurteilen die Transparenz im Planungsprozess als sehr wichtig. Nur 1,4% finden, Transparenz sei diesbezüglich unwichtig und 10,6% sind zur Frage unentschieden.

Das Einbeziehen der betroffenen Bürger in den Einführungsprozess durch Mitentscheiden (Kooperation) wurde u. a. erfasst durch: *„Die Bevölkerung sollte bei Einführungsprozessen von erneuerbaren Energieanlagen mitentscheiden.“*

„Die Bevölkerung sollte bei Einführungsprozessen von erneuerbaren Energieanlagen mitentscheiden.“



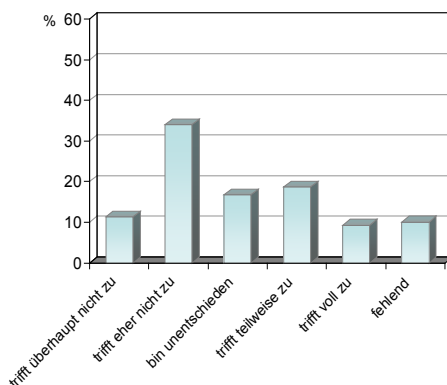
74,7% der Befragten geben an, die Bevölkerung solle bei Einführungsprozessen Entscheidungen mit treffen. Nur 8% lehnen dies ab und 17,3% sind unentschieden.

Beurteilung der Beteiligungsmöglichkeiten

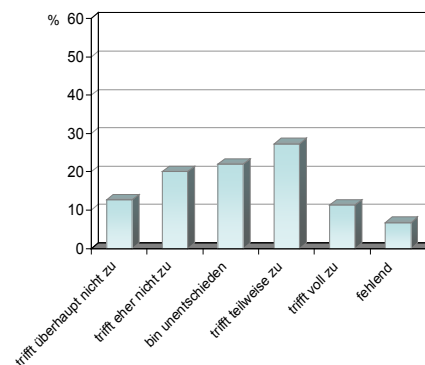
Die Bewertung der angebotenen Beteiligungsformen zum Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage durch die Bevölkerung wurde u. a. durch folgende Aussagen erfasst: „Es stehen ausreichend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage zur Verfügung.“ und „Die Meinung der Bevölkerung zur erneuerbaren Energieanlage wird eingeholt.“

Die Mehrheit (45,3%) der befragten Einwohner fühlt sich in Bezug auf die erneuerbare Energieanlage nicht ausreichend informiert. Gegensätzlich sagen 28%, es stünden ausreichend Informationen zur Verfügung und 26,7% der Befragten sind dahingehend unentschieden oder beantworten die Frage nicht.

„Es stehen ausreichend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage zur Verfügung.“



„Die Meinung der Bevölkerung zur erneuerbaren Energieanlage wird eingeholt.“



Auch hinsichtlich der Frage, ob die Meinung der Bevölkerung zum Anlagenbau eingeholt wird, antworten die Befragten sehr unterschiedlich. Die knappe Mehrheit der Befragten von 38,6% gibt an, dass die Meinung berücksichtigt würde, andererseits verneinen 32,7% dieses und weitere 28,7% sind unentschieden bzw. äußern sich nicht zur Frage.

Zusammengefasst wird auch bei diesen Fragen deutlich, dass der Einführungspro-

zess von der befragten Bevölkerung sehr unterschiedlich bewertet wird. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Informationsflüsse nicht alle Einwohner erreichen.

Die zusammenfassende Betrachtung der Ergebnisse zeigt, dass die befragten Bürger in Roßla im Allgemeinen erneuerbare Energien sowie speziell auch Biomasse-/Biogas-Anlagen als positiv bewerten. Ein wesentlicher Punkt scheint dabei die Überzeugung zu sein, dass die Nutzung erneuerbarer Energien zur regionalen Wertschöpfung beitragen kann. Bezogen auf die Frage nach der Befürwortung von erneuerbaren Energieanlagen vor Ort, also in dem direkten Lebensumfeld der Befragten, äußert sich immer noch ein sehr großer Teil der Bevölkerung diesbezüglich positiv. Wird jedoch konkret nach der Befürwortung von Biomasse-/Biogas-Anlagen vor Ort gefragt, sehen die Antworten deutlich anders aus. Die Bevölkerung in Roßla ist sich hier sehr uneinig und in „zwei Lager“ gespalten. Die eine Hälfte der Bürger befürwortet Biomasse-/ Biogas-Anlagen vor Ort und die andere Hälfte lehnt diese strikt ab. Die vorherige deutliche Befürwortung von erneuerbaren Energien im Ort ist bei der spezifischen Energieform Biomasse/Biogas nicht zu erkennen. Diese Tendenz spiegelt sich auch in der Frage nach dem persönlichen Engagement bezüglich des Baus einer erneuerbaren Energieanlage bzw. einer Biomasse-/Biogas-Anlage wider. Demzufolge gibt die Mehrheit der befragten Bürger an, dass sie erneuerbare Energien vor Ort unterstützen würden, bezieht sich die Frage jedoch konkret auf Biomasse-/Biogas-Anlagen würden nur noch halb so viele der zuvor positiv gestimmten Personen ihre Unterstützung anbieten. Der größte Teil lehnt ein Engagement diesbezüglich sogar strikt ab.

Zur Bewertung der Fairness des Planungsprozesses konnte sich der Großteil der Befragten nicht festlegen, tendenziell wurde der Prozess aber eher als unfair wahrgenommen. Ähnlich wurde auch die Fairness hinsichtlich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses der Anlage eingeschätzt; die meisten Befragten konnten hierzu keine Meinung abgeben bzw. scheint die Tendenz eher negativ zu sein.

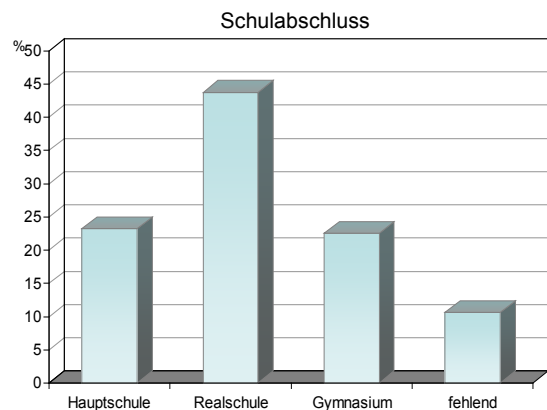
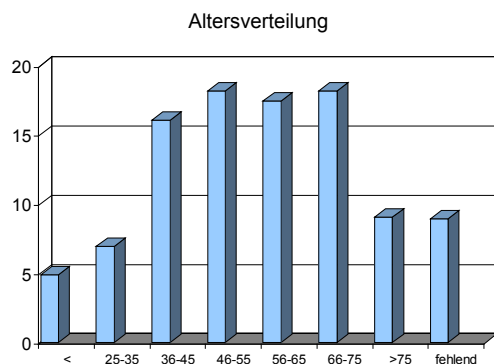
Ein einheitliches Bild zeigt sich jedoch bei den Wünschen nach Beteiligungsmöglichkeiten. Für die Bevölkerung in Roßla ist, sowohl das Einholen der Meinung und die Transparenz des Prozesses als auch das Mitentscheiden und Einbeziehen der Bürger sehr wichtig. Die Bewertung der aktuellen Beteiligungsmöglichkeiten wird abermals sehr unterschiedlich wahrgenommen, in der Tendenz aber eher negativ bewertet. So gab ein größerer Teil der Befragten an, es stünden nicht ausreichend Informationen zur Verfügung. Denkbar ist jedoch auch, dass die Informationen zum Anlagenbau nicht alle Einwohner erreichten und daher das Meinungsbild so unterschiedlich ausfiel.

Hinsichtlich der wahrgenommenen Gerechtigkeit des Planungsprozesses in Roßla zeigte sich ein eher unentschiedenes Meinungsbild. Ein Großteil der Befragten gab an unentschieden zu sein bzgl. der wahrgenommenen Gerechtigkeit des Prozesses. Es gab sowohl Befragte, die sich genügend informiert fühlten, als auch Personen, die dies verneinten sowie einen großen Anteil, der hierbei unentschieden war und vermutlich folglich wenig vom Prozess mitbekommen hatte bzw. kein Interesse zeigte. Die meisten der Befragten gaben an, dass sie sich wünschen, mehr in Entschei-

dungsprozesse einbezogen zu werden, d. h. sowohl stärker und umfassend informiert zu werden, als auch selbst mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu bekommen.

1.1.4 Ergebnisse der Untersuchung in Halberstadt

Insgesamt wurden in Halberstadt 500 Fragebögen verteilt. Davon wurden 142 ausgefüllt zurückgegeben und konnten ausgewertet werden. Die Rücklaufquote betrug somit 28,4%, wobei 71 Fragebögen von den MitarbeiterInnen der Forschungsgruppe eingesammelt und 71 Fragebögen mit der Post zurückgesendet wurden. Mit 54,2 % füllten mehr Männer als Frauen (43,0 %) den Fragebogen aus, wobei 2,1 % keine Angaben über das Geschlecht machten. Den größten Anteil der Antwortenden machen die 56-65-jährigen aus. Die Mehrheit der Befragten gab als Schulabschluss den Realschulabschluss (43,7 %) an. Der Hauptschulabschluss (23,2 %) und das (Fach-)Gymnasium (22,5 %) absolvierten ähnlich viele Personen aus der Halberstädter Stichprobe. Mit 50,7 % machten mehr als die Hälfte der teilnehmenden Personen eine Ausbildung, 28,2 % absolvierten ein Studium, 3,5 % gaben an keinen Abschluss zu haben und 2,1 % erworben ihren Berufsabschluss über nicht näher differenzierte Wege. 15,5 % der Teilnehmer machten keine Angaben zu ihrem Berufsabschluss.

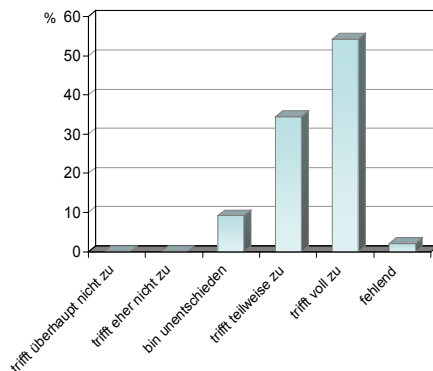


Akzeptanz bezüglich erneuerbarer Energien im Allgemeinen

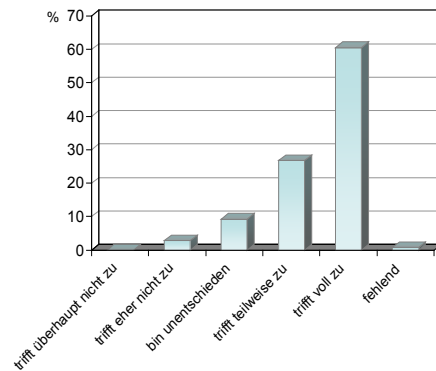
Die Akzeptanz hinsichtlich erneuerbarer Energien im Allgemeinen wurde mithilfe folgender Aussagen erfasst:

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von erneuerbaren Energien.“, „Grundsätzlich lehne ich erneuerbare Energien ab.“, „Alles in allem befürworte ich erneuerbare Energieanlagen hier vor Ort.“ und „Grundsätzlich bin ich gegen erneuerbare Energieanlagen in meiner Stadt/Gemeinde.“

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von erneuerbaren Energien.“



„Alles in allem befürworte ich erneuerbare Energieanlagen hier vor Ort.“



Die Einwohner aus Halberstadt befürworten deutlich erneuerbare Energien (78,7% = Summe aus „Trifft voll zu“ und „Trifft teilweise zu“ – Antworten). Niemand der Befragten gibt an, erneuerbare Energien abzulehnen (0% antworten mit „trifft eher nicht zu“ und „trifft überhaupt nicht zu“ auf diese Frage). Nur ein geringer Teil (9,2%) ist sich bei der Frage unsicher und antwortet mit „bin unentschieden“. Weiterhin wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie erneuerbare Energieanlagen in ihrer Gemeinde befürworten würde. Auch dies wurde von den meisten (87,4%) der befragten Bürger bejaht. Lediglich 2,8% geben an, erneuerbare Energien vor Ort nicht zu befürworten und knapp 10% der Befragten sind sich bezüglich der Frage unsicher bzw. machen keine Angabe.

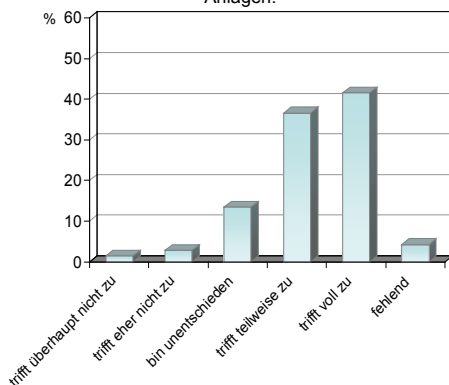
Akzeptanz bezüglich Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen

Die Akzeptanz bezüglich Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen wurde mit folgenden Aussagen erfasst:

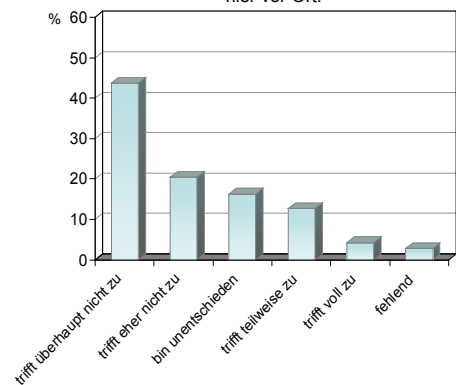
„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen.“, „Alles in allem bin ich ein Gegner von Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen.“, „Grundsätzlich lehne ich Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen.“ und „Grundsätzlich bin ich gegen Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen hier vor Ort.“.

Betrachtet man die Antworten zur Akzeptanz von Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen, so ist ein leicht differenzierteres Meinungsbild zu erkennen als bei den Fragen zu erneuerbaren Energien allgemein. Weiterhin sagen 78,1% der Befragten sagen, dass sie Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen prinzipiell befürworten. Auch hier äußert sich nur ein kleiner Teil der Befragten (4,2%) ablehnend. Die restlichen befragten Einwohner (17,6%) äußern sich bezüglich der Frage als unentschieden bzw. antworten gar nicht. Bei der allgemeinen Frage sprechen sich deutlich mehr Personen als Befürworter für Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen aus. Zielt die Frage aber genauer auf eine Befürwortung der Photovoltaik-Freiflächen-Anlage im direkten Lebensumfeld ab, nimmt diese ab.

„Prinzipiell bin ich ein Befürworter von Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen.“



„Grundsätzlich bin ich gegen Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen hier vor Ort.“



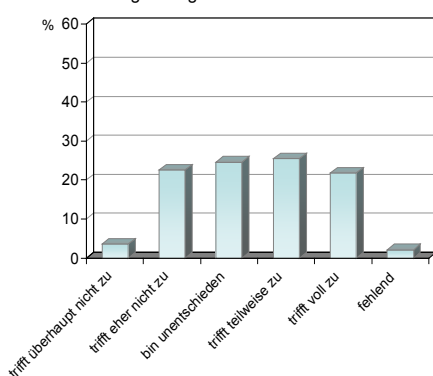
Hier zeigt sich ein differenzierteres Meinungsbild der Halberstädter Bevölkerung. Immer noch spricht sich der größte Anteil der Befragten (64,1%) positiv für Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen vor Ort aus, zudem lehnen aber auch 16,9% diese ab. Weitere 19% der Befragten sind sich diesbezüglich unsicher bzw. machen keine Angabe.

Engagement für erneuerbare Energien vor Ort

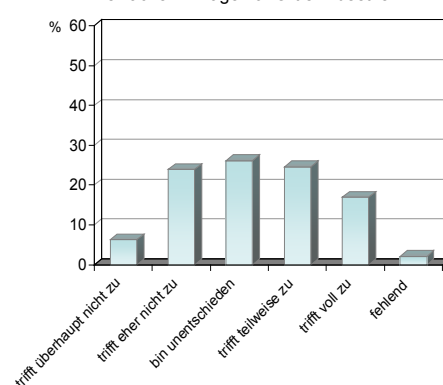
Die Bereitschaft, sich aktiv für die Nutzung erneuerbarer Energien vor Ort einzusetzen, wurde mit folgenden Aussagen erhoben:

„Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine erneuerbare Energieanlage vor Ort einzusetzen.“, „Ich engagiere mich für die Photovoltaik-Freiflächen-Anlage hier vor Ort.“ und „Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen vor Ort einzusetzen.“.

„Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine erneuerbare Energieanlagen vor Ort einzusetzen.“



„Ich bin grundsätzlich bereit, mich aktiv für eine Photovoltaik-Freiflächen-Anlage vor Ort einzusetzen.“



Bei dieser Frage zeigt sich Uneinigkeit. Die Mehrheit der befragten Halberstädter (47,2%) zeigt die Bereitschaft, sich aktiv für eine erneuerbare Energieanlage vor Ort einzusetzen. 26% lehnen dies ab und 26,7% sind unentschieden bzw. enthalten sich. In Bezug auf eine Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen vor Ort, würden sich insgesamt weniger der vorher positiv gestimmten Personen aktiv einsetzen, aber immer noch der Großteil der Befragten (41,5%). 30,2% der Befragten geben an, dass sie sich

nicht aktiv für eine Photovoltaik-Freiflächen-Anlage vor Ort einsetzen würden. 28,2% der Befragten sind diesbezüglich unentschieden bzw. enthalten sich.

Hier zeigt sich sehr deutlich, dass die Bewohner aus Halberstadt deutlich positiv gegenüber erneuerbaren Energien eingestellt sind bzw. erneuerbare Energien auch aktiv vor Ort befürwortet werden. Die erneuerbare Energieform Photovoltaik-Freiflächen wird ebenfalls als positiv bewertet und zum Großteil auch vor Ort befürwortet.

Jedoch enthalten sich bei beiden Fragen über ein Viertel der Befragten, d. h. ein nicht zu vernachlässigender Teil der Bewohner in Halberstadt möchte oder kann sich zu dieser Aussage nicht positionieren.

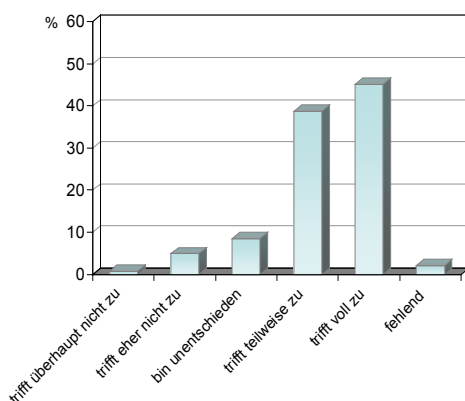
Einschätzung erneuerbarer Energien hinsichtlich Ökonomie und regionaler Wertschöpfung

Die Bewertung erneuerbarer Energien hinsichtlich ökonomischer Gesichtspunkte und einer möglichen regionalen Wertschöpfung wurde anhand folgender Aussagen vorgenommen:

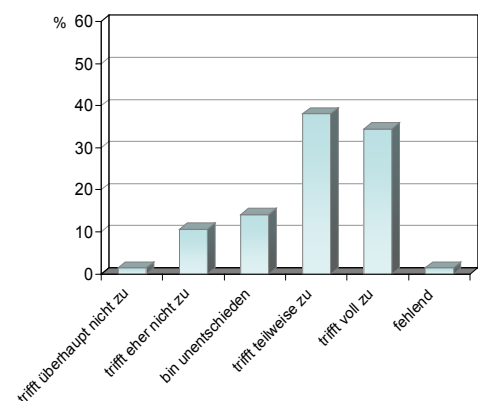
„Stromerzeugung durch erneuerbare Energieanlagen ist auf lange Sicht finanziell günstiger als andere Arten der Stromerzeugung.“, „Erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv auf unsere Stadt/Gemeinde als Wirtschaftsstandort aus.“ und „Erneuerbare Energieanlagen leisten einen Beitrag zur Entwicklung der Region (regionale Wertschöpfung).“.

Die Mehrheit (83,8%) der befragten Halberstädter stimmen der Aussage zu, erneuerbare Energieanlagen könnten einen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten.

„Erneuerbare Energieanlagen leisten einen Beitrag zur Entwicklung der Region (regionale Wertschöpfung).“



„Erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv auf unsere Stadt/Gemeinde als Wirtschaftsstandort aus.“

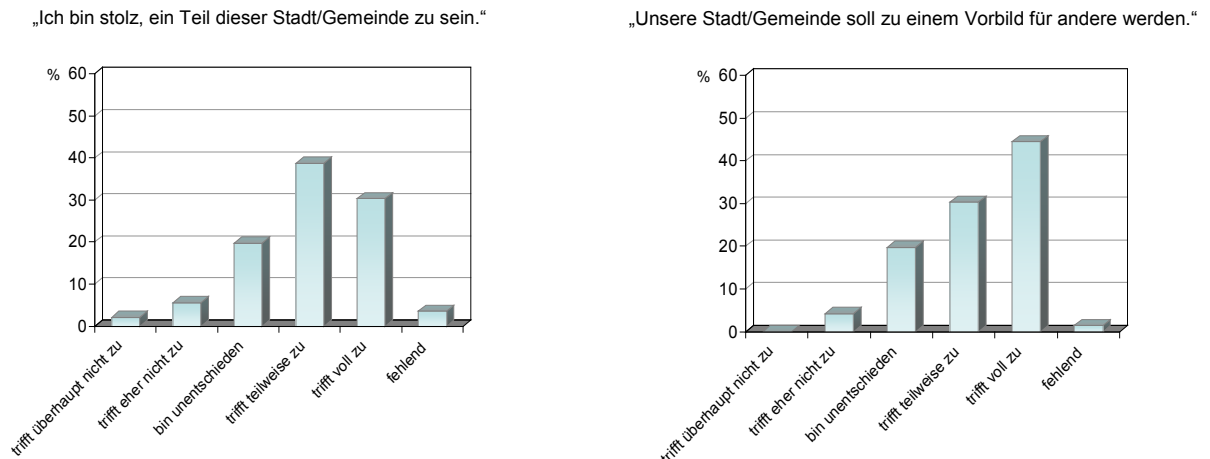


Nur 5,6% der Befragten sagen, dies trifft eher nicht bzw. überhaupt nicht zu. 10,6% enthalten sich oder sind unentschieden. Bezogen auf die Auswirkungen für die Gemeinde als Wirtschaftsstandort sieht die Verteilung ähnlich aus. Demzufolge sagen 72,5% der Befragten, erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv aus. 12% sehen das gegenteilig; sie erwarten keine positiven wirtschaftlichen Auswirkungen für Halberstadt und 15,5% äußern sich als unentschieden bzw. enthalten sich.

Ortsidentität in Halberstadt

Die Ortsidentität wurde mithilfe folgender Aussagen erfasst:

„Ich fühle mich in meiner Stadt/Gemeinde zu Hause.“, „Ich bin stolz, ein Teil dieser Stadt/Gemeinde zu sein.“, „Gemeinsam können wir in unserer Stadt/Gemeinde viel bewegen.“ und „Unsere Stadt/Gemeinde soll zu einem Vorbild für andere werden.“



69% der Befragten sind stolz, ein Teil dieser Gemeinde zu sein. Nur 7,7% geben an, darauf nicht stolz zu sein und 23,2% sind unentschieden bzw. äußern sich nicht zur Frage.

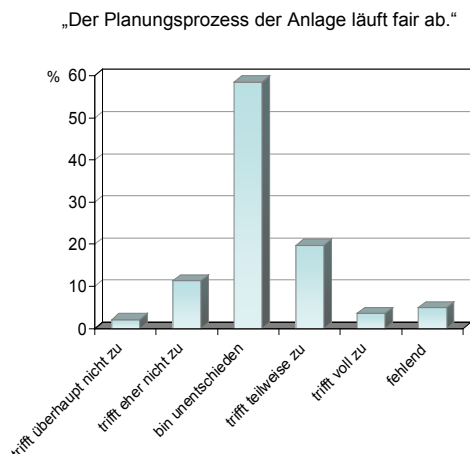
In Hinblick auf die Aussage, Halberstadt soll sich zu einer Vorbildgemeinde für andere entwickeln, stimmt dem der Großteil der Befragten (74,7%) zu. 4,2% stimmen der Aussage eher nicht zu und 21,1% sind unentschieden bzw. enthalten sich.

Insgesamt wird deutlich, dass die Einwohner von Halberstadt stolz auf ihre Gemeinde sind.

Wahrgenommene Gerechtigkeit beim Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage

Die wahrgenommene Gerechtigkeit wurde hier unterschieden hinsichtlich der Gerechtigkeit bezogen auf das Verfahren des Einführungsprozesses (Fairness), bezogen auf die Verteilung (Kosten-Nutzen der erneuerbare Energieanlage) und bezogen auf eine gerechte Behandlung durch wichtige Personen im Einführungsprozess (Betreiber/Unternehmer der Anlage, Verwaltung, Politiker).

Die Verfahrensgerechtigkeit wurde u.a. mit folgenden Aussagen untersucht: „Alle Interessierten wissen, an wen sie sich im Beteiligungsprozess wenden können.“ und „Der Planungsprozess der Anlage läuft fair ab.“

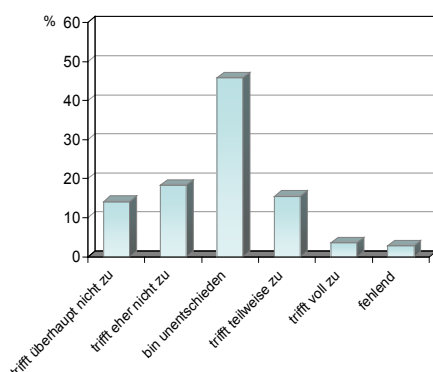


Auf die Frage, ob der Anlagenbau fair abläuft, antwortete über die Hälfte der Befragten (58,5%), „bin unentschieden“. Nur knapp ein Viertel der Befragten (23,2%) gibt an, der Planungsprozess der Anlage würde fair ablaufen und 13,4% sagen gegenteilig, der Planungsprozess würde nicht fair ablaufen. 4,9% machten keine Angabe zur Frage. Diese Verteilung deutet darauf hin, dass der Prozess zum Anlagenbau hinsichtlich seiner Fairness vom Großteil der Bevölkerung nicht beurteilt werden kann. Dies lässt vermuten, dass sich die meisten der Befragten bisher kaum mit dem Bau der Photovoltaik-Freiflächen-Anlage vor Ort beschäftigt haben bzw. keine oder zu wenig Informationen über den Planungsprozess erhalten haben.

Nur knapp ein Viertel der Befragten (23,9%) gibt an, zu wissen, an wen sie sich im Beteiligungsprozess wenden können. Die deutliche Mehrheit (43,7%) sagt jedoch, nicht zu wissen, an wen sie sich wenden könne und fast ein Drittel der Befragten (32,4%) sind diesbezüglich unentschieden bzw. enthalten sich.

Die Verteilungsgerechtigkeit wurde beispielsweise mit folgender Aussage untersucht: „Das Verhältnis von Kosten (z.B. landschaftliche Veränderung, Geruchsbelästigung) und Nutzen (z.B. Wärme-/Stromnutzung, finanzieller Gewinn) der erneuerbaren Energieanlage ist fair verteilt.“

„Das Verhältnis von Kosten (z.B. landschaftliche Veränderung, Geruchsbelästigung) und Nutzen (z.B. Wärme-/Stromnutzung, finanzieller Gewinn) der erneuerbaren Energieanlage ist fair verteilt.“



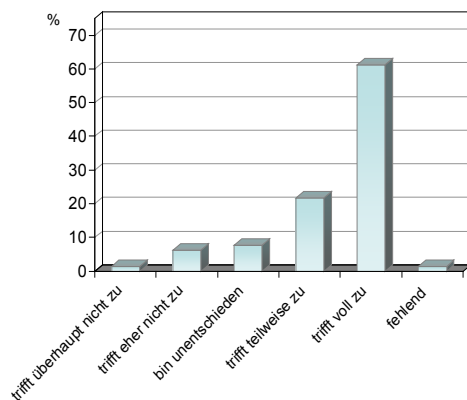
Nur 19% der Befragten finden, dass Kosten und Nutzen der erneuerbaren Energieanlage fair verteilt sind, etwas mehr Personen sehen dies gegenteilig. So sagen 32,4% der befragten Einwohner, das Kosten-Nutzen-Verhältnis der erneuerbaren Energieanlage sei nicht fair verteilt. Fast die Hälfte der Befragten (48,6%) äußert sich diesbezüglich jedoch als unentschieden oder macht keine Angabe.

Wünsche über Beteiligungsmöglichkeiten (Partizipation) der Bevölkerung am Anlagenbau

Die gewünschte Einbeziehung der Anwohnenden in den Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage wird hinsichtlich Information, Konsultation, Kooperation und eigenverantwortliches Handeln unterschieden.

Eine beispielhafte Aussage für die konsultative Mitgestaltung des Prozesses war: *„Bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte die Meinung der Bevölkerung eingeholt werden.“*

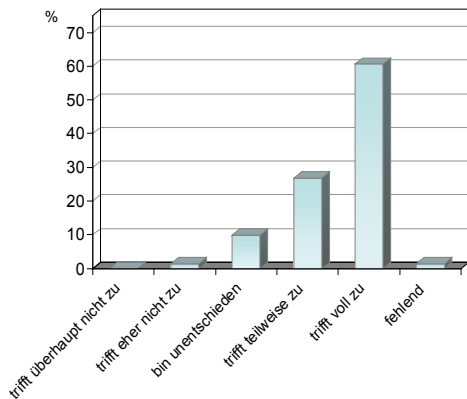
„Bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte die Meinung der Bevölkerung eingeholt werden.“



83,1% der Befragten geben an, die Meinung der Bevölkerung bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte eingeholt werden. Nur 7,7% geben an, die Meinung der Bevölkerung brauche nicht eingeholt werden und 9,1% äußern sich nicht zur Frage.

Die Einbeziehung der Bevölkerung durch die Bereitstellung von Information wurde beispielsweise mit folgender Aussage untersucht: *„Bei der Realisierung von erneuerbaren Energieanlagen ist die Transparenz des Planungsprozesses sehr wichtig.“*

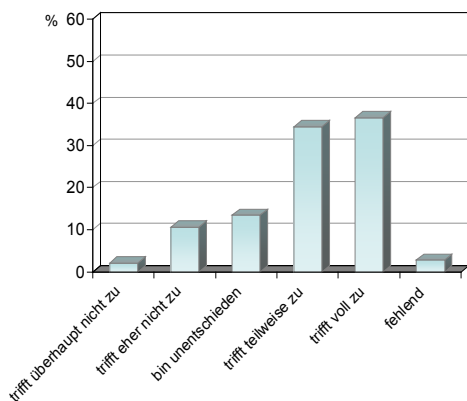
„Bei der Realisierung von erneuerbaren Energieanlagen ist die Transparenz des Planungsprozesses sehr wichtig.“



87,4% der Befragten beurteilen die Transparenz im Planungsprozess als sehr wichtig. Nur 1,4% finden, Transparenz sei diesbezüglich eher unwichtig und 11,3% sind zur Frage unentschieden.

Das Einbeziehen der betroffenen Bürger in den Einführungsprozess durch Mitentscheiden (Kooperation) wurde u. a. erfasst durch: „Die Bevölkerung sollte bei Einführungsprozessen von erneuerbaren Energieanlagen mitentscheiden.“

„Die Bevölkerung sollte bei Einführungsprozessen von erneuerbaren Energieanlagen mitentscheiden.“

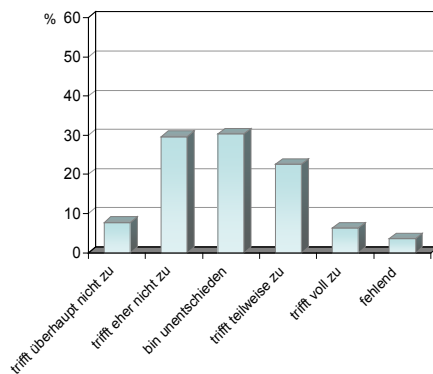


71,1% der Befragten geben an, die Bevölkerung solle bei Einführungsprozessen Entscheidungen mit treffen. 12,7% lehnen Mitentscheiden bei Einführungsprozessen ab und 16,6% sind diesbezüglich unentschieden.

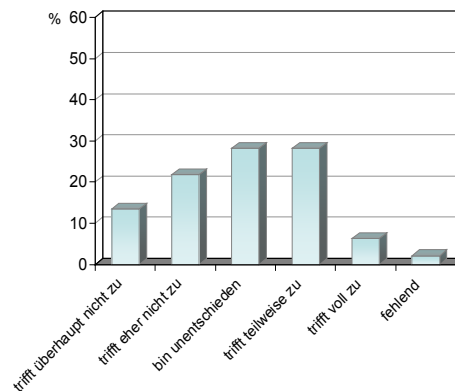
Beurteilung der Beteiligungsmöglichkeiten

Die Bewertung der angebotenen Beteiligungsformen zum Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage durch die Bevölkerung wurde u. a. durch folgende Aussagen erfasst: „Es stehen ausreichend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage zur Verfügung.“ und „Die Meinung der Bevölkerung zur erneuerbaren Energieanlage wird eingeholt.“

„Es stehen ausreichend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage zur Verfügung.“



„Die Meinung der Bevölkerung zur erneuerbaren Energieanlage wird eingeholt.“



Hinsichtlich der Frage, ob genügend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage bereit stehen, herrscht ein unterschiedliches Meinungsbild bei den Befragten. 28,8% der befragten Einwohner fühlen sich in Bezug auf die erneuerbare Energieanlage ausreichend informiert. Gegensätzlich sagen 37,3% der Befragten, es stünden nicht ausreichend Informationen zur Verfügung und ein weiteres Drittel der Befragten (33,8%) ist dahingehend unentschieden oder beantwortet die Frage nicht.

Auch hinsichtlich der Frage, ob die Meinung der Bevölkerung zum Anlagenbau eingeholt wird, antworten die Befragten sehr unterschiedlich. 34,5% der Befragten gibt an, die Meinung der Bevölkerung würde berücksichtigt werden und 35,2% sehen dies gegenteilig und sagen, dass die Meinung nicht berücksichtigt werden würde. 24,9% sind zur Frage unentschieden bzw. äußern sich nicht.

Zusammengefasst wird auch bei diesen Fragen deutlich, dass der Einführungsprozess von der befragten Bevölkerung sehr unterschiedlich bewertet wird. Eine mögliche Erklärung ist, dass die Informationsflüsse nicht alle Einwohner erreichen.

Die zusammenfassende Betrachtung der Ergebnisse zeigt, dass die befragten Bürger in Halbestadt erneuerbare Energien im Allgemeinen und auch Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen als durchweg sehr positiv bewerten. Ein wesentlicher Punkt scheint dabei die Überzeugung zu sein, dass die Nutzung erneuerbarer Energien zur regionalen Wertschöpfung beitragen kann. Bezogen auf die Frage nach der Befürwortung von erneuerbaren Energieanlagen vor Ort, also in dem direkten Lebensumfeld der Befragten, äußert sich ebenfalls ein sehr großer Teil der Bevölkerung diesbezüglich positiv. Auch wenn konkret nach der Befürwortung von Photovoltaik-Freiflächen-Anlagen vor Ort gefragt, steht der Großteil der befragten Einwohner dem positiv gegenüber.

Hinsichtlich der Frage nach dem persönlichen Engagement bezüglich des Baus einer erneuerbaren Energieanlage bzw. einer Photovoltaik-Freiflächen-Anlage zeigt sich ein differenziertes Bild. Die Mehrheit der Befragten gibt zwar an, sich sowohl für eine erneuerbare Energieanlage im Allgemeinen als auch für eine Photovoltaik-Freiflächen-Anlage im Speziellen vor Ort einzusetzen, aber ebenso wird dies von deutlich mehr Befragte als zuvor abgelehnt und ein Viertel der befragten Bürger posi-

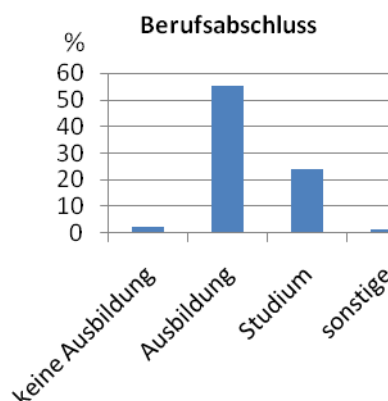
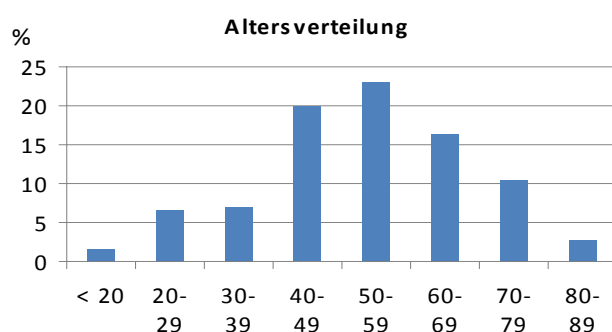
tioniert sich gar nicht zur Frage.

Zur Bewertung der Fairness des Planungsprozesses konnte sich die Mehrheit der Befragten nicht festlegen, tendenziell wurde der Prozess aber eher als fair wahrgenommen. Die Fairness hinsichtlich des Kosten-Nutzen-Verhältnisses der Anlage konnte ebenfalls von der Mehrheit der Befragten nicht eingeschätzt werden. In der Tendenz wurde die Fairness hier von den restlichen Befragten aber eher als negativ wahrgenommen.

Ein einheitliches Bild zeigt sich jedoch bei den Wünschen nach Beteiligungsmöglichkeiten. Für die Bevölkerung in Halberstadt ist, sowohl das Einholen der Meinung und die Transparenz des Prozesses als auch das Mitentscheiden und Einbeziehen der Bürger sehr wichtig. Die Bewertung der aktuellen Beteiligungsmöglichkeiten wird abermals sehr unterschiedlich wahrgenommen, ein Teil der Befragten schätzt die angebotenen Beteiligungsformen als positiv, ein anderer Teil als negativ und ein weiterer konnte sich nicht festlegen. Denkbar ist auch, dass die Informationen zum Anlagenbau nicht alle Einwohner erreichten und daher das Meinungsbild so unterschiedlich ausfiel.

1.1.5 Ergebnisse der Untersuchung in Steinfurt

In Lengerich wurden insgesamt 500 Fragebögen und in Horstmar und Westerkappeln jeweils 300 verteilt. Davon wurden 256 ausgefüllt zurückgegeben und konnten ausgewertet werden. Die Rücklaufquote betrug 23,27%, wobei 109 Fragebögen von den MitarbeiterInnen der Forschungsgruppe eingesammelt und 147 Fragebögen mit der Post zurückgesendet wurden. Von den 256 auswertbaren Fragebögen entfielen 61,3% auf die Bevölkerung von Lengerich, 14,8% auf die Anwohnenden von Westerkappeln und 23% auf die Anwohnenden von Horstmar.



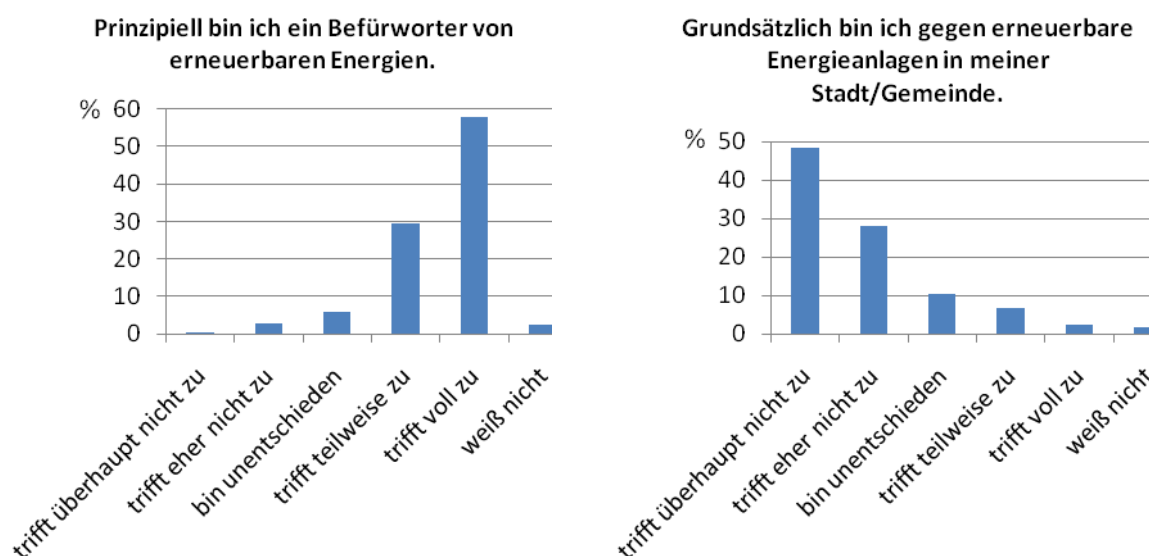
An der Befragung nahmen insgesamt 131 Männer und 109 Frauen teil. Den größten Anteil der Befragten nehmen die 50-59-Jährigen ein (23%). Die meisten Befragten haben eine Ausbildung absolviert (55,5%).

Im Folgenden werden für einzelne Themenbereiche des Fragebogens die Ergebnisse exemplarisch dargestellt.

Akzeptanz bezüglich erneuerbarer Energien im Allgemeinen

Die Akzeptanz hinsichtlich erneuerbarer Energien im Allgemeinen wurde mithilfe folgender Aussagen erfasst: „Prinzipiell bin ich ein Befürworter von erneuerbaren Energien.“ und „Grundsätzlich bin ich gegen erneuerbare Energieanlagen in meiner Stadt/Gemeinde.“

Die EinwohnerInnen befürworten deutlich erneuerbare Energien (87,1% = Summe aus „trifft voll zu“ und „trifft teilweise zu“-Antworten). Nur ein sehr geringer Teil (0,4%) lehnt diese generell ab. Weiterhin wurde die Bevölkerung gefragt, ob sie erneuerbare Energieanlagen in ihrer Gemeinde ablehnen würden. 76,5% (Summe aus „trifft überhaupt nicht zu“ und „trifft eher nicht zu“) der befragten BürgerInnen verneinten diese Aussage, so dass sich auch im unmittelbaren Umfeld insgesamt eine positive Bewertung erneuerbarer Energieanlagen abzeichnet.¹²



Akzeptanz bezüglich Biogasanlagen

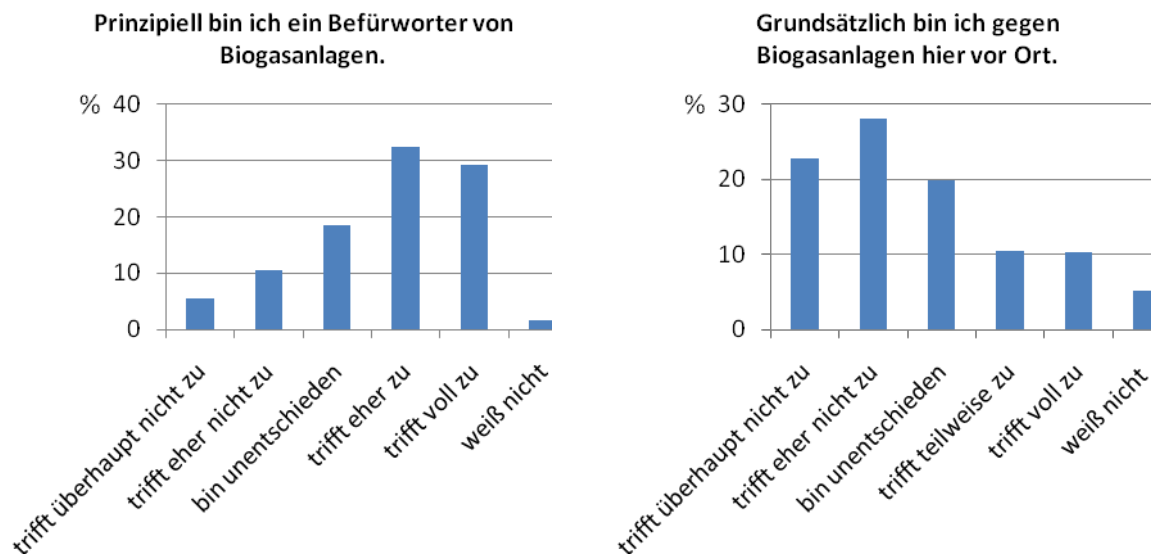
Die Akzeptanz bezüglich Biogasanlagen wurde mit folgenden Aussagen erfasst: „Prinzipiell bin ich ein Befürworter von Biogasanlagen.“, „Alles in allem bin ich ein Gegner von Biogasanlagen.“, „Grundsätzlich lehne ich Biogasanlagen ab.“ und „Grundsätzlich bin ich gegen Biogasanlagen hier vor Ort.“

Betrachtet man die Antworten zur Akzeptanz von Biogasanlagen, so finden sich ähnliche Tendenzen wie bei den Fragen zu erneuerbaren Energien allgemein, wenn auch mit niedrigerer Ausprägung.

61,7% der Befragten (Summe aus „trifft eher zu“- und „trifft voll zu“-Antworten) sagen, dass sie Biogasanlagen prinzipiell befürworten. 16% (Summe aus „trifft überhaupt nicht zu“- und „trifft eher nicht zu“-Antworten) lehnen Biogasanlagen größtenteils ab.

¹² In den Abbildungen sind nur die Befragten dargestellt, die im Fragebogen diesbezüglich Angaben machten. Demzufolge ergibt die Summe der Prozentangaben nicht immer 100%.

Die restlichen befragten EinwohnerInnen (20%) äußern sich bezüglich der Frage als unentschieden bzw. mit „weiß nicht“.



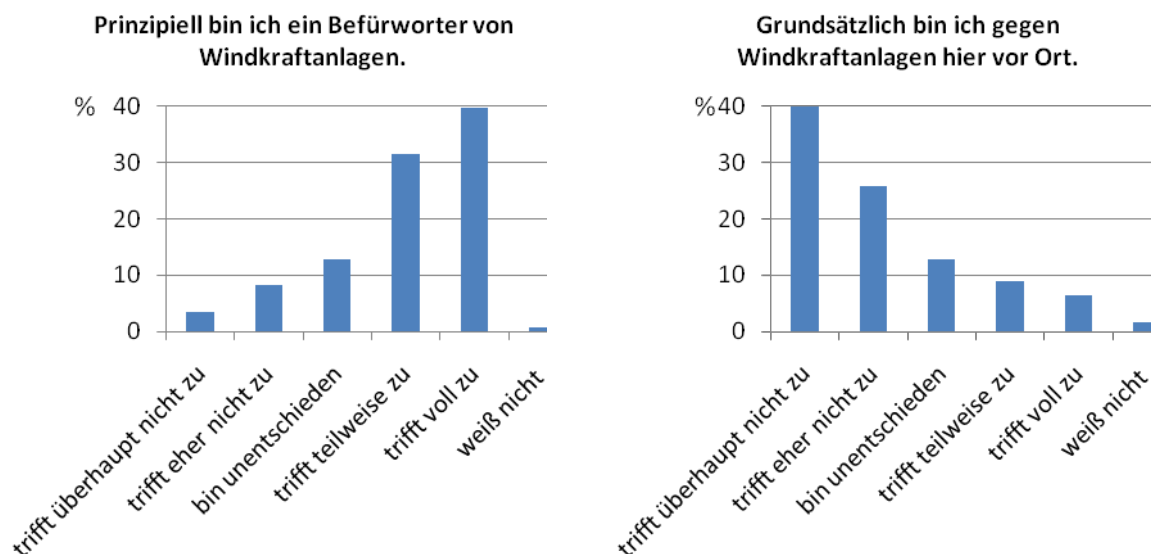
Hinsichtlich der Beurteilung von Biogasanlagen vor Ort zeigt sich, dass sie hier tendenziell weniger positiv bewertet werden als Biogasanlagen im Allgemeinen. So lehnen ein Fünftel (20,7%) der Befragten Biogasanlagen vor Ort ab. Zwar befürworten knapp über die Hälfte (50,8%) der Befragte Biogasanlagen im Ort, dies sind allerdings 10,9% weniger Befürworter als zuvor bei der Frage bezüglich Biogasanlagen im Allgemeinen.

Akzeptanz bezüglich Windkraftanlagen

Die Akzeptanz bezüglich Windkraftanlagen wurde mit folgenden Aussagen erfasst: „Prinzipiell bin ich ein Befürworter von Windkraftanlagen.“, „Alles in allem bin ich ein Gegner von Windkraftanlagen.“, „Grundsätzlich lehne ich Windkraftanlagen ab.“ und „Grundsätzlich bin ich gegen Windkraftanlagen hier vor Ort.“

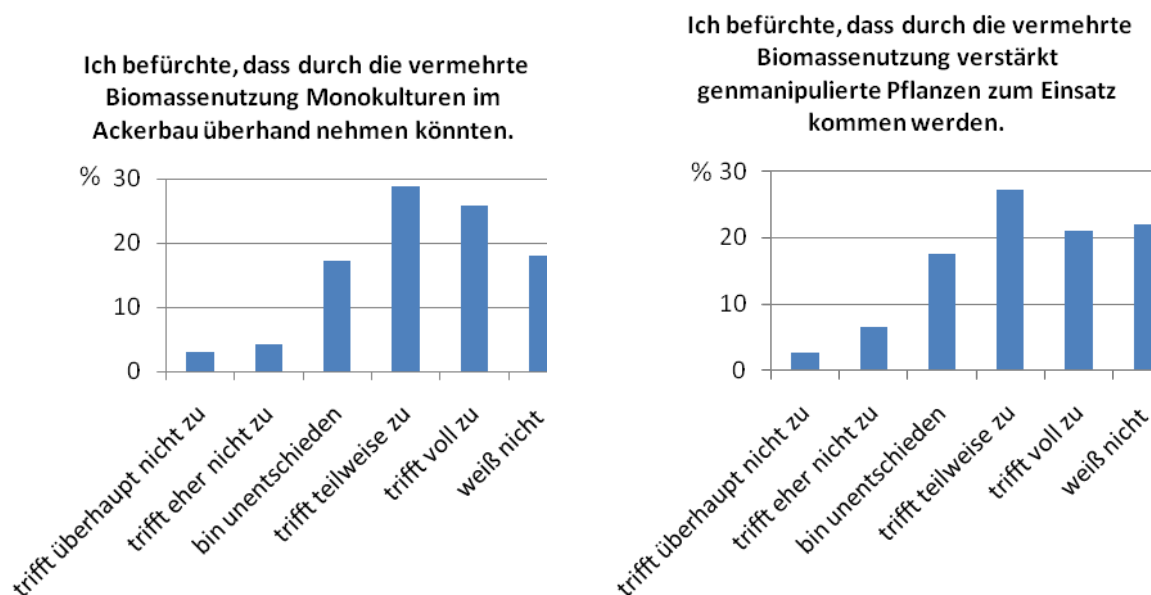
71,4% der Befragten (Summe aus „trifft eher zu“- und „trifft voll zu“-Antworten) geben an, dass sie Windkraftanlagen prinzipiell befürworten. 11,7% (Summe aus „trifft überhaupt nicht zu“- und „trifft eher nicht zu“-Antworten) lehnen Windkraftanlagen größtenteils ab. Die restlichen befragten EinwohnerInnen (13,7%) äußern sich bezüglich der Frage als unentschieden bzw. mit „weiß nicht“.

Hinsichtlich der konkreten Beurteilung von Windkraftanlagen vor Ort zeigt sich, dass 15,3% der Befragten Windkraftanlagen vor Ort ablehnen. 66% sprechen sich für Windkraftanlagen vor Ort aus. Dies sind 15,2% mehr Befürworter von Windkraftanlagen vor Ort im Vergleich zur Befürwortung von Biogasanlagen im eigenen Umfeld.



Risiken und Befürchtungen in Bezug auf die Biomassenutzung

Um verschiedene Risiken und Befürchtungen in Bezug auf die Biomassenutzung zu erfassen, wurde die Einschätzung zu folgenden Aussagen erfasst: „Durch die Nutzung von Biogasanlagen wird der Tourismusbranche im Kreis Steinfurt finanziell geschadet.“, „Ich befürchte, dass durch die vermehrte Biomassenutzung Monokulturen im Ackerbau überhand nehmen könnten.“, „Ich befürchte, dass durch die Biomassenutzung das Verkehrsaufkommen in der Region stark zunehmen wird.“, „Biogasanlagen stellen eine große Geruchsbelästigung für die Umgebung dar.“, „Ich habe Angst, dass durch Unfälle bei Biogasanlagen jemand verletzt werden könnte.“ und „Ich befürchte, dass durch die vermehrte Biogasnutzung verstärkt genmanipulierte Pflanzen zum Einsatz kommen werden.“

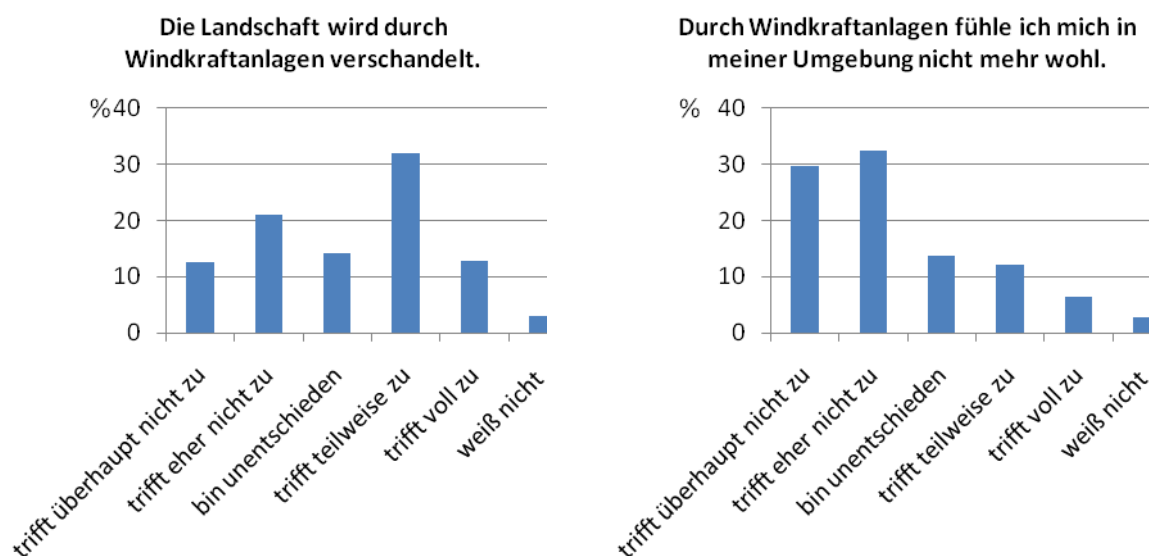


54,3% der Befragten befürchten, dass durch die vermehrte Biomassenutzung Monokulturen überhand nehmen könnten. 17,2% sind unentschieden und 18% antworten mit „weiß nicht“. Knapp die Hälfte der Anwohnenden (48,4%) befürchten zudem, dass es im Zusammenhang mit der Biomassenutzung zu einem vermehrten Einsatz von genmanipulierten Pflanzen kommen könnte. Ca. ein Fünftel (21,9%) geben an, dies nicht zu wissen.

33,2% der befragten Anwohnenden befürchten eine vermehrte Geruchbelästigung durch die Biomassenutzung. Die Befürchtungen, dass es durch die Biomassenutzung vermehrt zu Unfällen kommt, ein Schaden für den Tourismus entsteht oder mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen zu rechnen ist, sind weniger ausgeprägt. Auffallend ist ein großer Anteil an „weiß nicht“-Antworten. Daraus lässt sich ableiten, dass zu den möglichen Risiken bei der Biomassenutzung ein größerer Informationsbedarf existiert.

Einflussfaktoren der Bewertung von Windkraftanlagen

Bei der Bewertung von Windkraftanlagen wurden verschiedene als relevant erachtete Einflussfaktoren (Landschaftsveränderungen, Standort, Wirkung und Risiken) mit folgenden Aussagen erfasst: „Windkraftanlagen fügen sich gut ins Landschaftsbild ein.“, „Die Landschaft wird durch Windkraftanlagen verschandelt.“, „Windkraftanlagen reduzieren den Erholungswert einer Landschaft erheblich.“, „Windkraftanlagen sollten nicht auf naturbelassenen Flächen aufgestellt werden.“, „Durch Windkraftanlagen fühle ich mich in meiner Umgebung nicht mehr wohl.“, „Mich stört der Anblick, wenn in der Nähe meines Hauses eine Windkraftanlage steht.“, „Windkraftanlagen bedrohen mit ihren Rotoren den Vogelflug.“ und „Ich fühle mich durch den Lärm von Windkraftanlagen gestört.“

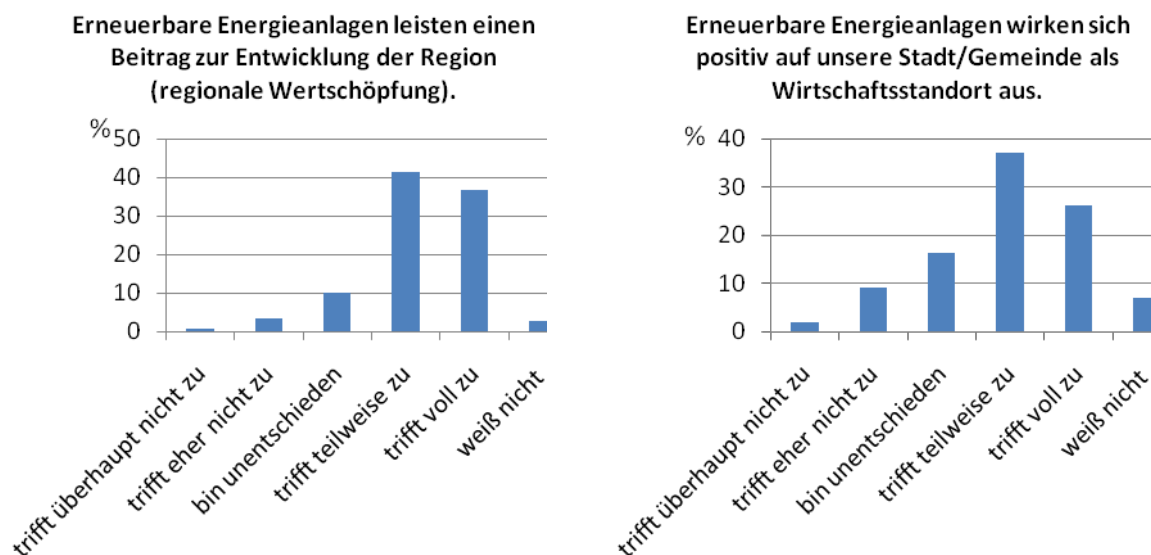


Die Ergebnisse der Bewertung von Windkraftanlagen bezüglich verschiedener Einflussfaktoren sind uneinheitlich. Zwar sind 44,9% der Meinung, dass Windkraftanla-

gen die Landschaft verschandeln, jedoch entsteht bei 62,1% der Anwohnenden durch Windkraftanlagen in der Umgebung kein Unwohlsein. Auf die Frage, ob Windkraftanlagen zu einer Reduktion des Erholungswertes führen, antworten 44,2% der Befragten mit Zustimmung und 32,8% mit Ablehnung. 41,4% sprechen sich dafür aus, Windkraftanlagen nicht auf naturbelassenen Flächen zu errichten. Der Anblick einer Windkraftanlage in der Nähe des eigenen Hauses stört 44,1% der Anwohnenden und 35,5% der Befragten stört dieser Sachverhalt eher nicht. Einer Bedrohung des Vogelfluges durch die Rotoren von Windkraftanlagen stimmen 29,3% der Befragten zu. Demgegenüber stehen 21,2%, die nicht der Meinung sind, dass Vögel durch die Rotoren bedroht sind. Fast ein Fünftel (18,8%) der Anwohnenden geben an, sich durch den Lärm von Windkraftanlagen gestört zu fühlen.

Einschätzung erneuerbarer Energien hinsichtlich Ökonomie und regionaler Wertschöpfung

Die Erfassung der Bewertung erneuerbarer Energien hinsichtlich ökonomischer Gesichtspunkte und einer möglichen regionalen Wertschöpfung wurde anhand folgender Aussagen vorgenommen: „Stromerzeugung durch erneuerbare Energieanlagen ist auf lange Sicht finanziell günstiger als andere Arten der Stromerzeugung.“, „Erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv auf unsere Stadt/Gemeinde als Wirtschaftsstandort aus.“ und „Erneuerbare Energieanlagen leisten einen Beitrag zur Entwicklung der Region (regionale Wertschöpfung).“



Der Großteil (78,1%) der Befragten stimmt der Aussage zu, dass erneuerbare Energieanlagen einen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung leisten können. Nur 4,3% der Befragten geben an, dass dies „eher nicht“ bzw. „überhaupt nicht“ zutrifft. Bezogen auf die Auswirkungen für die Gemeinde als Wirtschaftsstandort, sagen 63,3% der Befragten, erneuerbare Energieanlagen wirken sich positiv aus. Nur 11% sehen dies gegenteilig und erwarten keine positiven wirtschaftlichen Auswirkungen für ihre

Gemeinde durch erneuerbare Energieanlagen. Über die Hälfte der Anwohnenden (57,4%) sind der Meinung, dass die Stromerzeugung durch erneuerbare Energieanlagen auf lange Sicht finanziell günstiger ist als andere Arten der Stromerzeugung. Die geringe Anzahl an „weiß nicht“- und „bin unentschieden“-Antworten deutet darauf hin, dass es in diesen Punkten kaum Unsicherheiten gibt.

Wünsche bezüglich Beteiligungsmöglichkeiten (Partizipation) der Bevölkerung an Planungs- und Entscheidungsprozessen und Bewertung der vorhandenen Möglichkeiten

Die gewünschte Einbeziehung der Anwohnenden in den Einführungsprozess der erneuerbaren Energieanlage sowie die Bewertung der aktuellen Beteiligungssituation wird hinsichtlich der Stufen *Information*, *Konsultation*, *Kooperation* und *eigenverantwortliches Handeln* unterschieden. Zunächst werden die Formulierungen zur Erfassung der Wünsche in Bezug auf Beteiligungsmöglichkeiten dargestellt, dann entsprechend die Aussagen zur Erfassung der Bewertung der vorherrschenden Situation. Im Anschluss werden jeweils exemplarisch Wünsche und Bewertungen für die verschiedenen Beteiligungsstufen kontrastiert.

Folgende Aussagen wurden für die Abfrage der *Wünsche* verwendet:

Wünsche bezüglich *Information*: „Bei der Planung einer erneuerbaren Energieanlage ist es mir wichtig, regelmäßig informiert zu werden.“, „Mir ist es wichtig, frühzeitig über geplante erneuerbare Energieanlagen informiert zu werden.“ und „Bei der Realisierung von erneuerbaren Energieanlagen ist die Transparenz der Planungsprozesse sehr wichtig.“

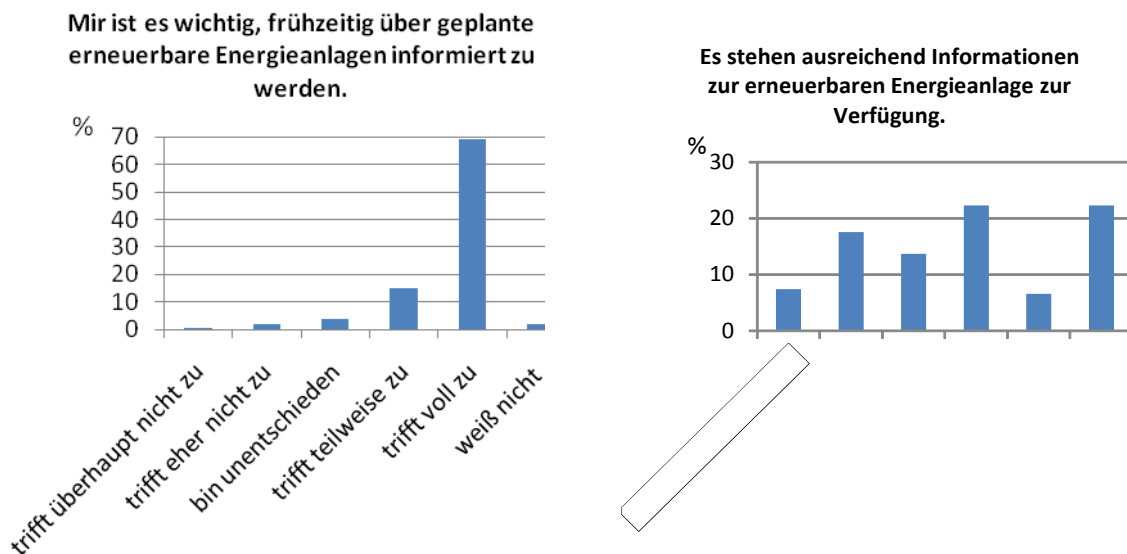
Wünsche bezüglich der *Konsultation*: „Vor dem Planungsprozess sollte eine Meinungsumfrage zum Bau der erneuerbaren Energieanlage durchgeführt werden.“, „Es ist wichtig, dass in öffentlichen Veranstaltungen Wünsche und Bedenken geäußert werden können.“, „In öffentlichen Veranstaltungen muss es auch möglich sein, kritische Anmerkungen zu äußern.“ und „Bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage sollte die Meinung der Bevölkerung eingeholt werden.“

Wünsche bezüglich der *Kooperation*: „Die Bevölkerung sollte bei Einführungsprozessen von erneuerbaren Energieanlagen mitentscheiden.“, „Wichtige Entscheidungen bei der Planung von erneuerbaren Energieanlagen sollten gemeinsam getroffen werden.“, „Auch bei konträren Meinungen sollten zentrale Entscheidungen zusammen ausgehandelt werden.“ und „Erneuerbare Energieanlagen sollten in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung realisiert werden.“

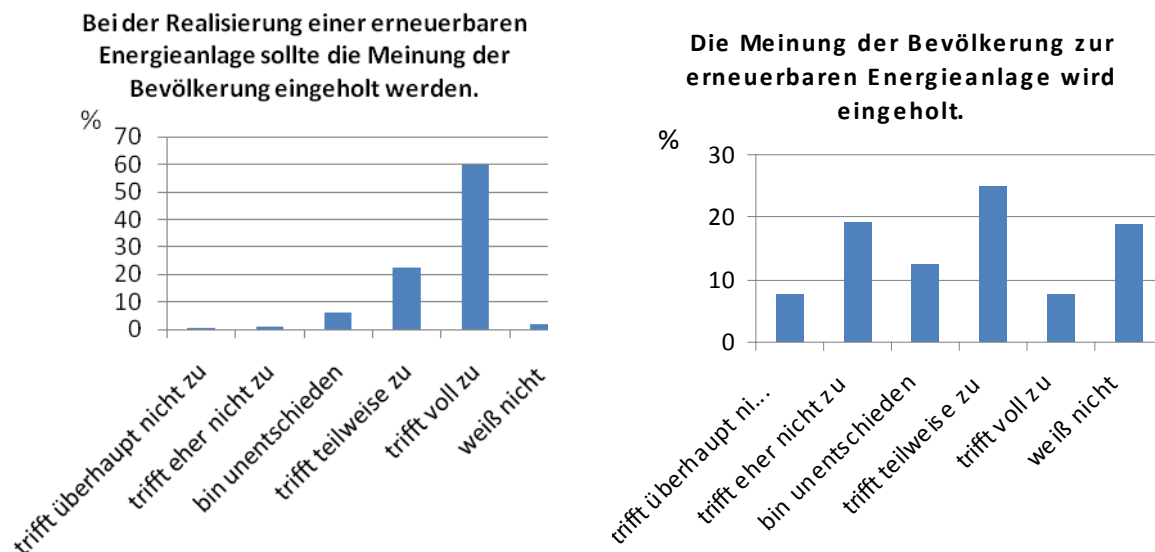
Wünsche bezüglich des *eigenverantwortlichen Handelns*: „Die Bevölkerung sollte große Teile von Planungsprozessen selbst gestalten.“, „Die Bevölkerung sollte beim Einführungsprozess von erneuerbaren Energieanlagen Entscheidungen selbstständig treffen.“, „VertreterInnen aus der Bevölkerung sollten sich bei der Realisierung von erneuerbaren Energieanlagen einbringen (z.B. in Planungsgremien).“, „Erneuerbare Energieanlagen sollten häufiger durch die Eigeninitiative der Bevölkerung initiiert und realisiert werden.“ und „Erneuerbare Energieanlagen sollten durch eine

breite finanzielle Beteiligung auf lokaler Ebene (z.B. Anwohner, Unternehmen etc.) realisiert werden.“

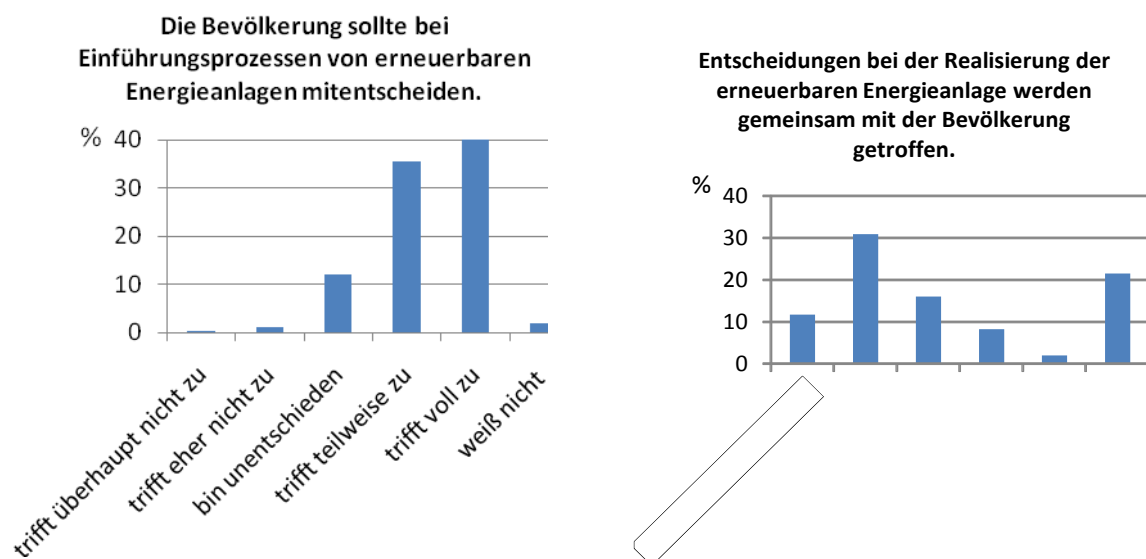
Für die *Bewertung* der Beteiligungsmöglichkeiten wurden die folgenden Aussagen gewählt: „Es stehen ausreichend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage zur Verfügung.“ (Stufe Information), „Die Meinung der Bevölkerung zur erneuerbaren Energieanlage wird eingeholt.“ (Stufe Konsultation), „Entscheidungen bei der Realisierung der erneuerbaren Energieanlage werden gemeinsam mit der Bevölkerung getroffen.“ (Stufe Kooperation) und „Die Bevölkerung realisiert die erneuerbare Energieanlage größtenteils selbst.“ (Stufe Eigenverantwortliches Handeln).



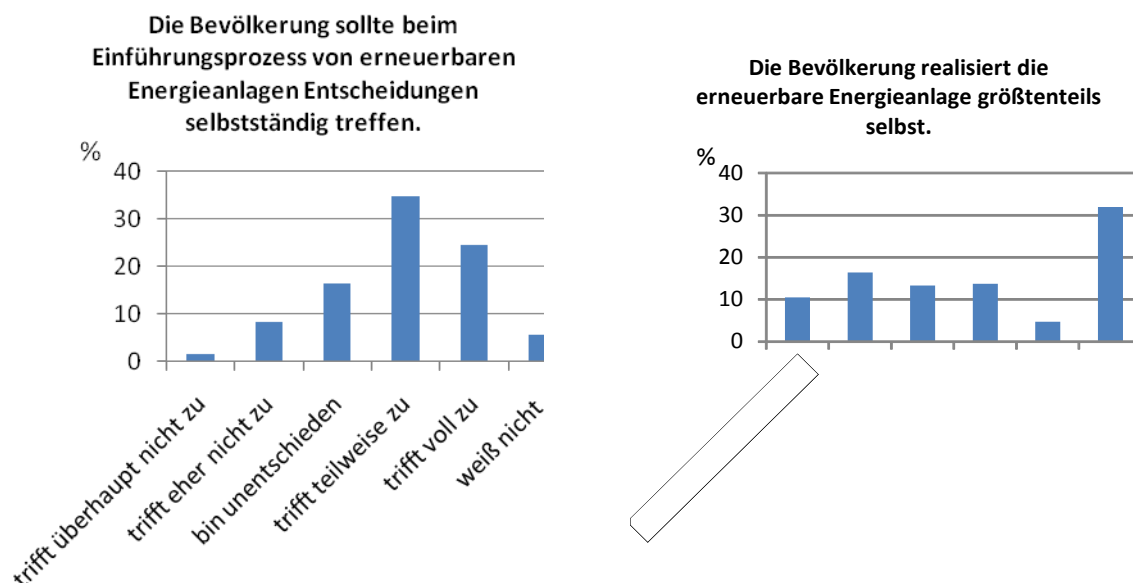
84,3% der Befragten äußern den Wunsch, frühzeitig über geplante erneuerbare Energieanlagen informiert zu werden. Auf die Frage, ob ausreichend Informationen zur erneuerbaren Energieanlage zur Verfügung stehen, verneinen 28,9% der Anwohnenden dies. Genau ein Viertel geben an, dass ausreichend Informationen zu Verfügung stehen und knapp ein Viertel (22,3%) nutzen die Antwortkategorie „weiß nicht“.



82,1% der Anwohner wünschen sich, dass bei der Realisierung einer erneuerbaren Energieanlage die Meinung der Bevölkerung eingeholt wird. Dem gegenüber geben nur 32,8 % an, dass dies geschieht und 26,9% der Befragten sind der Ansicht, dass dies nicht der Fall ist. Fast ein Fünftel (18,8%) weiß nicht, ob die Anwohnenden nach ihrer Meinung zu erneuerbaren Energielagen gefragt wurden.



76,1% der Befragten wünschen, bei Einführungsprozessen von erneuerbaren Energieanlagen mitentscheiden zu dürfen. Nur 10,2% geben hingegen an, dass Entscheidungen auch gemeinsam mit der Bevölkerung getroffen werden. Über ein Fünftel (21,5%) wissen nicht, ob bei einer Realisierung der erneuerbaren Energieanlage Entscheidungen gemeinsam mit der Bevölkerung getroffen werden.



59,4% der Anwohner sprechen sich dafür aus, beim Einführungsprozess von erneuerbaren Energieanlagen Entscheidungen selbstständig zu treffen. Auf die Frage, ob die Realisierung größtenteils von der Bevölkerung durchgeführt wird, zeigen sich mit 13,3% und 32% große Anteile der Antworten an den „bin unentschieden“- und „weiß nicht“-Kategorien.

Die, bei den Aussagen zur Bewertung der aktuellen Situation, hohen Anteile an Antworten „weiß nicht“- (zwischen 20 und 30%) und „bin unentschieden“ (über 10%) weisen darauf hin, dass insgesamt zu wenig Information bzgl. des Planungs- und Entscheidungsprozesses vorhanden sind. Dies wäre ein möglicher Ansatzpunkt für die zukünftige Gestaltung der Planungsprozesse beim Bau von erneuerbaren Energieanlagen. Ein partizipatives Vorgehen, welches den Anwohnenden eigenen Entscheidungs- und Handlungsspielraum eröffnet könnte ein weiterer wichtiger Aspekt zu sein.

Die zusammenfassende Betrachtung der Ergebnisse zeigt, dass die befragten Personen erneuerbare Energien allgemein und im speziellen auch Biogasanlagen und Windkraftanlagen insgesamt positiv bewerten. Ein wesentlicher Punkt scheint dabei die Überzeugung zu sein, dass die Nutzung erneuerbarer Energien zur regionalen Wertschöpfung beitragen kann. Bezogen auf die Frage nach Anlagen vor Ort, also im direkten Lebensumfeld der Befragten, fällt die Befürwortung zwar geringer aus als die allgemeine Zustimmung, liegt aber immer noch bei 50,8% für Biogasanlagen und bei 66% für Windkraftanlagen. Dieses Antwortverhalten spiegelt ein oft zu beobachtendes Phänomen wider, dass erneuerbare Energien im Allgemeinen deutlich positiv bewertet werden, die Akzeptanz jedoch (etwas) sinkt, wenn es um die Errichtung im direkten Lebensumfeld der Personen geht, also eine direkte Betroffenheit gegeben ist.

Bezüglich der Biomassenutzung und der Biogasanlagen gibt es ernsthafte Bedenken im Hinblick auf die Verbreitung von Monokulturen und genmanipulierten Pflanzen sowie Geruchsbelästigung. Konzepte für den weiteren Ausbau von Biogasanlagen

sollten diese Aspekte berücksichtigen sowie die im Hinblick auf andere mögliche Risiken vorhandenen Informationsdefizite ausgleichen bzw. berücksichtigen, dass die Meinungen hier auseinander gehen. Die Ergebnisse zu den Einflussfaktoren der Bewertung von Windkraftanlagen sind uneinheitlich. Dem Anschein nach sollten Windkraftanlagen möglichst nicht auf naturbelassenen Flächen errichtet werden. Die Einschätzung, inwiefern der Bau von Windkraftanlagen zu Beeinträchtigungen führen würde unterscheidet sich möglicherweise von Gemeinde zu Gemeinde bzw. kann je nach geplantem Standort sehr unterschiedlich sein und müsste in den einzelnen Fällen diskutiert werden. Dies entspricht den zusammenfassenden Ergebnissen und Hinweisen, die sich aus den Antworten bzgl. der Beteiligungswünsche und -bewertungen ableiten und unterstreicht diese.

Die Wünsche bzgl. Beteiligungsmöglichkeiten während des Planungsprozesses und deren Bewertung standen in einem deutlichen Gegensatz. Während für alle Stufen der Beteiligung (von Information, über Konsultation und Kooperation bis hin zu Eigenverantwortlichem Handeln) klare Wünsche nach Angeboten formuliert wurden, wurde die aktuelle Situation sehr heterogen bewertet. Es gab z.B. sowohl Befragte, die sich genügend informiert fühlten, als auch Personen, die dies verneinten sowie einen großen Anteil, der unentschieden war oder es nicht wusste und demzufolge vermutlich wenig vom Prozess mitbekommen hatte oder kein Interesse zeigte. Diese Ergebnisse deuten darauf hin, dass eine stärkere Einbindung der Bevölkerung, sowohl in Form von mehr und umfassender Information also auch durch mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung, erfolgen sollte.

1.1.6 Zusammenfassung

In der zusammenfassenden Betrachtung zeigt sich, dass sich in der Planungspraxis in den verschiedenen untersuchten Regionen bestimmte Wahrnehmungen und Bewertungen von Beteiligungsprozessen sehr ähneln.

Aus der Perspektive der Beteiligten, d.h. denjenigen Personen, die prinzipiell Beteiligungsmöglichkeiten anbieten können, wie z.B. Anlagenplaner und -betreiber, herrscht eine gewisse Skepsis gegenüber Öffentlichkeitsbeteiligung vor, man hat Angst, zu früh Informationen preiszugeben und damit einen „Flächenbrand von Protesten“ auszulösen bzw. „schlafende Hunde“ erst zu wecken. Außerdem wird als Argument angeführt, dass keine falschen Hoffnungen und Erwartungen bei der Bevölkerung bzw. den Anwohnenden geschürt werden sollen. Ein weiterer wesentlicher Hinderungsgrund für die Anwendung partizipativer Strategien ist der damit verbundene Aufwand; es fehlt an Zeit, Geld, Personal und „Energie“. Die langfristige Ersparnis durch akzeptable und gemeinsame getragene Lösungen wird eher nicht gesehen.

Hinzu kommt, dass in den Fällen, in denen die Projekt-Planer sogar beteiligen wollen, z.B. weil sie das breite regionale Wissen aus der Bevölkerung nutzen wollen und mit einem transparenten und partizipativen Verfahren auch eine Imagegewinn verbinden, oftmals einfach nicht wissen, wie genau solche Beteiligungsprozesse zu gestalten sind, z.T. kommt es zu Verantwortungs- und Rollendiffusionen bzw. Unsicherheiten, z.B. bei den Fragen, wer genau die Einbindung der Bevölkerung über-

nimmt, wer lokaler Ansprechpartner ist, welche Akteure relevant sind etc. Ein Ergebnis dieser Unsicherheiten ist, dass es in der Regel eine öffentliche Information über das Planungsergebnis gibt, aber keine Möglichkeiten der Mitgestaltung.

Im Gegensatz dazu steht die Perspektive der potentiell am Planungsprozess Beteiligten, also interessierten BürgerInnen bzw. Anwohnenden. Beteiligungsprozesse würden für diese Akteursgruppe die Möglichkeit der Einflussnahme darauf bieten, Veränderungen im eigenen Umfeld mitzugestalten; insbesondere bei hoher wahrgenommener Betroffenheit durch die EE-Anlage und starker gefühlter Zugehörigkeit zur Region (Ortsidentität) ist dieser Wunsch ausgeprägt. Insbesondere die frühzeitige Information über geplante EE-Projekte sowie die Möglichkeit, Fragen zu möglichen Risiken einbringen zu können, stellen ein wesentliches Kontroll- und Sicherheitsbedürfnis dar.

Diese Umstände spiegeln sich im Blick auf die Gesamtstichprobe wider, dort zeigt sich, dass insgesamt ein deutlicher Wunsch nach Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Beteiligungsstufen besteht, wobei Information und Konsultation die Basis darstellen (Abb. 6), mit Mittelwerten von 4,5 auf einer 5-Punkt Skala sind diese beiden Beteiligungsstufen elementar. Die gewünschte Übernahme von Eigenverantwortung, d.h. beispielsweise die aktive Teilnahme in Planungsgremien, fällt demgegenüber etwas niedriger aus, hier kommen aber limitierende Faktoren wie Zeit, begrenzte Ressourcen und konkurrierende andere Themen hinzu; in diesem Zusammenhang ist wichtig zu beachten, dass das „Sich-Befassen mit Erneuerbaren Energien“ stellt nur einen Teil des normalen Alltagsgeschäftes darstellt (vgl. Abb. 8).

Im Gegensatz zu den Wünschen macht die Bewertung der Ist-Situation deutlich, dass die gewünschten Beteiligungsmöglichkeiten und -formen in der Praxis noch nicht ausreichend vorhanden sind bzw. nicht also solches wahrgenommen werden.

Beteiligungswünsche auf Partizipationsstufen

Trifft voll zu

Wünsche

Bewertung der Ist-Situation

Trifft gar nicht zu

Abbildung 6: Partizipation: Wünsche vs. Ist-Situation (Skala von 1 „trifft gar nicht zu“ bis 5 „trifft voll zu“)

Neben der Relevanz der Beteiligung auf unterschiedlichen Partizipationsstufen wird auch die Bedeutung von verschiedenen Beteiligungsmethoden deutlich (Abb. 7). Methoden, die vor allem Informationen zur Verfügung stellen („Information über geplante Veränderung“), wie z.B. Beiträge in verschiedenen Medien haben die höchste Wichtigkeit, sie bilden die Basis für weitere Beteiligungsschritte, wie z.B. runde Tische und Besichtigungen von Beispielanlagen, wo die Veränderungen konkreter werden und aufkommende Fragen geklärt werden können („Diskussion der geplanten Veränderung“). Die Bewertung der finanziellen Beteiligung zeigt ein besonderes Muster, hier wird deutlich, dass finanzielle Beteiligung bestimmten Rahmenbedingungen und individuellen Voraussetzungen unterliegt, von daher immer im konkreten Fall geprüft und angepasst werden muss (vgl. Abschnitt III, 1.2). Zudem handelt es sich hierbei um ein relativ neues Instrument, mit dem noch nicht so viele Erfahrungen vorliegen.

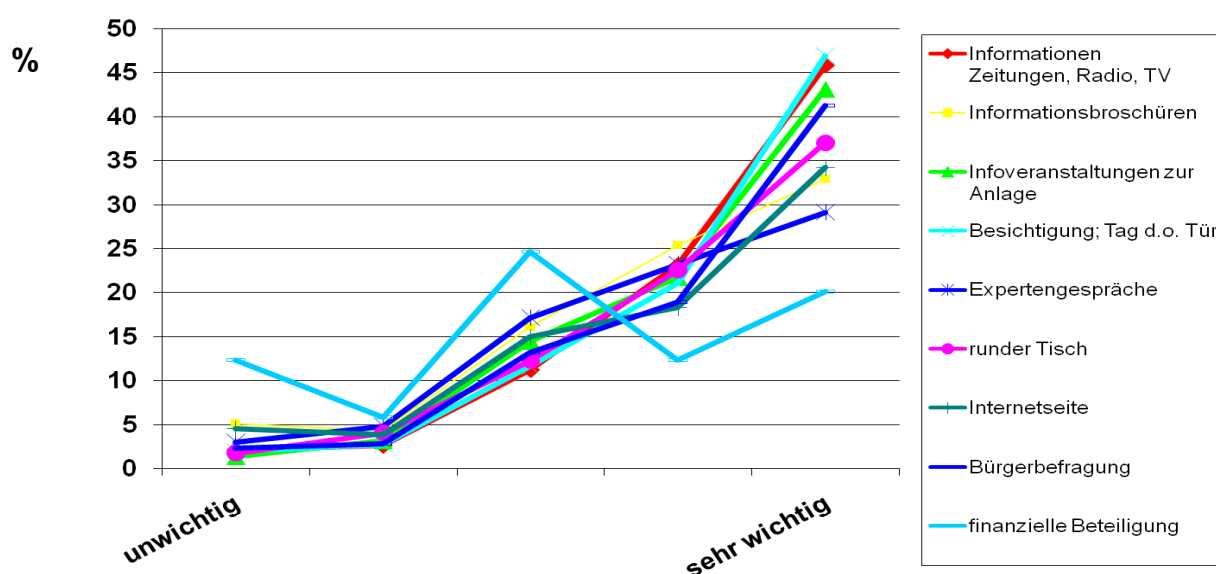


Abbildung 7: Einschätzung der Wichtigkeit von Beteiligungsmethoden.

Bei der Frage nach der Nutzungswahrscheinlichkeit unter Real-Bedingungen sind die Methoden auf der Stufe „Information“ ebenfalls am wahrscheinlichsten (Abb. 8). Insgesamt zeigt sich mit den hohen Ausprägungen bei „eher wahrscheinlich“ doch ein beachtliches Potential, auch wenn aufwendigere Methoden wie die Teilnahme an einer Planungszelle oder einem Runden Tisch nicht immer hoch frequentiert werden. Wie oben bereits angesprochen stehen der Teilnahme oftmals konkurrierende andere Aktivitäten gegenüber.

Weitere genannte Gründe für eine Nicht-Teilnahme sind der wahrgenommene hohe Aufwand sowie kein Gefühl der Betroffenheit bzw. der Notwendigkeit. In diesem Zusammenhang wird häufig auch von einem wahrgenommenen fehlenden spürbaren Einfluss berichtet „hat doch eh keinen Sinn, wenn ich da teilnehme, es ändert sich ja doch nichts“. Diese resignative Einstellung wird durch ungünstige Motivzuschreibungen verstärkt, Beteiligungsangebote von Planungsbehörden oder Planungsfirmen werden aufgrund negativer Erfahrungen im Vorfeld als nicht aufrichtig gemeintes

Einbeziehen, sondern als manipulatives Instrument gesehen und dem Gegenüber entsprechend unlautere Motive unterstellt – die Nicht-Teilnahme ist die Folge. In diesen hinsichtlich des Konfliktverlaufs schon sehr schwierigen Fällen wäre eine externe Moderation sinnvoll, um diese festgefahrenen Positionen und Wahrnehmungsmuster aufzulösen.

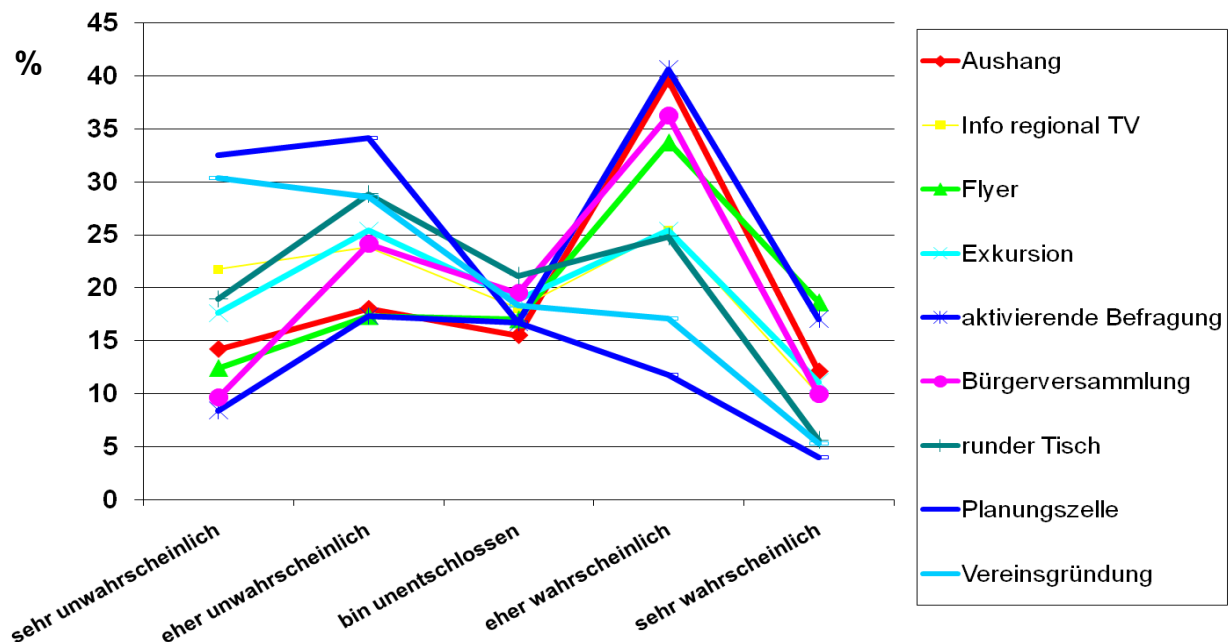


Abbildung 8: Nutzungswahrscheinlichkeit unter Real-Bedingungen von Beteiligungsmethoden.

Hinsichtlich der Prüfung der Beziehungen von einzelnen Gerechtigkeitskriterien mit der Bewertung der Verfahrensfairness werden die angenommenen Zusammenhänge bestätigt (Abb. 9). Die Konstrukte Vertrauen und Gerechtigkeit korrelieren signifikant mittel bis stark mit der eingeschätzten Fairness des Planungsverfahrens. Insbesondere der Aspekt der ausgewogenen Interessenberücksichtigung ist für das Fairness-Erleben elementar ($r = .64$).

Ebenfalls ein wichtiges Ergebnis ist der Zusammenhang zwischen der den Planungsverantwortlichen zugeschriebenen Kompetenz, richtige Entscheidungen zu treffen, und der Verfahrensbewertung: Neben der Einbeziehung der BürgerInnen, der Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der Aussagen und der transparenten Darstellung der relevanten Informationen spielt es demzufolge eine zentrale Rolle, ob das Vertrauen in die Fähigkeiten ausreichend vorhanden ist. In Verbindung mit dem Ergebnis, dass Planungsverantwortliche oftmals selber angeben, öffentliche Beteiligungsverfahren in Planungsverfahren nicht durchzuführen, weil ihnen die notwendige Kompetenz dazu fehlt, ist dies ein Indikator dafür, dass entsprechende Weiterbildungs- bzw. Qualifizierungsmaßnahmen in diesem Bereich zukünftig verstärkt verfolgt werden sollten, um die öffentlich gewünschten Beteiligungsverfahren auch durchführen zu können.

Korrelationen zwischen: Teilkriterien von Gerechtigkeit und Vertrauen	Bewertung der Fairness
1. Die Verantwortlichen halten sich an Absprachen.	.42**
2. Auf die Aussagen der Entscheidungsträger kann ich mich verlassen.	.48**
3. Ich traue den Verantwortlichen zu, dass sie die richtigen Entscheidungen treffen.	.51**
4. Bei der Planung und Umsetzung der EE-Anlage werden alle Bürgerinteressen berücksichtigt.	.64**
5. Es stehen ausreichend Informationen zur EE-Anlage zur Verfügung.	.47**

Abbildung 9: Korrelationen zwischen Gerechtigkeitskriterien und wahrgenommener Fairness.

Auch die vergleichende Analyse der Prädiktoren für eine aktive Akzeptanz, also der konkreten Unterstützung von EE-Projekten, dokumentiert die besondere Bedeutung von Gerechtigkeitsfragen für die Akzeptanz auf lokaler Ebene (Abb. 10). Beide Gerechtigkeitsformen haben einen signifikanten Einfluss auf die aktive Akzeptanz, wobei die Verteilungsgerechtigkeit, also die wahrgenommene faire Verteilung von Kosten und Nutzen bzw. die Berücksichtigung aller Interessen, einen praktisch ebenso großen Einfluss hat, wie die technologiebezogene Akzeptanz, d.h. die Einstellung gegenüber der jeweiligen EE-Form: in diesem Sinn haben Personen, welche die Verteilung als gerecht ansehen, eine ebenso große Wahrscheinlichkeit sich für lokale Biogasanlagen zu engagieren, wie Personen, die Biogasanlagen prinzipiell befürworten und sich deshalb aktiv einbringen möchten.

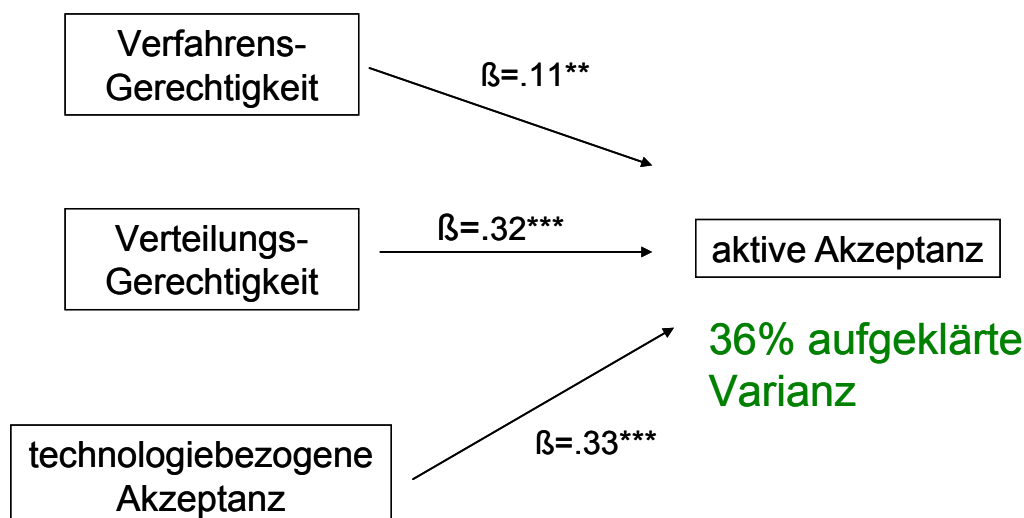


Abbildung 10: Regressionsgleichung: Einfluss von Gerechtigkeit auf aktive Akzeptanz.

Aus den Ergebnissen lassen sich folgende Empfehlungen hinsichtlich der Gestaltung von Beteiligungsprozessen bei der Einführung von EE-Projekten auf lokaler Ebene bzw. hinsichtlich der Förderung einer aktiven Akzeptanz ableiten:

Transparenz, Vertrauen und Gerechtigkeitswahrnehmung

Zunächst sind die zentralen Kriterien für Akzeptanz und für die erfolgreiche Durchführung von Beteiligungsprozessen ein Mindestmaß an Transparenz und eine Vertrauensbasis zwischen den verschiedenen Planungsbeteiligten. Das Vertrauen bezieht sich einerseits auf die Kompetenz der verantwortlichen, andererseits auf die Gültigkeit und Glaubwürdigkeit der Aussagen. In diesem Zusammenhang spielt die Gerechtigkeitswahrnehmung der einzelnen Akteure eine zentrale Rolle. Um diese positiv zu beeinflussen ist es notwendig, mehr und angemessene Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Beteiligungsstufen (Information, Konsultation, Kooperation und Eigenverantwortung) zu schaffen. Durch frühzeitige Bedarfsanalysen können die gewünschten Beteiligungsformen in der Region erhoben und gemeinsam entwickelt werden, in diesem Kontext sind eine frühe und professionelle Kommunikation sowie die rechtzeitige Einbindung der lokalen Medien hilfreich.

Kompetenzen und Beteiligungserfahrung

Für die Durchführung von Beteiligungsprozessen bedarf es verschiedenen Know-hows und Kompetenzen, z.B. hinsichtlich der Kommunikation und Moderation von Sitzungen und Workshops, aber auch bzgl. der konzeptionellen Struktur und übergeordneten Organisation. Hierfür müssen die beteiligten Akteure diese Kompetenzen mitbringen oder sie können über die Verbindung mit bzw. Nutzung von Strukturen, bei denen bereits entsprechende Beteiligungserfahrungen bestehen, eingebracht werden, diese müssen auch nicht zwangsläufig aus dem EE-Bereich stammen.

Zielsetzung und Motivation

Wesentlich für die Motivation zur und Aufrechterhaltung von Beteiligung ist die gemeinsame Definition eines klaren und erreichbaren Zieles innerhalb des Beteiligungsprozesses, die transparente und verbindliche Verteilung von Aufgaben hinsichtlich der Zielerreichung und vor allem das notwendige Wissen bzw. die dafür relevanten Informationen. Zudem ist ein spürbarer Nutzen, z.B. die Möglichkeit der finanziellen Teilhabe, ein wesentlicher Faktor für die Aktivierung und Einbindung der Anwohnenden.

Lokales Engagement zentraler Akteure

Als ein weiterer relevanter Faktor hat sich die frühzeitige Beteiligung der lokalen Entscheidungsträger erwiesen, besteht hier ein Konsens für ein positives Zusammenwirken für EE-Projekte und eine deutliche positive Positionierung, hat dies auch einen konstruktiven Effekt sowohl auf die Bewertungsakzeptanz als auch auf die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung.

Realistisches Beteiligungsverständnis

Bei aller gut gemeinten Motivation, Beteiligungsprozesse zu initiieren, ist es wichtig immer wieder darauf hinzuweisen, dass Partizipation kein Garantieschein für eine Akzeptanz von EE-Projekten vor Ort ist. Die Rolle anderer relevanter Faktoren, wie z.B. einer angemessenen Standortwahl, regionaler Befindlichkeiten (Ortsidentität) sowie die Sicherstellung der Umwelt- und Sozialverträglichkeit der geplanten EE-Projekte, muss natürlich immer beachtet werden. Sind diese nicht oder nur unzureichend gegeben, kann auch die Einbeziehung der Anwohnenden keine Wunder bewirken.

Systematische Einbettung in regionalen Kontext, Strukturen und Prozesse

Wichtig für gelingende Beteiligung ist zudem, dass die Aktivierung im Idealfall nicht nur projekt- bzw. anlagenbezogen bleibt, sondern breitere Bewegungen angestoßen werden bzw. die Verbindung mit anderen bereits vor Ort stattfinden Prozessen und existierenden Strukturen, wie z.B. Lokale-Agenda-21-Aktivitäten und kommunalen und regionalen Energiekonzepten, stattfindet. Dadurch erhöht sich auch die Chance, die Bedeutung von Klimaschutzaktionen und EE-Projekten für die Region darzustellen, beispielsweise die Potentiale regionaler Wertschöpfung zu nutzen und transparent zu machen, da insgesamt Akteure auf mehreren Ebenen erreicht werden. Idealerweise gelingt die Verknüpfung mit kommunalen oder regionalen Energieleitbild-Prozessen.

1.2 Beteiligung an Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien auf der finanziellen Ebene (IZT)

Im Teilprojekt des IZT „Akzeptanzförderung durch finanzielle Teilhabe – Entwicklung von praxistauglichen Beteiligungskonzepten“ galt es zu untersuchen, welche Kriterien für eine erfolgreiche Umsetzung von finanziellen Beteiligungsprozessen einen zentralen Stellenwert besitzen und wie finanzielle Beteiligungsprozesse auf lokaler und regionaler Ebene gestaltet werden müssen, damit diese zur Akzeptanzsteigerung von erneuerbaren Energien vor Ort beitragen helfen.

Aus den im Vorfeld der Fokusgruppen gewonnen Erkenntnissen aus Literaturrecherchen und Kurzinterviews mit Schlüsselakteuren, die finanzielle Beteiligungsmodelle anbahnen und umsetzen, wurden Fragestellungen und Thesen für die Fokusgruppendifkussionen abgeleitet. Die nachfolgend vorgestellten Ergebnisse beziehen sich auf die unter Abschnitt II; 2.1.3 dargestellte Forschungsmethodik.

Mit folgenden Akteursgruppen wurde unter dem Titel „Erneuerbare Energien durch finanzielle Teilhabe fördern“ je eine separate Fokusgruppen-Diskussionsrunde durchgeführt.

- Bürgerschaftliche Akteure/ Netzwerkakteure (Fokusgruppe am 7. Mai 2009 in Stuttgart)
- Planer und Investoren (Fokusgruppe am 18. Juni 2009 in Hannover)
- Politik und Verwaltung (Fokusgruppe am 25. November 2009 in Hamburg)

1.2.1 Fokusgruppe Bürgerschaftliche Akteure

Die Teilnehmerschaft der Fokusgruppe setzte sich aus Akteuren zusammen, die sowohl EE-Einzelanlagen als auch eine Vielzahl von EE-Anlagen bzw. komplexe Projekte wie Bioenergiedörfer anbahnen und umsetzen. Gemeinsam war allen Beteiligten, dass sie ihre EE-Vorhaben auf Basis bürgerschaftlichen Engagements gestartet haben, sich im Laufe der Zeit jedoch bei einem Teil der Vorhaben, insbesondere auf Grund wachsender Komplexität eine Professionalisierung vollzogen hat bzw. diese bewusst vorangetrieben wurde.

Im Zentrum der Fokusgruppendifkussion standen folgende Frageblöcke:

Frageblock 1 (Art und Weise des finanziellen Beteiligungsansatzes)

- Welchen kooperativ ausgerichteten finanziellen Beteiligungsansatz für Erneuerbare-Energie-Anlagen setzen Sie vor Ort konkret um?
- Welche Modelle für lokale und regionale Beteiligung an EE-Anlagen haben sich aus Ihrer Sicht als besonders erfolgreich bewährt und warum? (Bezogen auf: Rechtsform/ Kapitalfluss und Risiken/ Einbindung der Akteure/ Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung/ Kooperationsprozess)?
- Gibt es signifikante Unterschiede von finanziellen Beteiligungsansätzen hinsichtlich der verschiedenen Technologien (Wind, Solar, Biomasse, Wasser)?
- Welche Relevanz haben aus Ihrer Sicht lokale finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für die Akzeptanz Erneuerbarer Energien in der Region?

Frageblock 2 (Organisation des Prozesses)

- Wie sollte Ihrer Erfahrung nach der Beteiligungsprozess organisiert sein, damit er verbindlich und effektiv und für alle Akteure zufriedenstellend verläuft? Welches sind zentrale Schritte und Elemente?
- Mit welchen relevanten Akteuren arbeiten Sie für die Entwicklung und/ oder Umsetzung der EE-Vorhaben zusammen?
- Worin bestehen die größten Hemmnisse bei der Initiierung und während des Prozesses der Ausgestaltung lokaler/ regionaler finanzieller Beteiligungsmodelle? Wie lassen sich Konflikte lösen?

Frageblock 3 (Erfahrungstransfer)

- Würden Sie Ihr EE-Beteiligungsvorhaben nochmals in gleicher Weise initiieren und vorantreiben?
- Was können Sie Initiativen empfehlen, die bürgerorientierte finanzielle Beteiligungsmodelle für EE-Anlagen auf lokaler/ regionaler Ebene anbahnen und erfolgreich umsetzen möchten?

Im Folgenden werden zentrale Diskussionsergebnisse der Fokusgruppe vorgestellt.

A) Art und Weise des finanziellen Beteiligungsansatzes

Als generelle Voraussetzungen für erfolgreiche EE-Beteiligungsvorhaben kristallisierten sich in der Diskussion insbesondere folgende Punkte heraus:

- Die Initiatoren vor Ort sollten kompetent, engagiert, gut vernetzt und nach Möglichkeit bekannt sein. Wichtig ist, dass ihnen Vertrauen entgegengebracht wird.

- Das Projekt sollte sich „rechnen“, d.h. eine solide finanzielle Grundlage haben, so dass es die kalkulierte Rendite erbringt.
- Um Interessenten für Beteiligungen zu werben, sollte nach Möglichkeit ein konkretes EE-Projekt vorhanden sein, das bereits die behördliche Genehmigung erhalten hat. Dies ist ein wichtiger Punkt auch im Hinblick auf eine klare und verständliche Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.
- Erfolgreich umgesetzte EE-Beteiligungsvorhaben („Best-Practice“) können einen guten Orientierungsrahmen für neue Projekte bzw. Initiativen bieten. Hierfür bedarf es entsprechender Auswertung und Vermittlung von Erfahrungen.

Rechtsform

Die gewählte Rechtsform des Beteiligungsansatzes hängt stark von der Zielsetzung bzw. den Bedürfnissen der Initiativen ab. Es gibt nicht *die* geeignete Rechtsform für bürgerschaftlich orientierte EE-Beteiligungsvorhaben. Ebenso bildet die Wahl der Rechtsform – anders als zu Beginn des Forschungsvorhabens angenommen –

In der Regel nicht den Ausgangspunkt des EE-Vorhabens. Die Rechtsform entsteht eher in Folge des angebahnten Prozesses und ergibt sich aus Rahmenbedingungen, der inhaltlichen Ausrichtung, der anvisierten Zielgruppe sowie weiterer Beteiligungsfaktoren. Daher wird es von den Akteuren als sinnvoll angesehen, dass EE-Initiativen zu Beginn des Prozesses konkrete Vorstellungen hinsichtlich der anvisierten Zielgruppe, des Anlagevolumens, der Laufzeit bzw. der langfristigen Entwicklung des EE-Vorhabens erarbeiten. Unter anderem bedeutet dies zu entscheiden, ob

- finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten an einem komplexen Unternehmen bzw. an einem konkreten EE-Einzelvorbaben angeboten werden,
- ob EE-Anlagen getrennt in Tochtergesellschaften bzw. im Unternehmen integriert realisiert werden,
- ob die Beteiligten gleichberechtigt bzw. gemäß ihrer Anteile mitbestimmen dürfen.

In Hinblick auf die Wahl der Rechtsform gilt es ebenso den zu erwartenden Verwaltungsaufwand bzw. die Verteilung der Risiken abzuwägen. Dies sind auch entscheidende Punkte wenn der Aufbau einer übergeordneten Dachstruktur angestrebt wird, innerhalb derer auf lokaler bzw. regionaler Ebene EE-Vorhaben umgesetzt werden. Eine solche Bündelung von Einzelinitiativen kann bei entsprechender Ausgestaltung ebenso hilfreich bei der Minimierung finanzieller Risiken für die sich beteiligenden Akteure sein.

Folgende Vor- und Nachteile werden in den jeweiligen Rechtsformen gesehen:

- Die **eingetragene Genossenschaft (eG)** als auch die **Aktiengesellschaft (AG)** ermöglichen eine sukzessive Finanzierung von verschiedenen EE-Projekten unter einem „Dach“, was einer dynamischen Entwicklung zu Gute kommt. Die Genossenschaftler bzw. Aktionäre sind beteiligt am Unternehmen und haften in der Regel nur in Höhe ihrer Einlage. Beide Rechtsformen haben den Vorteil, dass mit der Realisierung eines neuen Vorhabens keine neue Gesellschaft gegründet werden muss. Hiermit lässt sich der Verwaltungsaufwand reduzieren. Zugleich können mit dem Modell eG bzw. AG die Risiken für einzelne EE-Vorhaben reduziert werden, da sich diese auf das ganze Unternehmen verteilen lassen und nicht einem einzelnen Projekt zugerechnet werden müssen. Dies bietet zum Bei-

spiel den Vorteil wenn eine Anlage trotz realistischer Kalkulationen Ausfälle hat, bspw. windschwache Jahre etc.

- Ein zentraler Unterschied zwischen der eG und der AG ist der Grad der Mitbestimmung. Bei der eG hat jeder Genossenschaftler eine Stimme, unabhängig der Anteile, bei der AG dagegen entscheidet der Anteilsumfang über die Stimmverteilung.
- Die **GmbH & Co.KG** ist gekennzeichnet durch eine anlagenspezifische Herangehensweise. Für jede neue EE-Anlage wird unterhalb der GmbH eine neue Co.KG gegründet. Dies ermöglicht den beteiligten Gesellschaftern die direkte Identifikation mit einem EE-Vorhaben und bietet ein hohes Maß an Transparenz. Auf der anderen Seite werden jedoch höhere Fixkosten erzeugt, unter anderem bedingt durch einen größeren Verwaltungsaufwand. Zudem bietet dieses Modell keine finanziellen Ausgleichsmöglichkeiten mit anderen Anlagen, damit ist das Risiko entsprechend höher.
- Die **Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)** ist gekennzeichnet durch geringe Gründungsanforderungen sowie eine gesamtschuldnerische Haftung der Gesellschafter. Das heißt, die Gesellschafter haften nicht nur in Höhe ihrer Einlage, sondern mit ihrem gesamten Vermögen. Das GbR-Modell ist daher mit deutlichen Risiken behaftet. Daher ist es weniger interessant für Projekte mit größeren Investitionsvolumina und zahlreichen Beteiligten. Aufgrund des niedrigschwelligen Ansatzes kann es hingegen interessant für kleine und überschaubare Projekte sein.
- Die Bedürfnisse der Initiativen können neben der gewählten Rechtsform darüber hinaus in einem abgestimmten Vertragswerk weitergehend geregelt und spezifiziert werden. So verfügt jedes Modell über einen gewissen Spielraum an Ausgestaltungsmöglichkeiten.
- So kann per Vertrag z.B. für eine Aktiengesellschaft mit Blick auf ein gerechtes, bürgerschaftlich orientiertes Beteiligungsverfahren eine Deckelung von Stimmrechtsanteilen erfolgen bzw. Aktienanteile und Stimmrechtsanteile bis zu einem gewissen Grad entkoppelt werden.

Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung

- Wichtig für die Art und Weise des finanziellen Beteiligungsansatzes ist das Angebotsportfolio, d.h. unterschiedliche Instrumente der Beteiligung. Als zentrale Instrumente zu nennen sind neben Aktien, Genossenschaftsanteilen bzw. Kommanditeinlagen, z.B. kurz-, mittel- bzw. langfristig ausgerichtete Angebote, Angebote mit einer festen Rendite (über Genussrechte) etc. Durch ein breites Angebotsportfolio, d.h. unterschiedliche Instrumente ist es möglich, die unterschiedlichen Bedürfnisse potenziell Beteiligter zu bedienen.

Kapitalfluss

- Hinsichtlich des Kapitalflusses sind zwei prinzipielle Aspekte von Bedeutung. Die Höhe der Einlagen (Mindest-/ Maximaleinlagen) sollte sowohl auf die adressierten Zielgruppe abgestimmt sein sowie auch die zu erwartenden Kosten berücksichtigen.
- Bei bürgerschaftlich orientierten finanziellen EE-Beteiligungsmodellen gilt es daher zum einen, den „bürgerschaftlichen Gedanken“ für die potenziellen lokalen und regionalen Anleger zu integrieren. Dies ist insbesondere hinsichtlich der

Festlegung der Einlagenhöhe relevant. Tendenziell müssten für eine breite Beteiligung daher relativ niedrighschwellige Angebote mit einer eher geringen Mindesteinlage geschaffen werden. Gleichzeitig wird es als sinnvoll angesehen, die maximale Einlagenhöhe pro EE-Anlage zu deckeln.

- Der zweite Aspekt bezieht sich auf die gesamten Transaktionskosten für die EE-Anlage/ Park. Das geplante Vorhaben muss realistisch kalkuliert und finanzierbar sein. Inwiefern dies mit geringen Mindesteinlagen machbar ist, muss im Vorfeld abgeschätzt werden.
- Vor Bau der EE-Anlage/n ist daher eine Verständigung darüber zu erzielen, ob die Anlage, bzw. der EE-Park allein aus Eigenmitteln, mit vielen Kleinanlegern, realisiert werden soll oder ggf. mit wenigen Großanlegern. Eine Möglichkeit wird in der Schaffung spezifischer jeweils getrennter auf Klein- bzw. Großanleger ausgerichteter EE-Vorhaben gesehen.
- Einige der Initiativen haben sich darauf geeinigt ihre EE-Vorhaben ohne Bankfinanzierung zu realisieren, d.h. 100% Eigenkapital einzusetzen, andere nutzen parallel zinsgünstige Kredite der KfW-Bank bzw. direkte Angebote der lokalen Sparkassen/Raiffeisenbanken.
- Die Auszahlung bzw. Verwendung der Renditen sollte vertraglich festgelegt bzw. über die Mitglieder- und Gesellschafterversammlungen beschlossen werden.

Technologie

- Grundsätzlich wird es von den Praxisakteuren als sinnvoll angesehen, einen EE-Technologiemix anzustreben bzw. –je nach regionalen, Potenzialen –, mehrere EE-Anlagen in einem Vorhaben zu bündeln. Dies ermöglicht in eine bessere Verteilung von Risiken.
- Bei Vorhandensein entsprechender Dachflächen werden oftmals zuerst Bürgersolaranlagen initiiert, da sie im Vergleich zu Windenergie- bzw. Biogasanlagen sich einfacher und schneller realisieren lassen.
- Regional können große Widerstände gegen bestimmte Technologien bestehen, so z.B. gegen Windenergie-Vorhaben (u.a. in BaWü) Dies wird primär befördert durch Politik, die zuständigen Behörden (inkl. der Planungsverfahren) sowie durch lokal bzw. regional aktive Interessensvertreter. Dies ist bei der Planung von bürgerfinanzierten EE-Anlagen und der Auswahl entsprechender Technologien und Standorte entsprechend zu berücksichtigen

B) Organisation des Beteiligungsprozesses

Einbindung der Akteure

- Bei finanziellen EE-Bürgerbeteiligungsmodellen ist zunehmend ein Trend hin zur Professionalisierung erkennbar. Aufgrund zunehmender Größe und Komplexität der Anlagen bzw. EE-Modelle ist ein professionelles Management sinnvoll, d.h. bei größeren EE-Vorhaben sollte das operative Geschäft nicht direkt durch die Beteiligten, sondern durch professionelle Anbieter gemanagt werden. Dieser Punkt schließt auch die Frage mit ein, inwiefern bislang ehrenamtliche durch hauptamtliche Strukturen zu ersetzen sind.
- Die Arbeit lokaler (z.T. ehrenamtlicher) Akteure kann weiterhin unabhängig von einem professionellen Management vor allem für verschiedene Vorarbeiten von

Bedeutung sein (bspw. Bereitstellung von Informationen, Motivation von Anwohnern, Schreiben von Stellungnahmen, Durchführung von Ertragsmessungen, Erhebung von Potenzialen etc.)

- Lokale Initiatoren können auch den Prozess anbahnen und die Ausrichtung des EE-Vorhabens entscheidend prägen, so z.B. entscheiden, ob das jeweilige Vorhaben mit einem breiten Mix an Akteuren bzw. eher mit einer homogenen Gruppe realisiert werden sollte und/ oder welche Weiterentwicklung für das Gesamtprojekt mittelfristig vorstellbar wäre.
- Eine größere Bedeutung für die Realisierung von bürgerschaftlichen EE-Vorhaben wird seitens der Diskussionsteilnehmer der Anbahnung von Partnerschaften mit größeren Akteuren vor Ort (Stadtwerke, Banken, Verwaltung, Politik, Wirtschaft) bzw. mit überregionalen Akteuren (Interessenverbände) beigemessen. Diese verfügen über einen hohen Bekanntheitsgrad, eine gute Vernetzung bzw. im Fall der Wirtschaft über entsprechende Finanzmittel und sind somit wichtig bei der Unterstützung finanzieller Beteiligungsmodelle.

Vorbereitung / Anbahnung

- Im Vorfeld der Aktivitäten hat es sich aus Sicht der Praxisakteure bewährt, zunächst die Zielsetzung des EE-Vorhabens zu klären, d.h. möchte eine Initiative gemeinsam eine EE-Anlage realisieren oder auf regionaler Ebene die „Energiewende“ herbeiführen und damit eine Vielzahl von EE-Anlagen und weitergehenden Maßnahmen realisieren.
- Eng daran geknüpft sind erste Überlegungen bzgl. des angestrebten räumlichen und zeitlichen Aktionsradius' sowie der Zielgruppe (Fokus auf Klein- bzw. Großprojekte / Klein- bzw. Großanleger oder ein Mix aus allem).
- Je nach Richtungsentscheidung erfordert die Realisierung ein gewisses Maß an professionellen Managementstrukturen. Bei größer bzw. langfristig ausgerichteten Projekten sollte darauf geachtet werden, dass ehrenamtliche durch hauptamtliche Strukturen verstärkt unterstützt bzw. ersetzt werden. Zu berücksichtigen sind dabei die bevorstehenden Aufgaben bzw. die zu erbringenden Kompetenzen.
- Darüber hinaus ist ebenso der Grad der Mitbestimmung festzulegen, d.h. die Gewichtung der Stimmanteile, die Festlegung möglicher Obergrenzen bzw. Veto-rechte durch die Geschäftsleitung.

Kommunikation

- Ein wesentlicher Fokus bei der Realisierung bürgerschaftlich finanzierter EE-Anlagen sollte auf Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikationsaktivitäten gelegt werden.
- Es lohnt hierbei, Positivbeispiele heranzuziehen, um die Erfolgsmöglichkeiten öffentlichkeitswirksam verdeutlichen zu können. Als wichtig wird das direkte Erleben eingeschätzt. Als ein hilfreiches Instrument haben sich insbesondere organisierte EE-Erlebnistouren bewährt, so wie sie beispielsweise durch das Regionalunternehmen „Solarkomplex“ regelmäßig angeboten werden. Diese wirken eindrücklicher als Vorträge bzw. Ertragsgraphiken.
- Weiterhin sollten Politiker bzw. prominente Persönlichkeiten als Verbündete gewonnen werden. Diese bringen eine gewisse Öffentlichkeit und Presse mit (eine

Win-Win Situation für beide Seiten). Presse- und Medienpräsenz ist insbesondere im Vorfeld der Realisierung von EE-Vorhaben sowie während der Bauphase vorhanden, jedoch weniger nach der Realisierung, wenn die EE-Anlagen gut laufen und das Alltagsbild der Region prägen. Zusätzlich empfiehlt sich auch das Schalten großer Annoncen in der Lokalpresse, so dass entsprechend viele Bürgerinnen und Bürger auf größere geplante EE-Vorhaben aufmerksam gemacht werden.

- Darüber hinaus sind die Mitglieder bzw. Gesellschafter von bereits bestehenden Beteiligungsmodellen wichtige Multiplikatoren für die Verbreitung der Idee bürgerorientierter EE-Beteiligungsvorhaben. Die entsprechenden Personen müssen allerdings hierfür angesprochen und aktiv einbezogen werden.

Hemmnisse

- Ein Großteil der Schwierigkeiten basiert nach Einschätzung der Diskussionsteilnehmer auf unprofessionellen Strukturen, oftmals besteht viel Anfangseuphorie bzw. Naivität bei der Initiierung von EE-Vorhaben. Bei vielen ehrenamtlich agierenden Initiativen lasten zudem die Aufgaben auf wenigen Schultern, was schnell zur Überforderung führt.
- Außerdem sind EE-Vorhaben die auf Bürgerbeteiligung basieren durch anfänglich viel Kleinarbeit gekennzeichnet. Dies bedarf eines erhöhten Aufwands, der oftmals rechnerisch nicht darstellbar ist.
- Einseitige Belastungen einzelner Akteure führen außerdem dazu, dass bspw. aufgrund der Vorbereitung und Durchführung ständiger Versammlungen keine Zeit für die Neuentwicklung von Projekten mehr bleibt.
- Ein weiteres Manko unprofessioneller Strukturen ist der Abschluss mangelhafter Verträge, die zu Schwierigkeiten bis hin zum Scheitern von EE-Vorhaben führen können.
- Planerische sowie rechtliche Hindernisse bestehen vielerorts insbesondere für die Windenergie, z.B. in Hinblick auf die Ausweisung von Windvorranggebieten (bzw. PV-Freiflächenanlagen) in Regionalplänen. Ferner bestehen Probleme bzgl. der Erzielung von Referenzertragswerten bzw. beim direkten Stromverkauf sowie der Durchspeisung des Windstroms.
- Außerdem gibt es teilweise Schwierigkeit durch Grundstückseigentümer (erzeugt durch erhöhte Pachtanforderungen).

C) Erfahrungstransfer

Empfehlungen für andere Initiativen

- Die Aufgaben bei der Planung um Umsetzung bürgerorientierter EE-Beteiligungsvorhaben sollten auf mehreren Schultern verteilt sein.
- Den Wandel der Zeit erkennen: Beteiligungsmodelle sollten verstärkt als Bürgerunternehmen und weniger als Bürgerinitiative initiiert und betrieben werden. Um Projekte erfolgreich umzusetzen, müssen diese sich rechnen, auf Risikominimierung orientiert sein und professionell gemanagt werden. Dies kann auch mit Hilfe bezahlter Arbeit geschehen.
- Als wichtig wird es angesehen, lokale Rahmenbedingungen vorab genau zu bestimmen, d.h. wer sind die zentralen Akteure, welche Potenziale gibt es. (Im Ge-

gensatz hierzu sollte nicht versucht werden, andernorts bewährte Konzepte „blind“ zu übertragen, sondern auf die eigenen lokalen Bedingungen hin anzupassen.)

- Bzgl. der Rechtsform bedarf es einer Vorabklärung der Zielgruppe, des räumlichen/zeitlichen Aktionsradius, der Technologieauswahl
- Beteiligte müssen einen Bezug zum Vorhaben haben, dies bedarf unter anderem einer verständlichen Vermittlung des Projekts.

1.2.2 Fokusgruppe Projektierer/ Investoren

An der Fokusgruppe beteiligten sich Akteure, die in unterschiedlichen Formen und Zusammenhängen finanzielle EE-Beteiligungsvorhaben anbieten und umsetzen und dabei in unterschiedlich starker Ausprägung auf die Beteiligungen von Bürgerinnen und Bürgern bzw. lokalen und regionalen Anlegern orientieren. Teilgenommen haben Vertreterinnen und Vertreter von Stadtwerken, Fondsanbietern und bürgerschaftlich orientierten EE-Unternehmen.

Die Grenze zwischen der Gruppe „bürgerschaftlicher Akteure sowie der Gruppe „Projektierer/ Investoren“ lässt sich dabei nicht immer trennscharf ziehen. Dies hängt vor allem mit der zunehmenden Professionalisierung bürgerschaftlicher EE-Initiativen zusammen, die sich teilweise selbst zu unternehmerisch Anbietern für EE-Beteiligungen entwickeln.

Im Zentrum der Fokusgruppendifkussion standen folgende Frageblöcke:

Frageblock 1 (Art und Weise des finanziellen Beteiligungsansatzes)

- Welche finanziellen Beteiligungsansätze für Erneuerbare-Energie-Anlagen bieten Sie konkret an?
- Wo sehen Sie Ihre besonderen Stärken bei der Realisierung finanzieller Beteiligungsmodelle?
- Welche Ansätze finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten an EE-Anlagen haben sich aus Ihrer Sicht als erfolgreich bewährt und warum?
- Gibt es signifikante Unterschiede von finanziellen Beteiligungsansätzen hinsichtlich der verschiedenen Technologien (Wind, Solar, Biomasse)?

Frageblock 2 (Chancen und Risiken der Einbindung von Bürgern)

- Welche Herausforderungen ergeben sich bei der finanziellen Beteiligung dieser Zielgruppe?
- Worin bestehen die größten Schwierigkeiten bei der Initiierung, Ausgestaltung, Verwaltung von finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger an EE-Anlagen?
- Welche Akteure sind beteiligt? Wer sind primäre Zielgruppen? Wie werden diese eingebunden? Was wird von ihnen erwartet?
- Wie gestalten sich Kapitalfluss und Risiken (Einlagenhöhe, Finanzierung, Rendite, Haftung)?
- Wie müssen Beteiligungsmodelle ausgestaltet sein, um große EE-Vorhaben realisieren zu können?

Frageblock 3 (Erfahrungstransfer)

- Würden Sie finanzielle Beteiligungsmodelle im Zuge der Finanzkrise eher als Chance bzw. eher als Hindernis sehen?

Im Folgenden werden zentrale Diskussionsergebnisse dieser Fokusgruppe vorgestellt.

A) Art und Weise des finanziellen Beteiligungsansatzes

- **Regionale Kundenfonds für EE-Anlagen, aufgelegt durch regionale Stadtwerke.** Zentrale Kriterien des Fonds sind Regionalität (d.h. nur für Kunden der Stadtwerke), gute Rendite sowie fester bzw. wählbarer Zinssatz und Risikolosigkeit für Anleger.
- In Hinblick auf die Art der Umsetzung sind zwei Wege denkbar. Entweder betreiben die Stadtwerke den Fonds selbst (über eine so genannte Inhaberschuldverschreibung) oder in Kooperation mit der Sparkasse als lokalem Partner (mittels eines Einlagensicherungsfonds).
- Das Kooperationsmodell zwischen Stadtwerken und lokalem Finanzinstitut bietet mehrere Vorteile im Gegensatz zum Modell „Alleinanbieter SW“. Wesentlich hierbei ist die geteilte Verantwortung und Übernahme von Aufgaben adäquat den jeweiligen Kernkompetenzen der Akteure. So bietet die Bank die EE-Anlagemöglichkeiten an und übernimmt die Beratung der Anleger sowie die finanzielle Abwicklung. Die Stadtwerke wiederum sind verantwortlich für die technische und kaufmännische Betriebsführung. (vgl. hierzu den Punkt „Kooperation mit lokalen Akteuren“) und nutzen den Fonds auch zur Kundenbindung.
- Der Kundenfonds wird idR. gedeckelt. Die Spannbreite der Spareinlagen wird festgelegt. Spareinlagen liegen zumeist zwischen 500.-€ und 10.000.-€ und werden für einen Zeitraum von fünf Jahren gezeichnet. Mit dieser kleinteiligen Anlagemöglichkeit können auch Bürgerinnen und Bürger für den regionalen EE-Ausbau gewonnen werden, die nur über geringfügige finanzielle Mittel verfügen.
- Beispiele: Regionale EE-Kundenfonds werden u.a. angeboten durch die Stadtwerke Münster, Herten und Bielfeld, durch Regiowind in Kooperation mit der Badenova sowie auch die Sparkasse im Kreis Steinfurt (NRW).
- Ein weiteres Modell sind **überregionale geschlossene EE-Fonds** (z.B. für Windenergieanlagen) mit einem bestimmten Prozentsatz an regionalen Anteilen.
- Die überregional agierenden Anbieter fokussieren nicht vorrangig auf die Schaffung regionaler Beteiligungsmöglichkeiten, haben diese aber im Portfolio und legen im Zuge des regionalen Aushandlungsprozesses mit regionalen Akteuren einen bestimmten Prozentsatz für lokale Beteiligungen in geschlossenen Fonds fest. Die Mindesteinlage beginnt idR. bei 3.000.-€ Die festgelegten Kontingente für lokale Beteiligung werden jedoch nicht immer ausgeschöpft.
- Weitere Finanzprodukte professioneller Anbieter sind **Genussrechte** (Hier beginnt die Mindesteinlage idR. bei 1.000.-€)
- Für Großinvestoren werden Einzelprojekte, sog. „**Private Placements**“ angeboten
- Ein breiteres **Produktportfolio** seitens der Fondsanbieter minimiert dabei das eigene unternehmerische Risiko, dies ist auch für regionale Anleger von Vorteil.
- Geschlossene EE-Fonds werden im Hinblick auf finanzielle Bürgerbeteiligungen von den Diskussionsteilnehmern als ein erfolgreiches Modell eingeschätzt, da sie eine transparentere Form der Geldanlage bieten, im Gegensatz zu Genussrechten.

- Um eine ausreichende Anzahl von Anlegern – auch auf regionaler Eben – zu erhalten, ist viel Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Diese reicht von klassischen Zeitungsannoncen über Online-Marketing bis hin zur Zusammenarbeit mit Vermögens-, und Anlagenberater.
- Neben Kunden- bzw. anderweitigen EE-Fonds wurden auch **Modelle** diskutiert, die auf eine **direkte Beteiligung vor Ort** ausgerichtet sind. Bekanntes Beispiel sind **Bürgersolaranlagen**, die durch professionell agierende Investoren realisiert werden. Die Modelle sind auf eine Beteiligung der breiten Masse ausgerichtet, Bürgerinnen und Bürger werden direkt für mittlere und größere lokale PV-Anlagen (z.B. Turnhallen/Schulen) gewonnen. Als Produkt werden **Solarbausteine** mit einem variablen Zinssatz (je nach Leistung bzw. Anlagedauer) angeboten. Die Spannbreite der Einlagen wird unterschiedlich festgelegt.

Stärken professioneller Anbieter

- Ein wesentlicher Erfolgsfaktor wird in der professionellen Betriebsführung gesehen, d.h. finanzielle Bürgerbeteiligung ist kombiniert mit technischer und kaufmännischer Betriebsführung.
- Professionelle Anbieter verfügen in der Regel über gute Kundenkontakte und zum Teil über einen relativ festen, über Jahre aufgebauten Kundenkreis. Seitens der Stammkundschaft besteht eine gute Nachfrage nach neuen Angeboten für EE-Beteiligungen.
- Als entscheidend wird die Qualität der EE-Angebote angesehen. Haben sich die EE-Finanzprodukte als seriöse Kapitalanlage bewährt, so werden Kunden/ Anleger zu Multiplikatoren und empfehlen die Angebote persönlich weiter. Dies wird als wichtiger Verbreitungsfaktor, insbesondere in Zeiten der Finanzkrise gesehen.
- Mit Angeboten für lokale und regionale EE-Anlagenbeteiligungen können professionelle bürgerorientierte Anbieter eine Nische am Markt besetzen. So beispielsweise bei mittleren bis größeren PV-Anlagen, bei denen die Menschen vor Ort (Lehrer bzw. Eltern von Schülern, Bürger) den größeren Teil der Anteile halten.
- Eine weitere Stärke besteht hinsichtlich der Risikominimierung. Zum einen können mehrere Anlagen zu einem Anlagenpool zusammengefasst und damit das Risiko möglicher Ertragsdefizite auf mehrere Schultern verteilt – und damit herabgesetzt – werden. Zum zweiten lassen sich lokal orientierte Beteiligungsmodelle so gestalten, dass ein bestimmter, gedeckelter Prozentsatz von Anteilen auch von Anlegern gezeichnet werden kann, die nicht aus der Region stammen. Damit wird die Realisierung der Anlage/n z.B. mit lokaler Beteiligung auch in finanzschwachen Regionen ermöglicht.

Technologien

- Es werden wesentliche Unterschiede hinsichtlich des Umsetzungsaufwandes finanzieller Beteiligungsansätze für die verschiedenen Technologien (Wind, Solar, Biomasse, Strom- bzw. Wärmeerzeugung) seitens der Diskussionsteilnehmer gesehen.
- Am einfachsten zu realisieren sind PV-Anlagen, am schwierigsten Biogasanlagen. Bei Biogasprojekten sind zwei Seiten zu adressieren, einerseits die Landwirte, über den Abschluss von Substratlieferverträgen, andererseits die Bürger bzw. Industrie, über den Abschluss von Wärmeabnahmeverträgen.

- Dies bedarf der Überzeugungsarbeit bzw. des Aufbaus einer Vertrauensbasis, und damit verbunden das Vorhandensein von Know-how, sowohl in Hinblick auf die Abschätzung von Risiken bzw. zur Herstellung von Transparenz.
- Alternativ wäre auch eine Direkteinspeisung ins Erdgasnetz über flexible Verträge mit Landwirten möglich.

Beteiligungsmodelle für große EE-Vorhaben

EE-Beteiligungsmodelle für die lokale und regionale Ebene bezogen sich in der Vergangenheit zumeist auf kleinere und mittlere EE-Anlagen. Hier ist seit einiger Zeit ein Wandel zu verzeichnen. Es werden insbesondere in EE-Regionen Beteiligungsmodelle sowohl für große Einzelanlagen als auch für regionale EE-Anlagenparks erarbeitet und angeboten. Hierbei sind Besonderheiten in der Ausgestaltung der Modelle zu berücksichtigen. Die Diskussionsteilnehmer sehen diesbezüglich vor allem folgende Punkte:

- Eine wesentliche Möglichkeit besteht im sogenannten Anlagensplitting, d.h. dass bspw. ein Windpark unterteilt wird in Windräder für Einzelinvestoren (private placement) bzw. Eigenbestand und ein oder mehrere Bürgerwindrad/ räder bzw. einen Fonds für Bürgerinnen und Bürger vor Ort.
- Ein differenziertes Investorenportfolio ermöglicht Gewinne für (größere) Einzelinvestoren bzw. (mittlere und kleine) bürgerschaftliche Investoren. Der regionale Bezug wird hergestellt und ein Teil Geldes verbleibt in der Region, ein „Ausbluten“ der Region wird verhindert.

B) Chancen und Risiken bei der Einbindung von Bürgern

- Durch die direkte Ansprache der Bürgerinnen und Bürger zur Realisierung von EE-Anlagen vor Ort (z.B. Turnhalle/ Schule) ergibt sich eine hohe Identifikation mit dem Projekt bzw. wird eine hohe Glaubwürdigkeit für das Projekt erzielt.
- Bürgerinnen und Bürger sind sehr an den Betriebsergebnissen einer PV-/Windanlage interessiert, d.h. auch lokale/ regionale Anleger orientieren sich an der Rendite und nicht nur an ökologischen Aspekten der EE-Energieerzeugung. Informationen über Erträge sollte in kurzen, regelmäßigen Abständen zur Verfügung gestellt werden. Ökologische und ökonomische Aspekte müssen insgesamt zusammenwirken und sich auch vermitteln lassen.
- Als weitere Chance für den Erfolg von bürgerorientierten EE-Beteiligungsmodellen wird die Gewährleistung eines professionellen Fondsmanagements über die ganze Laufzeit gesehen. Dies beinhaltet auch eine hohe Sozialkompetenz der Anbieter, die insbesondere über direkte Ansprechpartner gewährleistet werden muss.
- Wichtig ist eine solide Projektentwicklung. Diese muss einen Ertrags-/Renditekorridor ausweisen. So sollten seitens der Anbieter Beispielrechnungen im Prospekt angeben bzw. auch Worst-Case-Fälle dargestellt werden. Dies gilt auch für die Ausgestaltung der Vertragswerke. Diese können sehr unterschiedlich ausgearbeitet sein.
- Die Bürger/ Kunden sollten sich über die mit der Geldanlage verbundenen persönlichen Ziele bewusst sein und diese mit den Anlagemöglichkeiten zusammenbringen. Fonds sind aufgrund ihrer Risiken nicht geeignet als Altersvorsorge. Dies sollten seriöse Anbieter den Anlegern vermitteln.

- Finanzielle bürgerorientierte Beteiligungsmodelle für EE-Anlagen werden im Zuge der Finanzkrise seitens der Akteursgruppe Projektierer/ Investoren als Chance gesehen. Mittels klar definierter und seriöser Finanzprodukte erhalten die Anleger gute Perspektiven, im Vergleich bspw. zu Immobilienfonds, insbesondere bei verbesserter Wettbewerbsfähigkeit von EE-Anlagen. Günstige Anlagemöglichkeiten müssen jedoch auch klar kommuniziert werden, d.h. Vorteile als solides Investment im Vergleich zu herkömmlichen Anlageformen
- Seit Beginn der Finanzkrise ist eine steigende Nachfrage nach EE-Anlagemöglichkeiten zu verzeichnen.
- Dezentralität und Bürgernähe wird zugleich auch als eine große Herausforderung für professionelle (externe) Anbieter gesehen. D.h. einerseits sind Unternehmen (Projektierer/ Investoren) einem bestimmten Wachstumszwang ausgesetzt um zu überleben, andererseits sind sie auf starke Partner vor Ort angewiesen, um in den jeweiligen Regionen erfolgreich aktiv werden zu können. Die Zusammenarbeit zwischen einem Projektierer/ Investor und lokalen/ regionalen Partnern vor Ort erfolgt stets im Spannungsfeld zwischen Kooperation und Wettbewerb.

Schwierigkeiten und Hemmnisse

- Eine große Hürde gerade für kleine und mittlere Anbieter finanzieller EE-Beteiligungen wird in gesetzlichen Vorgaben, insbesondere in der Prospektierungspflicht, gefordert durch die BaFin - Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht gesehen.
- Die EU-Richtlinie zum Ausschluss systemischer Risiken bei Fonds möchte einerseits Bürger schützen, erschwert jedoch andererseits die Entwicklung von EE-Beteiligungsansätzen.
- Die Transparenz von EE-Anlagemodellen ist nicht immer gegeben, d.h. viele Anleger sind sich nicht im Klaren, dass ein Fonds eine unternehmerische Beteiligung und somit mit Risiken verbunden ist. Die Anlage ist kein Sparbuch und keine Altersvorsorge, sondern Schwankungen unterworfen (bspw. geringe Rendite zwischen 2002-2006 aufgrund schlechter Windjahre). In Teilen werden bestehende Risiken aber auch nicht ausgewiesen bzw. die Renditen durch die Projektierer zu positiv kalkuliert. Daher ist es wichtig, realistische Erträge zu kalkulieren und einen Ertrags-/Renditekorridor auszuweisen.
- Hier liegt auch ein zentrales Problem der Prospektprüfung durch die BaFin. Diese ist eine formale Prüfung, jedoch keine Wirtschaftlichkeitsprüfung, d.h. wirtschaftliche Risiken müssen im zu erstellenden Prospekt nicht zwangsläufig abgebildet sein. (Oftmals werden die Prospektunterlagen jedoch von den Anlegern auch nicht verstanden.)
- Die Mitsprache der Beteiligten kann für den (finanziellen) Erfolg des Projekts auch mit Schwierigkeiten verbunden sein.

Kooperation mit lokalen Akteuren

- Für die Umsetzungen lokaler/ regionaler EE-Beteiligungen ist die Ansprache regionaler Kreditinstitute/Banken von Bedeutung. Es gibt nicht die „aufgeschlossene“ Bank, manchmal finanzieren auch eher „traditionell“ eingestellte Kreditinstitute EE-Anlagen.

- Banken sind allerdings gegenüber neuen Finanzierungsmodellen in der Regel eher skeptisch eingestellt und präferieren größere Projekte bzw. institutionelle Anleger. Hier ist Überzeugungsarbeit notwendig.
- Es gibt erfolgreiche EE-Kooperationsmodelle zwischen ortsansässigen Stadtwerken und Banken (z.B. Bielefeld). Hierbei bieten die Banken (idR. Sparkassen und Raiffeisenbanken) die EE-Anlagemöglichkeiten an und übernehmen die Beratung der Anleger sowie die finanzielle Abwicklung. Die Stadtwerke wiederum sind verantwortlich für die technische und kaufmännische Betriebsführung. Anleger müssen nicht zwingend Kunden der Sparkasse sein, können durch diese jedoch auch nach Ablauf der Einlage von dieser beraten werden. Somit ist die Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit sowie eine klare Organisationsstruktur zwischen Betrieb und Finanzierung der EE-Anlage geschaffen.
- Wichtig bei Kooperationsmodellen ist die Definition von Schnittstellen, d.h. bspw. Beförderung der Vertrauensbildung über ein gutes Fondsmanagement oder das Zusammenbringen von Kommunen und Projektierern/ Investoren.
- Kommunen kommen mittlerweile auch eigenständig auf Projektierer/ Investoren zu, um EE-Anlagen zu realisieren. Kommunen verfügen aufgrund des starken Wettbewerbs zwischen Projektentwicklungsgesellschaften über einen Handlungsspielraum sowie Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich der Vergabekonditionen. So lässt sich über klar definierte Kriterien bei der Vergabe von Windstandorten bzw. Dachflächen neben der Höhe der Investitionsbereitschaft von Anbietern auch auf die Gewährleistung von Beteiligungsmöglichkeiten für Anwohner und Bürgern aus der Region achten. Lokale/ regionale Beteiligungsmöglichkeiten können seitens der Kommunen als ein Vergabekriterium definiert werden.
- Kommunen nutzen in dieser Hinsicht ihren Handlungsspielraum bzw. ihre Gestaltungsmöglichkeiten bei großen Investoren bei weitem nicht aus und sollten dies zukünftig stärker tun.

1.2.3 Fokusgruppe Politik/ Verwaltung

An der Fokusgruppe beteiligten sich Akteure, aus Schleswig Holstein und Niedersachsen. Die Größe der von ihnen vertretenen Kommunen variierte dabei stark. Die Bandbreite reichte von kleinen Gemeinden über eine mittelgroße Stadt bis hin zum Stadtstaat Hamburg. Je nach Größe der Gemeinde/ Kommune üben die Teilnehmer ihr Amt in Politik bzw. Verwaltung auch haupt- bzw. ehrenamtlich aus.

Im Zentrum der Fokusgruppendifkussion standen folgende Frageblöcke:

Frageblock 1 (Art und Weise des finanziellen Beteiligungsansatzes)

- Welchen kooperativ ausgerichteten finanziellen Beteiligungsansatz für Erneuerbare-Energie-Anlagen setzen Sie vor Ort konkret um bzw. befindet sich Planung? (Wind/ Solar/ Biomasse, Strom/ Wärme, Unterschiede hinsichtlich der Technologien, Rechtsform)
- Welche Möglichkeiten der finanziellen Beteiligung (Anteile, Aktien, Genussrechte, Direktbeteiligung an Anlagen, aktive und passive Beteiligung) gibt es dabei?
- Welche besonderen Herausforderungen ergeben sich bei der Initiierung und Umsetzung breiter finanzieller Beteiligungsansätze für Politik und Verwaltung auf lokaler und regionaler Ebene?

- konkrete Erfahrungen vor Ort bei finanzieller Beteiligung von Bürgern/ lokaler Wirtschaft
- Chancen/ Risiken
- Grad der Einbindung der Akteure (Mitbestimmung und Mitsprache/ Beteiligung)
- Kooperationsprozess
- Welche Relevanz haben aus Ihrer Sicht lokale finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten für die **Akzeptanz Erneuerbarer Energien** in der Region?

Frageblock 2 (Rollenverteilung und Instrumente)

- Welche Rollen im Akteursspektrum nehmen Politik und Verwaltung hinsichtlich der Initiierung bzw. Unterstützung lokaler/ regionaler finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten an EE-Anlagen ein? (Initiatoren/Unterstützer)
- Mit welchen wesentlichen Partnern arbeiten Sie zusammen? (Energieversorger, Banken, Investoren, Planer, Landwirtschaft, Energieinitiativen etc.)
- Was sind treibende Faktoren für die Umsetzung lokaler EE-Beteiligungsvorhaben? (Motivation Politik und Verwaltung)
- Welche **Ansätze und Instrumente** haben sich aus Ihrer Sicht als erfolgreich bewährt? => **Wo liegen für Politik und Verwaltung besondere Handlungs- und Steuerungsspielräume?**
 - Polit. Beschlussfassung/ Leitbildentwicklung (Bürgerkommune)
 - Flächenausweisung
 - Einbindung kommunaler Unternehmen/ Infrastrukturen
 - Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit?

Frageblock 3 (Erfahrungstransfer)

- Würden Sie Ihr EE-Beteiligungsvorhaben nochmals in gleicher Weise initiieren und vorantreiben?
- **Was können Sie Kommunen empfehlen**, die bürgerorientierte finanzielle Beteiligungsmodelle für EE-Anlagen auf lokaler/ regionaler Ebene anbahnen und erfolgreich umsetzen möchten?

Im Folgenden werden zentrale Diskussionsergebnisse dieser Fokusgruppe vorgestellt.

A) Art und Weise des finanziellen Beteiligungsansatzes

Bürgerschaftlich orientierte finanzielle Beteiligungsmodelle weisen in Abhängigkeit von Größe und Lage der an der Diskussion beteiligten Städte und Gemeinden Unterschiede hinsichtlich der eingesetzten Technologien sowie in der Art und Weise der Beteiligung auf.

Von den beteiligten kleinen Gemeinden im ländlichen Raum liegt ein wesentlicher Fokus auf der Realisierung von Nahwärmekonzepten mit Hilfe bürgerschaftlicher Beteiligung. Die Beteiligung erfolgt hierbei direkt, indem versucht wird, Bürgerinnen und Bürger für den Anschluss an ein geplantes Nahwärmenetz zu gewinnen. Die Wärmeerzeugung erfolgt auf Biogasbasis. Lieferanten sind lokale Landwirte, mit denen langfristige Lieferverträge abgeschlossen werden, so dass der Wärmepreis mittelfristig stabil gehalten werden kann. Das Beteiligungsmodell für die Wärmeabnehmer wird

entweder in der Rechtsform einer Genossenschaft oder einer GmbH und Co KG realisiert. Wärmenetz und Biogasanlage sind dabei rechtlich und finanziell getrennt. Das Modell erfordert eine starke Einbindung und auch eigenständiges Engagement von Bürgern vor Ort. Frühzeitige Information und Öffentlichkeitsarbeit sind wesentliche Erfolgsfaktoren für die Realisierung. Die Gemeinde hat die Funktion als Impulsgeber. Sie muss integrativ agieren und zugleich die Zusammenarbeit zwischen Bürgern, Gemeinde und Amtsverwaltung neu definieren.

Die Realisierung von Energieparks mit unterschiedlichen Technologien ist ebenfalls ein Thema für Gemeinden, die über entsprechende (Konversions)-Flächen verfügen. Die Gemeinde kann mit Hilfe von Vergabekriterien für Investoren festlegen, dass ein Teil der EE-Anlagen über finanzielle Beteiligung der Anwohner erfolgen soll.

Bei mittleren und großen Kommunen findet die Förderung von EE-Beteiligungsvorhaben eher auf indirekter und institutioneller Ebene statt. So stellen Kommunen u.a. die Dachflächen ihrer Liegenschaften kostenlos für Bürgersolaranlagen zur Verfügung. Wesentliche Gestaltungsspielräume von Kommunen liegen in der Kooperation mit Stadtwerken und ortsansässigen Banken, u.a. zur Auflage regionaler EE-Beteiligungsfonds. Weiterer zentrale Gestaltungsmöglichkeiten für den EE-Ausbau haben Kommunen bei der Ausgestaltung von Flächennutzungsplänen sowie in der Bauleitplanung.

Herausforderungen für Politik und Verwaltung

- Eine zentrale Herausforderung hinsichtlich der Umsetzung lokaler finanzieller EE-Beteiligungsmodelle kann die Verwaltungsstruktur des jeweiligen Bundeslandes sein. (Schleswig-Holstein bspw. verfügt über eine Ämterverfassung, d.h. 10-12 Gemeinden sind zu einem Amt zusammengefasst, unterhalb des Landkreises, daraus leiten sich bestimmte Vorgaben ab).
- Hilfreich für Gemeinden ist es, Mitglied einer EE-Aktiv-Region zu sein, da ein regionales EE Konzept besteht und Erfahrungsaustausch und Abstimmung zwischen den Gemeinden betrieben werden kann.
- Wichtig für die Umsetzung von EE-Beteiligungsmodellen sind engagierte Akteure vor Ort, die nach Möglichkeit in einer festen Institution organisiert sind. „Bürgerschaftliches Engagement muss kanalisiert werden“. D.h. auf Amts-, Verwaltungsebene bzw. durch Stadtwerke oder Banken.
- Bürgereinbindung wird zugleich als Grundvoraussetzung für die Akzeptanz von EE gesehen. Neben der reinen Information sollten die Aktivitäten der Kommune für die Bürger sichtbar bzw. positiv belegt sein („Dem Kind einen Namen geben“). Bsp. „Zukunftsenergie XY“. Gemeinden sollten sich außerdem ihrer zukünftigen Entwicklungsziele bewusst sein und „Heute die Politik von Morgen benennen“ können.
- Eine direkte Ansprache der Bürgerschaft ist sinnvoll, wenn es um direkte EE-Beteiligungen geht. So z.B. wenn Anwohner für den Anschluss an das geplante Nahwärmenetz gewonnen werden sollen. Neben Bürgerversammlungen lohnt es in kleinen Gemeinden hierfür auch, „von Haus zu Haus gehen“, um Vorteile der EE-Nutzung aufzuzeigen und einen Vergleich zur Nutzung konventioneller Energien auf Basis der Heizkostenrechnung anzustellen.
- Finanzielle Beteiligung sollte als ein „Produkt“ angeboten werden. (Bsp. Amortisation eines KfW-70-Hauses basierend auf Kreditlaufzeit bzw. auf Lebenszeit

des Hauses im Zuge einer Vollkostenrechnung). In diese Richtung können auch Politik und Verwaltung wirken und Initiativen unterstützen.

- Insbesondere Banken wird bei der Entwicklung neuer EE-Finanzprodukte eine mangelnde Kreativität konstatiert. Politik und Verwaltung können an dieser Schnittstelle aktiv werden und lokale Finanzinstitute einbinden und überzeugen. Durch sinnvolle Beteiligungskonstrukte zwischen Gemeinde und Bürgern können bei der Bank z.T. bessere Kredite zur Finanzierung von EE-Anlagen erzielt werden als wenn bürgerschaftliche Initiativen allein an die Bank herantreten.
- Konstatiert wird ebenso, dass Stadtwerke und Energieversorger oftmals nicht „auf Augenhöhe“ an Gemeinden herantreten. Gemeinden müssen sich ihrer hoheitlichen Aufgaben stärker bewusst sein und diese auch selbstbewusster wahrnehmen, bspw. bei der Ausweisung geeigneter EE-Flächen in der Bauleitplanung.
- Wichtig bei Kooperationen sind übergreifende Schnittstellen, die sowohl über Kompetenzen als auch Personal zur Koordinierung verfügen.
- Als ein wichtiger Akteur und Kooperationspartner werden Stadtwerke (städtischer Eigenbetriebe) gesehen. Diese sollten nicht nur Energie verkaufen, sondern vor dem Hintergrund der Kundenbindung auch als Energiedienstleister agieren, u.a. über EE-Ausbau, Fernwärmeausbaustrategie und Contracting-Modelle.
- Eine weitere zentrale Herausforderungen besteht im Bereitstellen von Information und Beratung für Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich finanzieller Unterstützungsmöglichkeiten für EE, Energieeffizienz und Energiegutachten.

Herausforderungen in Bezug auf Technologien

- Hierbei wird seitens der Diskussionsteilnehmer insbesondere auf den Bereich Biomasse verwiesen. Bei EE-Beteiligungsmodellen auf der Basis von Biomasse wird es als sinnvoll angesehen, eine Trennung von Biogaserzeugung und -verteilung zu prüfen, d.h. zwischen Anlagenbetrieb und Netzbetrieb („Unbundling“). Im Fall der Biogaserzeugung durch Landwirtschaft gilt es die späteren Abnehmer rechtzeitig zu informieren, einzubinden und Transparenz zu schaffen (dies gilt auch für finanzielle Beteiligung).

B) Rollenverteilung und Instrumente – Die Rolle von Politik und Verwaltung

- Das Engagement von Gemeinden und Kommunen wird als unterschiedlich eingeschätzt. Es gibt jedoch zahlreiche Gemeinden, die als Motor bei der Initiierung von Erneuerbaren Energien Vorhaben fungieren und ihre Bürgerinnen und Bürger motivieren sowie Anreize zum Klimaschutz und zur EE-Nutzung setzen.
- Bei der Entwicklung von lokalen EE-Beteiligungskonzepten wird seitens der Diskussionsteilnehmer Kommunen eine wichtige Rolle für die Impulssetzung zugewiesen. Kommunen können Anstoß geben und Steine aus dem Weg räumen
- Vor allem bei der Einbindung von Banken und Stadtwerken können Kommunalvertreter wirkungsvoller als bürgerschaftliche Initiativen agieren. Ist ein entsprechendes Beteiligungsmodell auf den Weg gebracht, so kann sich die Kommune ggf. wieder zurückziehen.
- Neben einer Impuls gebenden Rolle kann die Gemeinde auch direkt aktiv werden und sich z.B. als gleichberechtigtes Mitglied in einer EE-Genossenschaft beteiligen.

- Darüber hinaus haben Städte und Gemeinden die Möglichkeit, aktiv bei der Bauleitplanung sowie der Vergabe von Konzessionen und der Ausgestaltung von energiespezifischen Verträgen wirksam zu werden. Vor dem Hintergrund derzeit vielerorts auslaufender Konzessionsverträge kann entweder eine Rekommunalisierung der Energienetze oder eine Neuausschreibung mit entsprechend sinnvollen Konditionen erfolgen. Hier gibt es ein großes Potenzial, dass es seitens der Kommunen stärker als bislang zu nutzen gilt.
- Ein Instrument um Bürgerengagement zu befördern besteht in der Schaffung gezielter Anreize. So lässt sich bspw. für die Gründung einer EE-Wärmegenossenschaft auf Biogasbasis und dem Ziel, Anwohner für den Nahwärmeanschluss zu gewinnen, als Anreiz ein sicherer Wärmepreis für 10-15 Jahre setzen. Dieser bedarf im Vorfeld natürlich der Aushandlung und der Vereinbarung langfristiger Lieferverträge mit lokalen Landwirten als Biomasseanbietern. In diesem Zusammenhang lassen sich auch mittels CO₂-Rechnern positive Aspekte für den Klimaschutz aufzeigen.
- Anreize gilt es gezielt und in Abstimmung mit übergreifenden Klimaschutzzielen zu setzen, so sollten neben Anreizen für EE gleichermaßen auch Anreize für Energieeffizienzmaßnahmen geschaffen werden.
- Bürger interessieren sich in erster Linie für die Kosten einer Maßnahme. Jedoch sollten neben rein finanziellen Anreizen auch ideelle Aspekte Berücksichtigung finden. Hierzu zählen Identitätsstiftung, Vertrauensaufbau, Glaubwürdigkeit, Offenheit, Ehrlichkeit und Raum für Partizipation. . Kommunalvertreter können zur Identitätsstiftung beitragen und u.a. auch die Entwicklung einer Dachmarke befördern.
- Leitbildprozesse können einen wichtigen Beitrag auf ideellem Gebiet leisten, sofern sie effizient, sachkundig und mit dem richtigen Maß an Beteiligung (Mittelweg zwischen Top-Down und Bottom-Up) durchgeführt werden. Sowohl Verwaltung und Politik als auch Bürger sollten sich dabei verantwortlich fühlen wahrgenommen werden.
- Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit sind daher für den Ausbau von EE und der Initiierung diesbezüglicher Beteiligungsvorhaben ein zentrales Instrument. Für Kommunikation und Design sind entsprechende professionelle Fachleute einzubinden, um Botschaften auch gezielt vermitteln zu können.

C) Erfahrungstransfer

Auf die Frage „Was können Sie Kommunen empfehlen, die bürgerorientierte finanzielle Beteiligungsmodelle für EE-Anlagen auf lokaler/ regionaler Ebene anbahnen und erfolgreich umsetzen möchten?“ wurden folgende Aspekte benannt:

- Kommunen sollten Mut haben neue Wege zu gehen („Dazu gehört auch, von den Erfahrungen nicht erfolgreicher EE-Projekte zu lernen“).
- Kommunen sollten eine Vorbildfunktion verkörpern, erzeugt durch Transparenz und die Ermöglichung von Beteiligung.
- Kommunen sollten ein Dienstleistungsverständnis in der Verwaltung leben bzw. Katalysator sein („So gut wie möglich, jedoch nicht zu viel versprechen!“), d.h. auf interessierte Bürger eingehen (Persönliche Beratung sowie Dienstleistungen anbieten).

- Es lohnt sich, klein anfangen und erste Erfolge zu propagieren, einerseits um Misstrauen abzubauen und andererseits um als Multiplikator zu wirken (positive Beispiele ziehen Kreise).

1.2.4 Zusammenfassung

Im Folgenden werden als Konklusion aus den empirischen Erhebungen des IZT-Teilforschungsvorhabens Akteure benannt sowie Aspekte und Kriterien abgeleitet, die für eine erfolgreiche Umsetzung von finanziellen Beteiligungsvorhaben einen zentralen Stellenwert besitzen.

Von der Bürgersolaranlage zum Bioenergiedorf – Neue Beteiligungsformen vor Ort

Finanzielle Bürgerbeteiligungsmodelle für Erneuerbare-Energie-Technologien sind vor allem seit der Einführung des EEG im Jahre 2000 bzw. nach dessen Novellierung 2004 sowie mit der damit in Zusammenhang stehenden Installation zahlreicher Bürgersolaranlagen ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen war aufgrund zusätzlicher förderlicher Bedingungen auf Landesebene ein Boom zu verzeichnen.¹³

Wurden zur Realisierung dieser Anlagen in den ersten Jahren vor allem einfache BGB-Gesellschaften in Form von **GbRs** (Gesellschaft bürgerlichen Rechts) gegründet und vergleichsweise geringe Investitionsvolumina von jeweils wenigen 10.000 € in die Hand genommen, so haben sich mittlerweile sowohl Größe und Umfang von gemeinschaftlich finanzierten EE-Anlagen als auch die gängige Rechtsform sowie die einseitige Technologieorientierung auf Photovoltaik deutlich gewandelt.

Mittlerweile werden neben Bürgersolaranlagen im Strombereich auch Windenergie- und Biomasseanlagen sowie darüber hinaus Nahwärmenetze, EE-Parks oder gar ganze Bioenergiedörfer mit Hilfe bürgerschaftlich organisierter Finanzierungsmodelle realisiert.

1) Akteure und Akteurskonstellationen – Wer sollte mit an Bord?

Für die Anbahnung und Umsetzung Erneuerbarer Energien durch finanzielle Beteiligungsmodelle auf lokaler und regionaler Ebene ist eine Reihe an Akteuren von Bedeutung. Zu nennen sind in erster Linie:

- Bürger,
- Projektierer und Investoren (v.a. Stadtwerke und EVUs, ortsansässige Banken, Fondsgesellschaften, regionale Unternehmen, landwirtschaftliche Betriebe)
- Politik und Verwaltung
- Lokale und Regionale Netzwerke

Im Zuge der oben umrissenen Entwicklung hat sich auch das Spektrum der Akteure gewandelt und erweitert, die finanzielle EE-Beteiligungsmodelle initiieren und umsetzen.

¹³ Dewald, Ulrich et al., „Solarinitiativen in Deutschland: Struktur, Aufgabenfelder und gegenwärtige Herausforderungen“. Studie im Auftrag des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW e.V.), 2008

zen. Waren es zu Beginn vor allem ehrenamtlich agierende Solarvereine, die sich um die Errichtung kleiner Bürger-PV-Anlagen bemühten, so sind zunehmend auch professionelle Projektentwickler und Investitionsgesellschaften, wie zum Beispiel kommunale Unternehmen, Banken oder private Investoren gemeinsam mit Netzwerkakteuren auf dem Markt tätig, um größere finanzielle Beteiligungsprojekte für EE-Anlagen zu realisieren.

Diese Akteure können unterschiedliche Rollen im Prozess der Realisierung finanzieller EE-Beteiligungsmodelle einnehmen, die sich im Wesentlichen wie folgt klassifizieren lassen:

- Initiatoren,
- Unterstützer,
- Umsetzer,
- Anlagenbetreiber.

Diese Akteure bzw. auch Akteursnetzwerke sind unabdingbar, um eine Initiative zu starten, einen Prozess anzustoßen, die Planung und Genehmigung zu erleichtern bzw. voranzutreiben sowie schlussendlich ein EE-Vorhaben erfolgreich zu realisieren oder weiterzuentwickeln. Die jeweiligen Einzelakteure bzw. Akteurszusammenschlüsse übernehmen im Realisierungsprozess zumeist mehrere der aufgeführten Rollen. So sind sie oftmals gleichzeitig Initiatoren, Unterstützer sowie die treibende Kraft bei der Umsetzung. Sie können interessierte Personen zusammen bringen und informieren, die Auswahl des Finanzierungsmodells federführend mitbestimmen sowie finanzielle Beteiligungen an zu realisierenden EE-Vorhaben anbieten.

Teilweise übernehmen einzelne Akteursgruppen neben der finanziellen Beteiligung weitere Aufgaben wie z.B. die technische Planung, die Umsetzung und/ oder den Betrieb der EE-Vorhaben. Teilweise sind einzelne Akteursgruppen aber auch auf die Organisation und den Vertrieb von ökologischen Kapitalanlagen zur Realisierung von EE-Vorhaben spezialisiert. So liegen bei manchen Vorhaben sämtliche Aufgaben in einer Hand, wohingegen bei anderen Vorhaben die Finanzierung und somit die finanzielle Beteiligung weitergereicht wird.

Initiatoren				
Bürgerinitiativen/ Bürgerunternehmen	Projektentwickler und Investoren	Politik und Verwaltung	Netzwerke	Stadtwerke / EVUs

Abbildung 11: Darstellung zentraler Akteure zur Initiierung und Steuerung finanzieller Beteiligungsmodelle (IZT)

Im Folgenden wird näher auf die einzelnen Akteure eingegangen. Hierbei ist je nach Akteur zwischen diversen Kernkompetenzen zu unterscheiden, einerseits um den Prozess zur Realisierung Erneuerbarer Energien zu starten bzw. andererseits diesen zum Erfolg zu führen.

Bürgerinitiativen/ Bürgerunternehmen

Bürger sind mit ihrem Engagement ein wichtiger Akteur in der Verbreitung Erneuerbarer Energien auf lokaler und regionaler Ebene. Bekanntestes Beispiel hierfür sind die zahlreichen Bürgersolaranlagen, aber auch im zunehmenden Maße die realisierte Anzahl an Bürgerwindparks sowie die noch am Anfang stehenden Bürgerbiogasanlagen bzw. daran gekoppelten Nahwärmenetze. Durch gemeinsames Handeln der Bürger können über eigens geschaffene Betreibergesellschaften und über die eingebrachten Eigenkapitaleinlagen geeignete Vorhaben zur Realisierung Erneuerbarer Energien gefördert werden. Den Bürgern ermöglicht dieses Engagement einerseits eine nachhaltige Kapitalanlage bzw. leistet andererseits einen aktiven Beitrag zum Klimaschutz. Dieser Synergieeffekt spielt in unterschiedlichen Projekten eine wichtige Rolle, so auch in jenen die das Ziel verfolgen, die lokale bzw. regionale Energiebedarfsdeckung auf 100% Erneuerbare Energien umzustellen. Als Beispiel zu nennen ist die zunehmende Initiierung von sogenannten „Bioenergiedörfern“ bzw. die Ausweisung von 100% EE-Regionen. Diese Initiativen stützen sich einerseits auf bürgerschaftliches Engagement bzw. sind andererseits auf eine hohe Einbindung der Bürger angewiesen. Beispiel hierfür ist u.a. die Region Frankenwald, in der geplant ist, eine ganze Reihe von Gemeinden als Bioenergiedorf zu entwickeln. Realisiert sind bislang die Bioenergiedörfer Effelter und Hirschfeld. Nach der Gründung gemeinsamer Dorfenergieunternehmen in den Gemeinden Effelter und Hirschfeld, an denen die Bürger finanziell beteiligt sind, wird die erzeugte Energie einerseits über das EEG ins öffentliche Netz eingespeist bzw. im Fall der Wärme an die Haushalte vor Ort verkauft. Die Bürger sind somit sowohl Bereitsteller als auch Abnehmer von Energie.¹⁴

Projektentwickler und Investoren

Neben der klassischen Projektfinanzierung für Erneuerbare Energien über Banken und die öffentliche Hand in Form von Krediten bzw. Fördermitteln obliegen die Planung und die Umsetzung aus kaufmännischer und somit finanzieller Sicht oftmals gewinnorientierten Investoren und Projektentwicklern.

Ein Teil dieser vor allem regional agierenden Akteure ging ursprünglich aus bürgerschaftlichen Initiativen hervor. Dies ist auch der Grund, weshalb die bestehenden Geschäftsstrukturen auf einer breiten finanziellen Beteiligung auf regionaler Ebene beruhen.¹⁵ Ein anderer Teil der Akteure sind eigens gegründete Investitions- und Projektentwicklungsgesellschaften. Diese entstanden aufgrund des wachsenden Marktes für Erneuerbare Energien. Ihre primäre Aufgabe liegt darin, die kaufmännische Planung und Umsetzung von EE-Vorhaben zu betreuen und zu fördern. Zu un-

¹⁴ Mehr Info zum gerade im Entstehen sich befindenden Bioenergiedorf Frankenwald:

<http://www.bioenergiedoerfer-frankenwald.de>, <http://www.bioenergiedorf-effelter.de/>,

http://www.dorfheizung-hirschfeld.de/index.php?option=com_content&view=archive&Itemid=53

¹⁵ Auf einer breiten Beteiligung basierende Unternehmen, hervorgegangen aus bürgerschaftlichen Initiativen sind: Solarcomplex AG: <http://www.solarcomplex.de/>; fesa GmbH: <http://www.fesa-gmbh.de> bzw. ÖkoEnergie GmbH: <http://www.oekoenergie.com/u-buergerbeteiligung.htm>

terscheiden ist dabei einerseits zwischen reinen Projektentwicklern und Investoren sowie Projektentwicklern, die gleichzeitig als Investoren auftreten. Dies bedeutet, dass im Vergleich zum ausschließlichen Einsatz von Fremdkapital und über Einlagen generiertes Eigenkapital die Projektentwickler/ Investoren auch eigenes Kapital in ein EE-Vorhaben einbringen.

In der Regel verfügen Projektentwickler und Investoren über ein spezifisches Know-how, wenn es um die Realisierung und die Multiplikation von EE-Vorhaben geht. Dies gilt auch für die Bereitstellung unterschiedlicher Beteiligungsmodelle, d.h. direkte Beteiligung über Gesellschafteranteile bzw. indirekte Beteiligung über Einlagen in einem geschlossenen Fonds.

Grundsätzliche Unterscheidungsmerkmale für Projektentwickler und Investoren sind neben dem Angebot an Beteiligungsmöglichkeiten, vor allem ihre Größe, ihr Wirkungskreis und ihre Motivation. Einerseits gibt es ausschließlich lokal und regional tätige Projektentwickler und Investoren, die in der Regel mit der örtlichen Situation vertraut sind, ein klar definiertes Ziel bzw. eine Zielgruppe adressieren und sich auf einen bestimmten Energieträger bzw. einen Mix an Energieträgern konzentrieren. Andererseits gibt es Projektentwickler und Investoren, die (inter)national aufgestellt sind, in der Regel Kapitalmärkte und somit Kapitalanleger adressieren und sich mit einer Vielzahl an Energieträgern bzw. entsprechenden Finanzprodukten auseinandersetzen, losgelöst vom Bekanntheitsgrad der lokalen und regionalen Situation.

Politik und Verwaltung

Für die Realisierung Erneuerbarer Energien auf lokaler und regionaler Ebene ist die Schaffung von Ermöglichungsstrukturen für Beteiligungen vor Ort von zentraler Bedeutung. Politik und Verwaltung sind daher wichtige Akteure und im besten Falle auch Wegbereiter zur Förderung und Verbreitung Erneuerbarer Energien und zur Etablierung von Beteiligungsvorhaben. Sie können proaktiv wirken, indem sie EE-Genehmigungsverfahren beschleunigen und öffentliche Flächen zur Errichtung von EE-Anlagen ausweisen. Ebenso können sie für die Errichtung von bürgerfinanzierten EE-Anlagen auf diesen Flächen gezielte Anreize setzen und für Investoren Auflagen erteilen. Die Benennung konkreter Ansprechpartner bspw. in Umweltämtern der Stadt- oder Kreisverwaltung sowie deren Ausstattung mit entsprechenden fach- und zeitlichen Ressourcen ist ein weiterer wichtiger Unterstützungsfaktor.

Bürgerschaftliche Energie- und Klimaschutzinitiativen können ganz entscheidend gestärkt werden, wenn das politische Kerngeschäft auf die Entwicklung und Umsetzung strategischer Klimaschutzkonzepte orientiert ist und vom Gemeinde-, Stadt- oder Kreisrat entsprechende Leitbilder und Handlungsprogramme mit Beteiligungskomponenten erarbeitet und als verbindliche Beschlüsse verabschiedet werden.

Als Beispiele zu nennen sind der Kreistagsbeschluss für die Region Wendland-Elbetal aus dem Jahr 1998, der langfristig eine vollständige Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energieträger für die Region vorsieht¹⁶, sowie der Kreistagsbe-

¹⁶ Region Wendland-Elbetal: http://www.amtshof-eicklingen.de/doc/Veranstaltungen/070504_Regener.Energien/Amtshof_Eicklingen_RegionAktiv_Wendland-Elbetal.pdf

schluss für den bayrischen Landkreis Fürstenfeldbruck „Energiewende und Vollversorgung aus Erneuerbaren Energien im Landkreis Fürstenfeldbruck bis 2030“, der von bürgerschaftlicher Seite vorbereitet und im Jahr 2000 verabschiedet wurde.¹⁷

Stadtwerke/ Energieversorger

Mit der zunehmenden Förderung und Realisierung Erneuerbarer Energien rücken finanzielle Beteiligungsmodelle verstärkt auch in das Interesse von Energieversorgern. Einerseits bieten sie diesen Akteuren eine gewisse Möglichkeit für öffentlichkeitswirksames Agieren, andererseits schaffen sie ein betriebswirtschaftlich interessantes Geschäftsfeld. Insbesondere lokal bzw. regional aufgestellte Energieversorger haben mit der Schaffung finanzieller Beteiligungsmöglichkeiten die Chance, eigene Energieerzeugungskapazitäten kostengünstig auf- bzw. auszubauen. Entsprechende finanzielle Beteiligungsmodelle werden seitens der EVUs vor allem mit Hilfe von lokalen und regionalen Fonds realisiert. Beispiele hierfür bieten die Stadtwerke Bielefeld sowie die Stadtwerke Düsseldorf. Die Stadtwerke Bielefeld haben mit dem Programm „EnerBestKlima“ zusammen mit der lokalen Sparkasse erstmalig Beteiligungsmöglichkeiten für ihre Kunden geschaffen, diese können festverzinsliche Einlagen zwischen 500 und 10.000 € tätigen¹⁸. Die Stadtwerke Düsseldorf dagegen prüfen in Kooperation mit dem Umweltamt Düsseldorf die Praxistauglichkeit verschiedener Betreibermodelle an großflächigen und leistungsstarken Photovoltaikvorhaben unter Einbindung der Bürgerinnen und Bürger.¹⁹

Netzwerke / Netzwerkakteure

Die Bezeichnung Netzwerkakteure wird im Zusammenhang mit finanziellen Beteiligungsmodellen für zentrale Koordinierungsgremien für die in einer Kommunen bzw. Region tätigen Akteurszusammenschlüsse verwendet.

Durch das Engagement von Netzwerken bzw. Netzwerkakteuren erhalten EE-Vorhaben auf lokaler und regionaler Ebene sowohl bei ihrer Initiierung als auch Umsetzung eine breite Unterstützung, da diese vor allem Öffentlichkeitsarbeit leisten, Bürger motivieren und einbinden, EE-Vorhaben umsetzen und Energiestrategien auf politischer Ebene vorantreiben. Vielerorts können durch die Arbeit von Netzwerkakteuren unterschiedliche EE-Vorhaben aufgrund der geschaffenen Öffentlichkeit erst realisiert sowie Vorbehalte abgebaut und Akzeptanz gesteigert werden. Netzwerkakteure weisen dabei regionale Unterschiede auf. Je nach Schwerpunktlegung kann ihre Rolle sowohl von bürgerschaftlich orientierten regionalen Unternehmen eingenommen werden wie bspw. „Solarkomplex“ in der Bodenseeregion oder der „Ökostromgruppe Freiburg“. Sie kann aber gleichermaßen auch von öffentlichkeitswirksam agierenden Energieinitiativen, Vereinen und Agenda-Büros ausgefüllt werden. Bei letzteren ist eine administrative Verankerung auf kommunaler bzw. Landkreis-

¹⁷ Landkreis Fürstenfeldbruck: <http://www.ziel21.de/index.php?id=energiewende>

¹⁸ Stadtwerke Bielefeld: http://www.klimaktiv.de/article158_8204.html

¹⁹ Stadtwerke Düsseldorf: http://www.swdag.de/unternehmen/Energieprogramm2020/erneuerbare_energien.php

ebene ausschlaggebend. Beispiele für besonders aktive regionale EE-Netzwerkakteure, die administrativ angebunden sind und die mit starker politischer Unterstützung agieren sind das Agenda-Büro im Kreis Steinfurt²⁰ sowie ZIEL21 - Zentrum Innovative Energien im Landkreis Fürstenfeldbruck. Beide Akteure sind beim Landkreis angesiedelt und mit entsprechenden Personalstellen ausgestattet. Dies ermöglicht ein zielgerichtetes Wirken im Sinne der politisch anvisierten Energiewende in beiden Regionen.

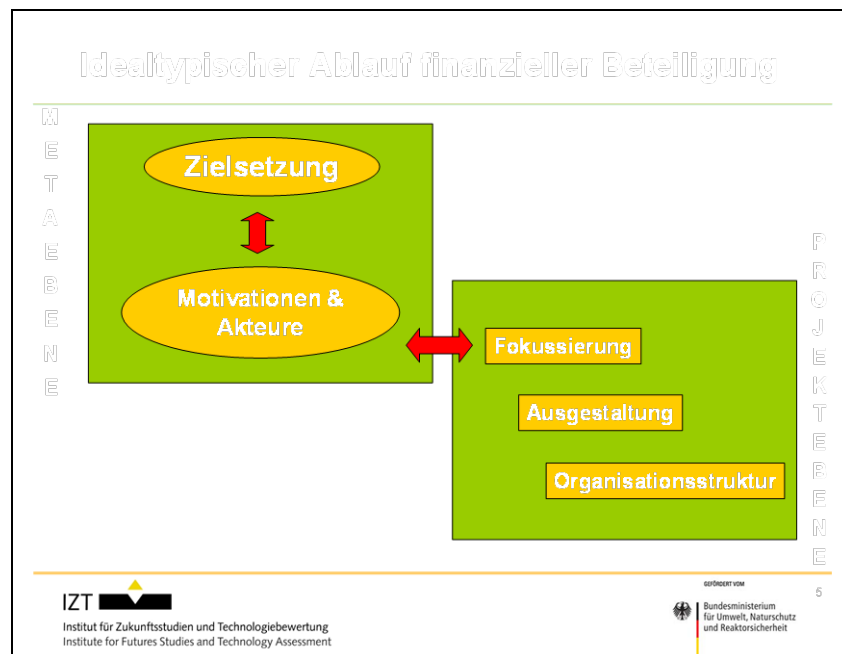
2) Was ist zu beachten? – Kriterien für die Ausgestaltung finanzieller Beteiligungen

Damit gemeinschaftliche lokal bzw. regional ausgerichtete EE-Beteiligungsvorhaben zu einer hohen Akzeptanz von erneuerbaren Energien beitragen, ist **die Qualität der jeweiligen Beteiligungsprozesse und -modelle entscheidend**.

Kernpunkte sind hierbei eine frühe **Klärung der Zielstellung** und Entwicklungsrichtung, die beinhaltet, **was** konkret realisiert werden soll und ob sich die Aktivitäten der Initiative auf eine oder mehrere Anlagen richten. Eng damit verflochten ist die Vergewärtigung der Akteursgruppen: **wer sind Initiatoren** und wer ist die **Zielgruppe** bzw. **welche Motivationen** mit Blick auf die Umsetzung haben sie. Ob eine Energieinitiative eher ehrenamtlich, kommunal oder unternehmerisch betrieben wird, hat entscheidenden Einfluss darauf, welche Expertise und Akteure notwendigerweise für die Realisierung der EE-Anlagen hinzugezogen werden müssen. An früher Stelle sollten auch **Überlegungen zu den Beteiligungsangeboten** stehen und diesbezüglich lokale und regionale Rahmenbedingungen beachtet werden. Kenngrößen sind hier unter anderem die Definition der minimalen bzw. maximalen **Einlagenhöhe, Laufzeit, Mitbestimmungsrechte und Risikoabschätzung**. **Darauf aufbauend sollten konkrete Finanzierungsprodukte**, z.B. in Form von Anteilsscheinen, Genussrechten oder regionalen Kundenfonds bestimmt und die **passende Rechtsform** gewählt werden.

²⁰ Zukunftskreis Steinfurt: <http://www.kreissteinfurt.de/C12574240047C747/html/345AC1C8BB2AA896C125742D002D10B9?opendocument&nid1=52406>

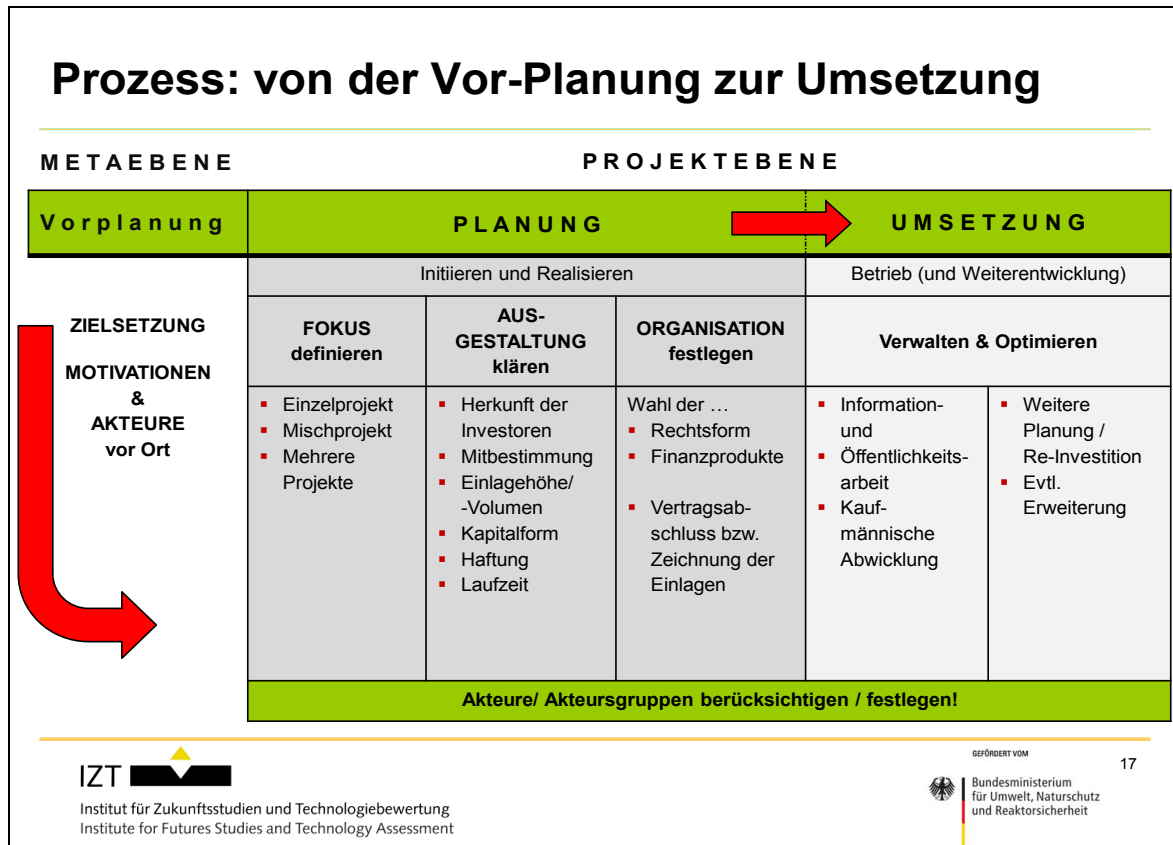
Ein idealtypischer Ablauf kann daher wie folgt aussehen:



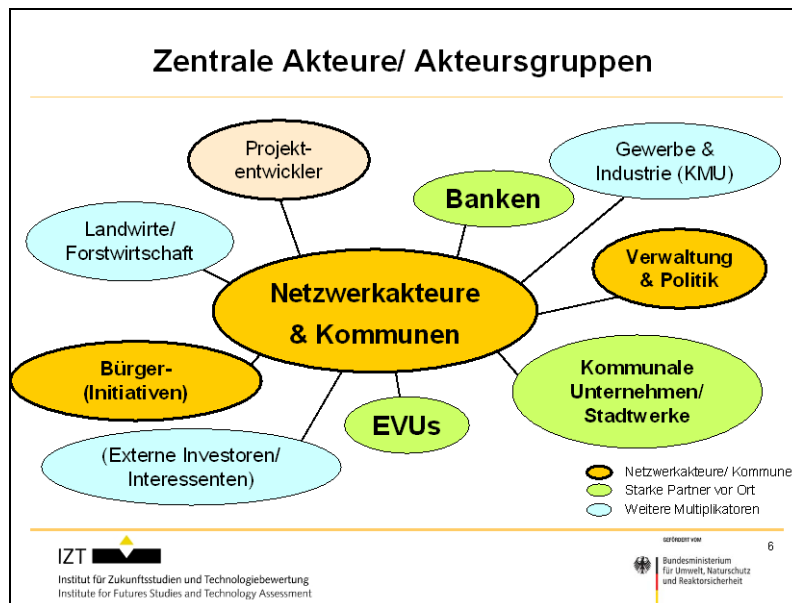
In den letzten Jahren zeichnet sich mit zunehmendem regionalen EE-Anlage(n)-Volumen auch ein **Trend zur Professionalisierung** – „von der Bürgerinitiative hin zum Bürgerunternehmen“ ab. Eine fachkundige Ausgestaltung der finanziellen Beteiligungsansätze sowie ein professionelles Projektmanagement werden aufgrund wachsender Komplexität der EE-Anlagen(parks) und entsprechender Finanzierungsmodelle zunehmend als eine wichtige Voraussetzung für deren Erfolg gesehen. Denn niemand wird in der Regel ein zweites Mal in lokale EE-Anlagen investieren, wenn aufgrund falsch dimensionierter Anlagen, fehlender Ertragsberechnungen und Potenzialabschätzungen oder intransparenter finanzieller Risiken „gutgemeinte“ und engagierte bürgerschaftliche EE-Vorhaben scheitern und damit höhere persönliche finanzielle Verluste entstehen. Hierunter würde auch die bislang breite Akzeptanz der Bevölkerung für den Ausbau Erneuerbarer Energien leiden.

Eine wesentliche Frage ist, wie ein breiter Teil der Anwohner für entsprechende EE-Vorhaben erreicht und aktiviert werden kann. Einen Vorteil haben hier Kommunen und Regionen, die über Nachhaltigkeits-, Energie- bzw. Klimaschutz-/ Klimaanpassungsstrategien verfügen und in diesem Rahmen auch eine breite Beteiligung verankert haben. Sind vor diesem Hintergrund eine Partizipationskultur und regionale Netzwerke bereits etabliert, so lassen sich Anwohner schneller für Belange gemeinschaftlich finanzierter EE-Anlagen erreichen.

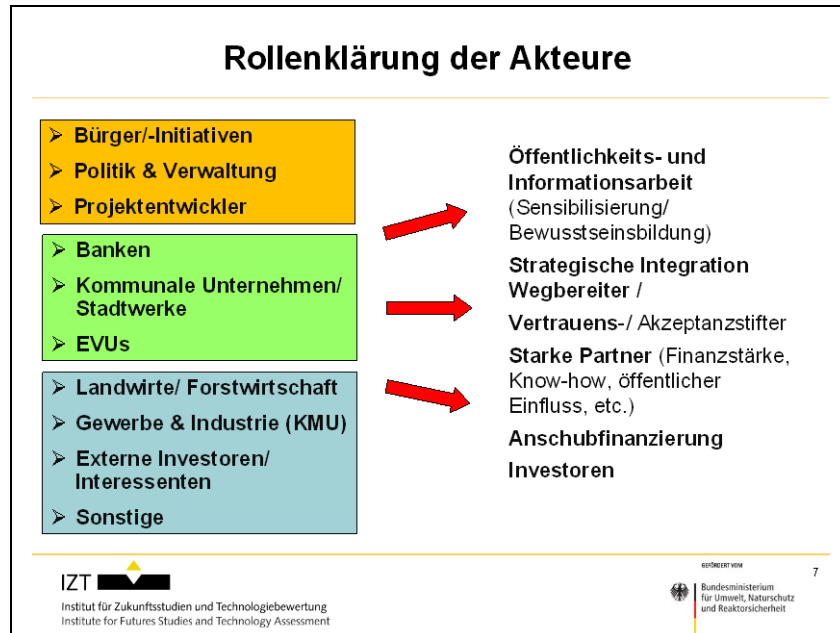
Im Folgenden werden idealtypische Schritte zur Realisierung finanzieller EE-Beteiligungsvorhaben auf lokaler und regionaler Ebene von der Vor-Planung zur Umsetzung kurz dargestellt:



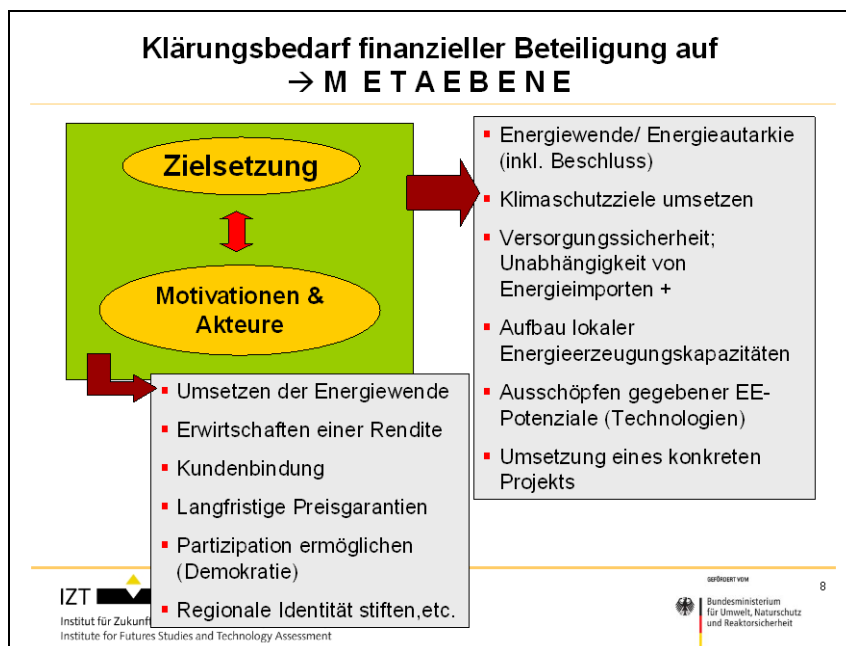
1. Klärung der Frage: Welcher Akteur bzw. welche Akteursgruppe möchte ein finanzielles Beteiligungsvorhaben initiieren?



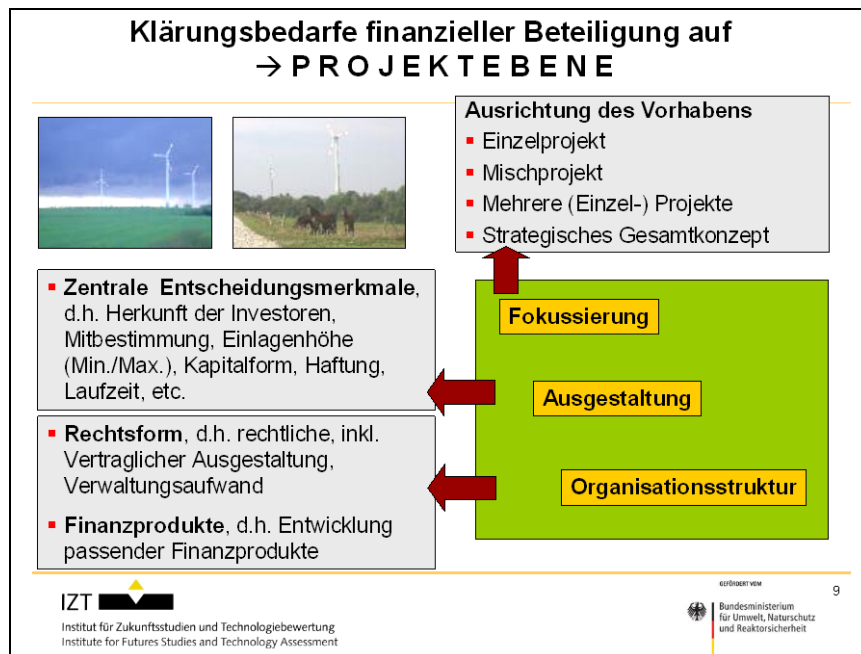
2. Rollenklärung und Rollenverteilung vornehmen: Welche Rolle hat wer speziell und warum? Wer ist Initiator, welche Unterstützer und starke Partner vor Ort sollten mit ins Boot geholt werden? Dabei sollten Verantwortlichkeiten auf Basis von Kernkompetenzen definiert werden (Know-how, Finanzkraft, Bekanntheitsgrad, Vertrauen etc.).



3. Klärung der Zielsetzung sowie der Motivation der Akteure zur Umsetzung des Beteiligungsvorhabens: Was für eine Art von EE-Vorhaben soll umgesetzt werden (Einzelprojekt, Energiewende)? Worin liegen die Motivationen/ Interessenlagen der involvierten Akteure/ Akteursgruppen?



4. Analyse der konkreten Projektebene in Abhängigkeit davon, ob ein EE-Einzelvorhaben realisiert werden soll oder über einen langen Zeitraum hinweg zahlreiche EE-Vorhaben mit finanzieller Beteiligung als Beitrag zu einem strategischen Gesamtkonzept umgesetzt werden sollen: D.h. Klärung zentraler Entscheidungsmerkmale sowie Auswahl der Finanzprodukte und Bestimmung der Rechtsform.



5. Ausgestaltung des konkreten Projektansatzes und Klärung folgender Fragen:

Sollen die Investoren allein aus der Region stammen oder ist es sinnvoll den Beteiligungsansatz auch für Anleger außerhalb der Region zu öffnen, z.B. wenn die Region/ Kommune nicht sonderlich finanzstark ist?

Ist eine umfassende Mitsprache der involvierten Akteure gewünscht oder geht es den involvierten Akteuren primär um die Einbringung finanzieller Mittel (zur Erwirtschaftung einer Rendite bzw. Garantie günstiger Energiepreise) mit einer geringen oder ohne Mitsprache, d.h. bspw. ausschließliche Gewährleistung eines Informations- und/oder Kontrollrechts?

Soll ein breiter Beteiligungsansatz ermöglicht werden, d.h. hierfür auch viele Kleinanleger mit relativ niedrigen Einzeleinlagen gewonnen werden? Oder wird eher eine schnelle und weniger verwaltungsintensive Abwicklung favorisiert und damit der Fokus auf die Realisierung von EE-Anlagen mit wenigen Anlegern und jeweils großen Einzeleinlagen gerichtet?

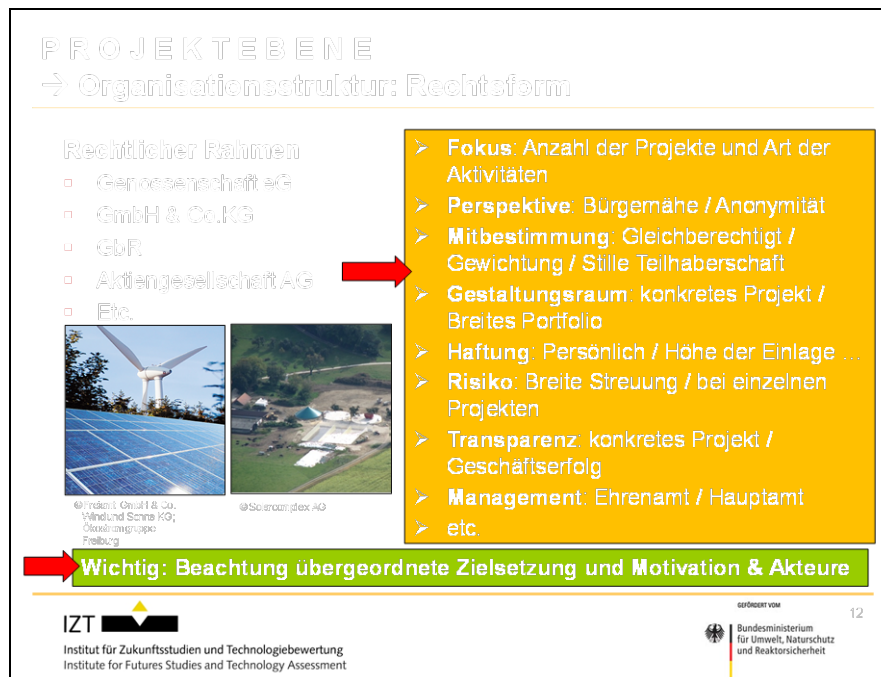


Soll ausschließlich oder möglichst viel Eigenkapital eingeworben werden oder möchten die Initiatoren zur Beschaffung zusätzlicher finanzieller Mittel auch auf Fremdkapital in Form von Darlehen zurückgreifen?

Ist es ein Hauptanliegen die Risiken für Anleger zu minimieren und dadurch die Haftung auf die Einlagehöhe zu begrenzen (unter Beachtung der entsprechenden Rechtsform)? Oder geht es darum, eine persönliche Haftung und somit eine umfassende Verantwortlichkeit der involvierten Akteure für ein EE-Vorhaben anzustreben? Soll die finanzielle Beteiligung über die gesamte EE-Anlagenlaufzeit erfolgen oder im Sinne einer breiteren Ausgestaltung in mehrere Laufzeiten (mit unterschiedlichen Renditen und Beteiligungsmöglichkeiten) gestaffelt werden?



6. Nach der Verständigung über die oben genannten zentralen Zielstellungen und Ausgestaltung der Entscheidungsmerkmale kann die **Wahl der geeigneten Rechtsform** und die Bestimmung der Finanzprodukte erfolgen.



Im Hinblick auf die **Rechtsform** sind **GbR-Modelle** beispielsweise mit hohen Risiken behaftet, da jeder Gesellschafter einer persönlichen Haftpflicht unterliegt, die sich auf sein gesamtes Vermögen erstreckt. Um Haftungsrisiken zu begrenzen, werden mittlerweile eher **GmbH & Co.KGs** zur Realisierung von EE-Beteiligungen gegründet. Beispielgebend für die Anwendung dieses Modells ist die „Ökostrom Gruppe Freiburg“, die als eine der wenigen professionellen Unternehmensgruppen in der Region Südbaden finanzielle Bürgerbeteiligungen insbesondere an Windkraft-, aber auch an Wasserkraft- und Solarstromanlagen anbietet.

Doch nicht allein die Risikominimierung ist für den Wandel der genutzten Rechtsformen ausschlaggebend. Finanzielle Beteiligungsvorhaben gehen oftmals von langjährigen EE-Initiativen aus, die Zielstellungen wie die zukünftige Vollversorgung ihrer Region mit erneuerbaren Energien oder die Ausnutzung regionaler EE-Potenziale verfolgen, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort zu generieren. Für die „Energiewende vor Ort“ orientiert man daher auf die Umsetzung zahlreicher EE-Beteiligungsvorhaben. Begrenzte personelle Ressourcen der Initiativen gebieten in der Praxis jedoch den Verwaltungsaufwand für die einzelnen Betreibergesellschaften, die unter dem Dach einer Initiative organisiert sind, auf ein beherrschbares Maß zu begrenzen. Für jede mittels einer GbR bzw. GmbH & Co.KG realisierten Bürgerwind-, Solar- oder Biogasanlage eine Jahreshauptversammlung zu veranstalten und eine singuläre Steuererklärung zu erstellen, wird mit steigender Anzahl der EE-Anlagen seitens der Organisatoren als enorm aufwändig empfunden. Eine Rechtsform die vor diesem Hintergrund seit geraumer Zeit in den Blickwinkel von Energieinitiativen rückt, ist die eingetragene **Genossenschaft (eG)**.

Seit der Novellierung des Genossenschaftsrechtes 2006 und der in diesem Zusammenhang erfolgten Vereinfachungen werden bundesweit zunehmend auch Energiegenossenschaften zur Realisierung mehrerer EE-Anlagen mit gemeinschaftlicher Finanzierung gegründet.²¹ Neben der im Vergleich zu anderen Rechtsformen einfacher zu handhabenden administrativen Seite bietet die demokratisch organisierte Genossenschaft auch ihren Mitgliedern Vorteile: Diese verfügen jeweils über einen gleichberechtigten Stimmrechtsanteil, unabhängig von der Höhe ihrer Einlage. Eine Beschränkung des finanziellen Risikos der Mitglieder auf die Höhe der Einlage ist ebenfalls möglich, muss aber explizit im eG-Vertrag verankert werden. Zur Verbreitung des Modells der Energiegenossenschaften hat auch der Genossenschaftsverband Weser-Ems beigetragen. Er entwickelte ein Gründungskonzept für Bürger-Photovoltaik-Genossenschaften mit umfangreichen Informationsunterlagen und Musterverträgen. Das Konzept kann erworben werden und ist für örtliche Volks- und Raiffeisen-Banken gedacht, die die Gründung der Genossenschaften sowie die Kommunikation übernehmen sollen.

Ein Beispiel für eine Genossenschaft ist die Energieversorgung Honigsee e.G., die eine Nahwärmeversorgung mit unmittelbarer finanzieller Beteiligung der Anwohner realisiert hat. Mit der Rechtsform der eG wurde bzgl. Stimm-, Informations- und Kontrollrecht ein stark demokratischer Beteiligungsansatz gewählt, der den Mitgliedern über kleine Einlagen und das Stimmgleichgewicht eine breite Beteiligung gewährt.



D.h. im Fall der Honigsee e.G. verfügt jeder einzelne Bürger als Genossenschaftsmitglied über denselben Stimmenanteil wie die Gemeinde. Lediglich im Fall der Auflösung der Genossenschaft hat die Gemeinde eine Sonderstellung. Konkret bedeutet dies, dass die Gemeinde, geregelt über die geleistete Abgabe einer Patronatserklä-

²¹ Rutschmann, Ines: Genossenschaften auf dem Vormarsch. In Photon 2/2009, S. 78-84

rung an das Gemeindeprüfungsamt, das Wärmenetz inklusive aller Aktiva und Passiva übernimmt. Diese Regelung hatte im Vorfeld auch den Vorteil, dass der Genossenschaft ein besseres Rating und somit bessere Kredite durch die ortsansässige Bank gewährleistet werden konnte.

Einen anderen Weg beschritt die bürgerorientierte „solarcomplex AG“ im Raum Bodensee. Gegründet im Jahre 2000 als „solarcomplex GmbH“ mit dem Ziel, den Umbau der Energieversorgung in der Bodenseeregion bis 2030 weitgehend auf Basis erneuerbarer Energien zu organisieren und dabei Anwohner und Unternehmen vor Ort maßgeblich zu beteiligen, beschlossen die Gesellschafter für 2007 die Umwandlung des Unternehmens in eine **nicht börsenorientierte Aktiengesellschaft (AG)**.

Hintergrund war für die Betreiber neben der Verringerung des administrativen Aufwandes vor allem eine Risikostreuung über einen mittlerweile beachtlich gewachsenen EE-Kraftwerkspark, bestehend aus zahlreichen Dachflächen- und Freiland-PV-Anlagen sowie Biogas- und Holzenergieanlagen und lokalen Nahwärmenetzen. Eventuell unvorhergesehene Ertragsreduktionen einer Anlage in finanzieller Hinsicht können dadurch besser mit ertragreichen Anlagen ausgeglichen und gemeinschaftlich getragen werden, ohne dass dies allein zu Lasten der Anleger einer einzigen Anlage geht.

7. Im Hinblick auf die Bestimmung der Finanzprodukte ist je nach Rechtsform und Gesellschafter-, Genossenschafts- und Aktienanteilen zwischen einem breiten Finanzportfolio zu unterscheiden, bestehend aus Geschlossene Fonds, Genussrech-



ten, Darlehen, Private Placements und Fördermitteln. Diese ermöglichen insbesondere eine zielgruppenspezifische Ansprache unterschiedlicher Akteure sowie eine Risikostreuung durch eine Diversifizierung der Angebote.

Die Auflegung eines **geschlossenen Fonds** hat den Vorteil, dass Eigenkapital mehrerer Investoren zu sammeln und für die Realisierung eines konkreten EE-Vorhabens gewinnbringend zu bündeln. Je nach Ausgestaltung können über einen geschlossenen Fonds sowohl Klein- als auch Großanleger adressiert werden, wo sonst nur institutionelle Investoren zum Zug kommen würden.

Im Vergleich zum offenen Fonds, d.h. mit nicht näher konkretisierten Projekten und einem unbestimmten Finanzbedarf, ist der geschlossene Fonds gebunden an ein klar umrissenes Investitionsobjekt mit einem definierten Investitionsvolumen und Finanzierungszeitraum. Dadurch ist auch die Anzahl der Investoren bei vollständiger Zeichnung des Eigenkapitals begrenzt, d.h. der Fonds ist geschlossen und platziert.

Eine Spezialform ist der zielgruppenspezifische geschlossene Fonds. Dieser adressiert ausschließlich auf einem vorab definierten Akteurskreis, beispielsweise die Kunden von Stadtwerken („Kundenfonds“), Bürger aus der Region oder Mieter von Wohnbaugenossenschaften.²²

Im Vergleich zum geschlossenen Fonds bedeutet für ein Unternehmen die Herausgabe von **Genussrechten** die Generierung von Liquidität in Form von zusätzlichem und flexibel verwendbarem Eigenkapital. D.h. im Vergleich zu einem Gesellschafter bei einem geschlossenen Fonds verfügt der Inhaber von Genussrechten ausschließlich über gesellschaftsrechtliche Vermögensrechte, d.h. er nimmt am Gewinn und Verlust eines Unternehmens teil, jedoch nicht über Stimm- und Kontrollrechte. Genussrechte sind somit eine unternehmerische Kapitalanlage und keine direkte Beteiligung an einem Unternehmen.

Wichtig bei der Zeichnung von Genussrechten ist die Vertrauensbasis zum herausgebenden Unternehmen sowie Plausibilität und Transparenz der geplanten Investitionen, beispielsweise durch die Darstellung der bisherigen Unternehmensentwicklung und zukünftiger positiver wirtschaftlicher Tätigkeiten.

Regional aktive Anbieter für Genussrechte sind die bereits genannte solarcomplex AG, die Windwärts GmbH und die ReEnergie Niederrhein AG.²³

Zusätzliches Eigenkapital kann auch durch eine Übertragung von finanziellen Mitteln durch Kreditinstitute, Finanzdienstleister und Privatpersonen in Form von **Darlehen** erfolgen. Der zugrundeliegende Darlehensvertrag regelt Tilgung, Verzinsung und Erfolgsbeteiligung an einem EE-Vorhaben über eine festgelegte Vertragslaufzeit. Ähnlich wie stille Gesellschafter und Genussrechtsinhaber verfügen Darlehensinhaber über keine Stimm- und Kontrollrechte, tragen aber auch keine größeren Risiken.

²² Beispiele: „EnerBest Klima“ der Stadtwerke Bielefeld in Kooperation mit der Sparkasse Bielefeld: http://www.sparkassen-schulservice.de/bw/7_nachhaltigkeit/index.php?we_objectID=4457 und http://www.stromseite.de/strom-nachrichten/bielefeld-kunden-koennen-in-erneuerbare-energien-investieren_25449.html; „KlimaGutbrief“ der Kreissparkasse Steinfurt: https://www.ksk-steinfurt.de/privatkunden/sparen_anlegen/klimagut/vorteile/index.php?IFLBSERVERID=IF@@@011@@@IF; http://saerbeck.de/city_info/webaccessibility/index.cfm?region_id=352&waid=83&design_id=0&item_id=843464&link_id=213619736&modul_id=2&record_id=34922; „Neue Energie GmbH“ der Stadtwerke Münster in Kooperation mit der Wohnungsbaugesellschaft Wohn + Stadtbau GmbH: <http://www.lifepr.de/pressemitteilungen/stadtwerke-muenster-gmbh/boxid-47542.html>

²³ Beispiele: solarcomplex AG: <http://www.solarcomplex.de/info/investieren/genussrechte.php>; Windwärts Energie GmbH: <http://www.windwaerts.de/de/geldanlage/genussrechte.html>; ReEnergie Niederrhein AG: <http://www.ren-gmbh.de>

Ein konkretes Beispiel bietet die Solverde Bürgerkraftwerke GmbH: Mit einem sogenannten "partiarischen Nachrangdarlehen" und dem Abschluss eines Solarbausteinvertrages werden Solarbausteine an einem konkreten Solarstromprojekt an interessierte Akteure vergeben.²⁴

Weitere Möglichkeit um Eigenkapital zu mobilisieren bieten sogenannte „**Private Placements**“ (Privatplatzierung) oder Direktverkäufe. Gerichtet an kapitalkräftige Einzelinvestoren, Investorengruppen oder institutionelle Anleger ist es möglich EE-Vorhaben mit einer größeren Eigenkapitalsumme, teilweise gemäß individueller Vorstellungen, zu realisieren. Durch eine übersichtliche Anzahl von Investoren und eine besonders günstige Kostenstruktur bieten sich attraktive und rentable Anlagemöglichkeiten, allerdings auch bei höheren Mindestbeteiligungen im Vergleich zum geschlossenen Fonds. Anbieter von Private Placements sind oftmals spezialisierte Projektentwicklungs- und Finanzierungsgesellschaften.²⁵

Zusätzlich ergänzen kann die Realisierung von EE-Beteiligungsvorhaben die zweckgebundene Übertragung von Eigenkapital in Form von **Fördermitteln**. Oftmals handelt es sich bei der Vergabe von Fördermitteln um Mittel des Bundes oder der Länder, teilweise aber auch um Mittel der Landkreise oder Kommunen. Neben der unentgeltlichen Bereitstellung von finanziellen Mitteln, sind hinsichtlich der Vergabe von Fördermitteln auch zinsgünstige Darlehen zu nennen.

Ein Beispiel für einen Anbieter mit einem **breiten Finanzportfolio** ist die Ökostromgruppe aus Freiburg.

PROJEKTEBENE
→ Bsp. Ökostromgruppe Freiburg

**Finanzieller Rahmen
(Finanzportfolio)**



© Ökostromgruppe Freiburg

- **Zielgruppenspezifische Angebote**
Kommanditisten zu 70-80% aus der Region (~17 KGs); Flexible Handhabung "Klein-" und Großanleger (Min./Max.-Einlage), bspw. Bürger/ Unternehmen/ Handwerksbetriebe/ Banken
- **Mitbestimmung**
Reduziert primär auf Gesellschafterversammlungen
- **Risikostreuung durch Diversifizierung**
Einsatz unterschiedliche EE-Technologien (7xWasser/ 25xWind/ 82xSonne – einzeln oder gekoppelt; bspw. Regionmix 2030) sowie Streuung der Einlagehöhen (Mindestrendite ~6%)
- **Solide Finanzierung**
Ökostromgruppe geht zunächst in Vorleistung, inkl. FK-Anteil; Refinanzierung über EEG-Vergütung
- **Professionelles Management**
Über Geschäftsführung und bewährte Zusammenarbeit mit Banken/ EVUs

➔ **Breiter Mix an zielgruppenspezifischen Finanzprodukten**

IZT

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung
Institute for Futures Studies and Technology Assessment

gefördert vom



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

16

Getragen durch ein professionelles Management bietet sie in der Region um Freiburg Finanzprodukte mit niederen oder hohen Einlagen an. Dabei handelt es sich sowohl

²⁴ Solverde Bürgerkraftwerke GmbH: http://www.solveerde-buergerkraftwerke.de/cms/front_content.php?idcat=42

²⁵ Windwärts Energie GmbH: <http://www.windwaerts.de/de/geldanlage/genussrechte.html>; Q1 Kapital GmbH: http://www.q1-capital.de/seiten/leistungen/private_placement.php

um Beteiligungen an geschlossenen Fonds als auch an Private Placements. Je nach Interessenlage und Bedarfe setzen sich diese – auch im Sinne der Risikostreuung – aus einzelnen oder aus unterschiedlichen EE-Technologien zusammen.²⁶

1.3 Beteiligung im Rahmen regionaler Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien (ZTG)

Im Folgenden werden die Ergebnisse zur Beteiligung im Rahmen regionaler Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien vorgestellt. Das Verständnis von Regionen und regionalen EE-Prozessen wurde bereits in Abschnitt II; 1.3.3 illustriert. Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse der theoretischen Vorarbeiten (Literaturrecherche zu Beteiligung, vgl. Abschnitt II; 2.1.1) dargestellt, aus denen einige Hypothesen abgeleitet wurden, die in die Konzeption und Auswertung der empirischen Teils der Untersuchung eingeflossen sind. Anschließend werden die Ergebnisse der Interviews präsentiert. Hieraus wurden Schlussfolgerungen für die Organisation und Konzeption von Beteiligungsprozessen im Rahmen regionaler EE-Aktivitäten abgeleitet.

1.3.1 Zur Bedeutung von Partizipation für die regionale Handlungsebene

Die Beteiligung von Privaten, insbesondere von Bürgerinnen und Bürgern, auf der Regionalebene war lange Zeit so gut wie kein Thema. Mit der zunehmenden Bedeutung der Regionalebene²⁷ gewann jedoch auch die Frage der BürgerInnenbeteiligung an Bedeutung. Im Zuge der Novelle des Bundesraumordnungsgesetzes (BROG) im Jahr 1998 wurde daher erstmals bestimmt, dass die Öffentlichkeit an der Aufstellung von regionalen Raumordnungsplänen (Regionalplänen) zu beteiligen ist. (Danielzyk 2005; Grotefels & Schoen 2005, 87; Zschocke 2007, 71-72) Aufgrund der generell relativ geringen rechtlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten der Regionalebene sind die Möglichkeiten bzw. Pflichten der formellen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern jedoch begrenzt. Wenn man sich mit Beteiligung auf der Regionalebene befasst, spielt daher informelle Beteiligung eine wichtige Rolle.

Anders als bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern auf der lokalen oder Stadtteilebene sind der Sinn und die Machbarkeit der BürgerInnenbeteiligung auf der Regionalebene umstritten. *Gegen* eine regionale Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wird eingewendet, dass

auf dieser Maßstabsebene die Problemstellungen zu komplex und Planungen zu langfristig angelegt seien, als dass diese von Laien erfasst und bewertet werden könnten;

²⁶ Ökostromgruppe Freiburg: <http://www.oekostrom-freiburg.de/index.php?id=52>

²⁷ Die zunehmende Bedeutung der Regionalebene wurde durch eine ganze Reihe von Entwicklungen ausgelöst und wird seit den 1990er Jahren lebhaft diskutiert; Stichworte sind Regionalisierung als Gegenbewegung oder Komplement zur Globalisierung der Wirtschaft; Dezentralisierung staatlicher Aufgaben im Zuge des Wandels des staatlichen Steuerungsverständnisses, steigender Bedarf an interkommunaler Kooperation usw.

der zu erwartende inhaltliche Nutzen einer BürgerInnenbeteiligung auf regionaler Ebene gering sei und der damit verbundene Aufwand in keinem Verhältnis dazu stehe;

BürgerInnen kaum direkt von regionalen Entscheidungen betroffen seien, die Region meist nicht der Wahrnehmungsebene der Bevölkerung entspreche und das Interesse der Menschen an der Region insgesamt relativ gering sei. (vgl. Zschocke 2007, 78; Weber & Banthien 1999, 443)

Im Selbstverständnis von EntscheidungsträgerInnen und PlanerInnen wird Beteiligung daher oft eher als Störung des technischen Prozesses denn als Bereicherung betrachtet, insbesondere dann, wenn wirtschaftliche Interessen im Spiel sind (Fürst et al. 2001; Selle 2007, 64-65). Es wird befürchtet, dass endlose Debatten über Nebensächlichkeiten geführt werden müssen, die Betroffenen unfähig oder unwillig sind, sachgemäß zwischen unterschiedlichen gemeinwohlrelevanten Aspekten abzuwägen oder ihnen das Verständnis für die wesentlichen technischen Erwägungen (Sachzwänge) fehlt (Fürst et al. 2001).

Trotz dieser Skepsis zeigen Positivbeispiele, dass eine erfolgreiche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger auch im Rahmen regionaler Prozesse möglich und sinnvoll ist. So berichten etwa Kleine-Limberg & Sellnow vom Beteiligungsverfahren im Rahmen der Regionalreform der Region Hannover, dass die hierfür angesprochenen Bürgerinnen und Bürger sehr positiv auf den Wunsch nach Beteiligung durch die Politik und die Verwaltung reagierten und davon angetan waren, befragt zu werden, auch wenn sie sich nicht sofort die Auswirkungen der Regionalreform auf ihr Lebensumfeld vorstellen konnten (Kleine-Limberg & Sellnow 1999). Auch mit Blick auf die Ergebnisse sei das Verfahren positiv zu bewerten:

„Nicht nur bei den BürgerInnen selbst, sondern auch bei den ExpertInnen war hinterher eine sehr positive Resonanz festzustellen. Die Ergebnisse der Workshops zur Regionalreform haben dazu beigetragen, dass die Diskussion um die Regionalreform versachlicht werden konnte. Gegenüber der Landesregierung wurde deutlich, dass nicht nur einzelne PolitikerInnen eine Regionalreform befürworten.“ (ebd.)

Die Befürchtungen gegenüber einer Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler Entscheidungsprozesse hätten sich keineswegs bewahrheitet. Vielmehr sei es so,

„dass auch so scheinbar ‚trockene‘ Themen, wie regionale Entwicklung, Verwaltungsreform usw. kompetent mit BürgerInnen besprochen werden können. Dabei geht das Interesse meist weit über das hinaus, was ihnen von Expertenseite zugetraut wird. Ebenso sind sie durchaus in der Lage, über ihren ‚Tellerrand‘ hinaus zu blicken. Die Befürchtung, die BürgerInnen würden allein von der Kirchturmspolitik (räumlich, inhaltlich) geleitet, wurde nicht bestätigt. Aus den verschiedenen Workshops hatten die Organisatoren unterschiedliche Ergebnisse erwartet. Konflikte zwischen dem Umland von Hannover und der Stadt Hannover erschienen vorprogrammiert. Beides trat jedoch nicht ein, sondern die Ergebnisse ergänzten sich im Wesentlichen.“ (ebd.)

Partizipation

Über die in Abschnitt II; 1.2.2 vom Projektteam gemeinsam getroffene Einigung auf die Unterscheidung der vier Beteiligungsstufen hinaus sollte bei der Untersuchung von Beteiligungsprozessen im Rahmen regionaler EE-Aktivitäten berücksichtigt werden, dass seit einigen Jahren unter dem Begriff Beteiligung neben der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen öffentlicher Akteure auch die Wohlfahrtsproduktion durch bürgerliche Akteure diskutiert wird (Selle 2007, 64; Bogumil 2001). Neben die *Entscheidungsbeteiligung* tritt die so genannte *(Dienst-)Leistungsbeteiligung*²⁸. Das Wortungetüm (Dienst-)Leistungsbeteiligung kann man schlicht mit bürgerschaftlichem Engagement übersetzen, zielt es doch darauf, „alle Formen des selbstorganisierten und –verwalteten bürgerschaftlichen Engagements“ (Bogumil 2001, 1-2) als Form von Beteiligung zu berücksichtigen. Während die klassische BürgerInnenbeteiligung im Rahmen von Planungs- und Entscheidungsphasen stattfindet, findet man die Leistungsbeteiligung von BürgerInnen im Sinne bürgerschaftlichen Engagements ganz überwiegend in Phasen der Implementation statt (ebd., 2), also bei der Umsetzung ganz konkreter Projekte und Aktivitäten. Beispiele sind etwa Vereine, die ehemals öffentliche Einrichtungen übernehmen oder Bürgerstiftungen, die Projekte und Aktionen ins Leben rufen (Selle 2000; Rösener & Selle 2005).

Um die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler Erneuerbare-Energien-Aktivitäten angemessen untersuchen zu können, ist daher zunächst noch eine Konkretisierung des Begriffes der Beteiligten und Beteiligten für die Entscheidungs- und Leistungsbeteiligung notwendig. Hierzu dient die folgende Übersicht:

Tabelle 3: Klassische Rollenverteilung im Rahmen von Entscheidungs- und Leistungsbeteiligung (Keppler 2010)

Art der Beteiligung „Klassische“ Rollenverteilung	Entscheidungsbeteiligung	Leistungsbeteiligung
	Beteiligung an politischen / gemeinwesenrelevanten Entscheidungen	Beteiligung an der Erbringung gemeinwesenrelevanter „Leistungen“ (bürgerschaftliches Engagement)
Rollen öffentlicher Akteure („Beteiligende“)	„Beteiligen“ Beteiligungsangebote im Rahmen von Entscheidungsprozessen machen und durchführen (Angebotsbeteiligung)	„Beteiligung unterstützen“ Bürgerschaftliches Engagement (Initiativen, Projekte etc.) unterstützen und fördern
Rollen von Bürgerinnen und Bürgern („Beteiligte“)	„Sich beteiligen“ Beteiligungsangebote annehmen und sich beteiligen	„Sich beteiligen“ Projekte und andere (gemeinwesenrelevante) Aktivitäten initiieren und durchführen (sich beteiligen / engagieren)

²⁸ Analog zur Differenzierung zwischen Entscheidungs- und Leistungsbeteiligung differenzieren Holtkamp & Bogumil (2007) zwischen der Auftraggeber- und der Mitgestalterrolle von Bürgerinnen im Rahmen der Erbringung öffentlicher Leistungen.

Nicht zuletzt ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass auch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von regionalen Governance-Strukturen sich nicht ohne weiteres in das klassische Beteiligungsdenken einordnen lässt. Zum einen ist das im traditionellen Beteiligungsverständnis geprägte Begriffspaar Beteiligende = Politik/Verwaltung auf der einen, Beteiligte = BürgerInnen auf der anderen Seite in einem Handlungskontext, in dem unterschiedliche Akteure gemeinsam regionale Prozesse und Entwicklungen beeinflussen (Selle 2000; Rösener & Selle 2005), immer weniger sinnvoll. Im Rahmen „neuer Regionen“, die ja einen guten Teil der „Erneuerbare-Energien-Regionen“ ausmachen (vgl. Abschnitt II; 1.3.3; Handlungsebene Region), finden sich vielfältige Rollenverteilungen bzw. können unterschiedliche Akteure als Beteiligende agieren.

Zum anderen ist die Bürgerschaft auch im Rahmen von Governance als aktive Mitgestalterin gefragt und neben der Wirtschaft der zweite potenzielle private Partner der öffentlichen Akteure (vgl. Sinning 2006, 88), geht es also nicht nur um eine Entscheidungs- sondern auch um Leistungsbeteiligung. Faktisch steht letztere sogar im Vordergrund und wird politischer Steuerung durch Formen von Regional Governance die Gefahr attestiert, bestehende Demokratiedefizite zu verstärken, da in diesem Rahmen neue Eliten entstehen können, die weder demokratisch legitimiert noch der öffentlichen Kontrolle zugänglich sind.²⁹

Um die verschiedenen praktizierten Formen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien identifizieren zu können, schien es nicht zuletzt sinnvoll, vorab die Rollen der „Beteiligten“, also derer, die Beteiligung anbieten und/oder unterstützen, für die verschiedenen Stufen der Entscheidungs- und Leistungsbeteiligung zu konkretisieren. Hierzu dient die Übersicht in Tabelle 4.

²⁹ Auch wenn sicherlich viele der auf Entscheidungsbeteiligung in Planungsprozessen bezogenen Aussagen auch für bürgerschaftliches Engagement und vermutlich mehr noch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Governance-Prozessen gelten dürften, müsste noch genauer überprüft werden, inwiefern eine Übertragbarkeit gegeben ist. Dies konnte im Rahmen des Forschungsprojekts nicht geleistet werden.

Tabelle 4: Rollen der „Beteiligten“ in den verschiedenen Stufen der Entscheidungs- und Leistungsbeteiligung (Keppler 2010)

	Entscheidungsbeteiligung ermöglichen	Leistungsbeteiligung ermöglichen und unterstützen
Eigenverantwortlich Handeln	Zulassen, dass Bürgerinnen und Bürger bzw. bürgerschaftliche Organisationen als Beteiligende agieren, etwa durch die Initiierung eines regionalen EE-Beschlusses.	Ideelle, finanzielle und/oder organisatorische oder personelle Unterstützung bürgerschaftlicher Initiativen und Projekte
Kooperieren	Gleichberechtigte Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Entscheidungsprozessen (durch Mitarbeit in Entscheidungsgremien, an Runden Tischen, in Netzwerken, Energieforen und anderen Gremien, die Entscheidungen in Bezug auf Ziele, Richtung etc. der regionalen EE-Initiative fällen) – ermöglicht die gleichberechtigte Teilhabe Betroffenen an der Entscheidungsfindung.	Mitwirkung öffentlicher Stellen im Rahmen bürgerschaftlich oder gemeinschaftlich initiiertter Projekte und Initiativen. Unterstützung durch Zusammenarbeit von BürgerInnen und politisch-administrativen / ökonomischen Akteuren im Rahmen von Projekten oder Steuerungsgremien; Fördern und Unterstützung der Mitwirkung von BürgerInnen an Steuerungs-/Lenkungsgruppen für regionaler EE-Prozesse
Konsultieren	Einholen der und Diskussion über die Meinungen und Sichtweisen von BürgerInnen; Ziel: die öffentliche Meinungs- und Entscheidungsbildung durch Meinungs- und Informationsinput qualifizieren.	Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements durch Beratung und Wissens-/Know-how-Transfer, um die Initiierung und Umsetzung von Projekten und Aktionen zu erleichtern.
Informieren	Über den Prozess und das Ergebnis der Entscheidungsfindung informieren; Einholen von Information über BürgerInnen (ohne Rückkopplung) ermöglicht Entscheidungsfindung auf einer breiteren Informationsbasis.	Bereitstellung von Information über Handlungsmöglichkeiten, Fördertöpfe, Projekte, Netzwerke, um Möglichkeiten zum Engagement zu zeigen (publik zu machen).

Ziele der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler EE-Prozesse: Welche Rolle spielt die „aktive Akzeptanz“?

Für eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern werden in der planungs- und regionalwissenschaftlichen Literatur verschiedene Argumente genannt (vgl. hierzu und zum Folgenden etwa Zschocke 2007, 75-76, 78 und 213; Stange o.J., 3; Weber & Banthien 1999, 447-448), aus denen sich auch die Ziele der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an regionalen Entscheidungsprozessen ableiten. Im Wesentlichen soll diese dazu beitragen (vgl. zum Folgenden Fürst et al. 2001; Zschocke 200, 77),

Entscheidungen zu legitimieren (demokratische Legitimation). Eine breite Beteiligung kann Entscheidungsprozesse transparent machen und Akzeptanz für regional bedeutsame Standortentscheidungen schaffen. Zudem kann Bürgerbeteiligung dem vielfach beklagten geringen Interesse an Politik entgegenwirken, indem die Distanz zwischen staatlichen Institutionen, administrativen Einrichtungen und Bürgern verringert und das Ansehen regionaler Institutionen gesteigert wird.

Verfahren und Steuerungsziele effizienter zu gestalten bzw. zu erreichen (Steuerungseffizienz). Damit ist zweierlei angesprochen: Zum einen verbessert Bürgerbeteiligung die Kommunikation und damit die Informationsflüsse zwischen den beteiligten Akteuren. Dies kann zu einer bedürfnisgerechter(en) und damit qualitativ besseren Planung führen und gleichzeitig dazu beitragen, finanzielle und personelle Ressourcen einzusparen (Verfahrenseffizienz). Zum anderen kann Partizipation zu einer schnelleren und besseren Umsetzung von Planungen, Programmen oder Projekten beitragen. Konflikte und nachfolgende gerichtliche Auseinandersetzungen können vermieden bzw. frühzeitig gelöst werden. Diejenigen, die sich beteiligt haben, werden sich seltener gegen den Plan stellen und als „Umsetzungsbeobachter“ darauf dringen, dass Vereinbarungen auch eingehalten werden.

Bürger und Bürgerinnen zu eigenverantwortlichem Handeln zu mobilisieren (emanzipatorischer Aspekt). Für die Umsetzung regionaler Ziele ist die aktive Mitwirkung der regionalen Akteure, also auch von Bürgerinnen und Bürgern, heute unverzichtbar. Zur Mitwirkung kann allerdings nur motiviert werden, wer über die Ziele mitbestimmen kann und Einblick in Entscheidungsabläufe hat. Beteiligung fördert die Identifikation und Zufriedenheit mit Planungsergebnissen und kann die Beteiligten motivieren, stärker regional zu denken, sich aktiv in die Umsetzung regionaler Pläne sowie in Aktivitäten der Regionalentwicklung zu engagieren. Außerdem kann Beteiligung dazu beitragen, die politische Handlungskompetenz und das Selbstbewusstsein von Bürgern und Bürgerinnen gegenüber Entscheidungsträgern zu stärken.

Alle drei Zielsetzungen haben etwas mit Akzeptanz zu tun, wobei die legitimatorische Funktion von Beteiligung vor allem auf die Einstellungsdimension von Akzeptanz Einfluss nimmt, die Verbesserung der Steuerungseffizienz und noch stärker die emanzipatorische Zielsetzung klar auch die Handlungsdimension betrifft, also auf die Schaffung beziehungsweise Verbesserung der „aktiven Akzeptanz“ des jeweiligen Beteiligungsgegenstandes zielt.

1.3.2 Hypothesen und Fragestellungen für die empirische Untersuchung

Aus der Analyse des Forschungs- und Diskussionsstandes zur regionalen Beteiligung wurden Hypothesen und Fragestellungen abgeleitet, die bei der Konzeption der Befragung „beteiligender“ Akteure zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler Erneuerbare-Energien-Aktivitäten berücksichtigt werden sollten. Diese werden im Folgenden ausgeführt.

Zusammenhang Beteiligung – „aktive Akzeptanz“

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass ein Zusammenhang zwischen Beteiligung im Rahmen regionaler Erneuerbare-Energien-Aktivitäten und („aktiver“) Akzeptanz / Engagement besteht, dass es aber stark von der angemessenen Gestaltung des Beteiligungsprozesses abhängt, wie sich diese auswirkt. Während „gelingende“ Beteiligung sich positiv auf die Haltung und Engagementbereitschaft auswirken kann, können negative Betei-

ligungserfahrungen im Extremfall das Gegenteil bewirken und Ablehnung, Skepsis usw. gegenüber den regionalen EE-Prozessen verstärken.

dass jede Art der BürgerInnenbeteiligung im Rahmen regionaler EE-Prozesse einer aktiven Unterstützung bedarf, auch das bürgerschaftliche Engagement. Man könnte von einer „Bringpflicht“ der Akteure bestehen, die den regionalen EE-Prozess tragen.

Im Rahmen der Befragungen sollte daher untersucht werden, inwieweit die Förderung „aktiver Akzeptanz“ ein Ziel der Beteiligten ist beziehungsweise überhaupt als mögliches Ziel wahrgenommen wurde, welche Effekte tatsächlich beobachtet werden konnten und welche Formen oder Strategien der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger die Beteiligten als erfolversprechend einschätzen.

Zustandekommen der Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen

Aus der Sichtung des wissenschaftlichen Diskussions- und Kenntnisstandes ergibt sich, dass man keineswegs selbstverständlich davon ausgehen kann, dass der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern große Bedeutung zugemessen wird, geschweige denn, dass sie umgesetzt wird. Erste Fragen sollten sich daher auf die Gründe beziehen, die das Zustandekommen oder Ausbleiben einer systematischen Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern erklären können. Mögliche Gründe gegen eine zielgerichtete Beteiligung von Bürgern und Bürgerinnen könnten sein:

Skepsis der potenziellen Beteiligten, etwa hinsichtlich der Beteiligungskompetenzen und/oder –wünschen der breiten Bevölkerung; Befürchtungen, Konflikte heraufzubeschwören oder die Erwartung, dass ohnehin keine relevanten Ergebnisse zu erwarten sind;

Fehlendes Wissen über die Bedeutung und die möglichen positiven Effekte von Beteiligung und/oder fehlendes Know-how zur Umsetzung;

Negative Vorerfahrungen mit Beteiligungsprozessen;

Mangel an finanziellen und/oder personellen Ressourcen;

Regionalen Akteursgeflechte und Interessenlagen.

Konzeption und Qualität der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Die vorhandenen Empfehlungen zeigen, dass gute Beteiligung an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden ist, deren Berücksichtigung die Erfolgsaussichten deutlich erhöht. Die Beteiligungspraxen in anderen Handlungsfeldern legen jedoch die Vermutung nahe, dass die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern selten auf einem systematisch durchdachten, prozesshaft und längerfristig angelegten Konzept, auf einer durchgeplanten Vorgehensweise beruht. Wahrscheinlicher ist, dass Beteiligung häufig punktuell ist und angesichts mangelnder zeitlicher, personeller und/oder finanzieller Ressourcen eher selten den vorhandenen Qualitätskriterien entspricht. Oft dürften auch die Schwierigkeiten und der Aufwand guter Beteiligung unterschätzt werden. Bei einer Untersuchung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien wäre es daher interessant herauszufinden, ob es ein Beteiligungskonzept gibt und ob dieses pro-

zesshaft oder punktuell angelegt ist, welchen Stellenwert die realisierte Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern hat, inwieweit die Beteiligungsstrategie personell und finanziell angemessen ausgestattet ist und inwieweit Qualitätskriterien für Beteiligung bekannt sind, aufgestellt und berücksichtigt wurden.

Die einschlägigen Empfehlungen betonen ferner, dass die Intensität, Form und Strategien der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern sollten auf die Zielsetzung sowie auf die regionalen und akteursspezifischen Gegebenheiten abgestimmt werden. Aufgrund der vorhandenen Vielfalt der regionalen Akteursstrukturen und Prozessverläufe im Bereich erneuerbare Energien sollte daher im Zuge der Auswertung der Befragungen auch reflektiert werden, inwieweit es Organisationsformen, Verfahrensweisen etc. gibt, die sich im EE-Bereich bewährt haben und die man deshalb allgemein empfehlen kann und wie allgemein oder spezifisch Empfehlungen und Kriterien zur mobilisierenden Gestaltung von Beteiligungsprozessen sein können beziehungsweise inwiefern akteursspezifisch oder für unterschiedliche Formen regionaler Steuerung / Governance differenzierte Empfehlungen möglich sind.

1.3.3 Ergebnisse der empirischen Untersuchung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchungen vorgestellt. Allgemein entstand der Eindruck, dass die regionalen Beteiligungspraxen mindestens ebenso viele Unterschiede wie Gemeinsamkeiten aufwiesen, nicht zuletzt aufgrund der unterschiedlichen Entstehungshintergründe und Organisation der regionalen EE-Prozesse wie auch der regionalen Voraussetzungen für Beteiligung. Beteiligungskonzepte, die sich auf den gesamten regionalen EE-Prozess beziehen, sind selten. Beteiligung wird häufig im Rahmen geförderter Projekte umgesetzt. Eine „Gesamtchoreografie“ im Sinne eines den gesamten EE-Prozess begleitenden Gesamtkonzepts fehlt oftmals. Das heißt nicht unbedingt, dass Beteiligung einen geringen Stellenwert hat; in einigen Regionen gibt es Einrichtungen, Vereine, Stiftungen etc., die explizit und/oder vorrangig diesem Ziel dienen. Generell fiel ferner auf, dass ein breiter Bedarf Informationen darüber besteht, „wie es denn die anderen machen“, verbunden mit der Hoffnung, auf diese Weise Ideen und Tipps für effektive Beteiligung trotz geringer Ressourcen zu holen; dieses Bedürfnis nach guten Ideen und übertragbaren Empfehlungen für gelingende Beteiligungsprozesse im Sinne eines „Rezepts“ lässt sich durch die Befragungsergebnisse nicht vollständig bedienen, da die Unterschiede zwischen den Regionen, wie eben erwähnt, sehr groß sind.

Beim Lesen der Auswertungsergebnisse ist zu berücksichtigen, dass es nicht immer möglich war, ganz klar zwischen Beteiligungsaktivitäten *in der* Region und im Rahmen des *regionalen EE-Prozesses* zu trennen, nicht zuletzt aufgrund der Vermischung dieser beiden Aspekte in der Umsetzungsphase (vgl. Abschnitt II; 1.3.3). Auch bezogen sich die Aussagen zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern teilweise auf die „breite“ Bevölkerung, teilweise auf als potenzielle „Macher“ identifizierte Personenkreise, ohne dass dies immer ausreichend differenziert wurde. Teilweise kann es auch zu Überschneidungen mit den Einfluss- und Erfolgsfaktoren des Gesamt-EE-Prozesses kommen, da nicht alle interviewten Personen hier durchgängig

differenzierten, so dass nachträglich eine bewertende Sichtung der Aussagen vorgenommen werden musste.

Institutionalisierung und Organisation von Beteiligung

Der Grad der Koordinierung und Bündelung der Beteiligungsaktivitäten ist regional unterschiedlich ausgeprägt. In einigen Regionen gibt es einen Akteur, der die Arbeit maßgeblich übernimmt (und/oder dem die Rolle des „Zuständigen“ für die BürgerInnen zugeschoben wird), teilweise arbeiten verschiedene Institutionen/Organisationen Hand in Hand. In einigen Regionen gibt es eine Organisation / Institution, die speziell mit dem Ziel gegründet wurde, den EE-Gedanken in die breite regionale Öffentlichkeit zu tragen.

Beispielsweise verfolgt Verein Ziel 21 im Landkreis Fürstentum Bruck primär Ziele der Bewusstseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf ist es die neben dem rein administrativ besetzten „Kompetenzteam“ im Landratsamt existierende Arbeitsgruppe Regioenergie, die sich mit Öffentlichkeitsarbeit befasst und an Konzepten zum Einbezug der Bevölkerung arbeitet. In wieder anderen Regionen gibt es keine regional koordinierte Beteiligungs- und Öffentlichkeitsarbeit, sondern initiieren unterschiedliche Institutionen punktuell oder im Rahmen von Förderprojekten Beteiligungsangebote.

Unterschiede ergeben sich auch daraus, dass unterschiedliche Akteursgruppen die „Beteiligten“ sind; teilweise handelt es sich um bürgerschaftliche Initiativen, die den regionalen EE-Prozess koordinieren, teilweise um heterogen zusammengesetzte Akteursgruppen oder um die Verwaltung oder von der Verwaltung mitfinanzierte Institutionen. Grob verallgemeinert, denken politisch-administrative Akteure stärker in „traditionellen“ Beteiligungsverständnissen („wir beteiligen“, etwa um Akzeptanzdefizite zu vermeiden), während es den bürgerschaftlich Initiativen stärker darum geht, Beteiligungs- oder Engagementmöglichkeiten zu schaffen und existierendes Engagement zu unterstützen.

Ein Teil der Akteure befindet sich in einer Doppelrolle: Einerseits bieten sie Beteiligung an bzw. unterstützen das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Andererseits sind sie mehr oder weniger eng assoziierter Teil des regionalen Akteursnetzwerks beziehungsweise als regionaler Akteur im Bereich erneuerbare Energien Beteiligte.

Gründe für / gegen Beteiligung

Schaut man sich die Gründe an, die aus Sicht der Befragten für oder gegen Beteiligung sprechen, ergibt sich ein breites Spektrum an Meinungen. Konsens ist, dass es notwendig und sinnvoll ist, Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen, weil diese diejenigen sind, die die im Bereich der privaten Haushalte vorhandenen Handlungsmöglichkeiten nutzen und umsetzen müssen.

Jenseits dieses Konsensus gehen die Meinungen auseinander, wobei sich die Gegenargumente zumeist gegen die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler Entscheidungs-, Zielfindungsprozesse und der Erstellung von Kon-

zepten und Planungen oder auch gegen die Beteiligung im Rahmen längerfristiger (konzeptionell arbeitender) regionaler Arbeitsgruppen richten. Idealtypisch lassen sich zwei Haltungen zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler EE- Prozesse unterscheiden.

Die erste könnte man mit „*So viel wie möglich*“ charakterisieren. Argumentiert wird hier, dass es sinnvoll und fruchtbar ist, möglichst vielfältige Beteiligungsangebote zu machen und die bürgerschaftliche Eigeninitiative und Engagementbereitschaft auf vielfältige Art und Weise zu unterstützen und zu nutzen. Es wird davon ausgegangen, dass

Bürgerinnen und Bürger vielfach ein *Interesse* und das Bedürfnis haben, sich zu beteiligen. Diese Beteiligungsbedürfnisse sind verschieden, so dass es sinnvoll ist, unterschiedliche Angebote zu machen;

Bürgerinnen und Bürger vielfältige *Kompetenzen* besitzen, die man bei der Gestaltung der Energiewende berücksichtigen und einbeziehen kann;

Bürgerinnen und Bürger nicht nur UmsetzerInnen, sondern auch *Fachleute und kreative IdeengeberInnen* sind, die ungenutzt bleiben, wenn man Visionen, Konzepte und Pläne nur mit einem begrenzten Akteurskreis diskutiert;

es wichtig ist, Prozesse gemeinsam zu gestalten und dass da Mitwirkungsangebote und -möglichkeiten die Haltung zum regionalen EE-Prozess mit beeinflussen und sich eher und mehr Akteure finden, die die Umsetzung vorantreiben, wenn bereits in der Konzept-/Planungsphase auf breite Beteiligung gesetzt wurde.

Die zweite Haltung oder Herangehensweise ans Thema Beteiligung könnte man mit „*So viel wie nötig*“ charakterisieren. Typisch hierfür ist die Aussage, Beteiligung solle man auf die Bereiche beschränken, wo es „ohne die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger nicht geht“. Primäres Ziel der Beteiligungsaktivitäten müsse und könne es daher sein, diese zu motivieren, die eigenen Handlungsmöglichkeiten (im Rahmen der privaten Haussanierung und der Einsparungsmaßnahmen) zu nutzen und damit dazu beizutragen, dass regionale Ziele und Konzepte zum Ausbau erneuerbarer Energien umgesetzt werden können. Typisch hierfür ist die Aussage einer interviewten Person, dass es darum gehe, durch Aufklärung, Information, Anreizprogramme etc. „den Bürger“ zu motivieren, „dass er entsprechend unserer Ziele sein Haus saniert.“ (7:14)

Über die Motivierung zum Handeln im Eigenheimbereich sei die Beteiligung auch dann erforderlich, wenn es um konkrete Projekte, etwa Bioenergiedörfer, kommunale Wärmenetze etc. geht, nicht zuletzt auch, weil deren Verhinderungspotenzial nicht unterschätzt werden dürfe.

Weitere Argumente richten sich vor allem gegen weitergehende Beteiligungsansätze und begründen dies mit

dem *Desinteresse von Bürgerinnen und Bürgern*. Diese hätten kein Interesse, sich an regionalen Überlegungen und Konzepten zu EE und zum Klimaschutz zu beteiligen („da kommt ohnehin niemand“) oder an regionalen Aktivitäten, Arbeitskreisen etc. mitzuarbeiten („also, hier hat noch keiner angerufen und gesagt, er will da mitarbeiten“);

fehlenden Beteiligungskompetenzen von Bürgerinnen und Bürgern: Es würden sich

vorwiegend Querulanten und Leute mit übergroßem Geltungsbedürfnis („psychisch gestörte Leute“) beteiligen; breite Beteiligung bedeute lange, fruchtlose Diskussionen; da werde nur geredet, ohne dass etwas dabei herauskomme;
der *Effektivität und Effizienz von Beteiligungsaktivitäten*: Die breite Bevölkerung stärke einzubeziehen, sei einfach nicht leistbar. Fruchtbare Ideen seien nur von semiprofessionell mit dem Thema befassten Personen aus Vereinen und Initiativen zu erwarten. Beteiligen sollte man besser die, die was bewegen können, die Entscheidungskompetenzen und Einfluss auf die Umsetzung haben (EntscheidungsträgerInnen, Unternehmen).

Die Beteiligungsbemühungen konzentrieren sich dem entsprechend auf die Information regionaler Konzepte etc. und Beratungsangebote. Weitergehende Beteiligungsangebote werden, wenn überhaupt, dann für organisierte Bürgerschaft (Vereine, Initiativen) gemacht.

Wie Beteiligung bewertet wird, hängt unter anderem von Vorerfahrungen der jeweiligen beteiligenden Akteure ab, wie sie etwa im Rahmen von LA 21-Prozessen gemacht wurden. Auffallend sind in diesem Zusammenhang auch die sehr unterschiedlichen Menschenbilder, die in den Äußerungen der Befragten zutage treten. Diese reichen von einer eher positiven Haltung gegenüber der Beteiligungs- und Engagementbereitschaft in der breiten Bevölkerung („Die wollen ja“; „Es hat sich in den letzten Jahren viel getan.“) auf der einen bis hin zu einem sehr pessimistischen Bild von Bürgerinnen und Bürgern als inkompetent und nur auf den eigenen Vorteil bezogen Handelnde („Jeder kümmert sich nur um sich“; „Die haben doch keine Ahnung“ Finger). Interessanterweise wurden unvermeidbare „Begleiterscheinungen“ breiter Beteiligung, etwa der deutlich höhere zeitliche Aufwand oder auch das Mitmischen von „Querulanten“, zwar öfters genannt, aber von den einzelnen Personen sehr unterschiedlich bewertet. Jene Akteure, die dennoch für eine breite Beteiligung eintraten, argumentierten:

„Wenn man mit Menschen arbeitet, muss man sich darauf einlassen und es akzeptieren, dass es ‚menschelt‘, also, dass immer auch Leute dabei sind, die dominieren, andere, sie sehr zurückhaltend sind, dass es Konflikte gibt, der eine oder andere auch mal weg bleibt. Das muss gelenkt werden.“

„Also, es ist schon aufwändiger, aber vom Ergebnis her und insbesondere vom Prozess her lohnt es den Aufwand.“

Ziele

Welche Ziele verfolgen die „Beteiligten“ mit ihren Beteiligungsangeboten und -aktivitäten im Einzelnen? Als übergeordnetes Ziel wird häufig formuliert, durch die Beteiligungsarbeit möglichst viele Menschen zu mobilisieren und hierüber die regionalen Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien umsetzen zu können. Insofern ist Beteiligung „Mittel zum Zweck“, wie einer der Befragten es ausdrückte, in deren Mittelpunkt die Schaffung „aktiver Akzeptanz“ steht. Mittels der verschiedenen Beteiligungsangebote sollen im Einzelnen folgende Teilziele erreicht werden:

Allgemeine Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung

Insbesondere durch eine breit angelegte Informationsvermittlung und Kampagnen soll eine allgemeine Sensibilisierung von Leuten für das Thema erneuerbare Energien und Klimaschutz, für ihre Handlungsmöglichkeiten wie auch für die Folgen ihres Tuns oder Nichttuns erreicht werden.

Akzeptanzschaffung für Planungen und Konzepte

Verschiedene Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen, die über die Ziele und Aktivitäten im Energiebereich informieren, sollen es ermöglichen

„die Bürger auch entsprechend mitzunehmen und Akzeptanz zu schaffen bei den Bürgern“.

Dieses Ziel steht auch im Vordergrund der Bürgerbeteiligung im Rahmen formeller Planungsprozesse. Eine der befragten Personen formulierte dies so, dass es darum gehe, Diskussionen zu versachlichen.

Mobilisierung zur Umsetzung individueller Handlungsmöglichkeiten

Zur Umsetzung ihrer individuellen Handlungsmöglichkeiten, insbesondere im privaten Lebensumfeld sollen Menschen mobilisiert und motiviert werden über die Ansprache vorhandener Engagement- und Beteiligungsinteressen, etwa durch konkrete Handlungsangebote („wir versuchen, es ihnen möglichst einfach zu machen“)

„Vertrauensbildung“, etwa über Kontakt zu bereits erfolgreich umgesetzten größeren und kleineren Projekten in und außerhalb der Region
die Ansprache finanzieller Interessen, etwa durch finanzielle Beteiligungsangebote oder durchs Aufzeigen von Möglichkeiten der Kosteneinsparung
politische Aufklärung und Meinungsbildung, die an die Einflussmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern als Wählerinnen und Wähler gerichtet sind („Das sind ja auch alles Wähler“).

Gewinnung von Ideen, Erleichterung der Umsetzung von regionalen EE-Konzepten

Im Entstehungsprozess von Energie-/Klimaschutzkonzepten soll die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern es ermöglichen, deren Know-how einzubeziehen, vielfältige Ideen zu generieren und einzubeziehen („viele Menschen, viele gute Ideen“) und möglichst viele Meinungen frühzeitig zu berücksichtigen und „durchaus kontrovers“ zu diskutieren.

„Wir haben gesagt, das ist eine Frage der Akzeptanz. Je mehr man die Beteiligten vor Ort gleich mit einbezieht in diesen Prozess und die auch involviert waren, um so einfacher hat man es nachher, dieses Geschichten einzuführen und umzusetzen, weil die ja schon von vornherein beteiligt waren an diesem Prozess.“

Beteiligungsaktivitäten

Die Ergebnisse zeigen, dass das Aktivitätsspektrum der beteiligenden Akteure vielfältige eigene Beteiligungsangebote und die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements umfasst. Darüber hinaus stellt die Initiierung und Unterstützung der Beteiligungsbemühungen und –angebote Dritter/anderer Akteure der Region ein weiteres wichtiges Betätigungsfeld dar.

Konzeption und Umsetzung von eigenen Beteiligungsangeboten in der Region und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements

Die praktischen Aktivitäten zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler Erneuerbare Energien-Prozesse sind sehr unterschiedlich. Schwerpunkte bilden Aktivitäten, die

- Bürgerinnen und Bürger über die Aktivitäten, Projekte und Erfolge in der Region im Bereich erneuerbare Energien informieren, sowohl über regionale Prozesse im Bereich EE als auch über deren eigene Handlungsmöglichkeiten, und
- es Bürgerinnen und Bürgern erleichtern bzw. ermöglichen sollen, ihre Handlungsmöglichkeiten im Bereich EE zu erkennen und zu nutzen.

Sehr gering bzw. von Region zu Region sehr unterschiedlich ausgeprägt sind Aktivitäten, die eine aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

- im Sinne von Mitarbeit in (Steuerungs-/Koordinierungs-) Gremien und Arbeitsgruppen / Netzwerken (Kooperation) oder
- im Sinne der Mitsprache bei politisch-konzeptionellen Aktivitäten und Entscheidungen (Mitsprache bei regionalen Energie- oder Klimaschutzkonzepten) erlauben oder fördern.

„Klassische“ politisch-planerische Beteiligung im Sinne von „Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger an politischen und planerischen Entscheidungsprozessen spielt also eine eher untergeordnete Rolle.

Durch vielfältige *Informationsangebote* sollen in den Regionen unterschiedliche Ziele erreicht werden. Sie dienen dazu, das allgemeine Bewusstsein über die Bedeutung erneuerbarer Energien und des Klimaschutzes zu verbessern, Aufmerksamkeit für die regionalen EE-Aktivitäten zu wecken, über die regionalen Ziele, Projekte und Aktivitäten im Bereich erneuerbare Energien, Klimaschutz und Energieeinsparung zu informieren. Die Aktivitäten im Bereich „*Informieren*“ (unterste Beteiligungsstufe) umfassen zunächst einmal die gesamte Palette der Öffentlichkeitsarbeit & PR. Im Rahmen von Internetauftritten (Websites) werden die regionalen Initiativen, Aktivitäten und Kampagnen, dargestellt, sind Informationen zu aktuellen Themen und Ereignissen, Kontakten, Terminen nachzulesen. Regelmäßig erscheinende *Veröffentlichungen* (*Energieberichte, Energiezeitungen, Newsletter*) informieren in verschiedenen Regionen über den Stand der Dinge und aktuelle Entwicklungen und Projekte in der Region im Bereich EE berichten, über Projekte, Aktivitäten, Geplantes, AnsprechpartnerInnen informieren etc. und an alle Haushalte der Region verteilt werden. Breit angelegte (*Informations-*)*Kampagnen* sollen vor allem eine Breitenwirkung erzielen und das Thema wie auch die regionalen Erneuerbare Energien-Aktivitäten in der Re-

gion bekannt machen und/oder für Engagementmöglichkeiten (Heizungsumstellung etc.) werben. Mehr oder weniger zum Standard der breiten Informations- und Öffentlichkeitsarbeit gehören auch Vorträge die *Organisation von Workshops, Fachveranstaltungen*, teilweise auch *Ausstellungen* oder *Regionalmessen*. Die angebotenen *Informations- und Diskussionsveranstaltungen* umfassen ein breites Themenspektrum, von erneuerbaren Energien, Klimawandel und –schutz allgemein über in der Region geplanten Aktivitäten im Bereich erneuerbare Energien bis hin zu spezielleren Themen wie Haussanierung oder finanziellen Beteiligungsangeboten /-möglichkeiten in der Region. Vielerorts werden *Besuchstouren/Besichtigungen* organisiert, die allerdings nur teilweise allen Interessierten, teilweise aber auch explizit nur EntscheidungsträgerInnen offenstehen. *Öffentlichkeitswirksame Aktionen*, die teilweise spontan oder aus der Initiative Einzelner heraus entstehen, bringen das Thema erneuerbare Energien in unterschiedlichster Art und Weise, immer aber mit engem regionalem Bezug, auf die Tagesordnung, mal eines größeren, mal eines kleineren Adressatenkreises.

Vielerorts werden *Schulprojekte* angeboten, bei denen engagierte Personen meist ehrenamtlich Unterrichtseinheiten gestalten, im Rahmen von Projektwochen Angebote machen oder auch Wettbewerbe zwischen den Schulen einer Region initiiert werden. Und nicht zuletzt wird auch von regionalen Akteuren viel Zeit und Energie in *individuelle Beratungs- und Überzeugungsarbeit* gesteckt.

Aktivitäten, die es interessierten Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen sollen, ihre Meinung *einzubringen* und/oder *an Entscheidungen mitzuwirken* (Beteiligungsstufen zwei und drei), werden, wie bereits erwähnt, nicht in allen Regionen angeboten. Mitwirkung im Rahmen von Planungs- und Entscheidungsprozessen findet also nur teilweise auch über das rechtlich Vorgeschriebene Maß im Rahmen formeller Beteiligung im Regionalplanverfahren statt (Planauslegung, Stellungnahme und Erörterungen). Teilweise hat beziehungsweise hatte die breite Bevölkerung zumindest generell die Möglichkeit, sich einzubringen, teilweise wurde diese Möglichkeit explizit und bewusst nur VertreterInnen von Vereinen etc. und/oder Einzelpersonen, deren Fachkompetenz bekannt war, angeboten. Nicht immer ging aus den Interviews klar hervor, ob es sich um Möglichkeit zum Einbringen von Meinungen oder um Mitentscheidungsmöglichkeiten handelte, teilweise war auch unklar, inwiefern die Ergebnisse berücksichtigt werden würden, so dass diese beiden „Beteiligungsstufen“ zusammenbetrachtet werden. In einigen Regionen haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, im Rahmen informeller Beteiligung etwa bei der *Erstellung regionaler Energie-, Entwicklungs- oder Klimaschutzkonzepte* oder bei der *Erarbeitung von Rahmenkonzepten*, in denen Projekte und Aktivitäten entwickelt werden, ihre Meinung und/oder Ideen einzubringen. Teilweise ist eine solche informelle Beteiligung notwendig (wenn auch nicht gesetzlich vorgeschrieben), um Förderkriterien zu erfüllen, etwa wenn es sich um Aktivitäten im Rahmen von Leader oder geförderten Klimaschutzkonzepten handelt. Praktisch findet diese Art von Beteiligung etwa im Rahmen von Zukunftswerkstätten, gemeinsamen Diskussionsveranstaltungen, Workshops und ähnlichen Formaten statt. Hierbei kann es sich um einzelne oder auch mehrere aufeinander folgende oder in unterschiedlichen Teilregionen durchgeführte Verans-

taltungen handeln. Teilweise werden Konzepte und Planungen auch durch (thematische) Arbeitsgruppen mit vorbereitet oder begleitet, die manchmal den beruflichen Expertinnen und Experten vorbehalten sind, teilweise Vertreterinnen und Vertreter aus Vereinen und Initiativen einbeziehen, teilweise aber auch für alle interessierten Personen offen sind. Vereinzelt werden Formate wie Zukunftswerkstätten und -konferenzen, Diskussionsveranstaltungen oder Workshops auch gezielt zur *gemeinsamen Ideenentwicklung* genutzt, etwa zur Ausarbeitung neuer, zukünftig zu bearbeitender Schwerpunktthemen oder Projektideen. In *dauerhafte(re)n Arbeitsstrukturen*, wie sie zur Umsetzung einzelner (Förder-)Konzepte (Projekte) oder im Rahmen der dauerhafteren regionalen Erneuerbare-Energien-Strukturen (Koordinierungsgremien o. Ä.), können Bürgerinnen und Bürger ebenfalls je nach Region in unterschiedlichem Maße partizipieren. Teilweise sind diese Strukturen zumindest prinzipiell offen, teilweise wird aber auch davon ausgegangen, dass hier nur ausgewiesene „Fachleute“ teilnehmen sollten, um die Arbeit möglichst effektiv zu halten. Vielfach gibt es dauerhaft arbeitende thematische Fachbereiche/Arbeitsgruppen, die kontinuierlich an Themen arbeiten und für alle Interessierten offen sind.

Im Rahmen der *Förderung und Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements* geht es darum, Möglichkeiten aufzuzeigen und anzubieten, wie interessierte Personen ihre Engagementbereitschaft umsetzen können, indem Beteiligungsmöglichkeiten bekannt gemacht und das Wissen und Know-how zum Handeln vermittelt wird, und aus der Bevölkerung heraus entstehende Initiativen und Projekte zu unterstützen. Eine wichtige Rolle spielt in den untersuchten Regionen die *Unterstützung individuellen Handelns durch eine breite Palette an Informations- und Beratungsangeboten*, die nach Einschätzung von Akteuren oft nicht ausreichen, da der Bedarf immer noch größer ist. Zu den Informationsangeboten gehören beispielsweise die Betreuung von „Dachbörsen“ oder die Förderung Unterstützung von Internetplattformen, die Kontakte zu den Besitzern und Besitzerinnen bereits installierter privater EE-Anlagen und damit Interessierten die Möglichkeit bieten, sich mit diesen auszutauschen, oder auch Firmenbörsen mit Angeboten regionaler Handwerker. Eine wichtige Rolle spielt – auch vom zeitlichen Umfang her – die *Beratung von Bürgerinnen und Bürgern*, die etwa auf dem privaten Eigenheim eine Anlage installieren wollen.

„Wir erklären denen auch, was heißt das, die Klimaschutzziele der Bundesregierung? Was heißt das für eine Region, was heißt das konkret für eine Kommune, bezogen auf den Einzelnen? [...] Selbst wir als Experten haben Probleme, in diesem Fördermitteldschungel durchzublicken. Eine Transparenz für den Endverbraucher ist ja gar nicht mehr gegeben. Und das das Hauptproblem, das wir damit erzeugt haben ist eigentlich, wenn ich nichts tue, mach ich erstmal nichts falsch.“

Teilweise wird eine kostenlose Energie-(Erst-)beratung angeboten, teilweise werden Kontakte zu Energieberaterinnen und Energieberatern in der Region vermittelt und für Energieberatungsangebote für zu Hause geworben. Über Kooperationen mit Gemeinden oder auch Banken werden unterschiedliche Beratungskonzepte realisiert. Zu den Beratungs- und Informationsangeboten gehören aber auch Bildungs- und Weiterbildungsangebote für bestimmte Zielgruppen. Ein ebenso wichtiges Handlungsfeld wie Information und Beratung bildet in manchen Regionen die Unterstüt-

zung des selbstorganisierten Austauschs von Bürgerinnen und Bürger (unabhängig von der Verwaltung etc.), beispielsweise durch die *Organisation und Moderation von Facharbeitsgruppen*. Nicht zuletzt unterstützen und fördern regionale EE-Akteure die Engagementbereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, indem sie *konkrete Handlungsmöglichkeiten schaffen und anbieten*. Hierzu gehört unter anderem die Initiierung und Unterstützung von finanziellen Beteiligungsprojekten („Bürgeranlagen“). Neben Informationen werden Initiativen, die Bürgerprojekte realisieren wollen, organisatorisch, durch fachliches Know-how, durch Überzeugungsarbeit und vereinzelt (wenn der Prozess durch Politik und Administration getragen oder unterstützt wird) auch finanziell, etwa durch die Mitfinanzierung einer Machbarkeitsstudie. Einige regionale Initiativen schaffen selber finanzielle Beteiligungsangebote in der Region und bieten diese an. Im weiteren Sinne gehört auch die *Förderung beruflicher Teilhabe* zur Beteiligungsarbeit. Beispiele sind die Beteiligung an der Initiierung einer regionalen Berufsoffensive für junge Menschen, eigene Aus- und Weiterbildungsangebote oder deren Vermittlung. In einer Region wurden auch gezielt Langzeitarbeitslose über 1€-Jobs in die Arbeit im Bereich erneuerbare Energien eingebunden mit dem Ziel, über eine intensive Betreuung deren Interesse für die Thematik zu gewinnen und ihnen Perspektiven aufzuzeigen und zu eröffnen. Gerade in Regionen mit einer hohen Erwerbslosenquote und einem Mangel an beruflichen Perspektiven könnten Initiativen/Versuche, Menschen über die Schaffung beruflicher Teilhabemöglichkeiten mit dem Thema in Berührung zu bringen, wesentlich wichtiger sein als reine Informationsangebote. Vereinzelt ergänzen *finanzielle Anreizprogramme*, die vorhandene Bundes- oder Landesförderungen unterstützen oder ergänzen, das bürgerschaftliche Engagement.

Gerade bürgerschaftlich organisierte und aus der Bürgerschaft heraus („bottom up“) entstandene EE-Initiativen bieten vielen Menschen konkrete Engagementmöglichkeiten. Im Rahmen von Vereinen, Stiftungen, Initiativen etc. bietet sich Bürgerinnen und Bürgern ein breites Spektrum an Möglichkeiten, sich zu beteiligen, aktiv zu werden, das teilweise auch bewusst unterstützt und gefördert wird. Zwar ist es einerseits so, dass ehrenamtliches Engagement hier auch die Basis der Arbeit überhaupt darstellt; viele Vereine, Initiativen etc. ohne diese überhaupt nicht existieren würden. Gleichzeitig eröffnen diese Arbeitsstrukturen aber vielfältige Möglichkeiten für individuelle Aktivitäten und Engagement je nach den persönlichen Interessen, Kompetenzen und Zielen derer, die sich engagieren möchten. Das reicht von der organisatorischen oder inhaltlichen Vorbereitung und Durchführung von Workshops, Veranstaltungen über das Anbieten von Führungen anbieten, die Betreuung von Informationsständen, die Begleitung von Projekten, den Aufbau und die Pflege von Kontakten Kooperationspartnern für bestimmte Aktionen und die Gewinnung von Anzeigenpartnern bis hin zur Betreuung des Internetauftritts. Sie bieten also auch denjenigen, die nicht mit Fachkompetenz aufwarten können, Möglichkeiten, sich – je nach Motivation – sich zusammen mit anderen Menschen für eine gute Sache, für den Umweltschutz etc. zu engagieren und/oder das eigene Können, die eigene Zeit in den Dienst einer guten Sache zu stellen. Teilweise spiegelt sich die Beteiligungsorientierung auch in den internen Arbeitsweisen wider, etwa, indem interne treffen

oder Veranstaltungen/Foren mit allen Ehrenamtlichen organisiert werden, die dazu dienen, gemeinsam Projektideen und neue Projekte zu entwickeln.

Unterstützung von Akteuren, die ihrerseits Beteiligung initiieren, unterstützen und fördern

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass das Aktivitätsspektrum dieser (der beteiligten) Akteure nicht nur eigene Beteiligungsangebote umfasst. Vielmehr stellt die Unterstützung von Akteuren, die ihrerseits Beteiligung initiieren, unterstützen und fördern in manchen Fällen ein zweites sehr wichtiges Betätigungsfeld dar. Verschiedentlich werden Kommunen bei der Konzeption und Organisation von Beteiligung im Rahmen kommunaler Energiekonzepte beraten und fachlich unterstützt, sei es durch die Bereitstellung von Information, sei es, indem fachliche und organisatorische Kompetenzen und praktische Unterstützung zur Verfügung gestellt werden. Teilweise wirken die regionalen Akteure auch aktiv darauf hin, dass der Beteiligungsaspekt hier angemessen berücksichtigt wird, leisten Überzeugungs- und Motivierungsarbeit. Vielfach wird auch mit Lehrerinnen und Lehrern zusammengearbeitet, sei es durch konkrete Unterstützung durch Beratung/Zusammenarbeit im Rahmen von Projektwochen, Schulprojekten oder der Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien, sei es, dass Arbeits-/Unterrichtsmaterial erarbeitet wurde, das kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Beteiligungseffekte

Erfolgsmessungen von Beteiligungsangeboten gibt es kaum. Dies wurde auch verschiedentlich beklagt. Es würden bisher einfach die Möglichkeiten fehlen, die Erfolge konkret zu messen. Insbesondere die Messung von Bewusstseins-effekten sei kaum möglich. Stattdessen können nur einzelne konkrete Erfolge gezählt werden. Man könne natürlich die Zahl der Anlagen ermitteln, aber

„was sich so in den privaten Haushalten tut, das ist für uns dann schon eher ein Rätsel“

Allerdings werden auch einfacher zu erhebende Zahlen wie etwa die Anzahl derer, die sich an einzelnen Angeboten beteiligen beziehungsweise diese in Anspruch nehmen, werden nicht oder nur punktuell erhoben.

Dennoch werden die Akzeptanzeffekte der Beteiligungsaktivitäten durchweg positiv eingeschätzt. Typisch hierfür sind Aussagen wie, die Akzeptanz für das Thema sei in allen Gruppen der Bevölkerung erhöht worden, sei „geschätzt massiv“.

Einzelne Regionen, in denen der Zubau an EE-Anlagen ermittelt wurde, stellten fest, dass dieser jeweils deutlich überdurchschnittlich war. So lagen die Zuwachsraten der privaten Solaranlagen, in einer Region, in der zwischen 2001 und 2006 der Bereich Solarenergie intensiv bearbeitet wurde, deutlich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt.

„Und das ist im Faktor 1:2, also wir haben ungefähr die doppelten Zuwachsraten wie durchschnittlich in anderen Regionen. Unter www.solaratlas.de kann man genau sehen, wie viele Installationen durchgeführt werden im solarthermischen Bereich, und die PV-Leistung lassen wir uns einmal jährlich über die Energieversorger geben, um eben

zu sehen, wie groß ist der Zuwachs in der Region. Die bundes- und landesweiten Daten werden ja veröffentlicht, die kann man ins Verhältnis zueinander stellen. Und daran ist für uns ablesbar, dass das ein Faktor ist, dass das ein Gedanke ist, der in der Bevölkerung wirklich auch angekommen ist und umgesetzt wird *und* natürlich auch dazu führt, dass das Geld für diese Dinge auch hier ausgegeben wird, also auch ein Stück Wirtschaftsförderung, aber eben auch ein Stück Regionalentwicklung für unseren Raum.“

Sichtbare positive Effekte einer breiten Beteiligungsarbeit seien etwa, dass sich der Kreis derer verbreitert, die sich engagieren. Durch die positive Resonanz wie auch durch erfolgreiche Aktionen und Projekte entstehe insgesamt eine größere Offenheit gegenüber dem Thema, was weitere Projekte ermögliche und vereinfache. Außerdem würden die positive Resonanz und die in die Region hinein kommunizierten Erfolge etwa des ehrenamtlichen Engagements politischen Druck aufbauen, würden andere Akteure unter Zugzwang gesetzt, auch Unternehmen oder Stadtwerke.

„Also, da hat sich schon unglaublich was getan, weil die Bevölkerung dann auch nachfragt und sagt, das wollen wir auch.“

Benennbar sind auch Erfolge aus finanziellen Beteiligungsangeboten, durch die in verschiedenen Regionen jeweils mehrere hundert Gesellschafter gewonnen werden konnten. Das Spektrum der Investoren reicht von Einzelpersonen über Unternehmer und Kommunalpolitiker bis hin zu Landwirten. Nicht messbar sind auch hier die Effekte auf die Bewusstseinsbildung:

„Also, über die Möglichkeit einer finanziellen Beteiligung, die automatisch dann auch im Kopf was auslöst, dieser kleine Betrag, aber gleichzeitig schauen die Leute, scheint heute die Sonne, sie kriegen auch mit, wie viel Fläche man braucht, um Energie zu erzeugen, das heißt, die ist nicht mehr zu so verschwenden, wenn man das mal verstanden hat.“

Akteure aus Regionen, in denen auch bei der Erstellung von Konzepten eine breite Beteiligung angeboten wurde, berichten, dass die Beteiligungsbereitschaft in der Umsetzungsphase deutlich höher sei, wenn die Leute wissen, woher die Ideen stammen und sehen, dass die Ideen etwa einer bestimmten Gruppe tatsächlich aufgegriffen wurden.

"eine deutlich höhere Akzeptanz in der Bevölkerung, auch der Beteiligungsprozess in der Umsetzungsphase, wenn es also jetzt um bestimmte Projekte geht, wo wir genau wissen, das kommt aus der Region oder das kommt von den Leuten oder von der Interessengruppe, dass man genau weiß, wir haben es jetzt mit aufgenommen, wir sind auch gerne bereit, eben aus dem Budget bestimmte Mittel zur Verfügung zu stellen [...] Mir ist dieser Weg, ich hab ja auch immer den Vergleich so ein bisschen zur Nachbarregion, eigentlich in allen Bereichen deutlich positiver vorgekommen, als wenn ich also von oben nur ein paar Leute aussuche und sage, so, mit euch will ich jetzt etwas erarbeiten.“

Faktoren, die Erfolg der Beteiligungsarbeit fördern oder hemmen

Auf die Fragen nach den Bedingungen, die die Organisation und den Erfolg von Beteiligung fördern oder hemmen, berichteten die Befragten schwerpunktmäßig von

Aspekten, die die Organisation von Beteiligung, die Bedingungen, unter denen sie organisiert wird, erschweren oder erleichtern (A). Aussagen über Faktoren, die die Wirksamkeit der Angebote beeinflussen, waren seltener. Zu diesen gehören zum einen Aspekte, die sich auf die Gestaltung der Beteiligungsangebote beziehen (B), zum anderen wurden Ausgangs- oder Rahmenbedingungen genannt, die die Beteiligten nicht direkt beeinflussen können, die aber zumindest teilweise bei der Gestaltung der Angebote berücksichtigt werden sollten (C).

A Bedingungen, unter denen Beteiligung organisiert wird

Zusammenarbeit mit anderen regionalen Akteuren

Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Einrichtungen, Akteuren, die in den Regionen aktiv sind, ist eine wichtige Basis für die Beteiligungsangebote. Eine erfolgreiche Kooperation mit anderen Akteuren und Einrichtungen der Region (und darüber hinaus) erleichtert es zum einen, qualitativ hochwertige Angebote zu realisieren (trotz begrenzter personeller Kapazitäten), zum anderen trägt sie dazu bei, dass die Beteiligungsangebote Zielgruppen erreicht werden, die man sonst mit dem Thema erneuerbare Energien/Klimaschutz überhaupt nicht erreichen würde, trägt also zur Bekanntheit der Angebote wie auch der regionalen EE-Aktivitäten insgesamt bei. In den untersuchten Regionen wird bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen, Kampagnen und Aktionen mit einem breiten Spektrum unterschiedlichster Akteuren und Organisationen zusammengearbeitet, beispielsweise mit Kommunen und kommunalen Einrichtungen, mit Schulen und Schülergruppen, mit Lehrern und Lehrerinnen, mit regionalen Initiativen und Vereinen (aus dem Umweltbereich, aus der Lokalen LA 21, aus dem Bildungsbereich etc.), mit EnergieberaterInnen in der Region, der Verbraucherzentrale und natürlich mit anderen Einrichtungen in der Region, die Beratung und Beteiligung im Bereich EE / Klimaschutz anbieten. Auch Unternehmen sind wichtige Kooperationspartner, etwa als Sponsoren. Um die eigenen Angebote publik zu machen, arbeiten die Koordinatoren in einer Region mit dem ÖPNV (für Werbeaktionen) zusammen. Zusammen mit Sparkassen / Banken oder auch mit dem jeweiligen Landkreis werden kostenlose Beratungen für „Häuslebauer“ angeboten.

Personelle Kapazitäten / Ehrenamtlichkeit

Die Möglichkeiten, Beteiligung anzubieten oder zu unterstützen, werden oft durch personelle Engpässe begrenzt. In vielen Regionen wird die Beteiligungsarbeit zu großen Teilen durch ehrenamtlich tätige Personen getragen. Auch Personen, die beruflich hiermit befasst sind, engagieren sich über die bezahlte Arbeit hinaus. Gleichzeitig sind viele Aktivitäten sehr aufwändig. Die personellen Kapazitäten sind hier von Region zu Region sehr unterschiedlich; gerade dort, wo die Arbeit nur von sehr wenigen Hauptakteuren getragen wird, hört man, dass diese „bis oben zu“ sind. Positiv an der ehrenamtlichen Arbeit sei, dass immer wieder neue Leute hinzukommen, die auch neue Ideen und Ansichten mitbringen. So werde vermieden, dass

„man sich festläuft“. Es ist ein ständiges „voneinander Lernen“. Gleichzeitig sei es wichtig, Beständigkeit in die Arbeit hineinzubringen, eine „Kultur der Verlässlichkeit“ aufzubauen. Generell müssen die Leute immer wieder dazu motiviert werden, ihr Engagement so ernst zu nehmen, „als ob es ein Job wäre“. Schwierigkeiten können sich aufgrund der unvermeidlichen personellen Fluktuation ergeben, da eben immer einmal Leute abspringen, die „Kerngruppe“ müsse daher sehr flexibel sein und ggf. einspringen, wenn jemand aus beruflichen oder familiären Gründen ausfällt. Motivationsarbeit und die Gewinnung Neuer sei eine permanente Aufgabe.

Kommunikation der eigenen Ziele gegenüber anderen regionalen Akteuren

Es wurde betont, dass es wichtig sei, dass eine klare „Arbeitsteilung“ zwischen den verschiedenen Akteuren der Region kommuniziert werde, um etwa Konkurrenzen zu vermeiden oder Widerstände und Misstrauen aus Berufsständen abzubauen.

Indem beispielsweise klargestellt wurde, dass Beratungsleistungen oder Informationsangebote angeboten werden, aber nicht die Umsetzung, konnte etwa der Verdacht zerstreut werden, dass ein Konkurrenzunternehmen aufgebaut werden sollte. Konfliktpotenzial könne allerdings schon darin liegen, dass man die Leute überhaupt schon dahingehend berät, was für ihre Zwecke die sinnvollste Lösung sein könnte, da dies im Einzelfall bedeuten kann, dass ein Unternehmer weniger verdient. Aus einer Region wurde berichtet, dass es neben Heizölhändlern der Region, die nun zusätzlich Holzpellets anbieten, andere damit reagierten, dass sie beispielsweise mit verunglimpfenden Anzeigenkampagnen in der regionalen Presse reagierten.

Zusammenarbeit mit Politik & Administration

Beeinflusst werden die Möglichkeiten und auch die Effekte der Beteiligungsarbeit auch durch die Zusammenarbeit mit beziehungsweise Unterstützung durch politisch-administrative Akteure der Region. Das gilt natürlich besonders dort, wo der EE-Gesamtprozess nicht durch diese getragen wird.

Vielerorts gestaltet sich die Zusammenarbeit positiv. Befragte berichteten, dass die Unterstützung etwa der jeweiligen Landkreise die Initiative und damit auch die Beteiligungsarbeit „unterstützt und ihr Seriosität gegeben“ hat. Wo diese Unterstützung fehlt oder – wie in einzelnen Fällen berichtet – Politiker offen gegen die EE-Initiative oder einzelne Angebote opponieren, wird die Arbeit erschwert.

Zusammenarbeit beteiligender Einrichtungen mit der den Prozess koordinierenden Instanz (soweit nicht identisch)

Die Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen/Akteuren, die Beteiligung anbieten, mit der den Prozess koordinierenden Instanz ermöglicht bzw. erschwert zum einen die Abstimmung der Beteiligungsarbeit und –angebote auf den regionalen EE-Prozess. Problematisiert wurde dies in einer Region, wo die Beteiligungsarbeit und die Prozesssteuerung durch zwei unterschiedliche Gremien geleistet werden und die Abstimmung schwierig ist. Hier wurde überlegt, eine zusätzliche Steuerungsgruppe zu bilden.

Zum anderen beeinflusst deren Zusammenarbeit zwischen beteiligenden Akteuren und der den regionalen EE-Prozess koordinierenden Instanz die Informationsweitergabe in den regionalen Prozess hinein. Von den einzelnen befragten Einrichtungen und Organisationen, die den regionalen EE-Prozess nicht koordinieren, wurde die Frage angesprochen, inwieweit sie selber in einer angemessenen Art und Weise etwa an der Entstehung von Konzepten und Planungen für den regionalen EE-Prozess partizipieren (können), den regionalen EE-Prozess mitgestalten können. Teilweise funktioniert der wechselseitige Austausch gut. Aber nicht immer sind diese Akteure damit zufrieden, wie sie ihre Perspektive und auch das Wissen über die (Beteiligungs-)Bedürfnisse, (Beteiligungs-)Erfahrungen und Befindlichkeiten in der Bevölkerung etwa in die Erstellung von Konzepten einbringen können. So wurde berichtet, dass Akteure, die Beteiligungsarbeit in Regionen und/oder die Vernetzung regionaler („bottom up“-Akteure) anbieten, nicht angemessen wahr und ernst genommen werden. Man werde nur dann angefragt, sich zu beteiligen, wenn dies den Verantwortlichen gerade passe. Ein Wunsch war, Informationen etwa über geplante Aktivitäten, Konzepte etc. zu erhalten und das Angebot, sich zu beteiligen, auch dann zu erhalten, wenn diese Möglichkeit dann nicht wahrgenommen werde (etwa aus zeitlichen Gründen).

Know-how

Der Zugriff auf das für die Konzeption und Organisation erforderliche Know-how stellte für die Befragten kein Problem dar; vielmehr greifen die beteiligenden Akteure auf vielfältige Quellen zurück. Teilweise wird gezielt professionelles Know-how von außen hinzu geholt („eingekauft“), etwa durch die Beauftragung einer Werbeagentur oder eines Regionalplanungsbüros. Einige Akteure berichten, dass sie gezielt recherchiert haben, etwa, indem sie vorhandene Informationsangebote genutzt oder den Austausch mit „Vorbildern“ gesucht haben, die bereits Erfahrungen besitzen und aus deren Erfahrungen man lernen konnte. Vielfach findet sich ein breites Spektrum an Fachkompetenz in „den eigenen Reihen“. Andere Akteure verlassen sich vor allem auf persönliche Erfahrungen, die sie beispielsweise im Rahmen von LA21-Prozessen oder durch die Teilnahme an entsprechenden Projekten gesammelt haben. Auch die Zusammenarbeit mit regionalen Institutionen/Personen bei der Konzeption und Durchführung von Angeboten ist eine Strategie, um die Beteiligungskompetenz und –Erfahrung sowie fachliches Know-how etwa über die Zielgruppen einzubeziehen. Zusammengearbeitet wird etwa mit Hochschulen, Vereinen oder Leader-Gruppen aus der Region. Einige beteiligende Akteure organisieren für jedes Projekt und jede Veranstaltung eine Vorbereitungs-/Arbeitsgruppen mit Personen, die das notwendige themen- und zielgruppenbezogene Know-how einbringen können, bei Schulprojekten also etwa mit Pädagogen und Umwelterziehern.

In einer Region, in der keine breite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern allein durch ein breites Informationsangebot angesprochen werden, fand keine Recherche nach Informationen statt. Vielmehr hätten die negativen Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung aus dem Agenda 21-Prozess dazu geführt, dass von vorneherein von der Idee der BürgerInnenbeteiligung Abstand genommen wurde.

Finanzielle Möglichkeiten

Die Finanzierung der Beteiligungsaktivitäten erfolgt sehr unterschiedlich. Vieles (auch größere Projekte wie Beratungseinrichtungen) wird über Projektgelder aus verschiedenen Quellen finanziert, die teilweise auch Beteiligungsaktivitäten wie Kampagnen, Workshops etc. berücksichtigen. Einige Landkreise (ko-)finanzieren bestimmte Aktivitäten (z.B. Energiezeitung, Beratung) oder stellen Räume, Personen etc. zur Verfügung. In anderen Regionen gibt es Sponsoren oder werden Aktivitäten (in einem Fall) anteilig durch Sparkassen/Banken finanziert, die die Fördermittelbeantragung und -vergabe abwickeln. Vereine finanzieren sich teilweise auch über Ausgründungen, um etwa Dienstleistungen wie die Erstellung von Energiekonzepten anbieten zu können.

Summa summarum ist die finanzielle Ausstattung für Beteiligungsangebote in den Regionen sehr unterschiedlich. In manchen Regionen ist die Finanzierung kein großes Problem, etwa, wenn die gute Vernetzung mit der Politik Früchte trägt, oder immer wieder erfolgreich Fördermittel akquiriert werden können.

„Also, da haben wir persönlich hier in der Region keine großen Schwierigkeiten gehabt. Die Wünsche sind zwar immer ein bisschen größer, aber das passte schon.“

In anderen Regionen fehlen schon die finanziellen Mittel für Öffentlichkeitsarbeit, um die Angebote bekannt zu machen. Ohne gesicherte Finanzierung stehen auch nachgefragte Angebote etwa Beratung, immer wieder auf der Kippe. Jene beteiligenden Akteure, die selber rein ehrenamtlich organisiert sind, arbeiten unter verschärften Bedingungen, da sie nicht einmal auf eine ausfinanzierte Mindest-Infrastruktur zurückgreifen können (Mittel für Telefonate, Informationsreisen und -veranstaltungen, Koordinierung, Räume, externe Referenten etc.). Dies verschärft sich, wenn in der Region kaum finanzkräftige Akteure vorhanden sind und die EE-Arbeit an sich nur auf ganz wenigen Schultern ruht, so dass entsprechend wenige Kapazitäten vorhanden sind, um Mittel einzuwerben. Für ehrenamtliche Organisationen sei es auch schwerer, Fördermittelgeber von deren Verlässlichkeit und Kompetenz zu überzeugen.

B Gestaltung der Beteiligungsangebote

Themenauswahl und -formulierung

Die Befragten betonen, dass es wichtig ist, Themen so zu formulieren beziehungsweise die Aspekte hervorzuheben, die die Menschen in der Region ansprechen. In vielen Regionen ist dies beispielsweise die Verbindung zu Themen wie Versorgungssicherheit in der Region oder das Thema regionale Wertschöpfung/Arbeitsplätze. Klimaschutz oder erneuerbare Energien sind Themen, die nur bestimmte Zielgruppen erreichen; auch Begriffe wie „Null-Emissions-Strategie“ seien zu abstrakt, um das Interesse und die Aufmerksamkeit der Menschen auf sich zu ziehen. Für die breite Öffentlichkeitsarbeit (Kampagnen etc.) sind außerdem eingängige Slogans wichtig.

Auch die speziellen Themen und Arbeitsfelder, die im Rahmen von Klimaschutzstrategien etc. bearbeitet werden sollen, sollten so zugeschnitten und formuliert sein, dass die Aspekte aufgreifen, die auch die Bevölkerung bewegen - und nicht die, die „wir als Kommunalpolitiker“ als wichtig erachten.

Neutralität/Unabhängigkeit

Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die politische und ökonomische Neutralität der Hauptakteure. Die Vertrauenswürdigkeit und Glaubwürdigkeit von Institutionen, die Informationen und Beratung anbieten, gegenüber Bürgerinnen und Bürgern ist wesentlich davon abhängig, dass man glaubwürdig vermitteln kann, „dass man nichts verkaufen will“.

„Das Angebot erhöht die Akzeptanz, indem die Bevölkerung weiß, hier hab ich einen neutralen Ansprechpartner, der mich auch sachlich fundiert berät. Und das ist für mich die wesentlichste Unterstützung für die Bürger gewesen.“

Sichtbarkeit

Die Erfahrungen zeigen, dass es nicht ausreicht, gute und passgenaue Beteiligungsangebote, Information, Beratung etc. zu entwickeln und bereitzustellen. Vielmehr müssen diese auch professionell beworben werden, damit nicht nur die „Insider“ oder Leute mit Kontakten, sondern alle potenziellen Interessenten davon erfahren und diese in Anspruch nehmen können. Dazu gehören auch bekannte, gut erreichbare Anlaufstellen und Zeiten, was besonders bei rein ehrenamtlich getragenen Angeboten oft schwierig umsetzbar sei. Aber auch dort, wo es eine gewisse Institutionalisierung gibt, wird selbstkritisch bemängelt, dass die Angebote oft noch nicht gut genug bekannt gemacht worden sind und daher nicht alle erreichen, die es interessieren könnte.

Recherche der Beteiligungsbedürfnisse und Informationsgewohnheiten

Von einer gezielten Recherche der regionalen Beteiligungsbedürfnisse und Informationsgewohnheiten berichteten nur einzelne Befragte. Hierzu wurden zum einen – punktuelle – Befragungen durchgeführt um herauszufinden, über welche Medien es überhaupt bzw. am besten möglich ist, BürgerInnen zu erreichen. Zum anderen wurde ausgewertet, wie vorhandene Angebote genutzt werden.

„Er hat eine riesige Informationsflut. Das ist auch für uns schwer gewesen rauszufinden, was liest er überhaupt? Ist es das Internet? Ist es die regionale Zeitung? Sind es Postwurfsendungen? Muss man das über irgendwelche Aktionstage oder Regionalmessen vermitteln dieses Thema?“

Außerdem wurden vorhandene Resonanz, etwa Nach- und Rückfragen auf einen regionalen Newsletter berücksichtigt. Um zu wissen, wie die Beteiligungsbedürfnisse in der Region aussehen, wurden vereinzelt punktuelle Befragungen durchgeführt, etwa in Kooperation mit Studierenden einer Fachhochschule. Wichtig sei es außerdem, persönlich ausreichend Kenntnisse über die Region zu haben.

„Wir haben, auch dadurch, dass ich in der Region verwurzelt bin, ein ganz gutes Gefühl dafür, was gefragt wird. Also, man muss schon mit den ganzen Akteuren vor Ort kommunizieren und gucken, wo liegt jetzt eigentlich Bedarf. Und damit hatten wir auf fast alle Veranstaltungen eigentlich eine ganz gute Resonanz.“

C Nicht beeinflussbare regionale Ausgangs- und überregionale Rahmenbedingungen

Öl-, Gas- und Strompreise

Der Erfolg der Beteiligungsarbeit regionaler Akteure wird aber auch durch Rahmenbedingungen beeinflusst, auf die diese keinen Einfluss haben. Dazu gehören die Entwicklung der Marktpreise für fossile Energieträger (Öl, Gas) und die Strompreise selber. Diese finanziellen Rahmenbedingungen wirken sich stark auf die Bereitschaft der Leute aus, sich mit regenerativen Alternativen zu befassen, was sich wiederum auf die Inanspruchnahme von Beratungen für Sanierungen und Umbauten im Bereich der privaten Haushalte auswirkt. Es wurde vermutet, dass hohe Energiepreise eine grundsätzliche Offenheit für die Auseinandersetzung mit regenerativen Alternativen schaffen.

„Die Bereitschaft, wenn sehr hohe Gas- und Strompreise sind, das offene Ohr, das ist natürlich ganz anders vorhanden, als wenn die Preise wieder in den Keller fallen und Sie dann über Versorgungssicherheit sprechen.“

Befindlichkeiten und sozioökonomische Lage in der Region

Inwieweit Beteiligungsangebote auf Resonanz stoßen und angenommen werden, hängt auch von den Befindlichkeiten und der sozioökonomischen Situation der Menschen (und damit der Regionen) ab. Inwieweit finanzielle Beteiligungsangebote verlangt und in Anspruch genommen werden oder Handlungsmöglichkeiten im privaten Bereich umgesetzt werden, hängt auch von den finanziellen Möglichkeiten derer ab, die dort wohnen. Aus einer Region mit einem hohen Anteil langzeitarbeitsloser Menschen und fehlender ökonomischer Perspektiven wurde berichtet, dass gerade bei Menschen aus einkommensschwachen Familien kaum Interesse für das Thema zu wecken und die Bereitschaft sich zu engagieren sehr gering ist. Hier müsse es in erster Linie darum gehen, überhaupt wieder ein Interesse daran zu wecken, sich zu engagieren, was aber angesichts der individuellen Situationen vor allem über die Schaffung beruflicher Perspektiven geschehen muss und eine intensive Betreuung voraussetze. Verschiedentlich wird berichtet, dass die Leute oft skeptisch seien, so dass der Überzeugungsaufwand (VA, Gespräche etc.) recht hoch sei, gerade dann, wenn der Prozess noch relativ am Anfang stehe.

Eine der interviewten Personen berichtete zudem, dass in den ländlich geprägten Teilen der Region das Commitment höher sei als in den städtisch geprägten Bereichen,

„wahrscheinlich auch, weil die sozialen Strukturen dort noch erhalten sind, weil man mehr schaut, was macht der andere, und wenn der Nachbar jetzt eine Solaranlage aufs Dach macht, warum hab ich dann eigentlich noch keine. Weil die politischen Gre-

mien nicht nur nach Fraktionen entscheiden, sondern auch, ja, nach dem Gesamtwohl des Ortes.“

Beteiligungsbedürfnisse

Verschiedentlich wurde betont, dass Menschen unterschiedliche Beteiligungsbedürfnisse haben, auf die man sich einstellen müsse. Manche diskutieren und entscheiden gerne mit; manche wollen sich einfach nur finanziell an etwas sinnvollem beteiligen, andere möchten sich konkret engagieren, in Projekten mitarbeiten, wieder andere wollen vor allem im Privatbereich tätig werden. Dem entsprechend erreiche man mit bestimmten Angeboten immer auch nur ein bestimmtes Klientel. Finanzielle Beteiligungsangebote erreichen die Menschen, die

„sagen: ‚Macht was Sinnvolles. Ich möchte das delegieren.‘ [...] Es ist nämlich so, wenn sie sich nur an Leute richten, die sie dann einladen zum Mit diskutieren [...], dann schließen sie automatisch einen ganz erheblichen Teil der Gesellschaft aus, nämlich diejenigen, die gar kein Interesse haben mit zu diskutieren.“

Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, wollen in irgendeiner Form „etwas davon haben“. Das können erfolgreich realisierte Projekte sein, das kann aber auch eine schöne Gemeinschaft/ein gutes Miteinander, die Beschäftigung mit interessanten Themen oder auch persönliche Bestätigung sein. Aufgabe derer, die die ehrenamtlich Tätigen koordinieren oder eine leitende Funktion im Prozess inne haben, sei es deshalb auch, entsprechende Angebote zu machen und immer wieder neue Themen aufzugreifen und/oder interessante Projekte zu initiieren, die „die Leute bei der Stange halten“. Aktuelle Beteiligungsbedürfnisse im Sinne von individuellem Engagement gehen häufig in Richtung zeitlich begrenzter Beteiligung, so dass projektorientierte Beteiligungsangebote oft sinnvoll seien. In diesem Falle müsste „spätestens nach drei Jahren“ ein Erfolg da sein. Wichtig sei es, wurde mehrfach betont, sehr konkrete Beteiligungsangebote zu machen:

„Ich muss dem Bürger klar verständliche Bausteine liefern, die er auch erfassen kann und wo er auch ganz klar sagen kann, okay, hier beteilige ich mich. [...] Und da fehlt für mich, da ist ganz einfach dort ein Bedarf da, auch Partizipationsmodelle zu entwickeln, die der Bürger auch nachvollziehen kann.“

Im Rahmen längerfristiger Engagements hat es sich als gut erwiesen, wenn es möglich ist, dass Leute zwischendurch mal „aussteigen“ und sich dann wieder einklinken, etwa, wenn die berufliche oder familiäre Situation es wieder erlaubt. Ein wichtiger Faktor sei ferner ein positiver persönlicher Umgang miteinander („wir wollen auch mal miteinander feiern können“). Das ist zum einen wegen der Motivierung wichtig, zum anderen verbessert dies aber auch die Qualität und Effektivität der Arbeit. Eine vertrauensvolle, positive Zusammenarbeit sei auch eine Voraussetzung dafür, dass die informelle Informationsweitergabe funktioniere.

1.3.4 Zusammenfassung

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass viele Aspekte, die sich auch in anderen Handlungs- und Themenfeldern als kritisch erwiesen haben, es auch bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen regionaler Erneuerbare Energien-Prozesse sind. Viele Empfehlungen, die aus anderenorts bereits ausgewerteten Erfahrungen abgeleitet wurden (vgl. Theoriepapier von Keppler, 2010), scheinen im Handlungsalltag also noch lange keine Selbstverständlichkeit zu sein. Sie können also auch für Akteure im Handlungskontext „Regionale EE-Prozesse“, die Beteiligungsaktivitäten für Bürgerinnen und Bürger unterstützen und ermöglichen und die sich mit der Frage beschäftigen, wie die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern möglichst effektiv und effizient gestaltet werden kann, weiterführend sein. Aufgrund der Unterschiedlichkeit der regionalen Prozesse, Beteiligungsaktivitäten und Erfahrungen ist es nicht möglich, konkrete und trotzdem übertragbare „Beteiligungsmodelle“ vorzustellen. Vielmehr werden im Folgenden Hinweise und Kriterien vorgestellt, die sich allgemein als sinnvoll erwiesen haben beziehungsweise die sich aus guten und nicht so guten Beteiligungserfahrungen ableiten lassen und die bei der Konzeption und Organisation von regionalen Beteiligungsangeboten als Orientierungslinien dienen können.

A Organisation der Beteiligung

Kooperation und Koordinierung als Eckpfeiler der Organisation regionaler Beteiligungsarbeit

Günstig ist es, wenn die Beteiligungsarbeit auf verschiedene Schultern verteilt wird. Das gilt besonders für Regionen, in denen die Beteiligungsarbeit bisher mehr oder weniger ausschließlich auf Aktivitäten einer einzelnen Institution oder gar einzelnen Personen, was diese unnötig überlastet und Möglichkeiten ungenutzt lässt.

Es empfiehlt sich also *erstens*, nicht alles selber zu machen, sondern gezielt Verbündete zu suchen und mit Personen und Akteuren in der Region *aus unterschiedlichsten Themen- und Handlungsfeldern* zu kooperieren, die entweder selber mit dem Thema auf die eine oder andere Art und Weise zu tun haben, vielleicht auch schon Beteiligungsangebote machen, oder deren Themen- und Aktivitätsspektrum sich mit erneuerbaren Energien kombinieren lässt. Typische Beispiele sind gemeinsame Projekte mit externen Partnerinstitutionen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, LA 21-Gruppen, Weiterbildungseinrichtungen oder Unternehmen, Handwerkskammern etc.

Denkbar ist ferner eine Zusammenarbeit mit Unternehmen wie Sparkassen / Banken, Handwerksbetrieben, ÖPNV, sei es als Kooperationspartner (etwa bei der Beratung) als Sponsoren, aber auch zur Vertrauensbildung, Abstimmung von Angeboten, Vermeidung von Konkurrenzdenken & Konflikten.

Fragen:

Wie kommen wir möglichst effizient zu möglichst attraktiven Beteiligungsangeboten?

Wer macht denn schon was? Mit wem könnten wir kooperieren? Mit welchen Aktivitäten und Akteuren können wir unsere Beteiligungsanliegen inhaltlich und organisatorisch verknüpfen?

Wie und wo könnten wir uns einklinken? An welche von anderen Akteuren geplanten Aktionen können wir uns andocken?!

Wer kann uns unterstützen?

Zweitens sollte gemeinsam überlegt und abgesprochen werden, wie die Arbeit derer, die Beteiligung im Bereich erneuerbare Energien in der Region anbieten und/oder unterstützen, inwieweit eine Arbeitsteilung möglich ist, die eine Abstimmung der Beteiligungsangebote erlaubt, Doppelungen vermeidet und Synergien schafft.

Fragen:

Welche Institution kann was am besten? Wo gibt es unnötige Dopplungen, was fehlt?

Was sollte gemeinsam gemacht werden?

Welche sollten Angebote am besten regional, welche am besten lokal angeboten werden?

Wer kann welche Erfahrungen, Kompetenzen und welches Know-how an andere weitergeben? Wie kann dieses „gemeinsame Voneinander Lernen“ systematisch organisiert werden? Welche Informationen sind für andere nützlich? Welche Informationen könnten für die eigene Arbeit nützlich sein?

Eine gut organisierte Zusammenarbeit hat gleich mehrere positive Effekte:

„Viele Köpfe, viele Ideen“ (vgl. Abschnitt II; 1.2.2 Gründe für/gegen Beteiligung) gilt auch für die Beteiligten: gerade aus ungewöhnlichen Konsortien und Partnerschaften können ganz neue Ideen für Beteiligungsangebote entstehen.

Die eigene Arbeitseffizienz steigt, nicht nur, weil man nicht alles selber machen muss, sondern auch, weil die Beteiligten wechselseitig von den Kompetenzen der anderen profitieren können (Erfahrungsaustausch; Voneinander Lernen)

Es kommen verschiedene Institutionen und Personen mit dem Thema erneuerbare Energien, die sich sonst nicht unbedingt damit befassen würden. Bei entsprechenden Kooperationspartnern werden unterschiedlichste Zielgruppen leichter erreichbar.

Die verschiedenen Beteiligung anbietenden/unterstützenden Institutionen im Bereich EE können ein gemeinsames Konzept entwickeln und damit auch nach außen geschlossen auftreten.

Ggf. kann auch gemeinsam im EE-Prozess für bestimmte Aspekte eingetreten werden, z.B. dafür, dass die BürgerInnenbeteiligung und/oder ehrenamtliches Engagement angemessen berücksichtigt und gewürdigt wird.

Regionalen Akteuren bzw. Regionen, in denen sich potenzielle Kooperationspartner nicht ohne weiteres identifizieren lassen, sei auch aus diesem Grunde ans Herz gelegt, sich gezielt auf die Suche nach Kooperationspartnern zu begeben.

Koordinierende Instanz schaffen

Gelingende Beteiligung bedarf einer gewissen Institutionalisierung durch geeignete Organisationsformen und Koordinierungs- bzw. Steuerungsinstanzen. Dazu gehört auch, dass verlässliche Ansprechpartner für konkrete Anliegen und Aktivitäten identifiziert und kommuniziert werden. Gegebenenfalls müssen sich die regionalen Akteure, die Beteiligungsangebote machen, also zunächst einmal einigen, wer die Beteiligungsaktivitäten koordiniert und bündelt oder ob ein Koordinierungsgremium geschaffen wird. In manchen Regionen ergibt es sich von selber, dass etwa die Einrichtung/Instanz/Organisation oder Gruppe, die den regionalen EE-Prozess koordiniert, dies auch für die Beteiligungsarbeit übernimmt beziehungsweise eine Instanz damit beauftragt, sei es eine bestehende, sei es eine neu gegründete. In Regionen, in denen etwa je nach Förderprogramm immer wieder ein anderer Lenkungs-/Koordinierungs- o-Ä. Kreis entsteht und/oder verschiedene Akteure bereits seit längerem Beteiligungsangebote machen und dies mehr oder weniger fest in der Region installiert haben, wird es schwieriger sein, ein gemeinsames „Dach“ zu kreieren, unter dem die Angebote präsentiert und/oder abgestimmt werden. Dennoch ist dies sinnvoll. Neben den bereits genannten Vorteilen einer Arbeitsteilung sind so die Voraussetzungen dafür gut, dass diese Beteiligungsangebote für die Adressaten als Teil eines Gesamtkonzepts erkennbar werden. Klare und transparente Arbeitsstrukturen sind außerdem auch eine Voraussetzung dafür, dass auch „von außen“, also für die Bürgerinnen und Bürger, erkennbar ist, wer in der Region die zentralen Ansprechpartner sind und wohin man sich mit welchen Anliegen wenden kann.

„zu zeigen: ‚Guck, da sind Leute in deiner Region, die kennen sich aus. Hier sind deine Ansprechpartner. Die kannst du anrufen. Wenn du eine Frage hast, gibt es Experten.‘ Man nennt das heute auch so schön "One stop agency". Das heißt, eine Telefonnummer rufe ich an und er sagt mir entweder wo ich meine Auskunft kriege oder er gibt sie mir gleich. Ich hätte zum Beispiel keine Lust dann von A nach B geschickt zu werden und bis ich dann bei Z gelandet bin, sondern ich erwarte, dass mir einer sagen kann, wie es aussieht und wenn er die Antwort nicht gleich parat hat, dass er sich drum kümmert und dann wieder Bescheid gibt und sagt: ‚OK, pass auf. Hier sitzt er. Macht kein Sinn, dass ich mich dazwischen schalte. kläre das mal direkt mit dem. Der kann dir helfen.‘“

Zudem sind sie eine Voraussetzung für einen offenen Beteiligungsprozess, der auch bisher nicht involvierten Akteure die Möglichkeit bietet, sich zu einzubringen. Sofern die Instanz, die die Beteiligungsarbeit koordiniert, nicht die koordinierende Instanz des EE-Prozesses ist, muss darauf geachtet werden, dass der inhaltliche Bezug zum EE-Prozess erhalten bleibt.

Frage:

Wie können die Beteiligungsangebote wie auch der Gesamt-EE-Prozess gemeinsam vorangetrieben werden?

Zentrale Aufgabe dieser Instanz ist das Management und die Koordinierung der Beteiligungsarbeit, die Initiierung und Unterstützung etc. von Aktivitäten und von Akteuren, die Beteiligung anbieten (wollen), nicht die „kleinteilige Arbeit vor Ort“. Sie sollte sich also auf das Regionale bzw. die regionale Handlungsebene, aufs Anschieben, Initiieren, auf Zusammenarbeit und Synergien konzentrieren, auf die Identifizierung und Verknüpfung regionaler Beteiligungskompetenzen und –aktivitäten, nicht zu kleinteilig werden oder alles selber machen wollen.

Verknüpfung von Beteiligung und regionalem EE-Prozess

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern muss inhaltlich und organisatorisch eng mit dem Gesamtprozess verknüpft und in diesen eingebunden sein. Dies betrifft zum einen die *Beteiligungsangebote*, die inhaltlich auf die tatsächlich im Mittelpunkt stehenden Aspekte abgestimmt sein sollten. (Dies kann etwa bedeuten, dass ein EE-Prozess, der ansonsten stark von mit Fachleuten besetzten Arbeitsgruppen getragen wird, durch ein in regelmäßigen Abständen stattfindendes öffentliches Diskussionsforum für alle Interessierten geöffnet wird, dessen Ergebnisse dann in den weiteren Arbeitsprozess einfließen.)

Zum anderen betrifft dies die personelle Abstimmung und Verknüpfung mit Akteuren/Koordinatoren des EE-Prozesses, etwa indem Beteiligende im regionalen EE-Steuerungsgremium vertreten sind, so dass die Erfahrungen und Perspektiven der Beteiligungsarbeit in den Gesamtprozess einfließen können.

B Gestaltung der Beteiligung

Ziele und Erwartungen, Ressourcen und Beteiligungsaktivitäten aufeinander abstimmen

Am Anfang jedes Beteiligungsprozesses sollte genau überlegt werden, welche Ziele durch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürger im Rahmen regionaler EE-Aktivitäten erreicht werden sollen und inwiefern die vorhandenen Ressourcen ausreichen bzw. genutzt werden müssen, um entsprechende Beteiligungs-/Unterstützungsangebote zu machen.

Wirkungsmöglichkeiten von Beteiligungsangeboten realistisch einschätzen

Eine „klassische“ Stolperfalle ist es, die Wirkungsmöglichkeiten der verschiedenen Beteiligungsformen falsch einzuschätzen und damit überhöhte Ansprüche und damit unvermeidbare Enttäuschungen auf allen Seiten (sowohl bei den Beteiligenden als auch bei den Beteiligten) zu erzeugen. Insbesondere die möglichen Effekte von Informationsangeboten werden tendenziell eher überschätzt. Informieren und hierdurch die Aktivierung breiter Bevölkerungsschichten erwarten, wäre jedoch unrealistisch.

Informationsangebote erreichen die Personen, die bereits ein Mindestmaß an Interesse am Thema erneuerbare Energien haben. Wer genau das ist, kann in einem gewissen Maße über die Themenformulierung beeinflusst werden, also durch eine zielgruppenadäquate Aufbereitung von Information und die Einbettung des Themas erneuerbare Energien in den Kontext von Klimaschutz, Region/regionaler Wertschöpfung/Arbeitsplätze. Informationen über Beratungs- und Handlungsmöglichkeiten erreichen diejenigen, die hieran Interesse haben. Beratung erreicht die Leute, die „in den Startlöchern stehen“. Finanzielle Beteiligungsangebote werden in „reichen“ Regionen mehr Menschen erreichen als in Regionen mit niedrigem Einkommensniveau oder hoher Erwerbsquote.

Ebenso sollte die Veränderungskraft von bürgerschaftlichem Engagement weder über- noch unterschätzt werden. Bürgerschaftliches Engagement ist in der Regel auf Unterstützung durch starke und verlässliche Kooperationspartner angewiesen. Es kann erheblich unterstützt bzw. gefördert werden, indem konkrete Möglichkeiten und/oder organisatorische und finanzielle Unterstützung angeboten werden.

Mit Blick auf die aktivierenden Wirkungen tendenziell eher unterschätzt wird unseres Erachtens die Bedeutung frühzeitiger Beteiligung an Entscheidungs-/Planungs-/Konzeptionsprozessen im Rahmen der regionalen EE-Prozesse. Zwar sind die Gründe, die gegen eine breite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Beschlüssen für regionaler Leitbilder/Konzepte und Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien (regionale Energiestrategie) oft berechtigt. Andererseits und angesichts dessen, dass dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern eine große Bedeutung zugemessen wird, sollte bei der Abwägung von Aufwand und Nutzen auch berücksichtigt werden, dass die Wirkungen solcher Beteiligungsmöglichkeiten im regionaler EE-Prozesse von Akteuren vor Ort sehr positiv eingeschätzt werden und die Motivierung und Mitwirkungsbereitschaft bei der Umsetzung regionaler EE-Ziele und – Konzepte verbessern kann. Zudem zeigen die Befragungsergebnisse, dass man auch die psychologische Wirkung des (ernst gemeinten) Angebots an sich, sich zu beteiligen, nicht unterschätzt werden darf.

Bieten Sie aber nichts an, was Sie nicht wollen. „Scheinbeteiligung“ ist die beste Art, Frustration, Argwohn und möglicherweise Widerstand zu erzeugen. Dazu gehört auch „folgenlose“ Beteiligung, seien es Workshops, deren Ergebnisse in irgendwelchen Schubladen verschwinden, seien es Einladungen zur Mitarbeit, bei denen „unliebsame“ oder nicht gewollte Äußerungen aus dem Protokoll gestrichen werden. Dies bedeutet, dass die „beteiligten“ Akteure die eigene Bereitschaft, ggf. Verantwortung zu teilen oder Mitsprache einzuräumen, vorab sehr genau und (selbst)kritisch reflektieren sollten.

Folgenlose Beteiligung ist Gift für zukünftige Beteiligungsversuche. Legen Sie also *vorab* fest, was mit Beteiligungsergebnissen passieren soll, und kommunizieren Sie dies deutlich nach außen. Stellen Sie sich darauf ein, dass möglicherweise inhaltliche Beiträge kommen, die nicht in Ihrem Sinne sind und halten Sie sich an die angekündigte Verfahrensweise, überlegen Sie, wie Sie damit umgehen wollen.

Fragen:

Was wollen wir erreichen? Wozu sollen die Beteiligungsangebote dienen? Was soll die Beteiligung uns bringen oder ermöglichen?

Was wäre dazu nötig?

Haben wir die nötigen Ressourcen?

Wann und wo im EE-Prozess werden Entscheidungen gefällt, und wer soll daran beteiligt werden? Sind wir bereit, ggf. entsprechend viel Handlungs-/Entscheidungsmacht abzugeben oder zumindest zu teilen?

Wo wollen wir ggf. Prioritäten setzen?

Auch wenn Information alleine nur begrenzt Handeln hervorrufen wird sind ein breites Informationsangebot und Öffentlichkeitsarbeit eine Grundvoraussetzung für alle weitergehenden Beteiligungsformen. Nur wer weiß, was in der Region geschieht und wo und wie Beteiligung möglich ist, kann sich einbringen. Ein Teil der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit ist es daher, für Beteiligung zu werben, um regionale Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen zu motivieren. Eine professionelle, freundliche, einladende Ansprache, gepaart mit einer umfassenden und frühzeitigen Information, auch über den Nutzen der Beteiligung gehören dazu. Darüber hinaus müssen aber auch diejenigen, die sich nicht unmittelbar beteiligen, durch eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit informiert werden.

Regionale Ausgangsbedingungen berücksichtigen

Bei der Auseinandersetzung mit „passenden“ Beteiligungsangeboten sollten allerdings nicht nur die Beteiligungsziele, sondern auch die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt werden. Die Ergebnisse der Untersuchungen zeigen, dass die zu erwartende Resonanz wie auch die Beteiligungseffekte auch von regionsspezifischen Faktoren wie der sozioökonomischen Situation sowie von der jeweiligen Partizipations- und Kommunikationskultur sowie zurückliegenden Beteiligungserfahrungen abhängt. Die Resonanz auf bestimmte Angebote kann also von Region zu Region sehr unterschiedlich ausfallen. Außerdem sollte den raumstrukturellen Voraussetzungen (etwa Entfernungen bei der Auswahl von Veranstaltungsorten) Rechnung getragen werden. Daher es zum einen wichtig, dass an der Konzeption und Durchführung der Beteiligung Personen mitwirken, die entsprechende Ortskenntnisse haben; zum anderen sollten entsprechende Vorrecherchen angestellt werden.

Aufwand realistisch einschätzen

Ein weiterer Stolperstein ist die häufige Über- oder auch Unterschätzung des mit Beteiligungsaktivitäten verbunden Aufwandes, insbesondere bei Aktivitäten, die über Informationsangebote hinaus gehen. Wird der Aufwand überschätzt, wird vielleicht unnötigerweise auf umfassendere Beteiligungsangebote verzichtet, die bei einer geschickten Arbeitsorganisation (vgl. „Kooperation und Arbeitsteilung“) vielleicht doch möglich wären. Wird der Aufwand unterschätzt, geht den beteiligenden irgendwann „die Puste aus“ und/oder versanden Beteiligungsangebote irgendwann, was für Beteiligende wie Beteiligte demotivierend ist und zukünftige Beteiligungsprozesse er-

schwert. Generell scheint es empfehlenswert, geringe Ressourcen eher für Angebote in kooperative Beteiligungsangebote mit anderen regionalen Akteuren als für punktuelle Beteiligung aufwenden (siehe „Kooperation und Arbeitsteilung“).

Fokus auf Potenziale

Da in der Praxis nur selten die Möglichkeit bestehen wird „alles“ anzubieten und umzusetzen und damit alle möglichen Ziel- und Bevölkerungsgruppen gleichermaßen anzusprechen, muss man sich über die Zielgruppen klar werden. Es ist (vor allem für die „Beteiligten!“) gleichermaßen entmutigend und wenig aussichtsreich, sich Gedanken um diejenigen Personengruppen zu machen, die schwer oder gar nicht zu erreichen sind (leider passiert das doch immer wieder). Befragte Praxisakteure betonen, dass es unrealistisch ist zu erwarten, dass irgendwann alle in der Region davon wissen geschweige denn sich persönlich engagieren. Diese Gruppen werden am ehesten dann erreicht, wenn es gelingt, das Thema erneuerbare Energien im Bewusstsein, Handeln und in den Prioritätensetzungen der Akteure zu verankern, die generell offen und Engagementbereit sind und auf diesem Wege eine gewisse Breitenwirkung zu erzielen. Es ist also empfehlenswert, sich bei begrenzten Ressourcen zunächst auf letztere zu konzentrieren und hier genauer zu überlegen, wer mit welchem Angebot erreicht werden soll (alle Interessierten? die Engagementbereiten? die Mitsprachewilligen?). Davon unberührt ist die weiter oben genannte Empfehlung eines kontinuierlichen Informationsangebotes für die breite Öffentlichkeit.

Regionale Beteiligungsbedürfnisse und –möglichkeiten berücksichtigen

Vielfach wurde festgestellt, teilweise auch beklagt, dass auch die „Beteiligten“ „Nutzensmaximierer“ seien, die „etwas davon haben“ wollen, dass sie sich beteiligen. egal, wie man zu diesem Sachverhalt steht, es ist wichtig, ihn bei der Gestaltung von Beteiligungsangeboten zu beachten. Daher ist es sinnvoll, nicht nur genau zu überlegen, was man selber erreichen will, sondern auch, was man bieten kann. Das heißt, sich in die, die man erreichen will, hineinversetzen, um auch deren Befindlichkeiten und Bedarfe berücksichtigen zu können. „Etwas davon haben“ heißt allerdings nicht unbedingt, dass ein finanzieller Nutzen entstehen muss; „etwas davon zu haben“, kann auch bedeuten,

die Beteiligung / das eigene Engagement als „Sinnvoll“ zu erleben (etwas Sinnvolles tun, etwas für die Umwelt tun, sich engagieren, mitgestalten, nützlich sein...)

Spaß zu haben (mit Leuten zusammen etwas machen, sich mit neuen Themen beschäftigen, etwas lernen) oder

konkrete Ergebnisse (sehen, dass etwas dabei herauskommt, konkrete Projekte vorantreiben).

Die Beteiligungsangebote entsprechend zu gestalten bedeutet etwa,

die verschiedenen „Nutzen“ in der Kommunikation mit den Zielgruppen zu berücksichtigen

die Bedeutung einer guten Arbeitsatmosphäre und des persönlichen Miteinanders nicht zu unterschätzen

konkrete Beteiligungsmöglichkeiten zu entwickeln ((Verantwortungsübernahme durch die, die sich in der Position befinden, Beteiligung anbieten zu können)
die Bedeutung von Beteiligungsmöglichkeiten im regionalen EE-Prozess deutlich zu kommunizieren

Ergebnisse und Erfolge regelmäßig zurück zu tragen, also den Folgeprozess bewusst zu gestalten.

Fragen:

Was können wir bieten?

Welchen Nutzen können „die Beteiligten“ davon haben, dass sie sich engagieren?

Wie können wir dazu beitragen, dass dieser Nutzen entsteht?

Vielfältige Angebote für vielfältige Beteiligungsinteressen

Günstig scheint es, wenn Beteiligungsangebote ein vielfältiges Spektrum abdecken, also neben unterschiedlichen Informationsangeboten auch das vorhandene bürgerschaftliche Engagement und Engagementwillen berücksichtigen, indem etwa konkrete Möglichkeiten zur Beteiligung (zum „Mitmachen“) angeboten werden, und Möglichkeiten der Mitsprache und zum Einbringen von Ideen anzubieten. Verschiedene Beteiligungsangebote können einander zwar nicht ersetzen, aber im Idealfall ergänzen und in ihrer Wirkung verstärken und damit eine größere Breitenwirkung ermöglichen.

Beteiligungsbedürfnisse ermitteln

Allerdings zeigen die Erfahrungen auch, dass man Beteiligung nicht „überstülpen“ kann. Der Beteiligungsansatz muss zum regionalen Prozess passen und sollte vorhandene Beteiligungsbedürfnisse sowie die regionale Beteiligungskultur berücksichtigen. Daher ist es wichtig, vorab herauszufinden, wie die Beteiligungsinteressen sind und welche Informations- und Kommunikationsangebote von den Menschen genutzt werden.

In einer Region, in der viele Menschen aus Kostengründen die Tageszeitung abbestellen, macht es sicher wenig Sinn, alleine auf die Tagespresse zu vertrauen. Möglicherweise ist hier Öffentlichkeitsarbeit und Information über den ÖPNV, zusammen mit dem Einzelhandel etc. sinnvoller.

Bisher kaum genutzt wird die Möglichkeit, über (ggf. auch punktuelle) Befragungen durchzuführen, um herauszufinden, wie die Beteiligungsinteressen in der regionalen Bevölkerung aussehen und über welche Medien es überhaupt bzw. am besten möglich ist, BürgerInnen zu erreichen. Befragungen können beispielsweise mit schul- oder Jugendgruppenaktivitäten verknüpft werden. Dann erhalten Sie zwar keine „wissenschaftlich abgesicherte“ Befragung, aber mit Sicherheit die eine oder andere interessante Information, gleichzeitig haben Sie mit dieser Aktion eine ganze Reihe von Jugendlichen erreicht, wenn diese dann noch die Gelegenheit haben, ihre Ergebnisse irgendwo vorzustellen oder gar in der lokalen Presse erwähnt werden oder beim nächsten Fest erwähnt werden, erreichen Sie gleich mehrere Ziele auf einmal.

Beteiligung als Lernprozess verstehen

Einerseits ist es, wie eben beschrieben, sehr wichtig, die Ausgangsbedingungen für Beteiligung in der jeweiligen Region im Blick zu haben und die Angebote darauf abzustimmen. Gleichzeitig kann es aber fruchtbar sein, sich vor Augen zu führen:

„Partizipation ist ein Erfahrungs- und Lernprozess: Menschen sind nicht fähig oder unfähig zur Partizipation, sondern sie entwickeln sich darin. Partizipieren lernt man durch Partizipation“ (Urban 2005, 4-5)

Beteiligung als Lernprozess zu verstehen bedeutet also, nicht nur zu berücksichtigen, dass zurückliegende Beteiligungserfahrungen die Überzeugungen prägen, dass Engagement „etwas bringt“ oder wirkungslos bleibt, sondern dass diese Haltung gegenüber Beteiligungsangeboten und die Engagementbereitschaft in der regionalen Bevölkerung auch veränderbar ist, wenn auch nicht von heute auf morgen. Positiv gewendet bedeutet es, dass es möglich ist, längerfristig durch positive Erfahrungen eine konstruktive Kommunikations- und Beteiligungskultur aufzubauen. Die aktuelle regionale Beteiligungskultur ist daher Ausgangsbasis, aber die Schaffung von Beteiligungs- und Teilhabemöglichkeiten kann sich auch auf die Umsetzungs-/Engagementbereitschaft auswirken und diese längerfristig verbessern. Dies setzt allerdings voraus, dass eine offene und lernorientierte Verfahrensweise angestrebt und ein Gesamtkonzept zur Beteiligung entwickelt wird, dass eine längerfristig angelegte, prozessorientierte Beteiligungsstrategie vorsieht. „Ausdauer“ und „Viel Geduld“ sind denn auch die Qualitäten, die man nach Einschätzung von InterviewpartnerInnen vor allem haben muss, um solch einen Prozess erfolgreich in Ganz zu bringen.

„Ich glaube, es muss Schritt für Schritt sein. Wenn man jetzt gleich das große Rad dreht und sagt, man will hier die Masse haben, ich glaube, das ist schwierig und man überhebt sich da. Schritt für Schritt. Man hat jetzt die Hauptakteure. Dann muss man jetzt die nächsten finden, die schon eine gewisse Affinität zu einem bestimmten Thema haben. Die sind noch ein bisschen leichter zu überzeugen. Je größer diese Masse wird, glaube ich, wird es auch immer einfacher den Rest mitzunehmen. Plötzlich ist der Nachbar, der sich auskennt und dann sagt er: ‚Wenn du das meinst, dann interessiert mich das auch.‘ Ich glaube, dass das wie so ein Schneeballsystem ist. Wenn man immer mehr Leute damit infiziert, umso einfacher wird es werden, so etwas breit zu treten.“

Gesamtkonzept entwickeln

Die Wirkungsmöglichkeiten und Grenzen von Beteiligungsformen „realistisch einzuschätzen“ (siehe oben) heißt auch, dass klar sein muss, dass einmalige (punktuelle) Aktionen nicht ausreichen, um eine dauerhafte Akzeptanz oder Aktivierung der Menschen zu erreichen. Auch groß angelegte punktuelle Beteiligungsverfahren haben erfahrungsgemäß nur eine begrenzte Reichweite. Oftmals verfallen die Ergebnisse hinterher oder werden dadurch konterkariert, dass gleichzeitig gegenläufige Entscheidungen getroffen werden. Beteiligung sollte deshalb als fortlaufendes, möglichst frühzeitig einsetzendes und inhaltlich wie konzeptionell sinnvoll mit dem Gesamtprozess/-vorhaben verknüpftes Angebot konzipiert werden. Das empfiehlt sich auch und gerade dann, wenn die Umsetzung im Rahmen verschiedener Förderprojekte erfolgen

muss und man damit rechnen muss, dass es Phasen gibt, in denen der Prozess mit sehr geringen beziehungsweise ganz ohne finanzielle Ressourcen weitergeführt werden muss.

Es beeinflusst die Haltung gegenüber den EE wie auch den Beteiligungsangeboten selbst, wenn die Adressanten

diese inhaltlich in den Gesamtkontext einordnen können (als Teil des EE-Prozesses) sichtbar wird, dass es einen inneren Zusammenhang gibt und Beteiligung ein Bestandteil des EE-Prozesses ist, die in verschiedenen Facetten immer wieder auftaucht.

Die regionalen Gegebenheiten von den Akteurskonstellationen über den Verlauf der regionalen EE-Prozesse und zur Verfügung stehende Ressourcen bis hin zu Beteiligungsbedürfnissen sind zu unterschiedlich als dass es möglich wäre, eine oder zwei idealtypische Beteiligungsstrategien zu konzipieren und allgemein zu empfehlen.

Aufsuchen, Werben, Transparenz schaffen

Gute Beteiligungsangebote können nur akzeptanzfördernd wirken, wenn Sie die Zielgruppen auch erreichen. Nicht nur die Beteiligungsangebote, sondern auch die Strategien, mittels derer sie publik gemacht werden, sollten daher aus der Perspektive derer angedacht werden, die erreicht werden sollen. Es geht also zum einen darum, die Beteiligungsangebote bekannt machen, in angemessener Form und auf angemessenem Wege für die Beteiligungs- und Unterstützungsangebote *zu werben*, was nach Einschätzung von Befragten oft zu kurz kommt.

Zum anderen scheint es günstig, die *Beteiligungsangebote*, *seien es nun* Informationsangebote, Aktionen oder Veranstaltungen, möglichst *an die Orte zu tragen*, zu denen sich die Adressanten ohnehin begeben („aufsuchend“ vorgehen). Auch hierbei können sich Befragungen oder die Kooperation mit entsprechenden Praxispartnern als hilfreich erweisen.

Fragen:

Wie können wir die Menschen in der Region erreichen? Sind wir sichtbar und (wieder)erkennbar?

(Wo) Sind wir zu finden? sollten wir zu finden sein?

(Wo) Sind Infos über unsere regionalen Aktionen zu EE, über Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten zu finden? ... sollten sie zu finden sein?

(Für wen) Sind wir zu finden? Wer kann uns finden, wer nicht?

Damit die Werbung auch ankommt und damit diejenigen, an die sich die Beteiligungsangebote richten, diese auch einordnen können, deren Bedeutung einschätzen können, sollten die einzelnen Angebote als Teil des EE-Prozesses und eines „Gesamtangebots“ an Beteiligungsmöglichkeiten *erkennbar* sein.

Fragen:

Gibt es einen Wiedererkennungseffekt? Durch optische Gestaltung (Logo)? Durch inhaltliche Gestaltung (Bezug auf den Gesamtprozess)?

Ist der größere Sinn des Ganzen/Beitrag zum, die Bedeutung der Beteiligung und die zu erwartenden Konsequenzen für die Zielgruppen erkennbar?

Können Personen, die sich längerfristig immer mal wieder einbringen wollen, erkennbar, wo und wann das möglich ist? (Plan; Transparenz), ob/dass es ein Gesamtkonzept gibt?

2. Zusammenfassung: Ebenenübergreifende Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Die Ergebnisse des Forschungsprojektes dokumentieren sowohl die Relevanz von Beteiligungsmöglichkeiten auf unterschiedlichen Ebenen für die Akzeptanz von EE sowie für die Aktivierung verschiedenster Akteure, gleichzeitig geben sie konkrete Hinweise auf die Gestaltung von Beteiligungsprozessen in der Planungspraxis. In der Zusammenschau werden im Folgenden Hinweise und Kriterien vorgestellt, die sich aus den drei Teilprojekten als sinnvoll bzw. notwendig für konstruktive und erfolgreiche Beteiligungsstrategien ableiten lassen. Dabei bleiben die Empfehlungen hier auf einer übersichtsartigen allgemeinen Ebene, für die Übertragung müssen diese entsprechend auf die jeweiligen regionalen Ausgangsvoraussetzungen und Gegebenheiten angepasst werden; konkrete Beispiele wurden in den Ergebnisteilen der drei Teilprojekte dargestellt (Abschnitte III; 1.1; 1.2; 1.3).

Im Idealfall werden Beteiligungskonzepte nicht isoliert entwickelt bzw. nur auf ein bestimmtes EE-Projekt bezogen, sondern sind **integrativer Bestandteil eines kommunalen oder regionalen Gesamtkonzeptes**, hierfür findet eine enge Verknüpfung mit anderen lokalen und regionalen EE- und Klimaschutz-Aktivitäten statt, z.B. der **Entwicklung von Energieleitbildern, Szenarien und Energiekonzepten**.

In diesem Zusammenhang wird eine intensive **Vernetzung und Kooperation** lokaler und regionaler Akteure gefördert. Diese **Einbindung von Netzwerken bzw. relevanten Akteuren**, dazu zählen Bürgerinitiativen und Bürgerunternehmen, Projektentwickler und Investoren, EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Verwaltung sowie VertreterInnen der Stadtwerke bzw. dem Energieversorger, gewährleistet das Vorhandensein benötigter Ressourcen wie **Kompetenz und Know-How und finanzieller Mittel**. Sind Teile dieser Ressourcen in der Region nicht vorhanden, werden sie entweder durch Qualifizierung oder durch externe Unterstützung eingebracht.

Innerhalb der bereits involvierten bzw. den in der Region vorhandenen Akteursgruppen werden **Beteiligungsbedürfnisse und -möglichkeiten** eruiert. Die Auswahl der Akteure ist dabei kein geschlossener Prozess, es wird kontinuierlich geprüft, welche Akteure zusätzlich miteinbezogen werden sollten. Für den Beteiligungsprozess in der Region wird aktiv und auf unterschiedlichen Kommunikationskanälen geworden, z.B. über lokalen Medien und Informationsbroschüren, aber auch über Veranstaltungen und direktes Aufsuchen. Der Beteiligungsprozess ist durch maximale **Transparenz** geprägt, es werden frühzeitig, umfassend und zielgruppenangemessen aufbereitet die jeweiligen EE-Projekte betreffende Informationen zur Verfügung gestellt. Idealerweise wird der Informationsbedarf regelmäßig erfragt und entsprechende Möglichkeiten geschaffen, z.B. themenspezifische Diskussionsforen und Expertenrunden.

Im Verlauf des Beteiligungsprozesses findet eine Institutionalisierung von Beteiligungsorganisation und -verantwortung statt, eine **koordinierende Instanz** mit klaren Verantwortlichkeiten und Rollenzuschreibungen und einem gewissen Grad an **Professionalisierung** wird gebildet, im Fall finanzieller Beteiligungsmodelle wird die passende Rechtsform festgelegt. Im Idealfall kann in späteren Beteiligungsverfahren auf diese Strukturen zurückgegriffen werden bzw. ein Transfer auf andere Planungsbereiche stattfinden.

Gemeinsam werden transparent und verbindlich Ziele und Erwartungen, Ressourcen und Beteiligungsaktivitäten aufeinander abgestimmt, hierbei werden insbesondere **regionale Ausgangsbedingungen** berücksichtigt und für die Region angemessene Maßnahmen definiert. Der Fokus liegt auf den Potenzialen der Region und weniger auf Schwierigkeiten und Hemmnissen.

Auftretende Konflikte bzw. Interessensdivergenzen werden konstruktiv und innerhalb der am Beteiligungsprozess beteiligten Akteursgruppen gelöst, nicht durch den Ausschluss einzelner Akteursgruppen. Im Fall eines fortgeschrittenen oder lokal nicht lösbaren Konfliktes wird externe Hilfe, z.B. durch eine **Umweltmediation**, in Anspruch genommen.

Nicht zuletzt ist es ein wesentlicher Aspekt, die Wirkungsmöglichkeiten von Beteiligungsangeboten und den damit verbundenen Aufwand realistisch einzuschätzen. **Beteiligung ist kein Allheilmittel**, aber ein wichtiger Bestandteil hinsichtlich der Aktivierung breiter Akteursgruppen, um Veränderungen im Energiebereich mit dem Ziel einer nachhaltigen Energieversorgung erfolgreich zu gestalten.

Das Verständnis von **Beteiligung als ein Lernprozess**, bei dem auch Fehler passieren dürfen und bei dem sich letztendlich alle beteiligten Akteure verändern und entwickeln, ist hierfür hilfreich. In diesem Sinn finden kontinuierliche Reflektionsrunden statt, die den Stand und den Verlauf des Beteiligungsverfahrens dokumentieren.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass mit den vorliegenden Projektergebnissen die Basis für die Entwicklung einer Beteiligungsstrategie gelegt wurde, die auf der Grundlage eines ganzheitlichen und integrativen Forschungsansatzes differenzierte Empfehlungen und Handlungsansätze für die Konzeption und Durchführung zielorientierter Beteiligungsaktivitäten auf unterschiedlichen sozialräumlichen Ebenen und für unterschiedliche individuelle und kollektive Akteure im Bereich Erneuerbarer Energien bietet.

IV. Voraussichtlicher Nutzen und Verwertbarkeit der Ergebnisse

Die Projektergebnisse stellen eine Hilfestellung für konkrete Umsetzungsschritte für praxisrelevante Umsetzungsstrategien regional ausgerichteter Beteiligungsstrategien an EE-Projekten dar; auf diese Weise sind sie sofort nutzbar. Die am Beispiel von EE-Projekten generierten Ergebnisse und Empfehlungen können prinzipiell auch auf andere energierelevante Bereiche wie z.B. Energieeffizienz oder Fragen des Netzausbaus übertragen werden.

In diesem Sinne sind von den Ergebnissen profitierende Anwendergruppen auf administrativer bzw. steuerungsplanerischer Ebene Kommunen, Regionale Planungsgemeinschaften und politische Entscheidungsträger, im wirtschaftlichen Bereich Betriebsgesellschaften, Investoren und Einzelpersonen sowie EE-Verbände und regionale Netzwerkakteure.

Langfristig werden zudem durch die angestrebten Ergebnisverbreitungsstrategien (Präsentation der Ergebnisse auf Tagungen und in Veröffentlichungen; vgl. Abschnitt VII) Akzeptanzsteigerungen von EE-Projekten generell auf gesamtgesellschaftlicher Ebene erzielt, was den weiteren Ausbau von EE fördert.

Die Projektergebnisse konnten anteilig bereits direkt von Praxisakteuren verwendet werden, so flossen sie z.B. in das integrierte Klimaschutzkonzept des Zukunftskreises Steinfurt, der eine der Untersuchungsregionen im Forschungsprojekt war, ein.

Zudem werden die Projektergebnisse genutzt, um im Rahmen des Projektes der sozialwissenschaftliche Begleitung der nationalen Klimaschutzinitiative – Aktive Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen (NKI Akzeptanz) (FKZ 03KSW003) die Erstellung von kommunalen Klimaschutzkonzepten zu unterstützen.

Im IEA-Task 28 „Social Acceptance of Wind Energy Projects“ (FKZ 0325135), wurden die Projektergebnisse als deutsche Beispiele für kommunale Prozessgestaltung herangezogen und sind dementsprechend im State-of-the-Art-Report vertreten.

Die Ergebnisse fließen zudem in die Studie „Mecklenburg-Vorpommern als Leitregion für wirtschaftliche Entwicklung durch den Ausbau erneuerbarer Energien“ ein, mit der die SPD-Landtagsfraktion vom Land Mecklenburg-Vorpommern das ZTG beauftragt hat.

Weiterhin ist der vom IZT erstellte Foliensatz zur finanziellen Teilhabe für Kommunen und interessierte BürgerInnen nutzbar.

V. Identifizierung weiterer Forschungsbedarfe

Die für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien (EE) notwendige gesellschaftliche Akzeptanz hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. In diesem Zusammenhang konnte das abgeschlossene Forschungsprojekt wichtige Ergebnisse darüber erarbeiten, wie die Akzeptanz durch angemessene und abgestimmte Beteiligungsprozesse erhöht werden kann; hier sind insbesondere die Relevanz einer transparenten Gestaltung von Planungsverfahren und die Einbeziehung der Öffentlichkeit auf den unterschiedlichen Beteiligungsebenen für die Akzeptanzbildung belegt worden.

Neben den Ergebnissen, die bereits praktisch genutzt werden können (vgl. Abschnitt IV), wurden zudem weiterführende Forschungsfragen und -bedarfe identifiziert, die folgend exemplarisch dargestellt werden.

Kompetenzerweiterungen

Als wesentlicher Grund für die bisher eher mangelnde Umsetzung der Ergebnisse hinsichtlich der partizipativen Gestaltung von Beteiligungsprozessen bei der Planung und Einführung von EE-Projekten ist der noch nicht ausreichende Wissens- und Kompetenztransfer an die entscheidenden Anwenderstellen, d.h. Projektentwickler und kommunale Verwaltungen, welche nicht für Beteiligungsverfahren ausgebildet sind und entsprechend weitergebildet werden müssten. An dieser Stelle wäre die Schaffung von verbindlichen und zertifizierten Weiterbildungs- und Qualifikationssystemen sinnvoll, um die jeweiligen Anwender in die Lage zu versetzen, Beteiligungsprozesse vor Ort erfolgreich zu gestalten.

Veränderungsmessungen

Sowohl regionale Akteurskonstellationen und individuelle Wissens- bzw. Informationsstände als auch Bewertungsprozesse verändern sich über die Zeit; demzufolge können Ein-Punkt-Messungen nur Ausschnitte darstellen. Zukünftig wäre ein wichtiges Forschungsfeld, Entwicklungen über die Zeit abbilden, die den Veränderungen von z.B. Akteurskonstellationen Rechnung tragen; hierfür wäre ein systematische Längsschnittstudiendesign benötigt. Dieser Ansatz bietet die Möglichkeit, dann die angewandten Beteiligungsmethoden auf die entsprechenden Entwicklungen abzustimmen. In diesem Zusammenhang ist zudem die Identifizierung und Analyse der Initiatoren von Veränderungsprozessen (Promotoren) und deren Entwicklungen sowie der dafür notwendigen Rahmenbedingungen für die Gestaltung zukünftiger Prozesse zu nennen.

Typologisierung von Regionen und Akteuren

Aufgrund der regionalen Unterschiede scheint eine vertiefende, stärker differenzierende bzw. typologisierende Untersuchung von Beteiligung innerhalb der „Gruppe“

der Akteure, die als „Beteiligende“ agieren, sinnvoll. Beispielsweise wäre es ein weiterführender Ansatz, zwischen politisch-administrativen Akteuren und bürgerschaftlichen Initiativen als Beteiligende und Beteiligte im Rahmen regionaler Aktivitäten zum Ausbau erneuerbarer Energien zu unterscheiden, insbesondere aufgrund der unterschiedlichen Ressourcen (Entscheidungskompetenzen, finanzielle Ausstattung, Zugang und Wirkung auf andere Akteursgruppen), die diesen Akteuren zur Verfügung stehen und die auch deren Beteiligungsmöglichkeiten prägen. Ähnliches gilt auf der Ebene der Regionen: Um zu annähernd übertragbaren „Beteiligungsrezepten“ oder -modellen zu kommen, müsste vermutlich eine systematische Differenzierung zwischen verschiedenen Typen von EE-Regionen entwickelt werden. Hier könnten Sozialstrukturanalysen in „Energiregionen“ hilfreich sein, um differenziertere Aussagen über Beteiligungsmöglichkeiten, eine regionen- und bedarfsspezifische Anpassung von Beteiligungsangeboten und auch eine realistische Einschätzung möglicher Effekte zu ermöglichen.

Finanzielle Beteiligung

Für regionale finanzielle EE-Beteiligungsansätze sollte zukünftig ein Fokus auf „Stadtwerke als Motor“ gerichtet werden. Stadtwerke können hierbei ein starker Partner vor Ort sein. Dabei gilt es zu klären, wie diese zu adressieren sind und welche Aufgaben diese übernehmen können. Hinsichtlich der Entwicklung von Beteiligungsansätzen für finanzschwache Regionen gilt es auch zu diskutieren, wie der generierte Gewinn vor allem an EE-Großanlagen gerecht(er) verteilt werden kann. In Brandenburg gibt es erste Überlegungen zur Einführung einer Windsteuer (In einem Fall allerdings primär zur Abschreckung von Investoren). Eine weitere Frage ist, wie sich finanzielle Beteiligungsansätze auf Großprojekte übertragen lassen (Gute Beispiele sind u.a. der Zukunftskreis Steinfurt und die Initiative Energiewende Oberland: „Leute stehen für EE-Beteiligungen Schlange“).

Stärkere Vernetzung mit der Praxis und Evaluation

Ein häufig geäußerter Wunsch aus der Perspektive der Praxisakteure bzgl. zukünftiger Projekte ist es, die Darstellung von Erfolgs-Beispielen und einen regelmäßigen Austausch zwischen Regionen und lokalen EE-Projekten zu unterstützen und wissenschaftlich zu begleiten, z.B. Unterstützung der Vernetzung und die Bildung und Evaluation von Foren. Weiterhin wird eine klare Anleitung zur Gestaltung von Beteiligungsprozessen benötigt; sowohl eine Checkliste zur Vorbereitung eigener Aktivitäten als auch „maßgeschneiderte“ Lösungen wären notwendig. Die Darstellung von Best-Practice Beispielen und regelmäßiger Austausch zwischen Regionen und Projekten kann in diese Richtung unterstützend wirken; bisherige Leitfäden sind aus der Anwendersicht nicht ausreichend. Des Weiteren wird die Entwicklung bzw. Definition von Kriterien für eine Erfolgsmessung von verwendeten Beteiligungsmethoden und -prozessen als relevant erachtet, da eine entsprechende Erfolgskontrolle bisher nicht existiert.

VI. Während der Durchführung des Vorhabens bekannt gewordene Fortschritte im Forschungsgebiet

Während der Laufzeit des Forschungsprojektes bestand ein kontinuierlicher Austausch mit anderen Forschenden im Bereich der „Akzeptanz von EE“. Hierzu zählt vor allem das vom BMU initiierte und von der FG-UPSY koordinierte Akzeptanznetzwerk, innerhalb dessen ein beständiger Informationsfluss über aktuelle Ergebnisse und Entwicklungen bestand, auf diese Weise konnten neue Erkenntnisse laufend berücksichtigt und eingearbeitet werden. Die FG-UPSY führte in diesem Zusammenhang ein Vernetzungstreffen am 23.06.2009 durch (Dokumentation siehe Anhang C). Insbesondere zu den vom BMU geförderten Projekten im Bereich der Querschnittsforschung zu erneuerbaren Energien, wie z.B. dem 100% EE-Regionen-Projekt, bestand und besteht eine enge Verbindung. Aufgrund der besonderen Aktualität und wurden Akzeptanzfragen bei der energetischen Biomassenutzung vertieft verfolgt, hierzu kamen durch den Unterauftrag an Bosch & Partner GmbH zu Konfliktanalysen im Bereich der Bioenergienutzung und Steuerungsmöglichkeiten beim Energiepflanzenanbau ein wichtiger inhaltlicher Input (Anhang A und B). Ebenso bestand enger Kontakt mit dem BMU-Förderprogramm „Optimierung Energetische Biomassenutzung“, insbesondere mit dem Deutschen Biomasseforschungszentrum (DBFZ) sowie mit dem Bioenergieregionen-Wettbewerb des BMELV.

Bzgl. der Betrachtung kommunaler Prozesse gab es einen regelmäßigen Austausch mit der sozialwissenschaftlichen Begleitung der nationalen Klimaschutzinitiative – Aktive Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen (FKZ 03KSW003), die in ihren Untersuchungen bzgl. des öffentlichen Wunsches nach Beteiligungsformen z.T. zu ähnlichen Ergebnissen kam, was als Validierung der vorliegenden Projektergebnisse angesehen werden kann.

International eingebunden war das Projekt im Bereich der Windenergienutzung über den Austausch mit dem IEA-Task 28 „Social Acceptance of Wind Energy Projects“; (FKZ 0325135) sowie einer Forschungskooperation der FG-UPSY mit Prof. Dr. Patrick Devine-Wright von der University of Manchester, School of Environment and Development (SED); (inzwischen an der University of Exeter).

VII. Erfolgte und geplante Veröffentlichungen der Ergebnisse

Projektergebnisse wurden auf verschiedenen Konferenzen, Tagungen und Workshops präsentiert und Inhalte, Methoden und Ergebnisse gemeinsam mit den anderen Teilnehmenden diskutiert.

- Präsentation von Ergebnissen im Kreis Steinfurt im Rahmen eines Pressterrmins (mit Landrat, Vertretern der drei Klima-Kommunen (Lengerich, Westerkappeln und Horstmar), LA21-Büro und Presse); 12.02.2010
- Vorstellung des Projektes im Rahmen eines Vernetzungstreffens im BMU am 17.03.2010, IEA Support Group
- Tagung „Viele Wege - ein Ziel. Wissensforum zur kommunalen Selbstversorgung mit Erneuerbaren Energien“ vom Zentrum für Erneuerbare Energien. 24.-25.03.2010; Input bzgl. Akzeptanz und Beteiligung
- Präsentation im Rahmen der Winterschool in Prag/Beroun „Public Participation & Climate Protection“; 29.-31.03.2010 vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU)
- Abschlussveranstaltung des Projekts am 08.06.2010 in Berlin (Dokumentation siehe Anhang K)
- IAPS 27.06.-02.07.2010; Präsentation von Projektergebnissen im Forschungskontext (siehe Anhang D)
- Kongress 100% EE-Regionen in Kassel; Präsentation der Projektergebnisse in einer Vertiefungsgruppe; 29.-30.09.2010
- Präsentation auf der Vernetzungstagung „Querschnittsforschung für Erneuerbare Energien“ BMU-Veranstaltung; 13-14.10.2010.

Einige Projektergebnisse sind bereits in konkrete Veröffentlichungsprojekte eingeflossen, weitere Veröffentlichungen in verschiedenen Fachzeitschriften sind in Vorbereitung.

Zudem ist die Erstellung eines Foliensatzes mit Handlungsempfehlungen zur praktischen Umsetzung von finanziellen Beteiligungsformen geplant.

Liste der bereits entstandenen Veröffentlichungen:

1. Nolting, K. & Rupp, J. (2010). *Bürgerkraftwerke – Wir Energieversorger*. Erschienen im Sammelband der Agentur für Erneuerbare Energien „Kraftwerke für Jedermann – Chancen und Herausforderungen einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung“.
2. Keppler, D., Zoellner, J., Rau, I., Rupp, J. & Nolting, K. (2011). *Beteiligung als Strategie und Strukturelement einer Energiewende in Ostdeutschland*. Erscheint in: Dorothee Keppler, Benjamin Nölting, Carolin Schröder (Hg.). *Neue Energie im Osten - Gestaltung des Umbruchs. Perspektiven für eine zukunftsfähige sozial-ökologische Energiewende*. Peter Lang Verlag.
3. Rau, I., Walter, G. & Zoellner, J. (2011). *Wahrnehmung von Bürgerprotesten im Bereich erneuerbarer Energien: Von NIMBY-Opposition zu kommunaler Emanzipation*. Zum Review-Verfahren eingereichter Artikel bei der Zeitschrift *Umweltpsychologie*.
4. Zoellner, J., Schweizer-Ries, P. & Rau, I. (2011; in Druck). *Akzeptanz Erneuerbarer Energien*. In T. Müller & M. Schütt (Hrsg.). *Fachpublikation zum Recht der Erneuerbaren Energien im Strombereich*. Würzburg: Universitäts-Verlag.
5. Schweizer-Ries, P., Zoellner, J. & Rau, I. (eingereicht). *Soziale Aspekte einer nachhaltigen Energieerzeugung*. In L. Kruse (Hrsg.). *Natur, Naturwahrnehmung und Naturschutz: Nachhaltige Entwicklung aus der Sicht der Psychologie*. Reihe Naturschutz und Freizeitgestaltung. St. Augustin: Academia Verlag.

VIII. Anlagenverzeichnis

- A) Input Bosch & Partner: Konfliktanalyse der Bioenergienutzung
- B) Input Bosch & Partner: Erhöhung von lokaler Akzeptanz bei der Bioenergienutzung: Welche Steuerungsmöglichkeiten bestehen für den Energiepflanzenanbau?
- C) Protokoll des BMU-Vernetzungstreffens am 23.06.2009 (FG-UPSY)
- D) Präsentation auf der IAPS-Konferenz (FG-UPSY)
- E) Fragebogenversion „Biomasse“ (FG-UPSY)
- F) Dokumentation Akteursworkshop im Zukunftskreis Steinfurt (IZT)
- G) Artikel zur finanziellen Teilhabe „Bürgerkraftwerke – Wir Energieversorger“ im Reader der AEE (IZT)
- H) Protokoll der Abschlussveranstaltung (Projektteam)

Quellennachweise

- Arbter, Kerstin, Martina Handler, Elisabeth Purker, Georg Tappeiner & Rita Trattnigg. 2005. Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung. Herausgegeben von der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik (ÖGUT) im Auftrag des Österreichischen Lebensministeriums. Wien. http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Publikationen/Handbuch_oeffentlichkeitsbeteiligung.pdf; 5.1.2010.
- Behringer, Jeanette. 2002. Legitimität durch Verfahren? Bedingungen semi-konventioneller Partizipation. eine qualitativ-empirische Studien am Beispiel von Fokusgruppen zum Thema „Lokaler Klimaschutz“. S. Roderer. Regensburg.
- Blotevogel, Hans Heinrich. 1996. Auf dem Weg zu einer ‚Theorie der Regionalität‘. Die Region als Forschungsobjekt in der Geographie. In: Brumm, Gerhard (Hg.). Region und Regionsbildung in Europa. Konzeption der Forschung und empirische Befunde. Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen Bd. 1. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, 44–68.
- Blotevogel, Hans Heinrich. 2000. Zur Konjunktur der Regionsdiskurse. In: BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (Hg.). Die neue Konjunktur von Region und Regionalisierung. Informationen zur Raumentwicklung 9-10/2000, 491–506.
- Bogumil, Jörg. 2001. Neue Formen der Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen – Kooperative Demokratie auf dem Vormarsch!? Vortrag auf der Fachkonferenz „Stadt und Bürger“ des Deutschen Städtetages am 1.3.2001 in Kassel. <http://homepage.ruhr-uni-bochum.de/Joerg.Bogumil/Downloads/Zeitschriften/kassel.pdf>; 10.1.2010.
- Danielzyk, Rainer. 2005. Grundlagen und Methoden zur Beteiligung der Öffentlichkeit an Plänen der Raumordnung. Vortrag am 7. Juni 2005 in Stuttgart (Stand: 21.06.2005). http://www.region-stuttgart.org/vrsuploads/1_Danielzyk_Grundlagen_070605_Text.pdf
- Dethloff, Claus. 2004. Akzeptanz und Nicht-Akzeptanz von technischen Produktinnovationen. Lengerich: Pabst Science Publishers.
- Fürst, Dietrich, Frank Scholles & Heidi Sinning. 2001. Gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen – Planungsmethoden. 8. Partizipative Planung. http://www.laum.uni-hannover.de/ilr/lehre/Ptm/Ptm_Part.htm.
- Grotefels, Susan & Hendrik Schoen. 2005. Beteiligungsverfahren. In: ARL (Hg.) Handwörterbuch der Raumordnung, 86-89.
- Holtkamp, Lars & Jörg Bogumil. 2007. Bürgerkommune und Local Governance. In: Schwalb, Lilian & Heike Walk (Hrsg.). Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe?, 231-251.

- Kleine-Limberg, Wolfgang & Reinhard Sellnow. 1999. BürgerInnenbeteiligung an der Regionalreform der Region Hannover. Ansätze einer nachhaltigen Regionalentwicklung. In: Rundbrief Bürgerbeteiligung 1/1999. http://www.mitarbeit.de/rund_99i_5.html.
- Lebensministerium (Bundeskanzleramt Österreich & Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft). 2009. Standards zur Öffentlichkeitsbeteiligung. Empfehlungen für die gute Praxis. http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Standards_OeB/standards_der_oeffentlichkeitsbeteiligung_2008_druck.pdf; 15.2.2010.
- Lüttringhaus, Maria. 2003. Voraussetzungen für Aktivierung und Partizipation. In: Lüttringhaus, M., H. Richers, Handbuch Aktivierende Befragung. Konzepte, Erfahrungen, Tipps für die Praxis. Bonn. Verlag Stiftung Mitarbeit, S. 66-72.
- Narodoslawsky Michael. 2005. Regionen und Nachhaltige Entwicklung. Thema des Monats 6/2005. www.nachhaltigkeit.at/reportagen.php3?id=3#2; 31.8.2005.
- Rohracher, Harald. 2005. From Passive Consumers to Active Participants: The Diverse Roles of Users in Innovation Processes. In: Rohracher, Harald (Hg.). User Involvement in Innovation Processes – Strategies and Limitations from a Socio-Technical Perspective. Profil: München, Wien, 9–35.
- Rösener, Britta & Klaus Selle. 2005. Information, Partizipation, Kooperation. Entwicklung und Stand der Diskussion zur bürgerorientierten Kommunikation in Stadt und Quartier. In: VHW Forum Wohneigentum, Heft 6/2005, S. 287-294
- Selle, Klaus. 2000. Nachhaltige Kommunikation? Stadtentwicklung als Verständigungsarbeit - Entwicklungslinien, Stärken, Schwächen und Folgerungen. In: Informationen zur Raumentwicklung 1/2000, 9-19.
- Selle, Klaus. 2007. Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung – Auf dem Weg zu einer kommunikativen Planungskultur? Alltägliche Probleme, neue Herausforderungen. In: BBR (Hg.). Informationen zur Raumentwicklung 1/2007, 63-71.
- Sinning, Heidi. 2006. Urban Governance und Stadtentwicklung. Zur Rolle des Bürgers als aktiver Mitgestalter und Koproduzent. In: vhw FW 1/2006, 87-90.
- Stange, Waldemar. o.J. Was ist Partizipation? Definitionen – Systematisierungen. http://www.kinderpolitik.de/beteiligungsbausteine/pdfs/a1_1.pdf; 10.12.2008.
- Tauras, Olaf. 1997. Der Ausschuss der Regionen. Institutionalisierte Mitwirkung der Regionen in der EU. Münster: Agenda Verlag.
- Urban, Ulrike. 2005. BLK-Programm „Demokratie lernen & leben“: Demokratie-Baustein „Partizipation“. http://blk-demokratie.de/fileadmin/public/dokumente/Bausteine/bausteine_komplett/partizipation_baustein.pdf; 15.3.2010
- Weber, Andrea & Henning Banthien. 1999. Regionale Dialog- und Kooperationsprozesse für eine nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung. Das Beispiel des Wettbewerbs "Regionen der Zukunft". In: BBR (Bundesamt für

- Bauwesen und Raumordnung) (Hrsg) 1999. Nachhaltige Raum- und Siedlungsentwicklung - die regionale Perspektive. Informationen zur Raumentwicklung. 7/1999, 443-450.
- Weichhart, Peter. 1996. Die Region – Chimäre, Artefakt oder Strukturprinzip sozialer Systeme? In: Brumm, Gerhard (Hg.). Region und Regionsbildung in Europa. Konzeption der Forschung und empirische Befunde. Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen Bd. 1. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden, 25–43.
- Zoellner, Jan, Irina Rau & Petra Schweizer-Ries. 2009. Akzeptanz Erneuerbarer Energien und sozialwissenschaftliche Fragen. Universität Magdeburg: Projektendbericht.
- Zschocke, Dorothee. 2007. Regionalisierung und Partizipation. Eine Untersuchung am Beispiel der Städteregion Ruhr und der Region Braunschweig. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit.